

**1. Tagung des 9. Parteitages**

18.–20. Oktober 2024 in Halle (Saale)

# Antragsheft III

Heft II

**Die Linke**

# Inhaltsverzeichnis

<b>Änderungsanträge</b> .....	Seite 5
zu Anträgen mit überwiegendem Bezug zur Gesellschaft .....	Seite 7
zu Anträgen mit überwiegendem Bezug zur Partei .....	Seite 22
zu Anträgen zu den Regularien .....	Seite 30
zu Anträgen zur Satzung .....	Seite 37
zum Leitantrag .....	Seite 41

## **Impressum/ Kontakt**

Bundesgeschäftsstelle der Partei Die Linke  
Kleine Alexanderstr. 28  
10178 Berlin  
[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)

Redaktionsschluss: 9. Oktober 2024

# **Änderungs- anträge**

## **Hinweis zur vollständigen Übersicht von Antragsteller\*innen**

Um Papier- und Druckkosten auf ein Minimum zu reduzieren und eine formal einheitliche Angabe der Antragsteller\*innen, die sich an § 17 (6) der Bundessatzung orientiert, zu haben, werden bei Anträgen mit weiteren Antragssteller\*innen diese nicht im Antragsheft aufgeführt.

Um diese Informationen dennoch zugänglich zu machen, sind die vollständigen Anträge mit allen weiteren Antragssteller\*innen sowohl in OpenSlides als auch auf unserer Webseite einzeln einsehbar unter:

*<https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/hallescher-parteitag/>*

# Antrag G02.001.1

Änderungsantrag zu G02

Antragsteller\*in:

Parteivorstand

## Zeile 1 - 4

- 1 Als Friedenspartei vertritt Die ~~Partei DIE LINKE tritt für einen sofortigen und bedingungslosen~~  
2 ~~Waffenstillstand~~  
3 ~~ein. Diese Forderung gilt uneingeschränkt für alle Kriege auf dieser Welt. Für die~~  
4 ~~Schaffung von Frieden braucht es~~ Linke das Primat ziviler, nichtmilitärischer Lösungen.  
Diplomatie und ~~Interessenausgleich. Wir fordern~~  
5 ~~dabei die Achtung des Völkerrechtes von allen Seiten~~ Verhandlungen, Deeskalation und  
6 zielgerechte Sanktionen, die sich auf die ökonomische und politische Machtbasis und die  
7 militärischen Fähigkeiten eines Aggressors zielen, sind für uns die Mittel der Wahl, um  
8 die Waffen zum Schweigen zu bringen und das Töten zu beenden.

## Begründung

Wir wollen Kriege möglichst verhindern und existierende Kriege möglichst rasch beenden und setzen dabei auf zivile, nichtmilitärische Lösungen. Aktuell fordern wir angesichts des Krieges in Nahost und der russischen Aggression einen Waffenstillstand. Der Ursprungsantrag fordert jedoch jenseits von Raum und Zeit, dass wir immer und überall bei jeder kriegerischen Auseinandersetzung einen bedingungslosen Waffenstillstand fordern. Angesichts der militärischen Niederschlagung des deutschen Faschismus durch die Alliierten würde die Forderung nach einer bedingungslosen Kapitulation Deutschlands einer linken Position entsprechen, während ein bedingungsloser (!) Waffenstillstand bedeutet hätte, dass das Morden in den KZs weitergeht. Auch angesichts des Vietnamkriegs hat die internationale Linke nicht für einen bedingungslosen Waffenstillstand, sondern unter Losung „Amis raus aus Vietnam“ für den Sieg der NLF mobilisiert. Während des Guerillakriegs der „Bewegung 26. Juli“ gegen das kubanische Batistaregime und dem der Sandinisten in Nicaragua gegen die Somoza-Diktatur war die Forderung nach einem bedingungslosen Waffenstillstand wenig sinnvoll, stattdessen ging es um den Sturz dieser Terrorregimes.

# Antrag G04.002.1

Änderungsantrag zu G04

Antragsteller\*in:

Parteivorstand

## Zeile 2 - 16

- 2 ~~Der deutsche Militarismus hat im vergangenen~~ Zwei Weltkriege haben im zwanzigsten  
3 ~~Jahrhundert maßgeblich nicht nur unseren~~  
4 ~~Kontinent zweimal ins Verderben gestürzt. Sowohl im Zusammenhang mit dem Ersten als~~  
5 ~~auch dem Zweiten Weltkrieg sahen die hierzulande Herrschenden in der militärischen~~  
6 ~~Gewalt das wichtigste Mittel zur Lösung außenpolitischer Fragen. Das kostete im~~  
7 ~~Ersten Weltkrieg mehr als 15 Millionen Menschen das~~ Millionen ~~Leben. Der deutsche~~  
8 ~~Faschismus~~  
9 ~~machte den deutschen Militarismus zu einer unfassbar grausamen, chauvinistischen~~  
10 ~~Ausgeburts des Völkerhasses und des Völkermords. Sechs Millionen europäische Jüdinnen~~  
11 ~~und Juden wurden industriell ermordet. Eine halbe Million Sinti und Roma fielen dem~~  
12 ~~Völkermord zum Opfer und 27 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion~~

11 ~~überlebten den Vernichtungskrieg Hitlerdeutschlands nicht. Insgesamt~~ gekostet. Im zweiten  
12 Weltkrieg kamen im Zweiten  
13 ~~Weltkrieg insgesamt~~ mehr als 65 Millionen Menschen um. ~~Keine andere~~ Die Schlussfolgerung  
14 konnte es  
15 ~~aus diesem Gemetzel geben als: »Nie, Nie wieder Krieg und Faschismus«.~~ Seither sind  
16 ~~fast~~ Faschismus“ ist heute so aktuell wie vor  
17 80 Jahre vergangen. Vergessen scheinen Brechts Worte aus dem Gedicht »Deutschland«:  
18 »Oh Deutschland, bleiche Mutter! / Wie sitzt Du besudelt / Unter den Völkern /  
19 Unter den Befleckten / Fällst du auf« Jahren. Angesichts der Kriege in der Ukraine, im Nahen  
20 Osten und an anderen Orten ist ein lautes, entschlossenes Nein zum Krieg erforderlich. Die  
21 Initiative von 50 Nobelpreisträger\*innen von 2021 der richtige Schluss: Alle Mitgliedsstaaten  
22 der Vereinten Nationen senken ihre Rüstungsausgaben jedes Jahr um 2 Prozent und  
23 verwenden die so freiwerdenden Mittel zum Kampf gegen die Klimakatastrophe, Armut und  
24 Pandemien. Das wäre wirklich ein Beitrag zum Weltfrieden.

### Zeile 17 - 30

17 ~~Schamlos wird heutzutage verkündet~~ Die Ampelregierung erklärt, Deutschland müsse wieder  
18 kriegstüchtig werden.  
19 ~~Und es wird nicht nur verkündet; der Krieg wird vorbereitet, verbunden mit der~~  
20 ~~Behauptung~~ Kriegstüchtigkeit wird als gesellschaftliches Ziel, als Anforderung an die junge  
21 Generation und als Maxime für die Verwendung von Steuergeldern ausgegeben. Die  
22 Bundesregierung rüstet auf und behauptet, nur so könne der Frieden ~~bewahrt werden. Auch~~  
23 ~~das ist nicht neu. Auch das~~  
24 ~~sagte schon Kaiser Wilhelm II. und ebenso der Reichskanzler, der den nächsten~~  
25 ~~Weltkrieg vorbereitete. Und die Behauptung, Deutschland sei nunmehr eine~~  
26 ~~Friedensmacht, eingebunden in ein Verteidigungsbündnis, hält keiner Analyse stand.~~  
27 ~~Denn gerade die NATO und ihre Hauptmacht – die USA – sind nicht Teil der Lösung;~~  
28 ~~sondern Teil des Problems. Auch der völkerrechtswidrige Krieg Russlands in der~~  
29 ~~Ukraine, der zugleich ein Stellvertreterkrieg zwischen Russland und der NATO ist,~~  
30 ~~macht das westliche Militärbündnis nicht~~ gesichert werden. Von der gesellschaftlichen  
31 Rechten bis zu einer friedensbewahrenden Kraft. Die  
32 ~~wortbrüchige NATO – Osterweiterung gehört vielmehr zur Vorgeschichte des Ukraine–~~  
33 ~~Krieges, der wohl hätte vermieden werden können, wären russische~~  
34 ~~Sicherheitsinteressen nicht völlig ignoriert worden und gäbe es ein kollektives~~  
35 ~~Sicherheitsystem unter Einbeziehung Russlands~~ Teilen der SPD und SPD–  
36 Verteidigungsminister Pistorius wird die Wiedereinführung der Wehrpflicht gefordert.

### Zeile 31 - 34

31 ~~Doch wer auch immer wie auch immer den Ukraine Krieg bewertet: Die Partei Die Linke~~  
32 ~~wendest~~ stellt sich uneingeschränkt gegen das in rasendem Tempo vonstattengehende  
33 ~~Wiedererstarke~~ des deutschen der Aufrüstung und dem erstarkenden Militarismus  \_  
34 entschieden entgegen. Wir fordern daher in völliger  
35 Übereinstimmung mit den friedenspolitischen Grundsätzen unseres Parteiprogramms:

### Zeile 35 - 41

35 1. Die ~~massive~~ Aufrüstung muss beendet werden. Aus dem Bundeshaushalt ~~des laufenden~~  
36 ~~Jahres werden~~ werden 2024 über 90 Milliarden Euro für ~~die~~ Hochrüstung und weitere  
37 Milliarden für  
38 ~~die Ukraine~~ ausgegeben. Diese todbringenden Mittel werden der Gesundheitsfürsorge,  
39 der Infrastruktur, der Bildung Dieses Geld wird der Gesundheitsversorgung, dem Unterhalt  
40 von Brücken und Bahnstrecken, dem Bildungssystem, der Rentenversicherung, den sozialen

~~Sicherungssystemen und Subventionen für~~

- 39 ~~bezahlbare Mieten~~ Weiterbildungen für Arbeitslose und dem sozialem Wohnungsbau  
entzogen. ~~Schluss mit der „Kanonen-statt-Butter-Politik“, die~~ Für eine Kindergrundsicherung,  
ein günstiges Nahverkehrsticket und sichere Renten ist angeblich kein Geld da. Aber für  
Panzer und Kampfflugzeuge wurden über Nacht 100 Milliarden Euro zusätzlicher Schulen in  
die Verfassung geschrieben. Wenn die 100 Milliarden 2027 aufgebraucht sind, wird im  
Bundeshaushalt weiter zusammengestrichen werden, um weiter 2% oder mehr der  
Wirtschaftsleistung in Kriegsgerät zu stecken. Das ist Politik zu
- 40 ~~Lasten der Lohnabhängigen von Beschäftigten, Kindern, Älteren~~ und sozial Benachteiligten -  
~~geht~~ - Der Kampf gegen die Aufrüstung und Militarisierung
- 41 ~~zu kämpfen, heißt unmittelbar~~ ist ein Einsatz für ihre sozialen Interessen zu vertreten.

#### **Zeile 42 - 43**

- 42 2. ~~Wir lehnen die wie auch immer geartete~~ Keine Wiedereinführung der Wehrpflicht ab und  
43 ~~unterstreichen unsere Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr.~~ Schluss mit der  
Werbung fürs Militär und der Rekrutierung Minderjähriger. An Schulen und

#### **Zeile 46 - 51**

- 46 3. ~~Schluss mit den Waffenlieferungen in alle Welt; vor allem Schluss mit den~~  
47 ~~Waffenlieferungen in die Ukraine und nach Israel. Wir wollen kein neues NATO-Kommando~~  
48 ~~für die Ukraine, nicht in Wiesbaden und nirgendwo sonst~~ sagen Nein zur geplanten  
Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland. ~~Schluss mit~~  
49 ~~den Irrsinnspfiten der Rüstungsindustrie. Allein Rheinmetall—der Konzern~~  
50 ~~verdiente schon Unsummen an den zwei Weltkriegen im 20. Jahrhundert—konnte seine~~  
51 ~~Profite in den letzten zehn Jahren auf das Fünfzehnfache steigern~~ Diese Raketen erhöhen  
nicht unsere Sicherheit, sondern schaffen neue Risiken und erhöhen die Kriegsgefahr. Die  
Bundesregierung muss sich stattdessen dafür einsetzen, dass die Rüstungskontrollverträge  
wieder in Kraft gesetzt werden. Sie muss den Atomwaffenverbotsvertrag endlich  
unterzeichnen und die USA zum Abzug der Atomwaffen aus Büchel auffordern. Schluss mit  
der nuklearen Teilhabe und Nein zu einer europäischen Atombombe.

#### **Zeile 52 - 55**

- 52 4. ~~Die Weigerung der hierzulande Herrschenden, Verhandlungen, Diplomatie und~~  
53 ~~Deeskalation wieder~~ Allein Rheinmetall konnte seine Profite in den ~~Mittelpunkt politischen~~  
~~Agierens zu stellen, muss beendet~~  
54 ~~werden. Auch Sanktionspolitik trägt nicht dazu bei, die Verhältnisse wieder~~  
55 ~~friedvoller zu gestalten~~ letzten zehn Jahren auf das Fünfzehnfache steigern. Schluss mit den  
Waffenlieferungen! Schluss mit den riesigen Profiten der Rüstungsindustrie.

#### **Zeile 56 - 62**

- 56 5. ~~Gerade in Anbetracht eines drohenden nuklearen Infernos wollen wir keine neuen US-~~  
57 ~~Waffensysteme auf deutschem Territorium. Sie machen uns zur Zielscheibe. Die~~  
58 ~~Bundesregierung muss hingegen den Atomwaffenverbotsvertrag endlich unterzeichnen und~~  
59 ~~die USA auffordern, die Atomwaffen aus Büchel abzuziehen. Die nukleare Teilhabe muss~~  
60 ~~beendet werden und es muss eine klare Ablehnung einer sogenannten europäischen~~  
61 ~~Atombombe geben. Wir wenden uns uneingeschränkt gegen die Militarisierung der EU und~~  
62 ~~fordern das Wiederinkraftsetzen der Rüstungskontrollverträge~~ lehnen Einsätze der  
Bundeswehr im Ausland ab. Solche Einsätze erhöhen nicht die Sicherheit der dortigen  
Bevölkerung und tragen nicht zum Schutz der Menschenrechte bei.



## Zeile 63 - 72

63 ~~6. Die Kriegshysterie in Politik, Medien und Gesellschaft muss ein Ende haben. Sie~~  
64 ~~ist Hauptbestandteil der ideologischen Kriegsvorbereitung. Den Kern dieser Hysterie~~  
65 ~~bildet die Behauptung, Russland bereite sich darauf vor, NATO-Staaten und somit auch~~  
66 ~~Deutschland anzugreifen. Dass die russische Führung dies mehrfach zurückgewiesen hat,~~  
67 ~~wird ignoriert. Ebenso wird ignoriert, dass die NATO im Jahr 2023 mehr als das~~  
68 ~~Zwölfwache an Rüstungsausgaben hatte wie die Russische Föderation. Damit diese~~  
69 ~~Ignoranz Früchte trägt, wurde und wird ein Russenhasse entfacht, der selbst Verhandlungen,~~  
70 ~~Diplomatie und Deeskalation müssen endlich wieder in den aus~~  
71 ~~Zeiten des Kalten Krieges überbietet. Mit diesem geschichtsvergessenen ideologischen~~  
72 ~~Wahn muss Schluss gemacht werden. Völkerhass, jeglichem Rassismus und Antisemitismus~~  
~~dürfen nirgendwo und in keinem Kontext Raum gegeben werden~~Mittelpunkt der Politik  
gestellt werden. Deutschland darf nicht Teil einer neuen Blockkonfrontation werden und  
selbst imperialistische Interessen verfolgen. Die Bundesregierung muss sich für eine  
strategische Unabhängigkeit der EU einsetzen, um in internationalen Konflikten glaubhaft  
vermitteln zu können.

## Zeile 74 - 79

74 ~~Bewegungen und vertiefen unsere Zusammenarbeit mit ihnen. Denn alle — sei es die~~  
75 ~~Friedens-, Antifa- oder Umweltbewegung — haben es in Gestalt des mächtigen~~  
76 ~~Profitsystems mit demselben Gegner zu tun. Die Partei Die Linke verweist mit allem~~  
77 ~~Nachdruck auf den Zusammenhang zwischen zunehmenden präfaschistischen~~  
~~Entwicklungen~~  
78 ~~und den Kriegsvorbereitungen. Wir haben die Lehren aus der Geschichte nicht vergessen~~  
79 .

## Antrag G05.001.1

Änderungsantrag zu G05

Antragsteller\*in:

Partei Vorstand

## Zeile 1 - 3

4 ~~**Arbeitsplätze und Klima retten**~~  
~~**Produktion raus aus Unternehmerhand**~~  
3 ~~**Autokonzerne in Gemeineigentum und Konversion der Produktion**~~

Zeilen 1 bis 88 ersetzen durch:

**Autoindustrie: Umbau starten, Jobs retten!**

Wir wollen Arbeitsplätze retten – nicht die veralteten Geschäftsmodelle der Konzerne und die Boni der Bosse!

Die Lage der deutschen Autoindustrie ist alarmierend: Ford schließt die Fabrik in Saarlouis und kürzt in Köln. Hunderte Betriebe der Zulieferindustrie wie Bosch, Conti, ZF und Mahle haben Werke geschlossen und ihr Personal um über 60.000 Menschen reduziert. Gerade erst hat ZF verkündet, weitere 14 000 Stellen zu streichen. Viele Firmen stehen vor existenziellen Problemen – ohne Konversion droht ihnen die Abwicklung und den Beschäftigten die Arbeitslosigkeit. Jetzt hat die Krise auch die Fahrzeughersteller erreicht. Vor wenigen Wochen hat VW mehrere Tarifverträge aufgekündigt, darunter den seit den 1994 bestehenden Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung. Der Konzern droht mit

Werksschließungen und will 5 Milliarden Euro beim Personal einsparen. Schuld sei die Unterauslastung der VW-Werke, vor allem an Standorten mit E-Auto Fertigung.

Das Gespenst der Deindustrialisierung geht um, hunderttausende Jobs sind bedroht. Ursächlich für diese Krise sind die Fehlplanungen und die falsche Produktstrategie der

Manager, der rückläufige Autoabsatz – allein in Europa minus zwei Millionen pro Jahr – sowie die Weigerung von Autoindustrie und der Regierung, die Weichen Richtung Verkehrswende zu stellen. Während VW, Mercedes und BMW mit immer größeren und teureren Autos hohe Gewinne machen, müssen die Arbeiterinnen und Arbeiter um ihre Zukunft bangen.

VW ist das beste Beispiel dafür, wie die Autokonzerne versuchen, ihre Profite zu sichern. Die Aufkündigung der Tarifverträge durch VW so kurz vor der Tarifrunde mit der IG Metall in der Metall- und Elektroindustrie ist natürlich kein Zufall, sondern Verhandlungsstrategie.

Während 5 Milliarden bei den Beschäftigten eingespart werden sollen, hat VW dieses Jahr 4,5 Milliarden an Dividenden ausgeschüttet. Jetzt fordert VW neue staatliche Kaufprämien für Elektroautos, andere fordern eine Abwrackprämie. Mit solchen Lösungen wollen die VW-Bosse ihre Marktanteile gegenüber der Konkurrenz behaupten: Das Ergebnis sind globale Überkapazitäten zu Lasten von Beschäftigten und der Umwelt. Zudem sind Kaufprämien für E-SUVs Steuergeschenke für Spitzenverdiener. Subventionen dieser Art sind nur ein Strohhalm, können kurzfristig den Absatz erhöhen und können angesichts der strukturellen Probleme der Automobilindustrie keine Abhilfe schaffen.

CDU, BSW und FDP stellen das Verbrenner-Aus infrage und wollen energieintensive und teure synthetische Kraftstoffe (E-Fuels) etablieren, die Extremisten der AfD sind „stolz auf den deutschen Diesel“, Grüne und SPD begnügen sich mit dem Antriebswechsel – aber niemand setzt sich wirklich für die Beschäftigten ein. Stattdessen dreht sich die Diskussion vor allem darum, dass wir uns zwischen Verbrenner-SUVs und E-SUVs entscheiden sollen. Beide sind keine Lösung. Beide sind kein Beitrag zum Klimaschutz, verbrauchen zu viele Ressourcen und sind für viele Menschen unbezahlbar.

### **Jobgarantien und Weiterbildungen für die Beschäftigten**

Anstatt an alter Technik festzuhalten, damit die Konzerne noch weiter Profite machen können, müssen wir unsere Industrie umbauen, um gute Arbeit zu sichern und zu schaffen. Das geht nur sozial gerecht. Wir brauchen eine Jobgarantie, eine Einkommensgarantie und eine Weiterbildungsgarantie für die Beschäftigten in der Autoindustrie. Sie brauchen gute und verlässliche Perspektiven in einer Industrie mit Zukunft, mit guten Löhnen, Tarifverträgen und sicheren Arbeitsplätzen. Insbesondere die jungen Kolleg\*innen und Auszubildenden wollen ihre Zukunft planen können.

Die chinesische Autoindustrie ist den hiesigen Autokonzernen beim Bau von E-Autos meilenweit voraus. Bald werden Hersteller aus China den europäischen Markt mit kleinen und bezahlbaren E-Autos beliefern – nachdem deutsche Autokonzerne jahrzehntelang vom Absatz in China profitiert haben. Eigentümer und Manager der deutschen Autoindustrie haben die Entwicklung ignoriert, weil sie auf kurzfristige Profite setzen: lieber SUVs und Luxusautos mit großer Gewinnmarge als für die Mobilität der Zukunft zu produzieren. Das Ergebnis zeigt sich jetzt: Während China seine Kfz-Exporte nach Deutschland steigert, sinken die Absatzzahlen deutscher Autos in China. Die EU hat jetzt Strafzölle für die chinesischen Hersteller eingeführt – als gäbe es in Deutschland keine Subventionen, als würde ein Handelskrieg nicht auch die Industrie in Deutschland belasten.

### **Die Konzern-Bosse in die Pflicht nehmen!**

Die Verkehrswende muss mehr als eine Antriebswende sein. Die Mobilität der Zukunft sind moderne und bequeme Busse und Bahnen für mehr öffentlichen Nah- und Fernverkehr. Aber viele Menschen werden z.B. auf dem Land über längere Zeit auch auf ein Auto angewiesen sein. Dafür müssen kleine und kostengünstige E-Autos produziert werden, Kleinbusse, die

flexibel im ÖPNV eingesetzt werden können, keine SUVs und Luxuskarossen.

Es braucht politische Steuerung und mehr Mitbestimmung, denn die Unternehmen der automobilen Wertschöpfungskette werden ihrer Verantwortung nicht gerecht: Die großen Konzerne haben die wichtigsten Entwicklungen verschlafen. Die Firmen nutzen die Kompetenzen und Fähigkeiten ihrer Beschäftigten nicht. Die Regierung muss deshalb endlich handeln und Milliarden investieren in den sozial-ökologischen Umbau der Industrie und gute Jobs, damit gute Arbeit und echter Klimaschutz Hand in Hand gehen.

Die Regierung tut nichts, um die Autoindustrie unter Beteiligung der Arbeiterinnen und Arbeiter, der Ingenieurinnen und Ingenieure auf sinnvolle, zukunftsfähige Produktion umzustellen. Mit dem Festhalten an der Schuldenbremse und der Weigerung hohe Vermögen und Superreiche zu besteuern, blockiert sie die dringend notwendigen Investitionen in die sozial-ökologische Transformation.

Wir stellen uns gegen die Deindustrialisierung und für eine Mobilität der Zukunft.

Was es jetzt braucht für den sozial-ökologischen Umbau, für Sicherheit und Gerechtigkeit, für gute Arbeit:

Eine Jobgarantie in allen Branchen, die vom Umbau betroffen sind (Autoindustrie, Schienenfahrzeugindustrie, Stahl, Kohle, Chemie, Zement etc.): Niemand darf durch und nach dem Umbau der Industrie sozial abstürzen – das machen die Beschäftigten, die sich jahrelang den Rücken krumm gemacht haben, zu Recht nicht mit. Insbesondere für Beschäftigte in den kleinteiligen Zulieferer-Werken brauchen wir zudem eine staatliche Weiterbildungsgarantie: Alle, die sich fortbilden wollen, müssen das tun können, egal ob es sich um Weiterbildungen innerhalb oder außerhalb des aktuellen Berufsfelds handelt, egal ob die Unternehmensleitung das will oder nicht.

Industriearbeitsplätze mit Zukunft schaffen: Statt immer mehr (E-)SUVs brauchen wir nicht nur kleine und bezahlbare E-Autos, sondern auch neue Züge, Straßenbahnen und Busse. Um das umzusetzen, brauchen wir Mitbestimmung und Demokratie in den Entscheidungen, was produziert wird. Die Eigentümer und Manager der Autoindustrie fahren den Laden gerade gegen die Wand. Es ist angesichts dieses Versagens nicht mehr hinnehmbar, dass eine winzige Minderheit darüber entscheidet, was produziert wird. Die Unternehmen der Automobilindustrie sollten gesetzlich das Ziel eines sozial-ökologischen Umbaus verpflichtet werden. Damit ist der share-holder-Value nicht mehr das alleinige und bestimmende Unternehmensziel. Betriebsräte und regionale Transformationsräte müssen Mitbestimmungsrechte erhalten und in wichtige Unternehmensentscheidungen eingebunden werden. Vertreter\*innen der Politik vor Ort, der Beschäftigten und Gewerkschaften und Wirtschaftsförderungsinstitutionen können so gemeinsam Konzepte zur Finanzierung und Gestaltung betrieblicher Konversion erarbeiten und in ein Konzept regionaler Strukturpolitik einbetten.

Die Bundesregierung muss zusammen mit den Belegschaften, Gewerkschaften, Wissenschaft, Umwelt- und Sozialverbänden einen verbindlichen Zukunftsplan für die Industrie entwickeln. Die Industriekonzerne müssen verpflichtet werden, diesen Umbau in die Wege zu leiten – und im Interesse des Allgemeinwohls zu realisieren. Bei der Finanzierung der ökologischen und technologischen Modernisierung der Produktion wollen wir die Konzerne und Aktionäre in die Pflicht nehmen. Die Regierung muss den Umbau steuern und konkrete Vorgaben machen. Die Milliarden für den sozial-ökologischen Umbau der Industrie dürfen nicht einfach in die Taschen der Konzerne wandern, sondern muss an Bedingungen gekoppelt werden: betriebliche und gesellschaftliche Mitbestimmung, hohe ökologische Standards, Arbeitszeitverkürzung, Tarifverträge, Jobgarantien für die Arbeiterinnen und Arbeiter. Wo öffentliche Förderung fließt, muss dies mit der Stärkung öffentlicher Kontrolle und Eigentums einhergehen. In der Satzung der IG Metall heißt es:

„Aufgaben und Ziele der IG Metall sind: ... Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum.“ Angesichts der Krise der Automobilindustrie als Schlüsselindustrie und der notwendigen sozial-ökologischen Transformation sind öffentliche Kontrolle, die Demokratisierung von Unternehmen und öffentliches Eigentum dringend notwendig für eine zukunftsfähige, nachhaltige und gute Arbeit sichernde Industrie - und nicht die Steigerung des Aktienwerts und der Dividendenausschüttung.

## Antrag G06.001.1

Änderungsantrag zu G06

Antragsteller\*in:

Partei Vorstand

### Zeile 1

1 ~~Wie AfD und~~ **Rechtsextremismus** wirkungsvoller bekämpfen!

Zeilen 2 bis 42 ersetzen durch:

Das Erstarken der AfD und des Rechtsextremismus in Deutschland erfordert unseren entschlossenen, aber auch klugen Einsatz. Trotz fleißiger Proteste und warnenden Kampagnen überall im Land konnten wir das Erstarken der AfD in den letzten Jahren nicht aufhalten. Rechtsextreme Propaganda im Stil der NSDAP, übersät mit Halbwahrheiten und Lügen prägen immer mehr das Meinungsbild der Bevölkerung. In Thüringen, Sachsen und Brandenburg wählten zuletzt rund 30 % der Wähler die dort als gesichert rechtsextrem eingeordnete AfD – obwohl sich breitaufgestellte Bürgerbündnisse immer wieder mahnend an die Menschen wandten.

DIE LINKE ist sich einig und ihrer Rolle bewusst, dass sie sich dieser verheerenden gesellschaftlichen Entwicklung entgegenstellen will und wird.

DIE LINKE ist sich ebenso einig, dass das nur eins bedeuten kann: Wir geben unsere Werte nicht auf! DIE LINKE bleibt im Kampf gegen Rechtsextremismus stabil und zuverlässig.

1. Unsere Flüchtlings- und Migrationspolitik bleibt vom humanistischen Grundkonsens geprägt.

2. Klima – und Wirtschaftspolitik sind untrennbar verknüpft und werden nur erfolgreich vorangetrieben werden, wenn sie sozial gerecht gestaltet werden.

3. Soziale Gerechtigkeit wird es im Land nur geben, wenn die Ärmsten des Landes nicht gegeneinander ausgespielt werden und die Gewinne und Vermögen der Superreichen für die Politik kein Tabu bilden.

Erfolgreich, das wissen wir, werden wir den Kampf nur führen können, wenn wir ständig lernen und unsere Konzepte stetig weiterentwickeln. Dazu braucht es eine genaue Analyse, wie es der AfD gelingen konnte derart den Diskurs in der Gesellschaft nach rechts zu verschieben, so dass abgesehen von der LINKEN in allen Parteien ein Rechtsruck in den politischen Aussagen zu verzeichnen ist.

- Während wir immer wieder mit Bündnispartnern vor dem klaren rechtsextremen Grundwesen der AfD warnen, hat es die AfD längst verstanden diesen Gegenwind selbst propagandistisch zu nutzen und „rechts“ sein als gegen die „Ampel“ und „die da oben“ umzudeuten. Dem „RECHTS“ sein wurde in Teilen der Bevölkerung ein positives Image gegeben.
- Ob Klimamaßnahmen oder Flüchtlingskosten – die Bundesregierung vermeidet es strikt Verursacher-Konzerne von Rheinmetall bis RWE mit Übergewinnsteuern daran zu

beteiligen. Die AfD hingegen nutzt die Angst vor den Kosten um gegen die Aufnahme von Flüchtlingen und gegen den Klimaschutz Stimmung zu machen.

- Der AfD gelingt es mittels einfacher Slogans, Halbwahrheiten und Lügen Emotionen zu entfachen, zu schüren und zu nutzen während die faktenbezogene Gegenargumentation blass und belehrend wirkt.

Daraus resultierend wird die LINKE:

1. Sich stärker als je zuvor in demokratischen Bündnissen gegen Rechtsextremismus engagieren. Das heißt auch, dass wir jedem Mitglied einer demokratischen Partei die Hand reichen, dass diesen Kampf gemeinsam mit uns führen will. Wir sind nicht allein!

2. Unsere Proteste müssen inhaltsstärker und an den Triggerpunkten der Bevölkerung orientiert sein. Wir dürfen die AfD nicht länger unfreiwillig in ihrer selbstgewählten Märtyrerrolle stärken, sondern müssen sie als unsozial, zutiefst kapitalistisch, national-egoistisch, also als Gefahr für ein besseres Land entlarven.

In den Politikfeldern wie Asylpolitik, Friedenspolitik, Klimapolitik und Sozialpolitik, in denen schlechte Ampel-Regierungspolitik der AfD in die Hände spielt, müssen wir sehr viel stärker und besser als zuvor verständliche und nachvollziehbare Alternativen aufzeigen.

Das heißt also weiter:

3. Eine humanistische Asylpolitik bedeutet nicht nur Menschen aufzunehmen, sondern ihnen auch eine Chance für das künftige Leben zu bieten. Das ist in Deutschland meistens nicht der Fall. Lange Asylverfahren verknüpft mit einem Arbeitsverbot und dürftigen Integrationsangeboten, kaum sozial gerechte Einwanderungsregelungen für echte Perspektiven und ewiger Streit um die Kosten oft zu Last der Kommunen prägen die Debatte, während die Fluchtursachenverursacher wie der Konzern Rheinmetall trotz gewaltiger Gewinne nicht in die Mitverantwortung genommen werden. Monatelange Bürokratie bei der Anerkennung von Bildungsabschlüssen... all das nutzen Rechtsextreme verschiedener Parteien, nicht nur die der AfD indem sie die so erzwungene Hilfsbedürftigkeit der Flüchtlinge gegen diese wenden.

Will die LINKE, dass in Deutschland eine humanistische Flüchtlings- und Migrationspolitik gelebt wird, muss sie die Bürger überzeugen, dass dies nicht nur zum Wohle dieser Menschen geschieht, sondern die gesamte Gesellschaft mit zusätzlichen Arbeits- und Fachkräften, aber auch kultureller Vielfalt davon profitiert. Ängste kann man nicht verurteilen – man muss sie entkräften! Eine bessere Perspektive in der Migrationspolitik, ein Fokus auf die Chancen entzieht der AfD den Nährboden für Hass und Hetze.

4. Friedenspolitik ist nicht nur Frieden fordern. Die Gesellschaft streitet sich jedoch, wie ein Frieden, z. B. in der Ukraine errungen werden kann. Wie kann das Sterben endlich aufhören? – Mit pauschalen Forderungen wie „Rüstungsexporte verbieten – weltweit“ dringt die LINKE nicht mehr durch. Es ist zu wenig, um glaubhaft als friedenspolitischer Motor wahrgenommen zu werden.

Deswegen muss die LINKE deutlich klarer als bisher nachvollziehbare Friedensstrategien aufzeigen. Die erste und wichtigste Forderung muss daher sein – „Das Töten und Zerstören muss aufhören“ Waffenstillstand heißt aufhören mit Schießen – und dann verhandeln. Vergiftete Waffenstillstandsforderungen, die der Kapitulation einer Seite gleichkommen, sind nie ehrliche Forderungen. Klar ist für die Linke aber auch, ganz im Gegensatz zu AfD und BSW, dass ein Aggressor mit Krieg nie erfolgreich sein darf. In den Friedensverhandlungen nach Abschluss eines Waffenstillstandes ist alles dafür zu tun, dass es die völkerrechtlich einzig vertretbare Lösung gibt, dass alle widerrechtlich besetzten Gebiete zurückgegeben werden.

5. Viele Menschen, das ist Realität lehnen Klimaschutzmaßnahmen wie eine Verkehrswende

oder eine Heizungswende ab – weil sie Angst vor den zu erwarteten Kosten haben. Die LINKE wird sich in der kommenden Zeit noch mehr Gedanken machen müssen, wie es glaubhaft umgesetzt werden kann, dass dieser Wandel nicht nur sozial verträglich, sondern auch sozial fortschrittlich gestaltet wird. Nur so wird es möglich sein, dass ein Scheitern der Klimapolitik aufgrund von geschürten Ängsten verhindert wird.

6. Durch Spaltung der Gesellschaft haben es AfD, aber auch Union und FDP geschafft, sozial gerechter Politik ein negatives Image zu verschaffen – gegenwärtig ist der angeblich arbeitsunwillige Bürgergeldempfänger mehr Thema als die Bekämpfung z. B. von Alters- oder Kinderarbeit. Die LINKE hat unterdessen sehr viel Zeit mit dem Streit verbracht, ob ein Bedingungsloses Grundeinkommen nun gut oder schlecht ist. In Zukunft wird sich die LINKE wieder mehr ihrer besonderen sozialpolitischen Verantwortung in der Gesellschaft zuwenden – mit Konzepten, aber auch mit einer klugen Öffentlichkeitsarbeit.

## **Begründung**

In den zurückliegenden letzten Jahren war weder die LINKE im Besonderen, noch die demokratische Zivilgesellschaft erfolgreich im Kampf gegen einen erstarkenden Rechtstextremismus in weiten Teilen der Gesellschaft, welcher sich nicht zuletzt in Wahlerfolgen der AfD widerspiegelt.

Doch Klagen hilft nicht. Viele Genossinnen und Genossen der LINKEN machten nach den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg deutlich, dass trotzdem die Entschlossenheit gewachsen ist, trotz allem Gegenwind zu unseren Werten zu stehen. Unsere Werte für eine solidarische, soziale und friedliche Gesellschaft werden wir nicht Wahlerfolgen zu liebe aufgeben.

Aber wir sehen uns in der Verantwortung in unserem Kampf besser, stärker und klüger zu werden. Unser Kampf gegen eine AfD, gegen Rassismus und Rechtsextremismus muss in allererster Linie darin bestehen, den Menschen in unsrem Land zu vermitteln, dass unsere Werte und unser Weg zum Wohle aller Menschen im Land ist, wenn er gemeinsam gegangen wird.

Die AfD arbeitet mit Tricks, Täuschung und Betrug. War sie kürzlich noch für die Streichung aller Subventionen, gab sie sich später plötzlich als Vorkämpfer für die Landwirte. Hat sie gerade noch gegen eine soziale Politik im Bundestag gestimmt, macht sie heute angeblich für die „kleinen Leute“ Wahlkampf.

Während die LINKE gegen Armut kämpft spielt die AfD die Ärmsten im Land gegeneinander aus während die Reichen nicht angetastet werden.

In ihren propagandistischen Strategien und in ihrer Sprache gleicht die AfD immer mehr der NSDAP – nicht zuletzt, weil genau das in Deutschland bereits einmal erfolgreich war. Nazi-Parolen erleben Neufassungen und aus dem „Deutschland erwache“ der SS wurde heute, „das Volk müsse erwachen“!

Wütende Proteste allein werden diese AfD nicht stoppen. Wir als LINKE sind gemeinsam mit allen demokratischen Partnern in der Verantwortung unseren Beitrag zu leisten zum einen die AfD zu entlarven als dass was sie hinter der Fassade ist, aber auch zum anderen den Menschen im Lande einen Weg aufzuzeigen, den sie selbst als den für sich besseren annehmen.

## Antrag G08.001.1

Änderungsantrag zu G08

Antragsteller\*in: Parteivorstand

Der Antrag wird mit der in [G08.003.1](#) beantragten Änderung in den Ersetzungsantrag [G12.001.1](#) aufgenommen und dort mit weiteren zusammengeführt.

## Antrag G08.003.1

Änderungsantrag zu G08

Antragsteller\*in: Parteivorstand

### Zeile 3 - 7

- 1 Gaza und dem Westjordanland umgehend ~~Asyl~~den Flüchtlingsstatus in Deutschland erhalten.  
~~Wir fordern die~~
- 2 ~~Einrichtung eines speziellen Aufnahmeprogramms mit zusätzlichen Plätzen in~~
- 3 ~~Erstaufnahmeeinrichtungen und die beschleunigte Bearbeitung von Asylanträgen für~~
- 4 ~~Palästinenser\*innen, um sie und vor Abschiebung zu schützen und ihnen geschützt werden.~~  
Wir fordern die Einrichtung eines Aufnahmeprogramms, das den betroffenen Menschen  
einen gesicherten Status und damit eine sichere
- 5 Zukunft in Deutschland ~~zu ermöglichen~~ermöglicht.

## Antrag G09.002.1

Änderungsantrag zu G09

Antragsteller\*in: BV Berlin Friedrichshain-Kreuzberg

### Zeile 2 - 11

- 2 ~~Die Linke lehnt die Praxis ab, die "Arbeitsdefinition Antisemitismus" der~~
- 3 ~~International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) in Kommunen, Behörden und~~
- 4 ~~Bundestagsbeschlüssen als verbindliche Definition vorzuschreiben, um Zugänge zu~~
- 5 ~~Räumen und Fördermitteln zu kontrollieren. Damit verbundene Geheimdienstkontrollen,~~
- 6 ~~Personenüberprüfungen und Bekenntniszwänge werden ebenfalls abgelehnt. Die Linke~~
- 7 ~~kritisiert den zunehmenden Gebrauch der IHRA als juristisches Mittel, weil dies ein~~
- 8 ~~massives Einfallstor für autoritäres, staatliches Handeln ist. Damit hat~~Die Linke stellt sich die
- 9 ~~Definition~~entschieden gegen Antisemitismus. Der Kampf gegen Antisemitismus erfordert  
eine Antisemitismusdefinition, die den Namen verdient und nicht für politische Zwecke  
missbraucht wird. Eine Antisemitismusdefinition für Monitoring und die Bekämpfung von  
Antisemitismus als auch in diesem Sinne zu einem repressiven Instrument entwickelt, um
- 10 ~~unliebsame Kritik und politischen Protest zu verhindern. Diese Praxis unterläuft den~~
- 11 ~~Kampf gegen Antisemitismus als komplexe, gesamtgesellschaftliche Aufgabe für~~  
Bildungszwecke ist notwendig. Dafür will Die Linke die „Jerusalem Erklärung zum  
Antisemitismus“ stärken, in dem die Auffassung vertreten wird, dass Antisemitismus einige  
spezifische Besonderheiten aufweist, der Kampf gegen ihn jedoch untrennbar mit dem  
allgemeinen Kampf gegen alle Formen rassistischer, ethnischer, kultureller, religiöser und  
geschlechtsspezifischer Diskriminierung verbunden ist.

### Zeile 12 - 19

12 ~~Gleichwohl erkennt die Linke an, dass eine Antisemitismusdefinition für Monitoring~~  
13 ~~und die Bekämpfung von Antisemitismus als auch für Bildungszwecke hilfreich ist und~~  
14 ~~empfiehlt als Nachdenk~~Die Linke lehnt die Praxis ab, die "Arbeitsdefinition- und  
Diskussionshilfe die „Jerusalem Erklärung zum  
15 Antisemitismus“ vom Frühjahr 2021, in dem die Auffassung vertreten wird, dass  
16 Antisemitismus einige spezifische Besonderheiten aufweist, der Kampf gegen ihn jedoch  
17 untrennbar mit dem allgemeinen Kampf gegen alle Formen rassistischer, ethnischer,  
18 kultureller, religiöser und geschlechtsspezifischer Diskriminierung verbunden ist.  
19 ~~Sie verweist darauf, dass Antizionismus nicht gleich Antisemitismus ist~~Antisemitismus“ der  
International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) in Kommunen, Behörden und  
Bundestagsbeschlüssen als verbindliche Definition vorzuschreiben, um Zugänge zu Räumen  
und Fördermitteln zu kontrollieren. Damit verbundene Geheimdienstkontrollen,  
Personenüberprüfungen und Bekenntniszwänge lehnen wir ebenfalls ab. Die Linke kritisiert  
den zunehmenden Gebrauch der IHRA als juristisches Mittel, weil dies ein massives  
Einfallstor für autoritäres, staatliches Handeln ist. Damit hat sich die Definition auch in  
diesem Sinne zu einem repressiven Instrument entwickelt, um unliebsame Kritik und  
politischen Protest zu verhindern. Diese Praxis unterläuft den Kampf gegen Antisemitismus  
als komplexe, gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

## Antrag G10.014.1

Änderungsantrag zu G10

Antragsteller\*in: Parteivorstand

### Zeile 18 - 19

18 ~~Völkerverständigung, der solidarischen ökonomischen Zusammenarbeit,~~~~der Bekämpfung~~  
19 ~~von Armut, von sozialer Ausgrenzung und von ungleichen Lebenschancen~~ verfolgen, mit  
allen, die sich in ihren Ländern für Armutsverringern, die Verringerung der sozialen  
Ausgrenzung und der Ungleichheit, für Beschäftigten- und Gewerkschaftsrechte, gegen  
Korruption sowie für demokratische Mitbestimmung, für Umweltschutz und für die Rechte  
von Indigenen einsetzen.

## Antrag G12.001.1

Änderungsantrag zu G12

Antragsteller\*in: Parteivorstand

### Zeile 1 - 2

- 1 (Die Anträge G12, G14 und G08 werden zusammengeführt und durch folgenden Antrag  
ersetzt. Die aktuellsten Entwicklungen konnten innerhalb der Frist zur Einreichung von  
Änderungsanträgen noch nicht berücksichtigt werden. Aufgrund der sich permanent  
ändernden Lage wird für den Parteitag eine Aktualisierung vorzunehmen sein.)
- 2 **Deeskalation und Abrüstung für Frieden in Nahost - Für eine friedenspolitische Wende**  
**~~im Krieg Israels gegen Palästina!~~**

Es braucht eine sofortige friedenspolitische Wende im Nahen Osten. Die Bundesregierung  
muss aufhören Krieg und Eskalation durch Waffenlieferungen zu unterstützen und endlich  
aktiv eine politische Lösung vorantreiben.



Seit dem Massaker der Hamas am 7. Oktober letzten Jahres in Israel tobt im Gazastreifen und im Grenzgebiet zwischen Israel & dem Libanon ein brutaler Krieg. Auch im Westjordanland und in Israel kommt es immer wieder zu militärischer Gewalt und Terror-Anschlägen. Die Bilanz ist verheerend: über 40.000 Menschen wurden im Gazastreifen bereits getötet – viele davon Zivilisten– und über 90.000 verletzt. Im besetzten Westjordanland wurden seit dem 7. Oktober über 660 Palästinenser\*innen getötet und 5.600 verletzt. Auch fast 2000 Israelis, Zivilisten wie Soldaten, wurden getötet, Tausende verletzt. Israel hat den schlimmsten Terrorangriff seit seiner Gründung erlebt. Auf allen Seiten ist es zu schweren Kriegsverbrechen gekommen. Der Ankläger am Internationalen Strafgerichtshof hat einen Haftbefehl gegen Israels Regierungschef und Verteidigungsminister sowie gegen drei Hamas-Anführer beantragt. In Gaza wie in Nordisrael und im Südlibanon wurden zehntausende Menschen in die Flucht getrieben und traumatisiert. Die humanitären Bedingungen im Gazastreifen sind katastrophal, viele Häuser und auch die zivile Infrastruktur sind weitgehend zerstört. Zugleich werden immer noch israelische Geiseln von der Hamas in Tunneln festgehalten. Auch im Südlibanon eskaliert die Situation immer mehr: Die Hisbollah beschießt Israel seit Monaten immer wieder mit Raketen. Israel bombardiert den Süden des Libanon massiv und hat tausende Angriffe auf Hisbollah-Mitglieder durchgeführt. Dabei wurden über 600 Menschen getötet, tausende Weitere schwer verletzt, darunter viele Unbeteiligte. Nun droht auch noch eine Bodenoffensive. Die Folgen für die Zivilbevölkerung im ohnehin wirtschaftlich und politisch instabilen Libanon sind insgesamt verheerend. Auch in Europa hat die Eskalation im Nahen Osten zu einem starken Anstieg von Rassismus und Antisemitismus geführt. Es gibt zahlreiche Angriffe auf muslimische wie jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger. Anlässlich propalästinensischer Demonstrationen ist es vielfach zu Polizeigewalt und der massiven Einschränkung von demokratischen Grundrechten gekommen.

Der Krieg zeigt erneut das Scheitern einer militaristischen Sicherheitspolitik wie die Untauglichkeit jeder Eskalationsstrategie für eine Lösung des komplexen Nahost-Konfliktes. Eine Lösung kann es nur geben, wenn die berechtigten Interessen von

Israelis und Palästinensern endlich anerkannt und Völker- wie Menschenrechte für alle und ohne doppelte Standards garantiert werden. Israel hat ebenso ein Recht auf Sicherheit und Selbstverteidigung wie die Palästinenser auf Selbstbestimmung und einen eigenen Staat. Für eine friedliche Lösung ist es notwendig den Scharfmachern auf beiden Seiten konsequent entgegen zu treten. Denn weder die extrem rechten Teile der israelischen Regierung noch die Fundamentalisten von Hisbollah und Hamas haben ein Interesse an einem gerechten Frieden. Im Gegenteil: Während Mitglieder der israelischen Regierung offen rassistische Vertreibungspläne äußern und unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung die völkerrechtswidrige Besatzung des Westjordanlandes sowie die Vertreibung von Palästinenser vorantreiben, drohen die Islamisten von Hisbollah und Hamas mit der Zerstörung Israels und verbreiten offenen Antisemitismus. Dabei werden sie von den Klerikalfaschisten des iranischen Regimes angeleitet und aufgerüstet, das seine internationalen Verbündeten zu Angriffen auf Israel aufruft. Auf der anderen Seite unterstützen die USA, die NATO und die Bundesregierung Israel weiterhin diplomatisch und mit massiven Waffen- und Rüstungslieferungen, obwohl die Regierung Netanjahu offensichtlich kein Interesse an einem Ende des Krieges hat. Zugleich macht der Westen Geschäfte mit dem Regime von Erdogan in der Türkei und dem Emir von Katar, die zu den Hauptsponsoren der Hamas gehören. All das zeigt: Trotz seiner schrecklichen Folgen für viele Menschen auf beiden Seiten, gibt es Akteure, die politisch und wirtschaftlich von einer weiteren Eskalation des Konfliktes profitieren. Damit muss endlich Schluss sein!

Wir sagen: Wir müssen raus aus der Sackgasse von Nationalismus, Eskalation und Militarismus! Unser Mitgefühl und unsere Solidarität gelten den israelischen und

palästinensischen Opfern. Wir stehen gegen Rassismus und Antisemitismus und verurteilen unmissverständlich alle Kriegsverbrechen und alle Verstöße gegen das Völkerrecht. Es braucht dringend eine politische Lösung.

Aus der Geschichte des Holocaust und des Antisemitismus ist der Staat Israel eine historische Notwendigkeit, die niemals zur Debatte steht. Zugleich müssen Menschen- und Völkerrecht für alle gelten. Das bleibt unsere Verantwortung, gerade in diesen Zeiten. DIE LINKE steht daher für das Existenzrecht Israels und eine friedliche Zwei-Staaten-Lösung in den Grenzen von 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt Palästinas, ein souveränes, sicheres Israel an der Seite eines souveränen, sicheren Palästinas, einschließlich der Möglichkeit einvernehmlichen Gebietsaustauschs auf Grundlage der UN-Resolutionen. Im gemeinsamen Prozess um die Zukunft der Region müssen Israelis und Palästinenser\*innen gleichberechtigt beteiligt sein.

Wir fordern:

-Einen sofortigen Waffenstillstand, die Freilassung der Geiseln und einen Stopp der wechselseitigen Angriffe, im Gaza-Streifen, im Libanon, Nordisrael und im Westjordanland!

-Hilfe leisten! Die ausreichende humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung im Gazastreifen, den Wiederaufbau der Zivileinrichtungen und Infrastruktur, insbesondere Wohnhäuser, Krankenhäuser, Schulen, Universitäten und religiösen Stätten.

-Schluss mit den Waffenlieferungen in die Region, keine Profite mit dem Krieg! Deutschland muss seinen Nachschub für den Krieg stoppen und so den Druck für einen sofortigen Waffenstillstand erhöhen.

-Die Anerkennung Palästinas! Dreiviertel aller UN-Staaten haben Palästina bereits anerkannt. Es ist Zeit, dass Deutschland sich dem überwiegenden Teil der Weltgemeinschaft und auch vielen Menschen in Israel anschließt, sich aktiv hinter eine Zwei-Staaten-Lösung stellt und den Druck für eine politische Lösung erhöht. Zugleich sind Sicherheitsgarantien und eine Anerkennung Israels durch die Staaten der Region nötig.

-Schluss mit Besatzung, Vertreibung und Siedlungsbau! Die israelische Besatzung der Westbank und Ostjerusalems stellt einen klaren Verstoß gegen das Völkerrecht dar. Israel ist verpflichtet, die Besatzung zu beenden und sofort rechtsstaatliche Standards und gleiche Rechte für alle zu garantieren. Die Hisbollah muss sich entsprechend der UN-Resolution aus dem Grenzgebiet zu Israel zurückziehen.

-Dem Terrorismus muss der Geldhahn abgedreht werden! Das bedeutet auch die Kooperation mit Regimen wie dem Iran und Katar, die Israels zerstören wollen oder die Hamas sowie andere Fundamentalisten finanziell unterstützen auf den Prüfstand zu stellen. Wir sagen: keine dreckigen Deals mit Diktatoren, keine Doppelmoral.

-Geflüchtete schützen! Wir fordern, dass Geflüchtete aus Gaza und dem Westjordanland umgehend den Flüchtlingsstatus in Deutschland erhalten und vor Abschiebung geschützt werden. Es braucht die Einrichtung eines Aufnahmeprogramms mit zusätzlichen Plätzen das den betroffenen Menschen einen gesicherten Status und damit eine sichere Zukunft in Deutschland ermöglicht. Wir fordern die Bundesregierung auf, die aktuelle Praxis des BAMF zu beenden, wonach Anträge nicht behandelt werden, weil die Lage in Gaza zu unübersichtlich sei.

-In diesem Sinne beteiligen wir uns als Die Linke an -Demonstrationen für den Frieden, die sich gegen Antisemitismus und Rassismus und für eine friedliche 2 Staaten-Lösung positionieren. Wir organisieren Veranstaltungen zur Aufklärung über den Krieg und über die Situation in Israel und Palästina und erarbeiten entsprechend Materialien. Dabei arbeiten wir mit Bündnispartnern zusammen, die sich klar gegen Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit und jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stellen.

# Antrag G12.001.2

Änderungsantrag zu G12

**Antragsteller\*in:** Christoph Spehr (Bremen), Dana Engelbrecht, Lars Hilbig und weitere

## Zeile 1 - 2

1 Zeilen 1 bis 80 ersetzen durch:

2 ~~Deeskalation und Abrüstung für Frieden in Nahost~~ – ~~Für eine friedenspolitische Wende im Krieg Israels gegen Palästina~~ Frieden, Gerechtigkeit und gegenseitige Sicherheit in Nahost

Am 7. Oktober 2023 verübte die Hamas einen verheerenden Terrorangriff auf israelisches Gebiet. Ziel des Angriffs war das Massaker an 695 israelischen Zivilist\*innen, darunter allein 364 Teilnehmer\*innen eines Musikfestivals. 243 Menschen wurden als Geiseln verschleppt. Der Angriff und das Massaker waren geplant und von langer Hand vorbereitet. Er erfolgte mit extremer Brutalität und unter gezieltem Einsatz von sexualisierter Gewalt. Der Angriff diene auch dem Ziel, die Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und verschiedenen arabischen Staaten zu zerstören.

Israel nahm sein Recht auf Selbstverteidigung wahr und begann eine Bodenoffensive zur Befreiung der Geiseln und zur Ergreifung der Täter und Verantwortlichen. Dabei wurden und werden auch zivile Objekte bombardiert, von denen viele seitens der Hamas als Deckung für militärische Stützpunkte benutzt werden. Die israelische Regierung verhängte eine Blockade von Gaza.

Die Linke schloss sich auf dem Parteitag in Halle im November 2023 den Forderungen nach einem sofortigen Waffenstillstand und der Freilassung aller Geiseln an. Trotz internationaler Bemühungen und erster Erfolge, namentlich der Feuerpause und der Freilassung von 105 Geiseln, wurde dieser Weg letztlich von beiden Kriegsparteien blockiert.

Ein Jahr nach dem Terrorangriff und dem Beginn der Bodenoffensive ist die Bilanz des Konfliktes katastrophal. Bis zum Juli 2024 wurden nach Angaben des Gesundheitsministeriums von Gaza etwa 40.000 Palästinenser\*innen getötet. Von den 115 Geiseln, die weder ausgetauscht noch militärisch befreit wurden, ist eine ungeklärte Anzahl tot, die anderen befinden sich weiter in der Gewalt der Hamas. Die zivile Infrastruktur im Gazastreifen ist weitgehend zerstört, die humanitäre Situation beängstigend. Mit der israelischen Bodenoffensive im Libanon, den Raketenangriffen des Iran und den israelischen Tötungsschlägen in beiden Staaten droht zunehmend ein umfassender Nahostkrieg.

Die Regierung Netanjahu will den Krieg ausweiten und den Libanon, möglicherweise auch den Iran zum Ziel machen. Sie will durch militärische Stärke ihre längerfristigen Pläne durchsetzen, die Unabhängigkeit und Souveränität eines palästinensischen Staates mit allen Mitteln zu vereiteln. Der Krieg dient ihr auch als Mittel zum eigenen Machterhalt.

Das iranische Regime rüstet seit Jahren Hamas, Hisbollah und Huthi auf und unterstützt sie in ihren militärischen Aggressionen. Sie will den israelisch-palästinensischen Konflikt vertiefen und unlösbar machen, über die von ihr ausgerüsteten Milizen zur dominierenden Regionalmacht werden und eine Annäherung zwischen Israel und Teilen der arabischen Staaten um jeden Preis verhindern.

Die Hamas hat im Gaza ein Regime errichtet, das fundamental auf Hass und Vernichtungswunsch gegenüber Israel gegründet ist und davon zusammengehalten wird. Der Umbau von Gaza zu einer Angriffsplattform gegen Israel zeigt das ebenso wie die Gleichgültigkeit gegenüber der Zivilbevölkerung, die durch die Nutzung ziviler Infrastruktur

für militärische Zwecke zum Angriffsziel gemacht wird.

Die bisherigen Friedensbemühungen reichen nicht aus. Die Fortführung und Ausweitung der Kampfhandlungen sind nicht zu rechtfertigen. Nötig sind ein Waffenstillstand, die Fortsetzung der Geiselfreilassung, eine Friedenskonferenz und ein international erarbeiteter Friedensplan, der Übergangsschritte und Sicherheitsgarantien enthält. Dies fordern wir mit Nachdruck und ohne vorherige Bedingungen.

Das wird nur zu erreichen sein, wenn die jeweiligen Bündnispartner mehr Druck auf alle beteiligten Regierungen ausüben. Dies muss in koordinierter Weise erfolgen und Perspektiven anbieten; eine einseitige Aufkündigung von Unterstützung kann und wird es nicht geben.

Eine Schlüsselfrage ist die fehlende wechselseitige Anerkennung der jeweiligen Souveränität und des staatlichen Existenzrechts. Deutschland und die EU sollten sich für eine Initiative zur wechselseitigen staatlichen Anerkennung einsetzen, an deren Ende die Anerkennung von Israel und Palästina durch möglichst alle Staaten der Weltgemeinschaft steht.

Das Massaker an Israelis, die hohe palästinensische Opferzahl und verzweifelte Situation der Bevölkerung im Gaza, und jetzt die Gefahr eines immer größeren Regionalkriegs, lösen weiterhin tiefe Betroffenheit überall auf der Welt aus. Diese Anteilnahme, ebenso die Verbindung mit eigenen Erfahrungen von Ausgrenzung und Ungerechtigkeit, sind absolut legitim und müssen auch öffentlich ausgedrückt werden können. Voraussetzung für unsere Teilnahme an Bündnissen und Aktionen ist aber, dass sie auf der Grundlage stattfinden, auf der allein der Konflikt beendet werden kann, nämlich der gegenseitigen Wahrnehmung von Leid, Betroffenheit und erlittenem Unrecht, und der Anerkennung des Existenzrechts von Israel und Palästina.

## **Begründung**

Der Antrag ist in der vorliegenden Fassung nicht geeignet für eine Positionierung der Linken zum Krieg im Nahen Osten. Er unterstellt, dass eine Beendigung der israelischen Besetzung Palästinas ausreichend wäre, um Frieden herbeizuführen. Dies verkennt, dass die Hamas und das iranische Regime das offizielle Ziel der Beseitigung der staatlichen und physischen Existenz Israels verfolgen, und dass die Hamas diese Haltung mit dem Terrorangriff vom 7. Oktober unmissverständlich praktiziert hat. Eine realistische Perspektive auf einen gerechten und dauerhaften Frieden setzt voraus, die Hindernisse dafür auf allen beteiligten Seiten wahrzunehmen. Eine Beteiligung an Solidaritäts-Demonstrationen für Palästina, die Vernichtungswünschen gegenüber Israel Raum geben, kann für uns auch weiterhin nicht in Frage kommen.

Der Änderungsantrag knüpft am Beschluss des Augsburger Parteitags an, trägt aber auch der veränderten Situation Rechnung.

## **Antrag G14.001.1**

Änderungsantrag zu G14

**Antragsteller\*in:**

Parteivorstand

Der Antrag G14 wird ersetzt durch [G12.001.1](#) und dort mit weiteren zusammengeführt.

# Antrag P02.001.1

Änderungsantrag zu P02

Antragsteller\*in: Christian Suhr

## Zeile 1 - 2

- 1 ~~Großflächenplakate~~Bedarfsorientierte Außenwerbung und Social-Media (für Angebote individualisiert für den ländlichen Raum) – Mehr großflächig plakatieren als kleinteilig hängen!und urbanen Raum

## Zeile 3 - 5

- 3 Der Parteivorstand wird beauftragt ~~die Voraussetzungen für die zukünftigen Wahlkämpfe insbesondere in den ländlichen Landkreisen individueller, die Kommunikation im Wahlkampf differenzierter und spezieller auszurichten.~~bedarfsgerechter auszugestalten, mit Blick insbesondere auch auf den ländlichen Raum.
- 5 Um dieses zu erreichen, müssen folgende Dinge in Angriff genommen ~~werden.~~werden:

## Zeile 6 - 7

- 6 1. Personelle und finanzielle Unterstützung ~~für den verstärkten Einsatz bei der bedarfsgerechten Individualisierung von~~bedarfsgerechten Individualisierung von
- 7 ~~Großflächenplakaten~~Wahlwerbemitteln u.a. im ländlichen Raum,

## Zeile 8

- 8 2. Unterstützung bei der Erstellung und Verbreitung von ~~individuell bearbeitbaren~~individualisierbaren Social-Media-Vorlagen u.a. mit ~~ländlichen~~regionaltypischen
- 9 Themen,

## Zeile 10 - 11

- 10 3. ~~weniger erstelltes Material (dafür mehr individuelle Druckvorlagen zum~~bedarfsorientierte Bereitstellung von Wahlkampfmaterial in Abstimmung mit
- 11 ~~Selbstdrucken)~~den jeweiligen Verbänden.

## Begründung

Der ursprüngliche Antrag kritisiert zu Recht, daß zu wenig differenziert wurde in der Vergangenheit. Bei der EU-Wahl gab es kein konkretes Plakat zum ländlichen Raum bzw. Landwirtschaft als Beispiel. Wo wir z.T. Bus und Bahn umsonst fordern, würden sich manche Gemeinden freuen, wenn da überhaupt ein Bus führe. Die Sinnhaftigkeit von Plakaten, Großflächen, Flyern, Zeitungen etc. ist regelmäßig zu prüfen. Faltblätter, die niemand verteilt, bringen genauso wenig wie Großflächen, die von Rechtsaußen gern runtergerissen werden. Hier stehen wir jedoch in der Verantwortung, kostensensibel mit den Mitgliedsbeiträgen umzugehen und die KV's mit in die Pflicht zu nehmen für präzise Kommunikation.

Meine Empfehlung:

Es gibt deutliche Unterschiede zwischen ländlichem Raum und urbanem Raum, hier kann bei den Motiven differenziert werden.

Man könnte in Abstimmung mit einzelnen KVs Pakete schnüren, wer eine Großfläche will, muß dadurch auf andere Dinge verzichten, salopp gesagt.

Bei Social Media geht es nicht nur um Sharepics und Memes. Wenn keiner in die Chronik der Linken guckt, bringt das alles nichts. Es muß medial ausgespielt werden z.B. als Werbeanzeige, was viele KVs schlichtweg überfordert (META Business etc.). Hier ist nicht nur die Individualisierung hilfreich, sondern auch die zentrale Verbreitung für bestimmte Regionen und Zeiträume.

Das könnte nach dem Subsidiaritätsprinzip von unten nach oben zurückgespielt werden. Einfachstes Beispiel: Wir haben in der Gemeinde hier keine Plakate an den Laternen, sondern es werden Holzwände für Papierplakate zum Drankleben aufgestellt. Im Nachbarort darf es an die Laternen gehen. Großflächen gibt es nur punktuell und häufig eher an Privatgrundstücken (wo ein CDUler wohnt oder so ;-)).

Die Größe ist nicht das Wichtige, sondern Reichweite und Machart. Bei Letzterem sollten die KVs sich eventuell über ihren Landesverband auch einbringen können als Anregung.

Zu Social Media: Der Landes- oder Bundesverband bereitet ein eher regionales Motiv/Sharepic mit Beitrag vor. KVs, die damit werben wollen, sponsern für die Kosten. Von zentraler Stelle wird dann entsprechend eine Social-Media-Kampagne geschaltet für die jeweiligen Einzugsgebiete. Das können Demoaufrufe zwischen den Wahlen genau so sein wie Kandidierendenvorstellungen über Social Media während des Wahlkampfes etc.

WICHTIG: Allgemein ist mein Eindruck, es zählen eh immer nur Bundesthemen und damit verbundene Gefühle und Assoziationen. Es wäre strategisch allgemein zu schauen, ob man regionalspezifisch wirbt oder eher allgemeiner, das eigene Image aufbauend.

## Antrag P05.001.1

Änderungsantrag zu P05

Antragsteller\*in:

Parteivorstand

### Zeile 1

- 1 ~~Der Krieg ist ein Übel, das beseitigt werden soll und kann~~ Keine Militarisierung der Gesundheitsversorgung!

### Zeile 2 - 8

- 2 ~~DIE LINKE bekennt sich vorbehaltlos zu ihren friedenspolitischen Positionen im~~  
3 ~~Erfurter Programm. „DIE LINKE ist eine internationalistische Friedenspartei, die für~~  
~~Gewaltfreiheit eintritt, ob im Inneren von Gesellschaften oder zwischen Staaten.~~  
~~Daraus leiten wir unser Engagement gegen Krieg, Völkerrechtsbruch,~~  
~~Menschenrechtsverletzungen und militärische Denklögen im Umgang mit Konflikten ab.~~  
~~Neben der Kritik an Gewaltakteuren und an gewaltfördernden Machtstrukturen geht es~~  
~~uns um die Aufklärung über tiefere Zusammenhänge von Konfliktursachen.“~~

### Zeile 9 - 20

- 9 ~~Zugleich verdeutlichen wir offensiv die Zusammenhänge zwischen Kriegsvorbereitung und~~  
10 ~~wachsenden sozialen Verwerfungen. Das längst überfällige Ende der Schuldenbremse kann~~  
11 ~~und muss finanziellen und politischen Spielraum schaffen – allerdings nicht, um~~

12 ~~Aufrüstung und Blutvergießen zu fördern oder vorzubereiten. Aus diesem Grunde~~Die Linke  
lehnt  
13 ~~DIE LINKE auch~~ das geplante Gesundheitssicherstellungsgesetz ab, das in der so  
14 genannten Katastrophenmedizin die militärische Logik vor die medizinische Ethik  
15 stellt. Es birgt die Gefahr, dass sich hier eine Triage durchsetzt, die das  
16 Lebensrecht von Menschen in Frage stellt. ~~Die zu erkämpfenden politischen Spielräume~~  
17 ~~sind vielmehr zu nutzen~~Stattdessen muss Gesundheitspolitik genutzt werden, um  
gesellschaftlichen Zusammenhalt, Teilhabe und Inklusion  
18 zu fördern. Die fortschreitende Militarisierung der Gesellschaft stellt die Inklusion  
19 jedoch grundsätzlich in Frage und beschneidet Teilhabemöglichkeiten. Auch deshalb  
20 tritt ~~DIE LINKE~~Die Linke entschieden für die friedliche Beilegung von Konflikten ein.

## Antrag P08.008.1

Änderungsantrag zu P08

<b>Antragsteller*in:</b>	Martina Blank, Luca Hemmerich (KV Frankfurt/M.) und weitere
--------------------------	---

### Zeile 8 - 9

8 1. Der Soli-Fonds soll Sozialberatungen von „Die Linke hilft“ ermöglichen, ~~in~~  
9 ~~finanziellen Notlagen~~im Kontext konkreter sozialer Kämpfe und Kampagnen Betroffenen  
direkt zu helfen, um finanzielle Risiken aufzufangen. Die Vergabe kann dezentral  
10 passieren. Der Parteivorstand soll jedoch auch die Etablierung eines gemeinnützigen  
11 Vereins prüfen.

### Zeile 15

12 2. Die Vergabekriterien und -verfahren sind vorzugeben und sollen schnelle und  
13 unbürokratische Hilfen ermöglichen und Missbrauch vorbeugen. Kriterien und Verfahren  
14 sollen in Zusammenarbeit mit der BAG Die Linke hilft erarbeitet werden, um  
15 größtmögliche Rechtssicherheit und Praxisnähe zu gewährleisten.Ein Konzept hierfür soll  
dem kommenden Bundesparteitag 2025 vom Parteivorstand zur Abstimmung vorgelegt  
werden.

## Begründung

Die Arbeit der Partei Die Linke sollte schwerpunktmäßig auf politische Veränderungen zielen und keinen rein karitativen Charakter annehmen. Als Katalysator könnte ein solcher Fonds aber nützlich sein, wo sich politische Auseinandersetzungen an Notlagen entzünden.

Die Kriterien und Verfahren für die Verwendung der Finanzmittel sollten möglichst transparent festgelegt und deshalb dem Bundesparteitag zum Beschluss vorgelegt werden.

## Antrag P10.001.1

Änderungsantrag zu P10

<b>Antragsteller*in:</b>	Kathrin Vogler (Mitglied des Bundestags), Dr. Klaus Lederer (Berlin), BAG Die Linke queer und weitere
--------------------------	---

### Zeile 1

#### 4 **Solidarität mit Menschen in der Prostitution**

##### Solidarität mit Menschen in der Sexarbeit

#### **Zeile 2 - 3**

2 ~~Die Linke stellt fest, dass Prostitution ein Ausdruck patriarchalischer,~~  
3 ~~kapitalistischer und rassistischer Machtverhältnisse ist.~~ Die Linke erkennt Sexarbeit als  
gesellschaftliche Realität an. Sexarbeit ist vielfältig, sowohl hinsichtlich der ausgeübten  
Tätigkeiten, der Arbeitsbedingungen als auch was die geschlechtliche und sexuelle Vielfalt  
innerhalb der Sexarbeit angeht. Erklärtes Ziel von Die Linke ist, die Lebens- und  
Arbeitsbedingungen von Sexarbeiter\*innen insgesamt zu verbessern und damit die  
Grundlage für Selbstbestimmung in der Sexarbeit zu schaffen sowie Gewalt, Zwang und  
Ausbeutung entgegenzuwirken.

#### **Zeile 4 - 8**

4 ~~Prostitution ist nicht kompatibel mit der Gleichstellung der Geschlechter, mit der~~  
5 ~~Dekommodifizierung\* der Sexualität, mit einem gewaltfreien Leben für alle und mit~~  
6 ~~echter sexueller Befreiung. Die Linke strebt langfristig die Überwindung der~~  
7 ~~Prostitution an, um der Ausbeutung von Menschen in prekären Lebensumständen entgegen-~~  
8 ~~zu steuern.“~~

#### **Zeile 9**

9 ~~Kurzfristig fordert die~~ Die Sexarbeitspolitik von Die Linke folgende Maßnahmen: orientiert sich  
neben dem generellen Kampf gegen Armut und für Menschenrechte unter anderem an den  
folgenden Forderungen:

#### **Zeile 10 - 12**

10 • ~~Vollständige Entkriminalisierung aller Menschen in der Prostitution; Abschaffung~~  
11 ~~der Anmeldepflicht~~ Förderung sicherer Arbeitsstätten sowie betrieblicher und aller-  
12 ~~Bußgeldregelungen (bspw. im Zusammenhang mit~~  
~~Sperrgebieten)~~ gewerkschaftlicher Selbstorganisation von Sexarbeitenden

#### **Zeile 13 - 14**

13 • ~~Deutlich bessere Finanzierung für reelle Ausstiegshilfen~~ Erleichterter Zugang zu  
14 Gesundheitsversorgung und Krankenversicherung, die den Übergang in  
~~ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen~~ Systemen sozialer Sicherung sowie  
Kinderbetreuung

#### **Zeile 15 - 16**

15 • ~~Aufenthaltserlaubnis für alle Opfer von Menschenhandel und Zuhälterei,~~  
16 ~~unabhängig von der Bereitschaft auszusagen~~ Erleichterter Zugang zum Wohnungsmarkt

#### **Zeile 17 - 18**

17 • ~~Keine Steuerpflicht und kommunale Sexsteuern für Menschen in der Prostitution;~~  
18 ~~Staat und Kommunen dürfen nicht länger an der Prostitution mitverdienen~~ Erleichterter  
Zugang zum Bildungssystem und bedarfsgerechte Finanzierung von Umschulungs- sowie



## Weiterbildungsangeboten

### **Zeile 19 - 21**

- 19 • ~~Weiterbildungsmaßnahmen für Polizei, Justiz, Arbeitsagentur, Fachkräfte in der~~  
20 ~~Sozialarbeit usw. mit dem Ziel für die Traumata und Bedürfnisse~~ Ausbau von Menschen in  
21 ~~der Prostitution~~ Hilfsangeboten, die u.a. allgemeine Beratung, Opferhilfen, Zugang zu  
sensibilisieren sanitären Einrichtungen oder STI-Tests bieten

### **Zeile 22 - 23**

- 22 • ~~Aufklärungskampagnen in Schulen und in der Öffentlichkeit, mit dem Ziel, dass~~  
23 ~~junge Männer nicht zu Freiern werden~~
- Abschaffung der Registrierungs- und Beratungspflicht für Sexarbeitende sowie von steuerlichen Sonderregelungen
  - Gesetzliche Regulierung der Sexarbeit unter strenger Bezugnahme der Perspektive von Sexarbeitenden und ihrer Interessensvertretungen
  - Aufklärungskampagnen, die der Stigmatisierung und (Mehrfach-)Diskriminierung von Sexarbeitenden entgegenwirken

### **Zeile 24 - 28**

- 24 ~~Darüber hinaus wird die Linke eine interne Diskussion darüber in Gang setzen, ob~~  
25 ~~Profit an der Prostitution anderer (bspw. durch Bordellbetrieb) und Sexkauf als~~  
26 ~~gewaltförmiges Handeln einzustufen und deshalb ggf. zu verbieten sind oder ob auch~~  
27 ~~andere Möglichkeiten in Betracht kommen. Der BPT fordert den Parteivorstand auf, eine~~  
28 ~~Veranstaltungsreihe zu diesen Fragen zu organisieren.~~

Die Linke lehnt das sogenannte „Nordische Modell“ ab. Das „Nordische Modell“ ist gleichbedeutend mit einer de facto Kriminalisierung und wirtschaftlichen Verelendung von Sexarbeitenden. Es verschlechtert die Arbeitsbedingungen von Sexarbeitenden dramatisch und gefährdet ihre Sicherheit. Das ist mit dem politischen Anspruch einer Arbeiter\*innenpartei unvereinbar.

Die Linke kämpft gleichzeitig für ein Ende der Kriminalisierung drogengebrauchender Menschen, auch, um Beschaffungsprostitution zu verhindern sowie für ein Ende des Ausschlusses zahlreicher in Deutschland lebender Menschen aus den sozialen Sicherungssystemen, um Armutsprostitution wirksam zu bekämpfen.

## **Begründung**

Die Linke muss sich klar gegen eine Sexarbeitspolitik positionieren, die primär auf Kriminalisierung und Repression setzt. Ein solcher Politikansatz wird u.a. von der CDU/CSU vertreten und schadet Sexarbeiter\*innen.

In ihrer bisherigen Politik hat Die Linke sich immer konsequent an die Seite sexarbeitender Menschen gestellt, wie es zuvor bereits die PDS im Bundestag getan hatte.

So hatte Die Linke im September zur Anhörung im Deutschen Bundestag zum Antrag der CDU/CSU- Bundestagsfraktion, ein Sexkaufverbot einzuführen, die Leiterin der Dortmunder Mitternachtsmission e.V., die zugleich dem Vorstand der Bundesweiten Koordinationskreis gegen Menschenhandel e.V. angehört, als Sachverständige benannt. Sie hat dort eindringlich vor der Einführung eines Sexkaufverbotes gewarnt.

Es ist zudem kein Zufall, dass es personell große Überschneidungen zwischen Transfeind\*innen

und den Anhänger\*innen des „Nordischen Modells“ gibt. Das verbindende Anliegen ist die Normierung von Geschlecht und die Regulierung insbesondere des sexuellen Verhaltens von Frauen, aber auch ihrer Kleidung, so z. B. Alice Schwarzer: „Und wenn man manchmal nicht weiß, ob die junge Frau an der Straßenecke auf ihren Freund wartet oder auf einen Freier – dann kann das auch für die Frau problematisch werden.“

Tatsache ist: Sexarbeit lässt sich nicht per Gesetz beenden. Es ist darüber hinaus unlogisch, Sexarbeitenden dadurch „helfen“ zu wollen, dass man ihnen die Lebensgrundlage entzieht, sie in Konflikte mit der Polizei treibt und ihre Sicherheit während der Arbeit gefährdet. In Staaten wie Schweden oder Frankreich ist das „Nordische Modell“ längst gescheitert. Die Verdrängung der Sexarbeit in die Illegalität gefährdet die Gesundheit, das Leben und die Sicherung des Lebensunterhalts von Sexarbeitenden.

Vom Deutschen Frauenrat über den Deutschen Juristinnenbund über die Deutsche Aidshilfe, die Diakonie Deutschland, der Dortmunder Mitternachtsmission e.V. – Beratungsstelle für Prostituierte, Ehemalige und Opfer von Menschenhandel und contra e.V. Kiel – Fachstelle gegen Frauenhandel in Schleswig- Holstein, der Menschenrechtskommissarin des Europarats, Dunja Mijatović, bis hin zu Selbstorganisationen von Sexarbeiter\*innen, wie der European Sex Workers Rights Alliance, ist die Ablehnung des nordischen Modells eindeutig.

Die Linke hat als wichtige Bündnispartnerin bislang immer an der Seite dieser Verbände gestanden, was auch ihr Abstimmungsverhalten im Deutschen Bundestag aufzeigt. Gerade angesichts der aktuell zunehmenden Forderungen nach einem Sexkaufverbot wäre es verheerend, wenn Die Linke diese Solidarität aufgäbe.

Zudem spiegelt das Klischee „weibliche Prostituierte, männlicher Freier“ die Breite existierender Sexarbeit nicht wieder. Erst jüngst haben queere Organisationen wie der LSVD\* - Verband Queere Vielfalt e.V. und der Bundesverband Trans\* e.V. vor den Folgen der Einführung des „Nordischen Modells“ gewarnt: Eine entsprechende gesetzliche Regelung könnte u.a. die (erneute) Überwachung von queeren Szenelokalitäten, Cruising Areas oder Dating Apps zur Folge haben.

Sehr grundsätzlich muss sich Die Linke zudem einem repressiven Verständnis von „Sozialpolitik“ entgegenstellen, wie es in der Sozialdemokratie der nordischen Staaten, aber auch beim BSW deutlich wird und aus dem beispielsweise die Ideen der Prohibition und des Sexkaufverbotes folgen. Sozialpolitik darf kein Lenkungsmodell zur Bestrafung „unerwünschter“ Verhaltensweisen sein.

## Antrag P19.001.1

Änderungsantrag zu P19

Antragsteller\*in:

Partei Vorstand

### Zeile 1

1 **Kampagne Mobilisierung** gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland

### Zeile 6

6 **Die Linke initiiert eine Kampagne** Die Linke organisiert Aktionen und Bündnisse gegen die geplante Stationierung von US-  
7 Mittelstreckenraketen in Deutschland. Die Linke betont in dieser Kampagne die Gefahr  
8 einer Eskalation zwischen den Atommächten Russland sowie den USA, lehnt dabei auch  
9 die Bestrebungen zur Herstellung von deutsch-europäischen Mittelstreckenraketen ab

10 und stellt Forderungen nach Abrüstungsverträgen, Diplomatie und Entspannungspolitik  
11 dagegen.

#### Zeile 16

15 Die Bundespartei gibt ihren lokalen Gliederungen Hilfestellungen, die Partei in  
16 dieser Auseinandersetzung auch vor Ort sichtbar zu machen. ~~Dazu zählt:~~ Für die konkrete  
Unterstützung soll der neue Parteivorstand in seinen ersten Sitzungen Vorschläge  
beschließen.

#### Zeile 17 - 18

17 • ~~Die Bereitstellung einer bundesweit einheitlichen Unterschriftenliste gegen die~~  
18 ~~geplante Stationierung von US-Mittelstreckenraketen~~

#### Zeile 19

19 • ~~Die Bereitstellung von Verteilmaterial für Infostände und Verteilaktionen~~

#### Zeile 20 - 21

20 • ~~Die Erstellung eines Referent:innenpool als Hilfestellung für thematische~~  
21 ~~Veranstaltungen vor Ort~~

#### Zeile 22 - 23

22 • ~~Die Bereitstellung von Aufklärungs-Sharepics, Plakat- und Bannervorlagen in der~~  
23 ~~Cloud~~

#### Zeile 24

24 • ~~Die regelmäßige Bearbeitung des Themas in den Kommunikationslinien der Partei~~

#### Zeile 25 - 28

25 ~~In der Außenkommunikation der Partei, wie bei Social-Media-Beiträgen, Pressearbeit,~~  
26 ~~auf der Homepage und bei Pressekonferenzen, spielt das Thema eine wichtige Rolle. Die~~  
27 ~~Bundestagsgruppe unterstützt die Kampagne mit Anträgen, Anfragen an die Regierung~~  
28 ~~sowie mit eigener Öffentlichkeitsarbeit.~~

## Antrag P19.007.1

Änderungsantrag zu P19

Antragsteller\*in:

Bezirksverband Steglitz-Zehlendorf (Berlin)

#### Zeile 7

6 Die Linke initiiert eine Kampagne gegen die geplante Stationierung von US-  
7 ~~Mittelstreckenraketen in Deutschland~~ Mittelstreckenraketen in Deutschland und setzt sich für  
ein Abzug der US-Streitkräfte aus Deutschland sowie einer Abrüstung von Deutschland ein.  
Die Linke betont in dieser Kampagne die Gefahr

8 einer Eskalation zwischen den Atommächten Russland sowie den USA, lehnt dabei auch  
9 die Bestrebungen zur Herstellung von deutsch-europäischen Mittelstreckenraketen ab  
10 und stellt Forderungen nach Abrüstungsverträgen, Diplomatie und Entspannungspolitik  
11 dagegen.

## Begründung

Deutschland muss die Vorbildrolle übernehmen und mit der Abrüstung beginnen. Zudem muss sich Deutschland für einen Abzug der US-Streitkräfte aus Deutschland einsetzen. Die USA führt ihre imperialistischen Kriege maßgeblich von der Rammstein-Basis und nimmt somit Einfluss auf die Gebiete im Nahen Osten. Deutschland darf nicht länger Mittäterin und Täterin bei diesem verbrecherischen Vorgehen sein. Für Abrüstung und gegen Nationalstaaten, für Frieden und gegen Imperialismus.

## Antrag P25.006.1

Änderungsantrag zu P25

<b>Antragsteller*in:</b>	Bezirksverband Steglitz-Zehlendorf (Berlin), Marcus Otto, Björn Nowak
--------------------------	---

### Zeile 7

- 6 **2. Verantwortlichkeit:** Die Verantwortung für den gesamten Prozess liegt bei  
7 einem/einer der Vorsitzenden der Partei. Dabei wird die Basis unter Berücksichtigung der Methoden der Gewaltfreien Kommunikation von Anfang an umfassend beteiligt, zum Beispiel durch
- a) eine appbasierte Kommunikationsinfrastruktur
  - b) Software zur Verwaltung/Protokollierung von Sitzungen und Anträgen
  - c) Asymmetrisch-hybride Konferenzen, Beteiligungskonzepte

## Begründung

Nach der Abspaltung des BSW wurde die Chance nicht genutzt, die Neueintritte und die an der Basis aktiven Mitglieder in eine Debatte, um die Neuausrichtung der Partei einzubinden und sich deren Positionen anzuhören. Eine Neuausrichtung der Partei wurde nur partiell vorgenommen. Wenn der neue Vorstand nicht Schritte unternimmt die Basis zu beteiligen, wird eine Erneuerung nicht möglich sein. Die Partei wird von der Basis getragen, das sollte sich auch im Erneuerungsprozess widerspiegeln.

# Antrag R01.001.1

Änderungsantrag zu R01

Antragsteller\*in: KV Tübingen

## Zeile 1

- 1 Der Tagesordnungspunkt BGE wird auf diesem Bundesparteitag nicht befasst, sondern verschoben auf einen Zeitpunkt nach der Bundestagswahl.  
Beschlussvorschlag:  
Eine verbindliche programmatische Übernahme des BGE ist dann zu beraten, wenn das Grundsatzprogramm insgesamt neu diskutiert, aktualisiert und überarbeitet wird.
- 2 Der Parteivorstand schlägt für die 1. Tagung des 9. Parteitages folgende vorläufige
- 2 Tagesordnung vor:

## Begründung

Als Begründung bitten wir um Berücksichtigung der Empfehlung des Ältestenrats:

**Programmdebatte:** Die Linke braucht nach der Bundestagswahl die Debatte über eine Novellierung ihres Grundsatzprogramms: Zum Beispiel Kampf für Frieden: Die neue Situation in Europa mit der Erfahrung eines völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges einerseits und der expansiven NATO-Osterweiterung und Militarisierung der EU andererseits muss sich im Grundsatzprogramm wiederfinden. Ebenso sind zentrale Themen wie Kampf gegen Armut, sozialökologischer Umbau, Energiewende, Verkehrswende, Nachhaltiger Umbau der Wirtschaft, Klassenpolitik und gewerkschaftlicher Kampf auf dem aktuellen Stand der gesellschaftlichen Konflikte zu beurteilen. Wenn wir ein renovierungsbedürftiges Grundsatzprogramm allein um das BGE erweitern, schaffen wir ein sehr verzerrtes Bild linker Sozialpolitik. Das wird uns dann mit Recht in der Bundestagswahl vorgehalten werden.

**Inhaltlich:** Die Forderung nach einem BGE ist sozialpolitisch begründet aber dennoch problematisch, weil es im Kampf gegen Armut dringend notwendige und bedarfsorientierte Reformen der sozialen Sicherungssysteme (Rente, Pflegeversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, sanktionsloses Bürgergeld, Kindergrundsicherung, etc.) hintenanstellt. Der Eindruck wird vermittelt, dass ohne den Faktor wertschöpfender Arbeit irgendein „bedingungsloser“ Anspruch in der Gesellschaft erfüllt werden könne. Arme Menschen, z.B. Niedriglohnarbeitende einerseits und Superreiche andererseits werden scheinbar „gleich“ behandelt, obwohl sie einen ungleichen sozialen Bedarf haben und obwohl sie im kapitalistischen Lohnsystem eine extrem ungleiche Stellung einnehmen.

**Strategisch** bringt das BGE (wenn auch ungewollt) große Wählergruppen der Arbeiter:innenklasse, in der Mitte der Gesellschaft, unten und ganz unten gegeneinander auf statt bündnispolitische Klammern „Unten/Mitte“ gegen „Oben/Ganz Oben“ zu schaffen.

**Formal:** Der Mitgliederentscheid liegt sehr lange zurück und die politische Gesamtlage im Land hat sich dramatisch verändert. Im Verfahren gab es formale Mängel und die Pro-Frage war mit einer Positiv-Bewertung verknüpft, die in der Partei sehr umstritten ist. Es ist versäumt worden, diese Fehler satzungsrechtlich zu prüfen.

# Antrag R01.001.2

Änderungsantrag zu R01

Antragsteller\*in: Cuba Sí, Nick Papak Amoozegar (Cuba Sí)

## Zeile 1

- 1 [Die AG Cuba sí stellt den Antrag auf Nichtbefassung des Antrags S05 zur Änderung der Bundessatzung § 7 \(Zusammenschlüsse\).](#)
- 2 Der Parteivorstand schlägt für die 1. Tagung des 9. Parteitages folgende vorläufige
- 2 Tagesordnung vor:

## Begründung

Die in Antrag S05 (Parteivorstand) vorgeschlagenen Ergänzungen zu §7 widersprechen §5 der geltenden Satzung der Partei Die Linke.

Zudem ist der Antrag S05 inkohärent, wenn bei Vorliegen von bestimmten Bedingungen die Mitarbeit in einem Zusammenschluss ausgeschlossen und/oder der Austritt aus einem Zusammenschluss gefordert wird – gleichzeitig aber den Zusammenschlüssen das Handeln nach „abweichenden Regelungen“ entsprechend der Satzung des jeweiligen Zusammenschlusses gestattet wird. Das würde bedeuten, die Satzung eines Zusammenschlusses könnte die Bundessatzung der Linken in diesem Punkt aushebeln.

In §5 (1) der aktuell geltenden Satzung der Partei Die Linke wird klar geregelt, dass sich „Menschen, die sich für die politischen Ziele und Projekte der Partei engagieren, ohne selbst Mitglied zu sein“, in den Gliederungen und Zusammenschlüssen der Partei mitwirken können. Sie können darüber hinaus auch „ihnen übertragene Mitgliederrechte als Gastmitglieder wahrnehmen“.

§5 unserer Satzung regelt auch, welche Mitgliederrechte NICHT auf Gastmitglieder übertragen werden dürfen, so z.B. das Stimmrecht bei Mitgliederentscheiden, das Stimmrecht bei Satzungsangelegenheiten, bei Finanzentscheidungen sowie das aktive und passive Wahlrecht bei Parteiangelegenheiten.

Unsere aktuell geltende Satzung unterscheidet in §5 NICHT danach, ob jemand Mitglied in einer Initiative, einer Organisation oder einer Partei war oder ist, sich vielleicht überhaupt nicht organisieren will, ob er früher einmal Mitglied der Linken war oder ob er in Zukunft vielleicht (oder vielleicht auch wieder) in Die Linke eintreten möchte. Sie lädt generell alle Menschen ein, „die sich für die politischen Ziele und Projekte der Partei engagieren, ohne selbst Mitglied zu sein“, in den Zusammenschlüssen unserer Partei mitzuwirken.

In den Zusammenschlüssen der Partei Die Linke engagieren sich Mitglieder unserer Partei, Sympathisant\*innen sowie Bürger\*innen, die für die politischen Ziele und Projekte unserer Partei eintreten und an jenen Politikfeldern Interesse haben, mit denen sich die Zusammenschlüsse beschäftigen. Die Zusammenschlüsse binden linksorientierte Menschen an unsere Partei, sie vermitteln die politischen Positionen unserer Partei in die Gesellschaft, sie sind eine Brücke zu den Menschen.

Nach den enttäuschenden Wahlergebnissen der vergangenen Monate und Jahre, muss Die Linke bei der Bevölkerung wieder sichtbar werden, sie muss als linke politische Kraft Vertrauen zurückgewinnen und sich in der Bevölkerung wieder stärker verankern.

Mit der über viele Jahre bewährten Möglichkeit der Mitwirkung sowie mit ihren vielfältigen politischen Themen können die Zusammenschlüsse einen wichtigen Beitrag leisten, unsere Partei Die Linke wieder zu einer starken politischen Kraft werden zu lassen.

Deshalb muss unsere Partei die Zusammenschlüsse stärken und in ihrer Arbeit weiter unterstützen. Mehr noch: Unsere Parteivorsitzenden, der Parteivorstand, die Gruppe im Deutschen Bundestag sowie die Landes- und Kreisverbände müssen die Expertise der Zusammenschlüsse auf den verschiedenen Politikfeldern stärker nutzen für Analysen, Einschätzungen, Zuarbeiten sowie für gemeinsame Aktionen.

In der gegenwärtigen existenzbedrohenden Situation, in der sich unsere Partei befindet, kann und darf Die Linke nicht auf diese wichtige Verbindung in die Gesellschaft, wie sie die Zusammenschlüsse darstellen, verzichten.

## Antrag R01.001.3

Änderungsantrag zu R01

**Antragsteller\*in:** LV Bayern

### Zeile 1

- 1 Der vorgelegte Leitantrag (Antrag L01) und die dazugehörigen Änderungsanträge werden als Beratungsmaterial an den Parteivorstand überwiesen.
- 2 Der Parteivorstand schlägt für die 1. Tagung des 9. Parteitages folgende vorläufige
- 2 Tagesordnung vor:

### Begründung

Der vorgelegte Leitantrag (Antrag L01) und die dazugehörigen Änderungsanträge werden als Beratungsmaterial an den Parteivorstand überwiesen.

Der Leitantrag selbst wird durch folgenden Text ersetzt: Siehe Antrag [L01.001.7](#). Siehe auch die Begründung dort.

## Antrag R01.008.1

Änderungsantrag zu R01

**Antragsteller\*in:** Ökologische Plattform, AKL, BV Steglitz-Zehlendorf (Berlin)

### Zeile 8 - 9

- 8 5. Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung ~~zum Leitantrag, Anträge zu~~
- 9 Anträgen von
- grundsätzlicher Bedeutung und zum Bericht des PV.
- Die im Entwurf vorgeschlagene Aussprache und Beschlussfassung zum Leitantrag werden an den Bundesausschuss zur Entscheidung übergeben.

### Begründung

Die Debatte nach der Veröffentlichung des Leitantrags haben bei uns starke Zweifel aufkommen lassen, dass dieser Leitantrag in der aktuellen Situation der Partei geeignet ist die Richtung zu weisen. Debatten, die wir an vielen Stellen gemacht haben zeigten erneut einen exorbitanten Änderungsbedarf. Einige Kontroversen aus vergangenen Debatten wurden zwar übernommen, doch das gesamte Papier hat umfangreiche Lücken.

– Ökologie verschwindet als Querschnittaufgabe weitgehend und findet nur noch als Stichwort statt. Vor dem Hintergrund des aktuellen, klimabedingten Hochwassers und einem neuen Hitzesommer ist das schwer zu verstehen und entspricht nicht der „Querschnittaufgabe“ im Parteiprogramm. Auch die Zielstellung aus unserem Programm, wie die EU zu reformieren oder Bildung und Demokratisierung finden sich nicht wirklich wieder. Die Partei spielt in diesem Entwurf kaum eine Rolle.

– Es geht viel um schlechte Politik und das Versprechen, wir würden es besser machen können –

es fehlt aber eine ökonomische Analyse und Einordnung und die Frage, was man unter dem gegebenen System tatsächlich besser machen kann und was neben den „Superreichen“ systemisch eigentlich falschläuft.

– Eine Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus („gegenwärtiger Kapitalismus“) und Sozialismus muss man mit der Lupe suchen – sie sollten gerade.

– Der Schwerpunkt Migration und Entwicklung Ost sind deutlich zu lang. In Verbindung mit dem vielfach geäußerten Wunsch einer Konzentration der Themen bleibt die Frage, wie andere Themenfelder stattfinden, die zu unseren Kernanliegen gehören. Bildung und Umverteilung scheinen hier runter zu fallen. Auch die Friedensfrage könnte mehr Klarheit erfordern.

Generell stellt der Leitantrag viel zu viele Fragen und ist langwierig deskriptiv, es gibt bei uns starke Zweifel, ob dieser Stil wirkungsmächtig ist. Die Menschen suchen in der Krise nach klaren Antworten, nicht nach moralischen Erzählungen oder Weltbeschreibungen.

Man kann hier lange weiter belegen – wir sind nach viel Debatte und Änderungsversuchen zu der Erkenntnis gekommen, dass dieser Leitantrag so nicht funktioniert, er die Partei nicht zusammenführt, er keine klare Richtung vorgibt. Wir wollten eigentlich vorschlagen, den Leitantrag mit dem ND-Artikel „Die Linke: »Eine gesellschaftlich prägende Kraft“ von Ines und Jan (ND 12.9.24) zu ersetzen. Uns ist jedoch bewusst, dass etliche Mitglieder, Kreisverbände, Zusammenschlüsse zum Teil viele Stunden Zeit investiert haben, um aus dem Leitantrag etwas zu machen, was ihren Vorstellungen eines aktuellen Fahrplans für die Linke entspricht. Der Respekt vor dieser Arbeit verbietet es, einen solchen Antrag einfach abzuräumen.

Wir schlagen die Verschiebung vor, damit dieser Leitantrag nicht den Parteitag sprengt, sondern er an einer Stelle behandelt wird, an der es möglich ist, sich intensiver der notwendigen Debatte zu widmen. Stattdessen räumen wir auf dem Parteitag so einiges an Zeit für die Generaldebatte und die Behandlung der weiteren Anträge frei. Wie alle wissen, die das Antragsheft 2 durchgelesen haben, gibt aus der Tiefe der Basis im Übrigen eine ganze Reihe an Anträgen zu Krieg und Frieden, Abrüstung, zur Mindestsicherung, Flüchtlingspolitik, Demokratie etc., denen die Verschiebung droht. Viele adressieren aus unserer Sicht wesentlich präziser die aktuellen politischen Probleme, als es der Leitantrag tut. Die aktuelle Krise der Linken ist vielleicht der richtige Zeitpunkt, um die Themen, die aus den Basisorganisationen heraus entwickelt wurden als Ausgangspunkt für unsere strategischen Debatten zu nehmen. Die Generaldebatte wäre auf diese Weise zeitlich aufgewertet und ließe mehr Raum für Betrachtungen zur aktuellen Lage, anstelle die Redezeit auf Textpassagen zu lenken.

## Antrag R02.002.1

Änderungsantrag zu R02

<b>Antragsteller*in:</b>	Partei Vorstand
--------------------------	-----------------

### Zeile 2 - 13

- 2 14.00 Uhr TOP 1 ~~Eröffnung und~~ Konstituierung und Eröffnung des Parteitages
- 3 15.00 Uhr TOP 2 Rede der/des Parteivorsitzenden mit Bericht des Parteivorstandes
- 4 ~~15.15 Uhr TOP 5 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum Leitantrag,~~
- 5 ~~Anträge von grundsätzlicher Bedeutung und zum Bericht des PV (Generaldebatte)~~
- 6 15.15 Uhr TOP 5 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum Leitantrag,  
Anträge von grundsätzlicher Bedeutung und zum Bericht des PV (Generaldebatte)
- 7 17.00 Uhr Rede Gregor Gysi  
17.15 Uhr Gastrede
- 7 17.30 Uhr TOP 3 Bericht der Bundesfinanzrevision
- 8 17.40 Uhr TOP 4 Entlastung des Parteivorstandes



- 9 17.50 Uhr Rede MP Thüringen Bodo Ramelow  
18.00 Uhr Pause
- 10 18.30 Uhr Fortsetzung TOP 5 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum  
11 ~~Leitantrag, Anträge von grundsätzlicher Bedeutung und zum Bericht des PV~~  
12 ~~(Generaldebatte)~~
- 13 Leitantrag, Anträge von grundsätzlicher Bedeutung und zum Bericht des PV  
(Generaldebatte)  
19.45 Uhr Bericht aus dem Frauen- FLINTA\*-Plenum  
19.55 Uhr Gedenken des Anschlags in Halle  
20.00 Uhr migrantisches Plenum parallel Workshops
- 14 21.30 Uhr Bericht aus dem mirgantischem Plenum 5 Minuten
- 15 21.40 Uhr TOP 8 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge (BGE u.a.)
- 16 23.00 Uhr Ende des Beratungstages

### Zeile 30 - 37

- 30 ~~9.00 Uhr Einstimmung auf den Bundestagswahlkampf 2025~~
- 31 ~~9.15 Uhr Fortsetzung TOP 8 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge (BGE u.a.)~~
- 32 9.00 Uhr Fortsetzung TOP 8 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge (BGE u.a.)  
10.415 Uhr TOP 7 Beschlussfassung zu Satzungsanträgen
- 33 11.45 Uhr TOP 3 Berichte, EP
- 34 12.00 Uhr Pause
- 35 12.15 Uhr TOP 2 Rede der neugewählten Parteivorsitzenden
- 36 ~~12.45 Uhr Fortsetzung TOP 8 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge (BGE u.a.)~~
- 37 12.45 Uhr Einstimmung auf den Bundestagswahlkampf 2025  
13.15 Uhr Fortsetzung TOP 8 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge (BGE u.a.)  
15.00 Uhr Schlusswort

## Antrag R02.004.1

Änderungsantrag zu R02

**Antragsteller\*in:**

Ökologische Plattform und BV Berlin Steglitz-Zehlendorf

### Zeile 4 - 13

- 2 14.00 Uhr TOP 1 Eröffnung und Konstituierung des Parteitages
- 3 15.00 Uhr TOP 2 Rede der/des Parteivorsitzenden mit Bericht des Parteivorstandes
- 4 ~~15.15 Uhr TOP 5 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum Leitantrag,~~  
5 ~~Anträge von grundsätzlicher Bedeutung und zum Bericht des PV (Generaldebatte)~~
- 6 15.15 Uhr TOP 5 Generaldebatte und Aussprache zum Bericht des PV  
17.15 Uhr Gastrede
- 7 17.30 Uhr TOP 3 Bericht der Bundesfinanzrevision
- 8 17.40 Uhr TOP 4 Entlastung des Parteivorstandes
- 9 17.50 Uhr Pause
- 10 18.30 Uhr Fortsetzung TOP 5 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung ~~zum-~~  
11 ~~Leitantrag, Anträge von grundsätzlicher Bedeutung und zum Bericht des PV~~  
12 ~~(Generaldebatte)~~
- 13 zu Anträgen von grundsätzlicher Bedeutung (Generaldebatte)  
20.00 Uhr migrantisches Plenum parallel Workshops
- 14 21.30 Uhr Bericht aus dem mirgantischem Plenum 5 Minuten
- 15 21.40 Uhr TOP 8 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge (BGE u.a.)
- 16 23.00 Uhr Ende des Beratungstages

## Zeile 20 - 24

- 18 9.00 Uhr TOP 3 Berichte (Bundesausschuss)  
19 9.10 Uhr TOP 3 Berichte, Rede der/des Gruppenvorsitzenden im Deutschen Bundestag  
20 9.25 Uhr TOP 2 Rede der/des Parteivorsitzenden ~~mit Einbringung Leitantrag~~  
21  
22 9.40 Uhr TOP ~~5 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum Leitantrag,~~  
23 ~~Anträge von grundsätzlicher Bedeutung und zum Bericht des PV (Antragsberatung)~~  
24 ~~11.30 Uhr TOP 8 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge (BGE u.a.)~~  
8 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge (BGE u.a.)  
12.45 Uhr Pause  
25 13.15 Uhr TOP 6 Wahlen  
26 21.15 Uhr Gruppenbild neuer Parteivorstand und Pause  
27 21.30 Uhr TOP 8 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge (BGE u.a.)  
28 22.30 Uhr Ende des Beratungstages

## Begründung

Wir haben mit der Änderung von R1 beantragt die Leitantragsdebatte an den Bundesausschuss zu übergeben. Dies eröffnet uns Chancen für mehr Debatte um die sonstigen Anträge in der Tagesordnung. Die Änderung haben wir in diese TO überführt um der Generaldebatte und den P und W-Anträgen mehr Raum zu geben.

## Antrag R04.047.1

Änderungsantrag zu R04

<b>Antragsteller*in:</b>	Parteivorstand
--------------------------	----------------

## Zeile 47

- 33 Sabine Berninger, Thüringen  
34 Peter Brill, Mecklenburg-Vorpommern  
35 Karin Binder, Baden-Württemberg  
36 Tim Detzner, Sachsen  
37 Clara Bünger, Sachsen  
38 Thomas Hecker, Kommunistische Plattform  
39 Sefika Minte, BAG Sanktionsfreie Mindestsicherung und Nordrhein-Westfalen  
40 Alexander Jahns, Berlin  
41 Conny Swillus-Knöchel, Nordrhein-Westfalen  
42 Sebastian Koch, Berlin  
43 Nina Treu, BAG Klima  
44 Jakob Migenda, Hessen  
45 Marc Mulia, Nordrhein-Westfalen  
46 Frank Puskarev; Forum Demokratischer Sozialismus  
47 Sebastian Wanner, Bayern  
Jonna Kühn, Jugendverband linksjugend ['solid]  
Gabriel Rücker, Sachsen-Anhalt

## Antrag R04.055.1

Änderungsantrag zu R04

<b>Antragsteller*in:</b>	Parteivorstand
--------------------------	----------------

## **Zeile 55**

- 49 Isabell Fuhrmann, Baden-Württemberg
- 50 René Hahn, Sachsen
- 51 Elisa Otzelberger, Niedersachsen
- 52 Malte Lier, Bremen
- 53 Lisa Zumbrock, Niedersachsen
- 54 Bjoern Tielebein, Berlin
- 55 **Martin Wittmaack, Hamburg**  
[Ulrike Bormann, Bayern](#)

## **Antrag R04.065.1**

Änderungsantrag zu R04

**Antragsteller\*in:**

Parteivorstand

## **Zeile 65**

- 57 Annetta Juckel, Berlin
- 58 Andreas Hein-Foge, Bremen
- 59 Anke Kraus, Bayern
- 60 Lars Kleba, Sachsen
- 61 Heike Kretschmer, Nordrhein-Westfalen
- 62 Hans-Ewald Mertens, Schleswig-Holstein
- 63 Anika Tewes, Niedersachsen
- 64 Sebastian Wagner NDS
- 65 **Eva Wolf, Sachsen**  
[Walter Kubach, Baden-Württemberg](#)

# Antrag S02.025.1

Änderungsantrag zu S02

**Antragsteller\*in:** Holger Hänsgen (Bundesfinanzrat)

## Zeile 25

23 (1) Mandatsträgerinnen und Mandatsträger im Sinne dieser Satzung sind alle Personen,  
24 die auf Wahlvorschlag der Partei einem Parlament oder einer  
25 kommunalen Vertretungskörperschaft angehören oder Regierungsmitglieder,  
Staatssekretärinnen oder Staatssekretäre bzw.  
26 kommunale Wahlbeamtinnen oder Wahlbeamte sind.

## Begründung

Staatssekretärinnen und Staatssekretäre der Landesregierungen, die auf Vorschlag der jeweiligen Minister/innen bzw. Senator/innen ernannt werden, sind keine Regierungsmitglieder. Sie sind aber Wahlbeamtinnen oder Wahlbeamte, aber eben nicht "kommunal". Es erscheint daher sinnvoll, diese Lücke in der Bundessatzung zu schließen.

# Antrag S02.047.1

Änderungsantrag zu S02

**Antragsteller\*in:** LV Niedersachsen, Franziska Junker, Thorben Peters und weitere

## Zeile 47

45 (4) Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sind unabhängig von einer Mitgliedschaft in  
46 der Partei verpflichtet, Mandatsträgerbeiträge zu bezahlen. Die Höhe des  
47 Mandatsträgerbeitrags wird ~~von~~ in den Vorständen Satzungen und Finanzordnungen der Landes- oder Kreisverbände oder durch Beschlüsse der Vorstände der Partei auf der jeweiligen Ebene  
48 festgelegt. Abgeordnete des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments  
49 zahlen Mandatsträgerbeiträge an die Bundespartei, deren Höhe der Parteivorstand  
50 festlegt. Die Partei schließt mit Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern  
51 zivilrechtlich bindende Vereinbarungen, um sicherzustellen, dass die Zahlung des  
52 Mandatsträgerbeitrags im Falle einer Nichtzahlung gerichtlich durchgesetzt werden kann.

## Begründung

Einige Landesverbände regeln die Höhe der Mandatsträgerinnenabgabe in eigenen Satzungen und Finanzordnungen. Diese Möglichkeit sollte auch in der Bundessatzung explizit erwähnt und ermöglicht werden. Landes- und Kreisverbänden bleibt weiterhin die Möglichkeit die Höhe per Beschluss festzulegen. Durch die Änderung wird der Vielfalt der Regelungen Rechnung getragen und alle finden ihre Erwähnung in der Bundessatzung.

Für unsere Partei erfolgreiche Urteilsprechungen zu Mandatsträgerinnenabgaben beziehen sich in ihren Urteilsbegründungen auf Satzungen und Finanzordnungen. Durch einen expliziten Hinweis in der Bundessatzung auf Satzungen und Finanzordnungen der Landesverbände erhoffen wir uns eine stärkere zivilrechtliche Durchsetzbarkeit von fälligen Mandatsträgerinnenabgaben. Siehe aktuelles Urteil Landgericht Hamburg vom 25.09.2024, Az.:

337 O 272/23.

Vor allem in strukturschwachen Landesverbänden versäumen es Kreisvorstände Beschlüsse über die Höhe der Mandatsträgerinnenabgaben zu fassen und Unterschriften von Kandidierenden einzuholen und zu dokumentieren. Oftmals kandidieren Vorstandsmitglieder selber, daher ist das Interesse auch beschränkt, Beschlüsse über eine angemessene Höhe zu beschließen. Unklare Regelungen zur Mandatsträgerinnenhöhe sind oft Quellen von Konflikten auf Kreisebene. Mit klaren Regelungen in Satzungen und Finanzordnungen der Landesverbände kann diesen Konflikten vorgebeugt werden. Zudem werden Lücken geschlossen, falls Kreisverbände versäumen Beschlüsse über die Höhe der Mandatsträgerinnenabgabe zu beschließen und zu dokumentieren. Kreisverbände behalten trotzdem weiterhin die Möglichkeit eigene und weitergehende Regelungen zu treffen.

## Antrag S02.052.1

Änderungsantrag zu S02

**Antragsteller\*in:**

BV Charlottenburg-Wilmersdorf, Frederike-Sophie Gröndel-Brunner, Lilli Mlynarczyk und weitere

### Zeile 52

45 (4) Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sind unabhängig von einer Mitgliedschaft in  
46 der Partei verpflichtet, Mandatsträgerbeiträge zu bezahlen. Die Höhe des  
47 Mandatsträgerbeitrags wird von den Vorständen der Partei auf der jeweiligen Ebene  
48 festgelegt. Abgeordnete des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments  
49 zahlen Mandatsträgerbeiträge an die Bundespartei, deren Höhe der Parteivorstand  
50 festlegt. Die Partei schließt mit Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern  
51 zivilrechtlich bindende Vereinbarungen, um sicherzustellen, dass die Zahlung des  
52 Mandatsträgerbeitrags im Falle einer Nichtzahlung gerichtlich durchgesetzt werden kann.  
Der\*die Bundesschatzmeister\*in und der Parteivorstand überprüfen einmal im Quartal die  
gezahlten Mandatsträger\*innenbeiträge aller Mandatsträger\*innen gemäß der jeweils  
vereinbarten Höhe (EU-Parlament, Bundestag, Landesparlamente) und treiben bei  
Nichtzahlung die Beiträge in vollständiger vereinbarter Höhe ein. Sollte trotz dreimaliger  
Aufforderung ein Mandatsträger\*innenbeitrag nicht vollständig gezahlt werden, wird eine  
gerichtliche Klage angestrebt. Alle Vorgänge sind im jährlichen Finanzbericht der  
Bundespartei öffentlich zu machen.

## Antrag S05.007.1

Änderungsantrag zu S05

**Antragsteller\*in:**

Parteivorstand

### Zeile 7

7 ~~sowie~~

### Zeile 8

8 ~~In §7 Abs. 7 der Bundessatzung wird folgender Satz 2 angefügt:~~

### Zeile 9 - 10

9 ~~"Delegierte von Zusammenschlüssen dürfen nicht Mitglied einer in Deutschland~~

konkurrierenden Partei zur Partei Die Linke sein."

## Begründung

Die Ergänzung regelt etwas, was in der Satzung bereits geregelt ist und verunklart die bestehende Regelung. § 5 (2) c regelt bereits, dass keinem Nicht-Mitglied eines Zusammenschlusses ein aktives und passives Wahlrecht übertragen werden und es damit nicht als Delegierte gewählt werden kann. Die Ergänzung zu § 7 (7) legt darüber hinaus neben dem Antragsziel nahe, dass Mitglieder von Zusammenschlüssen die a) nicht Mitglieder der Linken und b) in keiner konkurrierenden Partei sind, als Delegierte gewählt werden können.

## Antrag S06.007.1

Änderungsantrag zu S06

Antragsteller\*in: KV Northeim

### Zeile 7

6 §17 (6) Anträge, welche von Organen der Partei, Kommissionen des Parteitages,  
7 bundesweiten Zusammenschlüssen, mindestens 25 Delegierte oder mindestens von 1/500  
der Mitglieder der Partei  
8 gestellt werden, sind durch den Parteitag zu behandeln oder an den Parteivorstand  
9 bzw. den Bundesausschuss zu überweisen.

## Begründung

Die Erweiterung des Antragsrechts auf (auch) 1/500stel der Mitgliedschaft ist zu begrüßen. Der Wegfall der Antragsmöglichkeit für mindestens 25 Delegierte beschränkt hingegen die Rechte des Delegiertenkörpers in unzulässiger Weise.

## Antrag S09.004.1

Änderungsantrag zu S09

Antragsteller\*in: Linksjugend [‘solid]

### Zeile 4

3 § 1 (5) Über Mitgliedschaften in Europäischen Parteien entscheidet der  
4 Bundesparteitag mit absoluter Mehrheit.

## Begründung

Die vom Parteivorstand vorgeschlagene Änderung würde dazu führen, dass für einen Mitgliedschaftsbeschluss lediglich eine einfache Mehrheit benötigt werden würde. Hinter einer Entscheidung von solcher Relevanz sollte die Parteibasis jedoch auch stehen - in dem Fall ausgedrückt durch die Zustimmung der Delegierten. Deshalb schlagen wir vor die Hürde mit einer absoluten Mehrheit höher anzusetzen.

# Antrag S18.001.1

Änderungsantrag zu S18

Antragsteller\*in:

Parteivorstand

## Zeile 1 - 2

- 1 ~~Der Parteitag beschließt die Aufnahme der Internationalen Kommission der Partei Die Linke in die Satzung:~~

Zeilen 1 bis 40 ersetzen durch:

In §20 wird ein Absatz (8) wie folgt eingefügt:

Der Parteivorstand beruft in jedem zweiten Kalenderjahr als Konsultationsgremium eine Internationale Kommission. Die Internationale Kommission erarbeitet Einschätzungen, Analysen und Positionen zu Fragen der internationalen Politik. Darüber hinaus unterbreitet sie Vorschläge für Aktivitäten unserer Partei zu internationalen Themen sowie im Rahmen der internationalen Beziehungen der Linken.

# Antrag L01.001.1: Ersetzungsantrag zum Leitantrag

**Antragsteller\*in:**

Landesvorstand Rheinland-Pfalz

Der Parteitag möge beschließen:

## **Zeilen 1 bis 613 ersetzen durch:**

Viele Menschen erleben den Alltag als unsicher und krisenhaft. Im Beruf spüren viele Menschen, dass der Druck steigt. Die Löhne bleiben trotz starker Tarifbewegungen hinter der Preissteigerung zurück. Die politischen Kräfte, die gesellschaftlichen Hass schüren, Ungleichheit offensiv befürworten, menschliches Leben als unterschiedlich wertvoll einschätzen, werden stärker.

Viele folgen rechten Losungen, weil das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der aktuellen Regierung erschüttert ist. Große Teile der Bevölkerung fühlen sich nicht gehört. Wer profitiert und wer draufzahlt, ist eine Frage des Einkommens – es ist eine Klassenfrage. Das ist die Grundlage, auf der viele Menschen Veränderungen mit Skepsis und Ablehnung betrachten.

Die Interessen der Leute, die die Arbeit wegtragen, die unsere Busse fahren, Doppelschichten schieben und unsere Kinder erziehen müssen in den Mittelpunkt gestellt werden.

Viele, die lange Zeit ihr Vertrauen in uns gesetzt und uns dafür gewählt hatten, denken zurecht, dass wir uns zu lange mit uns selbst beschäftigt haben und nicht für sie da waren. Diese Kritik nehmen wir an – wir haben verstanden.

Unser Ziel ist es, bei der Bundestagswahl 2025 wieder in Fraktionsstärke in den Bundestag einzuziehen. Darauf bereiten wir uns vor und wollen aus Fehlern lernen. Mit den Themen muss vermittelt werden, was für eine Erzählung, was für ein größeres Ganzes mit einer Linken des 21. Jahrhunderts verbunden wird.

Wir versprechen, dass wir verlässlich gegen die unsoziale Politik der Regierung stehen werden. Wir nehmen unsere Aufgaben ernst.

Wir bieten allen eine politische Heimat, die sich gegen rechte Hetze zusammenfinden. Wir streiten mit allen für gute Arbeit und eine solidarische Gesellschaft. Gemeinsam organisieren wir die Hoffnung auf Veränderung.

## **Begründung**

Anscheinend leben wir seit 2022 „in Zeiten von Krisen und Kriege“ (Beschluss Leitantrag 27.06.2022) und „in Zeiten großer Umbrüche“ (ebenfalls Beschluss 27.06.2022).

Bereits 2018 konstatierten wir „Die Gesellschaft ist im Umbruch, nicht nur in Deutschland. Etwas ist ins Rutschen gekommen. Europaweit befinden sich Parteien des Rassismus und der extremen Rechten auf dem Vormarsch, vollziehen sich ein Rechtsruck des Konservatismus und eine Radikalisierung der extremen Rechten.“ (Beschluss Leitantrag 9.06.2018).

Man gedenke auch dem Beschluss von Magdeburg 2016 in dem es lautet: „Die Gesellschaft ist sozial tief gespalten. Während viele in prekären Arbeitsverhältnissen zielsicher auf die Altersarmut zusteuern, besitzen wenige den Großteil des gesamten Vermögens. Von diesem Sachverhalt wird abgelenkt. Flüchtlinge sind die modernen Sündenböcke. Die Ärmere werden gegen die Ärmsten ausgespielt.“

Liebe Genossinnen und Genossen, unsere politischen Forderungen sind richtig und wichtig.

Bei der Analyse der Europawahl 2014 analysierten Hoff / Kahrs „Die bisherige linke Faustformel »Regiert die SPD – gewinnt DIE LINKE« hat nicht mehr unmittelbare Gültigkeit. Vielmehr wächst



das Erfordernis für die Linkspartei sich neuen Themen und neuen Wähler/-innenschichten glaubwürdig und ernsthaft zu öffnen – ohne dabei Einbußen bei der bisherigen Kernwählerschaft hinnehmen zu müssen.“ 2019 wurde deutlich, dass Die Linke sich „[...] gerade bei den Themen, die auf der Sorgenliste der Brandenburger\_innen weit oben stehen, [schwer] tut.“ (Wahlnachbericht 2.9.2019) Und dass „[...] die wachsende Kluft zwischen Stadt und Land [zum Problem werden könnte]. 78% der im Vorfeld befragten Wahlberechtigten finden, dass die Politik zu wenig die Interessen der Menschen auf dem Lande beachtet.“ (ebenfalls Wahlnachbericht 2019). 2021 wurde erkennbar, dass Die Linke „hinsichtlich ihrer Kompetenzzuschreibungen durchgehend [verlor], sie erreichte ihre Spitzenwerte trotzdem noch bei den Themen „soziale Gerechtigkeit“ (11%/-5), „angemessene Löhne“ (9%/-5) und „Altersvorsorge“ (7%/-3).“ (Wahlnachbericht 09/2021)

Es mangelt der Partei folglich nicht an sinnhaften Analysen und Papieren, welche unterschiedliche Problematiken quer durch die Zeit beleuchten. Es mangelt an der Umsetzung. Der derzeitige Zustand der Partei ist kein abrupter Riss oder ein unvorhersehbares Gottesurteil. Wir diskutieren und streiten seit Jahren um die richtige Formulierung unserer Botschaften und verständlichen Kommunikation eben jener. Dabei verlieren wir uns immer wieder in akademischen Diskursen, Halbsätzen, Unverständlichkeiten und Unklarheiten. Auch das ist seit längerem bekannt – scheint aber nicht zur Kenntnis genommen zu werden. Ansonsten ist schwer zu erfassen, weshalb der Wunsch einer Vielzahl von Genossinnen und Landesvorständen, nach einem kurzen, knackigen Leitantrag zu einem 14-Seiter führte, der im Kern den Menschen erklärt, wie wir die Welt sehen und weshalb es wichtig ist, uns zu wählen. Wenn wir erklären müssen, warum wir wichtig sind, haben wir schon verloren und Politik wird erneut zur Nabelschau und Selbstvergewisserung. Wohl wissend, dass ein Leitantrag auch vor allem nach Innen wirken und Punkte für die Medien liefern soll, prägt es auch die Kultur innerhalb der Partei und die Art, wie wir über Themen und Inhalte sprechen – nach innen und außen. Über Fokussierung schreiben bringt keinen Fokus. Über Konkretisierung zu schreiben bringt noch keinen konkreten Output. Darüber zu schreiben, dass wir die Nöte der Menschen verstehen, bringt uns nicht näher an deren Seite.

## Antrag L01.001.2

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 1

- 1 **Gegen den Strom. Soziale Gerechtigkeit, Klima- und Friedenspolitik gehören zusammen**

### Begründung

Dem Leitantrag fehlt die Klammer für die Themen. Der Überschrift „Gegen den Strom“ fehlt die Zielsetzung und den Kapiteln die Klammer. Es ist daher erforderlich, direkt zu Beginn in kurzer Form die Zielsetzung und Klammer zu beschreiben. Denn die zentrale Aufgabe unserer Zeit ist die Aufklärung über den realen Zusammenhang von Aufrüstung, Sozialabbau und drohender Klimakatastrophe. Diesen Zusammenhang müssen wir als Partei herausarbeiten und in die Bewegungen tragen.

## Antrag L01.001.3

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller\*in: OV Bad Cannstatt-Mühlhausen-Münster

### Zeile 1

- 1 ~~Gegen den Strom.~~ Kapitalismus abschaffen - sozialistische Demokratie erkämpfen

# Antrag L01.001.4: Ersetzungsantrag zum Leitantrag

Antragsteller\*in:

KV Freiburg

Der Parteitag möge beschließen:

**Zeilen 1 bis 613 ersetzen durch:**

**Zeigen, wer wir sind: Für eine selbstbewusste und konsequente Linke**

**Unser Selbstverständnis als Die Linke**

Die Linke ist die Partei für die Menschen. Sie stellt die Menschen in den Mittelpunkt ihrer politischen Programmatik und ihres politischen Handelns. Sie schwelgt nicht in idealisierter Vergangenheit und denkt nicht an die Wahrung von Besitzständen. Sie richtet den Blick in die Zukunft und nimmt grundsätzlich immer die Lebenssituation aller Menschen in den Blick.

Wir sind getrieben von dem Wunsch nach einer gerechteren Welt und wir setzen auf das Prinzip der Solidarität, wenn es im Leben mal klemmt. Der neoliberalen Ideologie und Praxis der Individualisierung setzen wir die Wirkmächtigkeit der kollektiven Organisation entgegen. Der Entmachtung und Entmündigung der\*des Einzelnen setzen wir die Wärme und die Kraft der Gruppe entgegen. Du bist willkommen, egal was du hast, kannst oder bist.

Die Linke ist die einzige Partei der Bewegungen. Wir sind in ihnen verankert, wir sind in jeder einzelnen progressiven Bewegung aktiv, wir verstehen uns als Ansprechpartner\*innen, Mitgestalter\*innen, Unterstützer\*innen all derer, die sich zusammenfinden, um die Gesellschaft für alle zu einer besseren zu machen. Ob in Gewerkschaften, Klima- oder Friedensbewegung, Mieter\*innen-, LGBT\*Q- oder Frauenbewegung, Antifa oder Antirassismusgruppen - wir sind dabei, wir beteiligen uns aktiv und sind solidarisch - auch über alle Grenzen hinweg.

Als Friedenspartei verwerfen wir politische Konzepte und Vorstellungen, die in Interessenssphären und Großmachtblöcken denken. Wir haben unser historisches und politisches Bewusstsein so weit geschärft, dass uns klar ist: Kriege entstehen aufgrund von fehlendem oder nicht zu Ende verhandeltem Interessenausgleich und von nicht kontrolliertem Machtstreben einiger Weniger. Deswegen ist jeder einzelne Krieg und jeder einzelne Gewaltakt zu verhindern. Deswegen ist Aufrüstung, Militarismus und der Einsatz von Gewalt zur Lösung von gesellschaftlichen Konflikten schon immer ein Armutzeugnis und ein Versagen der politisch Verantwortlichen. Jeder einzelne Krieg der Menschheitsgeschichte war unnötig. Das ist unsere zutiefste Sicherheit unsere grundlegende Überzeugung. Deswegen arbeiten wir jeden einzelnen Tag daran, Modelle der friedlichen Konfliktlösung zu erarbeiten, zu vervollkommen und zu verankern.

Die Linke ist die einzige klar antifaschistische Partei! Es gibt keine Zusammenarbeit mit Faschist\*innen und keine Übernahme rechter Narrative - niemals! Wir haben unsere Toten und unsere Gefangenen weltweit nicht vergessen. Denn nicht nur in Deutschland, auf der ganzen Welt werden Menschen Opfer von rechtsextremem Terror - wir sind mit ihnen verbunden über alle Grenzen hinweg. Wirksame soziale Politik und eine klare Kante gegen rechte Hetze sind der einzige Weg, rechten Ressentiments entgegenzuwirken und rechten Erzählungen Einhalt zu gebieten. Davon rücken wir nicht ab. Wir wissen, dass der Faschismus versucht, Minderheiten für Probleme verantwortlich zu machen, die der Kapitalismus unweigerlich hervorbringt - dem entgegnen wir mit unumstößlicher Solidarität und zeigen soziale zukunftsfähige Lösungen zur Überwindung starr kapitalistischer Strukturen auf.

Die Linke ist die einzige Partei im Bundestag, die keine Unternehmensspenden annimmt, die sich vor allem durch die Beiträge ihrer Mitglieder finanziert und von der unentwegten ehrenamtlichen Arbeit dieser Mitglieder lebt. Damit macht sie sich als einzige Partei frei von Lobbyinteressen und

problematischer Einflussnahme und zeigt, dass ihr Kampf für eine gerechtere Welt weg von menschenfeindlichen gesellschaftsgefährdenden Absichten profitgesteuerter Akteure ehrlich und ernst gemeint ist. Die Linke geht konsequent gegen den seit Jahrzehnten andauernden Machtmissbrauch der Reichen, Mächtigen und ihrer Lobbygruppen vor. Wir tun das, indem wir Räume schaffen, in denen Menschen ihre Interessen formulieren und in politisches Handeln in ihrem Sinn umsetzen können. Dafür gibt es viele Wege, Parlament und Bewegung, die Arbeit im Stadtviertel und in der Gewerkschaft, in der kleinen lokalen Initiative und im internationalen Zusammenschluss - alle Wege sind richtig und kein Gegensatz, solange sie dem Ziel einer solidarischen und gerechten Gesellschaft verpflichtet sind.

Unsere Kritik an unserer Gesellschaft ist radikal, denn die Krisen, denen wir gegenüberstehen sind global und tragen das Potential der Vernichtung der Welt in sich. Es bedarf radikaler Änderungen in unserem Denken und Handeln als Gesellschaft, wenn wir auch der nächsten Generation ein Leben auf einem bewohnbaren Planeten ermöglichen wollen. Dieser Aufgabe nehmen wir uns an.

Und manchmal haben wir Angst davor: Angst vor der öffentlichen Reaktion auf unangenehme Wahrheiten, auf den Ruf nach Veränderung, auf diese vermeintliche Radikalität. Aber Angst ist ein schlechter Ratgeber. Deswegen müssen wir den Mut haben, offen und ehrlich zu den Menschen zu sein. Nein, die Welt des hemmungslosen Missbrauches der Ressourcen hat keine Zukunft. Nein, die Fantasie, die knapper werdenden Ressourcen durch militärische Gewalt in einigen wenigen Wohlstandinseln verteidigen zu können, wird nicht funktionieren. Nein, die Ressourcen in den Händen einer kleinen Elite durch die aktive Ausgrenzung und Auslöschung immer größer werdender Teile der Bevölkerung zu konzentrieren, wird nicht die Probleme lösen. Reichtum ist kein Selbstzweck sondern Verpflichtung. Wer hat, der gibt - das ist eine klare Forderung an all diejenigen, die mehr haben als sie zum Leben brauchen. Und ein Gedanke, der einer Mehrheit der Menschen in seiner Grundlage intuitiv einleuchtet - und der uns vom Rest des politischen Zirkus' abhebt.

Denn wir sind die einzige Partei, die die Gerechtigkeitsfrage auf die Agenda setzt.

Und deshalb, auch die gute Nachricht: Für diejenigen, die sich jetzt mühselig und drangsaliiert durchs Leben kämpfen, wird das Leben besser. Sobald wir Steuergerechtigkeit geschaffen und die Privilegien der Reichen und Mächtigen abgebaut haben, können wir zahlreiche Bereiche wie Bildung, Gesundheit und Wohnen finanzieren, und es bleibt weiterhin ausreichend für ein erfülltes Leben und Freude.

Denn eines ist uns klar und das sagen wir auch sehr deutlich: Armut, Krieg, Elend, Hoffnungslosigkeit und Gewalt sind keine Naturgesetze, sondern das Ergebnis von Machtmissbrauch - und gehen immer auf Kosten derer, die nichts von dieser Macht haben.

Die Linke ist die einzige verbleibende sozialistische Partei in den deutschen Parlamenten. Sie ist die einzige Partei mit einer klaren klassenkämpferischen, feministischen Perspektive und als solche die einzige Partei, die eine wirkliche Alternative zu einer immer ungerechteren Gesellschaft darstellt und echte Lösungen für die Krisen unserer Zeit vorlegt. Das vertreten wir - laut, selbstbewusst und unbeirrt.

### **Werden wir konkret: Soziale Gerechtigkeit und Umverteilung, Frieden, Entwicklung der Gesellschaft als Inhalt**

#### **Klassenpolitik, Feminismus, Solidarität - Grundlage unserer Politik**

Grundlage für unsere politische Arbeit ist eine konsequente Klassenpolitik und die dringende Notwendigkeit der Umverteilung von Oben nach Unten. Die Schere zwischen Arm und Reich wird Jahr für Jahr größer, eine Hand voll Superreicher rafft kaum mehr vorstellbare Summen an Vermögen an, während immer mehr Menschen mit immer weniger auskommen müssen. Diesen Zustand zu verändern, den Reichtum unserer Gesellschaft gleichmäßig zu verteilen und so allen ein gutes Leben zu ermöglichen, ist die Basis unserer politischen Praxis- und gleichermaßen die Lösung für viele der Probleme unserer Zeit. Wir schlagen Schwerpunktsetzungen vor um unser

Profil als Partei zu stärken und politisch aktions- und handlungsfähiger zu werden. Unser Vorschlag für drei Themenschwerpunkte sind:

1. Soziale Gerechtigkeit und Umverteilung mit Fokus auf Wohnen und Mieten
2. Frieden und Sicherheit mit Fokus auf Wege aus dem Militarismus
3. Gesellschaft entwickeln mit Fokus auf Antirassismus und Antifaschismus.

Die Priorisierung stellen wir dem Bundesparteitag anheim.

Das soll nicht heißen, dass wir uns in den vielen anderen Politikfeldern, in denen wir täglich arbeiten, nicht mehr engagieren sollen. Wir alle leisten dort unschätzbar wichtige Arbeit. Aber wir müssen Schwerpunkte setzen, damit wir wahrnehmbar sind und Wirkmächtigkeit entwickeln können.

### **1. Soziale Gerechtigkeit und Umverteilung**

Der Kapitalismus produziert in immer kürzeren Intervallen immer schärfere Krisen, die immer schlechter bewältigt werden können. Auch wenn im Moment noch einzelne Volkswirtschaften beträchtliche Wachstumsraten aufweisen, so ist doch zu beobachten, dass Krisen wie die Klimakrise sowie Hungersnöte nicht mehr gelöst werden können. Der Kapitalismus als Wirtschafts- und Gesellschaftsform überschreitet die Grenzen seiner Gestaltungsmöglichkeiten.

Die Verteilungsfrage steht deshalb ganz oben auf der Tagesordnung, nicht nur bei der Linken. 25 % armutsgefährdete Kinder und rund 20 % arme oder armutsgefährdete Menschen, Rentner\*innen, die nach jahrzehntelanger Arbeit ihre Miete nicht zahlen können, eine ständig wachsende Zahl von wohnungslosen Menschen die im Dunkeln stehen, während sich Einkommen, Besitztümer und Vermögen in immer weniger Händen konzentrieren und stetig anwachsen. Das betrifft Millionen von Menschen in Stadt und Land. 5 % der Bevölkerung besitzen so viel wie die restlichen 95 %.

Diese krasse Ungleichheit in unserer Gesellschaft und die extreme Konzentration von Kapital errichten massive soziale Schranken, konzentrieren gesellschaftliche Macht in den Händen ganz weniger Menschen, wodurch die Demokratie de facto ausgehebelt wird und produzieren bei den 95 % Ohnmachtsgefühle und Perspektivlosigkeit. Auch deswegen ist die AFD so erfolgreich! Viele Menschen, insbesondere im Osten, haben aufgrund der massiven Ausbeutungserfahrung und der Ausplünderung ihrer Existenzgrundlagen durch westliche Superreiche, Glücksritter und der Kumpanei der politisch Verantwortlichen, jede Anbindung an und jegliches Vertrauen in diesen Staat verloren. Die Zerstörungs- und Gewaltfantasien einer AFD und anderer Nazigruppen treffen dort auf fruchtbaren Boden.

Das heißt für die Linke: den zerstörerischen Reichtum der Wenigen weisen wir in die Schranken. Zur sozialen Gerechtigkeit gehört, dass Kommunen in die Lage versetzt werden, ihren Aufgaben nachzukommen. Monatelanges, manchmal jahrelanges Warten auf Wohngeld, Bürgergeld, Einwanderung, Ausweise und Führerscheine führt bei den Menschen zu Frust und Hilflosigkeit. Das zerstört die Grundlage der Gesellschaft. Der Bund hat den Kommunen in den letzten Jahrzehnten immer mehr Aufgaben zugewiesen, ohne sie in die finanzielle Lage zu versetzen, diese auch auszufüllen - das muss ein Ende haben. Dafür braucht es dringend eine massive Umverteilung.

Wir wollen eine andere Art von Ökonomie: Sie ist gemeinwohlorientiert und hat keine individuellen Profitinteressen zum Ziel. Wirtschaftlich sinnvolles Handeln beachtet die Grenzen der verfügbaren Ressourcen, beachtet die Folgen für Mensch und Umwelt und respektiert die menschliche Arbeitskraft.

Wir wollen eine Transformation und einen Umbau der Industriegesellschaft. Langlebigkeit, Ressourcenschonung, nachwachsende Materialien statt Raubbau, regionale Wirtschaftszyklen und regenerative Energieversorgung - das ist alles machbar und keine Utopie. Hierzu bedarf es staatlichen Handelns und unsere Lust und unsere Energie, dies auch in dieser Gesellschaft zu verankern. Im Kern werden wir einen neuen Gesellschaftsvertrag schließen müssen, der zukunftsfähige Prozesse formuliert. Unsere Frage muss lauten: Welche Produkte brauchen wir für ein gutes Leben? T-shirts, die in Sklav\*innenarbeit hergestellt werden und die nach drei

Wochen zerfallen, mit Sicherheit nicht. Auch hier gilt: Wir denken von den Menschen her, nicht an die Profite.

### **Fokus: Mieten und Wohnen**

Wie Umverteilung in die falsche Richtung stattfindet, zeigt sich insbesondere am Wohnungsmarkt. Das Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Wir fordern klar und deutlich: Die Mieten müssen sinken! Der Mietpreisexplosion nicht nur in den Großstädten, sondern auch in den kleinen Städten und im ländlichen Raum muss Einhalt geboten werden. Selbst wenn in vielen Regionen nicht die großen Konzerne dominieren, profitieren auch die kleinen Vermieter von den stark steigenden Mieten in den Städten. Denn durch die hohen Preise werden Mieter\*innen in die Randgebiete gedrängt, wo ebenfalls die Kosten steigen. Hier ist - angeheizt durch verlogene Propaganda - eine falsche Vorstellung entstanden: Wohnen ist ein Menschenrecht und keine Dienstleistung, für die man teuer bezahlen muss. Die Mieten sind inzwischen eine echte Verarmungsgefahr für viele Menschen. Aufgrund zu hoher Mieten können keine Rücklagen für Notfälle, Krankheit oder das Alter gebildet werden. Das ist fatal und schließlich eine echte Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Um den Immobilienhais das Handwerk zu legen, haben wir ein umfangreiches Programm zur Senkung der Mieten erarbeitet: Wesentlich für uns ist die Einführung eines bundesweiten Mietendeckels, eine neue Wohngemeinnützigkeit, bezahlbare Heizkosten, das Verbot von Eigenbedarfskündigungen, massive Investitionen für ein öffentliches, soziales und gemeinnütziges Wohnungsbauprogramm sowie die Beschränkung der Marktmacht und Vergesellschaftung der Immobilienkonzerne. Dies sind jedoch nur Übergangsszenarien. Unser Ziel ist die Vergesellschaftung des Wohnens, und dazu gehört, dass Grund und Boden wieder zurück in öffentliche Hand muss. Nur so kann Spekulation mit Boden und Immobilien Einhalt geboten werden. Unsere politische Praxis in den nächsten Monaten heißt: Druck in allen Parlamenten und Räten, eine bundesweite Kampagne, Aktionen und direkte Hilfe für Mieter\*innen.

### **2. Frieden und Sicherheit**

Nur eine friedliche Welt, kann eine gerechtere werden. Kriege werden nicht aus moralischen Gründen für Demokratie oder die Menschenrechte geführt, sie sind kein notwendiges Übel zur Befreiung von Gesellschaften, sondern das Mittel des Stärkeren, um Rohstoffe, Handelswege, Absatzmärkte und Profite zu sichern.

Der Krieg war nie weg - und doch ist er als Fortsetzung imperialistischer Politik wieder von der Peripherie ins Zentrum der Großmächte gerückt. Und spätestens seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine treibt er die Menschen um - das sehen wir auf den Straßen und in den sozialen Medien, wir hören es in Gesprächen an Infoständen. Der räumlich nahe und medial intensiv betreute Konflikt hat in der Politik und Gesellschaft aber nicht nur zu einer kritischen Haltung gegenüber dem Krieg geführt - sondern auch eine Kriegseuphorie angeheizt, die von den bürgerlichen Parteien genutzt wird, um fleißig Militärpakete zu schnüren und großzügige Sondervermögen durchzuwinken.

Die Linke muss für alle Menschen, aber insbesondere diejenigen, die sich gegen Krieg, gegen Militarisierung als Machtmittel stellen, eine Antwort parat haben. Deutlich sein in ihrer Position gegen den Krieg, gegen den Handel und die Lieferung von Waffen, gegen die Normalisierung von Militarisierung, von Menschen- und Völkerrechtsverletzungen. Nicht nur, weil uns unsere zuletzt wahrgenommene Unklarheit als Partei schadet, oder weil eine eindeutige und uneingeschränkte Ablehnung kriegerischer Auseinandersetzung Teil unseres politischen Selbstverständnisses sind, sondern weil eine zaghafte Linke sich mitverantwortlich macht für Verbrechen, die im Namen imperialistischer Interessendurchsetzung begangen werden - und die Interessen derer, die wir eigentlich vertreten, mit Füßen tritt.

Das zeigt sich zuletzt auch im Nahostkrieg. Für einen gerechten Frieden im Nahen Osten, gegen das völkerrechtswidrige Vorgehen der israelischen Regierung und Armee gegen die

Zivilbevölkerung in Gaza und auch auf Nachbarländer gibt es seit Monaten Proteste, gerade von jungen Menschen, die von den bürgerlichen Parteien brutal unterdrückt und kriminalisiert werden. Für diese Protestierenden ist die Linke keine Ansprechpartnerin. Wir müssen den genozidalen Krieg gegen die Bevölkerung in Gaza genau benennen, wie die Repression gegen die Solidaritätsbewegung in Deutschland.

Wir müssen aufzeigen, auf wessen Kosten diese Kriege gehen: die der Ärmsten weltweit und auch in Deutschland. Denn die Thematik der Kriegswirtschaft und Kriegstüchtigkeit wird an Bedeutung zunehmen. Das Sondervermögen für die Aufrüstung der Bundeswehr in Höhe von 100 Mrd. Euro wird in einem Jahr aufgebraucht sein. Bleibt es bei der Schuldenbremse, geht es beim nächsten Haushalt um die nächsten 100 Mrd. Die finanziellen Mittel für weitere Aufrüstung, Waffenlieferungen und Ertüchtigung der militärischen Infrastruktur können im wesentlichen nur aus dem Etat des Arbeits- und Sozialministeriums kommen. Zugespitzt lautet dann die Frage: Krieg oder Soziales?

### **Fokus: Wege aus dem Militarismus**

Die Linke hat in ihrer Tradition und aufgrund ihres Verständnisses von Krieg ihrer Rolle als Friedenspartei gerecht zu werden - auf diese sollten wir uns besinnen und diese uneingeschränkt und konsequent vertreten - und mit unseren Verbündeten in den Gewerkschaften, den Kirchen, Friedensbewegungen und Nichtregierungsorganisationen wieder Mehrheiten für eine friedliche Lösung von Konflikten und ein Ende der weiteren Militarisierung unserer Gesellschaft organisieren - auf der Straße, wie in den Parlamenten eine zielgerichtete Antikriegspolitik aufbauen. Wir müssen Streiks gegen die Rüstungsindustrie, Blockaden von Waffenlieferungen, von Kasernen und Raketenstützpunkten unterstützen und organisieren. Nur durch Konsequenz und Beharrlichkeit können wir unserer Rolle gerecht werden.

Wir müssen uns dem Krieg als brutalstes Mittel des imperialistischen Kampfes mit unseren Mitteln entgegenstellen: Gemeinschaft, Solidarität und der Vergewisserung, dass wir im Interesse der Massen handeln. Niemand sollte sich schämen, vom Frieden zu träumen - vor allem aber sollte niemand sich schämen, für diesen zu kämpfen.

### **3. Gesellschaft entwickeln**

Wir streben eine offene und solidarische Gesellschaft an, eine Gesellschaft, die sich der Bedingtheiten ihrer Lebensumstände bewusst ist und aus diesem Wissen heraus im Guten handelt. Wertschätzung und eine Haltung der Solidarität schließt alle Menschen ungeachtet von geschlechtlicher Identität, Herkunft, weltanschaulicher Orientierung im Herzen und im Tun mit ein. Gute Bildung ist ein Schlüssel zu diesem Entwurf von Gesellschaft, die eine mündige und demokratische Gesellschaft aus selbstbewussten Individuen ist.

Die Klimakatastrophe bedroht unser aller Existenz. Die ersten Ansätze eines Gegensteuerns versanden gerade, Klimapolitik ist nicht mehr en vogue. Wir, Die Linke, müssen darauf beharren. Die Linke legt mit ihrem Programm regelmäßig die wirksamste Klimapolitik vor - weil ein grundlegender Systemwandel weg von der profitorientierten Ausbeutung unserer Ressourcen und der Menschen die einzige Antwort auf diese existentielle globale Krise sein kann. Der Schutz der Umwelt, der Natur, der Menschen und der gesamten Erde muss ein wichtiger Bestandteil der Bildungspolitik sein. Eine sozial-ökologische Transformation mit dem Umbau der Industrie und einer echten Verkehrswende muss von denjenigen getragen werden, die für die Klimakrise verantwortlich sind. Eine Klimapolitik mit einem klar klassenkämpferischen Grundgedanken, die eine steuerliche Umverteilung zur Grundlage für die gemeinwohlorientierte Umsetzung wichtiger Maßnahmen macht, kann zu einem Perspektivwechsel im Kampf gegen den Klimawandel führen. Das ist unser Verständnis von Klimagerechtigkeit, welches wir mit vielen Aktivist\*innen aus der Klimagerechtigkeitsbewegung und Expert\*innen aus der Wissenschaft teilen - das muss in der öffentlichen Wahrnehmung deutlich werden.

### **Fokus: Eine integrative Gesellschaft - gegen Rassismus, Ausgrenzung und Diskriminierung**

Aktuell erleben wir eine Welle rassistischer Gesetzesverschärfungen, von der sogenannten „Bezahlkarte“ bis zum Einwanderungsrecht, die Ausdruck der verschärften Verteilungskämpfe und des Rassismus sind. Frauen- und Queerfeindlichkeit nehmen wieder zu, intersektionale Diskriminierungen sind an der Tagesordnung.

Die Linke ist eine unverrückbar solidarische, antirassistische Partei, Menschenwürde und Wertschätzung sind für uns ein hohes Gut.

Beim Thema Migration halten wir an unseren bereits formulierten Forderungen fest – Fluchtursachen bekämpfen, sichere Einwanderungswege schaffen, auf europäischer Ebene eine menschenrechtlich fundierte Asylpolitik durchsetzen. Geschlechtsspezifische Verfolgung muss als Fluchtgrund anerkannt sein. Abschiebehaft mit ihren unmenschlichen Bedingungen muss beendet und Sammellager müssen abgeschafft werden. Abschiebungen lehnen wir ab, vor allem Abschiebungen in Kriegsgebiete, und fordern ein Bleiberecht für alle!

Konkret stellen wir uns aktuell gegen die Einführung der „Bezahlkarte“ und fordern eine Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Menschen unterhalb des Existenzminimums dahinvegetieren zu lassen, ist menschenverachtend. Der Bund und die Länder müssen die Kommunen mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausstatten, um eine schnellstmögliche Integration mit Sprach- und Bildungsangeboten zu schaffen. Der Rückstau von Einbürgerungsanträgen muss durch die summarische Zuteilung der Staatsbürgerschaft beseitigt werden. Wir nehmen Rassist\*innen und Faschist\*innen die Räume und die Straße und bauen stattdessen Orte des solidarischen Miteinanders auf. Wir bauen patriarchale Strukturen ab, sorgen für Schutzräume für Menschen in Not, auch besonders für Kinder, Frauen\* und queere Personen und fordern inklusive Strukturen überall.

Wir wollen ein gesellschaftliches Klima schaffen, in dem alle Menschen willkommen sind und ihnen Wertschätzung entgegengebracht wird. Dafür erweitern wir unser Material, erstellen Argumentationsleitfäden und -hilfen, um uns selbst für die kommenden Wahlkämpfe zu qualifizieren. Wir entwickeln eine antirassistische Kampagne.

### **Sorgende Städte - eine Utopie**

Als Gegenmodell für die ausbeuterischen und diskriminierenden Verhältnisse in unserer Gesellschaft setzen wir auf das Prinzip der Sorgenden Städte. Die Strukturen in den Kommunen und Quartieren gewährleisten, dass Sorge- und Pflegearbeit gemeinsam geleistet werden können. Es gibt Unterstützungs- und Beratungsstellen für die vielfältigsten Bedürfnisse. Das Prinzip der Sorgenden Städte beinhaltet eine Vergesellschaftung in zweierlei Hinsicht: Die Sorge- und Pflegearbeit kommt heraus aus dem einsamen privaten in den gemeinsamen öffentlichen Raum, und es gibt eine Vergesellschaftung privater Profitstrukturen zurück in die öffentliche Hand. Ein Beispiel ist das Berliner Projekt „Sorge ins Parkcenter“. Wir streben weitere solcher Projekte an.

### **Für eine andere politische Kultur**

Veränderung beginnt bei uns selbst - und deswegen werden wir uns verändern. Machtklügel, Hinterzimmerpolitik und Intrigen sind nicht unsere Mittel, Politik zu gestalten. Wir stellen uns der offenen Debatte und finden einen Weg, alle mitzunehmen. Das ist unsere Lehre aus der Vergangenheit. Wir debattieren inhaltliche Fragen so lange, bis wir eine entscheidungsfähige Lösung erarbeitet haben, die alle nach außen vertreten. Wir stellen unsere Inhalte ins Zentrum unserer Identität als Partei, nicht einzelne Personen. Unsere Mandatsträger\*innen und unsere Vertreter\*innen halten sich an unsere Beschlüsse, weil wir unsere Inhalte gemeinsam erarbeitet haben. Wir begrenzen die Mandatszeit unserer Mandatsträger\*innen auf drei Perioden und erlegen ihnen die Pflicht auf, ihre Nachfolger\*innen bei der Selbstqualifizierung zu unterstützen. Wir begrenzen damit die Macht einzelner Personen und stellen eine konstante Weiterentwicklung unserer Inhalte sicher. Natürlich gibt es innerhalb einer so großen Organisation wie der unseren immer auch Konflikte die schwer lösbar sind. Aber wir haben auch hier gelernt und nehmen das Wissen aus der Awarenessarbeit in unser Repertoire auf. Solidarität,



Empathie und Offenheit nach Innen, Klarheit, Eindeutigkeit und Kompetenz nach außen - das ist unser Verständnis von linker politischer Kultur.

### **Appell zum Schluss und zum Anfang**

In ihrem klaren und unumstrittenen Selbstverständnis als sozialer, gemeinwohlorientierter Gegenentwurf zu einer bröckelnden kapitalistischen Gesellschaft positioniert sich Die Linke konsequent, vorbehaltlos und offensiv für die Werte, für die ihre Mitglieder tagtäglich in unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontexten eintreten.

Deswegen kämpfen wir von der Wiege bis zur Bahre für die sozialen, politischen und ökonomischen Rechte aller Menschen. Das fängt damit an, dass Kitaplätze für alle Kinder gleich ausgestattet, erreichbar und kostenlos sein müssen. Die Schule muss ausfinanziert und kostenlos sein, Privatschulen für die Kinder der Reichen und Mächtigen lehnen wir ab. Ausbildung und Studium darf nicht zur Schuldenfalle werden, sondern muss das Ziel haben, Menschen Selbstverantwortung und Selbstwirksamkeit zu vermitteln. Die Miete darf nicht die Hälfte des Familieneinkommens fressen, weil Immobilienkonzerne den Hals nicht voll kriegen. Die Arbeit muss gesellschaftlich gerecht verteilt werden und der Lohn muss für ein gutes Leben reichen. Die Rente nach einem langen Arbeitsleben muss ein Leben in Würde ermöglichen. Und Nein, ein Krankenhaus ist nicht gerecht, wenn die Behandlung der Patient\*innen von Profitinteressen des betreibenden Konzerns bestimmt wird und nicht vom Wohle der kranken Person.

All diese grundsätzlichen Gerechtigkeitsfragen stehen auf unserer Tagesordnung, jeden einzelnen Tag arbeiten die Zehntausende von Mitgliedern der Partei Die Linke zum überwiegenden Teil in ihrer Freizeit dafür, die Verhältnisse zu ändern.

Denn machen wir uns eines bewusst: Seit Jahrzehnten wird behauptet, dass der Markt alles besser regeln würde. Das ist eine bewusst verbreitete Lüge. „Der Markt“ hat dazu geführt, dass das Rentenniveau in Deutschland das niedrigste in ganz Europa ist, „Der Markt“ hat dazu geführt, dass die Bahn ein Trümmerhaufen und der ÖPNV so schlecht ist wie noch nie. „Der Markt“ hat dazu geführt das unzählige Krankenhäuser geschlossen wurden. „Der Markt“ hat zu Millionen Toten weltweit geführt, durch Kriege, durch mangelnde Kontrolle, durch die Vernichtung von Lebensgrundlagen und -räumen. Die Ideologie des „Marktes“ ist verantwortlich dafür, dass die Welt am Abgrund steht. Einzig die kollektive Gegenwehr vieler Menschen, die sich diesem Narrativ entgegenstellen, konnte diese Entwicklung bremsen, wenn auch nicht aufhalten.

Unsere Gegner sind zahlreich und mächtig. Und sie wissen selbst genau, dass ihre Konzepte langfristig nur einem immer kleineren Teil der Menschen zu Gute kommen. Deswegen müssen sie von ihrer Unfähigkeit zur Problemlösung und von ihrer Unfähigkeit zu einer positiven Entwicklung der Gesellschaft durch allerlei Ideologien ablenken. Rassismus, Nationalismus, Sexismus und Militarismus gehören zum Standardrepertoire reaktionärer Politik. In dem Bestreben, die immer knapper werdenden Ressourcen unter der Kontrolle einer immer kleiner werdenden Elite zu halten, werden alle, die nicht reich, weiß und männlich sind, einem immer aggressiveren Ausgrenzungsregime unterworfen. Das beginnt mit den zehntausenden Toten im Mittelmeer und an den europäischen Außengrenzen, geht weiter über die immer weiter zusammengestrichene Sozialleistungen, die ebenfalls unzähligen Menschen das Leben kostet und endet noch lange nicht bei der alltäglichen Gewalt, der Frauen\* und queere Menschen ausgesetzt sind.

Unsere Aufgabe ist sehr klar: Wir wehren die tagtäglichen Angriffe auf die sozialen, politischen und gesellschaftlichen Rechte aller Menschen ab. Denn es gibt einen anderen, einen besseren Weg, als den bisher eingeschlagenen.

Die Linke hat alle Mittel und Wege, die Partei zu sein, die sie ist: mit den Menschen, für die Menschen. Es gilt, uns von vermeintlichen Beschränkungen im gesellschaftlichen Diskurs frei zu machen, selbstbewusst und konsequent unsere Positionen zu kommunizieren und zu verteidigen. Wir alle verspüren den Frust über, und zugleich den Trotz angesichts der letzten Wahlergebnisse. Aber wir spüren auch den Aufwind, denn - wir sehen das an steigenden

Mitgliederzahlen, wir spüren es im Austausch mit unseren Bündnispartner\*innen in den sozialen Bewegungen: die Linke wird gebraucht und sehr viele Menschen haben Lust und Mut, mit ihr und als Teil von ihr linke Politik als Antwort auf die Krisen unserer Zeit und dieses Systems attraktiv zu machen und durchzusetzen. Lasst uns gemeinsam den Wandel gestalten! Die Linke ist bereit, die Stimme der Menschen zu sein und gemeinsam die Herausforderungen der Zeit anzugehen. Zusammen können wir eine starke, solidarische Bewegung aufbauen, die den Mut und die Leidenschaft in der Gesellschaft entfacht. Jetzt ist die Zeit, unsere Visionen in die Tat umzusetzen – für eine gerechtere Zukunft!

## **Begründung**

Liebe Genoss\*innen des Parteivorstandes, wir danken euch für eure Mühe und die Arbeit die ihr euch mit dem Antrag „Gegen den Strom“ gemacht habt. Ihr habt fast alle wichtigen Politikfelder benannt und aus unserer Sicht viele richtige Punkte angesprochen. Warum also der Ersetzungsantrag?

Als wir euren Antrag diskutiert haben, waren wir als aktiver Kreisverband sehr verzweifelt. Wie sollen wir daraus Politik entwickeln, wie sollen wir damit unsere Mitglieder aktivieren? Diese traurige und deprimierende Ansammlung von Konjunktiven - „hätte -könnte - sollte“ - und Absichtserklärungen haben wir nicht ausgehalten. So sind wir nicht als Partei. Wir sind nicht hoffnungslos. Wir sind nicht perspektivlos. Wir sind nicht ideenlos. Und vor allem sind wir nicht mutlos!

Wenn wir über Profilschärfung sprechen, dann sollte diese auch in einem solchen Leitantrag entsprechend ersichtlich sein – und handlungsfähig machen. Wir halten diesen Punkt für außerordentlich wichtig. Deshalb haben wir uns bemüht uns kurz zu fassen, selbst auf die Gefahr hin, das ein oder andere wichtige Stichwort auszulassen. Zu vielen wichtigen Themen gibt es ja auch gute Fachanträge, die zum Beschluss vorliegen. Grundsätzlich bleibt es aber dabei: Wir sind eine kämpferische Klassenorganisation, die nach Niederlagen aufsteht, das Käppi gerade rückt und weitermacht - eben weil wir genau wissen, warum wir es tun. Denn darum geht es. Aufstehen, weiterkämpfen - und klare Positionen zeigen. Und das funktioniert nicht im Konjunktiv. Deswegen haben wir uns hingesezt und in einem guten Prozess im KV für uns als Partei einen Text verfasst, der dazu auffordert: Brust raus und weiter geht's! Denn die Verhältnisse sind immer noch brutal und die Gefahr der Vernichtung der Welt ist so groß wie noch nie. Da gilt kein Zaudern und kein Bangemachen, sondern nur eine klare Botschaft an uns, als Mitglieder an der Basis, und an den Rest der Republik: Die Geschichte der Linken ist beileibe nicht vorbei, wir sind da und wir kämpfen weiter für und mit Allen – weil wir von unserem Weg und Werten überzeugt sind.

## **Antrag L01.001.5: Ersetzungsantrag zum Leitantrag**

**Antragsteller\*in:**

KV Köln

Der Parteitag möge beschließen:

**Zeilen 1 bis 613 ersetzen durch:**

### **Gegen den Strom – wir sind DIE LINKE!**

Deutschland driftet nach rechts. Mit seiner „Zeitenwende“ nach Beginn der russischen Invasion der Ukraine hatte Kanzler Scholz die Schleusen geöffnet für die Explosion der Rüstungsausgaben und eine Flut militaristischer Propaganda in Politik und Medien. Die

Bundeswehr, bereits 2022 die siebtteuerste Truppe der Welt, sei angeblich unfähig zur Landesverteidigung. Sie soll nun erstmals nach 1945 wieder die stärkste konventionelle Militärmacht Europas werden und auch die Zivilgesellschaft soll „kriegsfähig“ getrimmt werden. Es sollen sogar neue US-Mittelstreckenraketen in Deutschland stationiert werden, was die Spannungen in Europa weiter zementieren und Deutschland einen prominenten Platz in der Zielplanung der russischen Atomstreitkräfte verschaffen würde.

Unterdessen hat die Ampel dem Klimagesetz die Zähne gezogen. Klimaschutz im Verkehrsbereich und in der Landwirtschaft findet praktisch nicht mehr statt und die Umstellung auf Wärmepumpen und Elektroautos ist hier in Deutschland erstmal ausgebremst. Und die soziale Ungleichheit wächst und wächst. Während viele von Inflation und „Mietenwahnsinn“ geplagte Familien Mühe haben, über die Runden zu kommen, werden die Reichen reicher und reicher. Oberste Prioritäten der Finanzpolitik sind die absurde Schuldenbremse, Steuersenkungen für Reiche, die Finanzierung des Kriegs in der Ukraine, während notwendige Investitionen in Menschen, Infrastruktur und Klimaschutz auf der Strecke bleiben. Kurz und schlecht, die Ampel ist an ihrem Anspruch als "Fortschrittskoalition" komplett gescheitert und hat stattdessen den Rückwärtsgang eingelegt: die wichtigsten Probleme des Landes liegen unbearbeitet da. Rüstungsindustrie und fossile Branchen frohlocken und die Menschen sehen keine Perspektive für ein besseres Leben.

Das ist der Hintergrund für die Pseudolösungen und die Sündenbockstrategie der AfD. Ihre Wahlerfolge sind erschreckend. Und die Ampelparteien setzen nun Forderungen der AfD bereitwillig in eine fremdenfeindliche Wende in der Migrationspolitik um, ohne Rücksicht auf Grundgesetz und vertraglichen Verpflichtungen Deutschlands in Europa. Auch der Schengen-Vertrag, einst Symbol des Zusammenwachsens der Völker Europas, wird umstandslos gebrochen. Die Union als größte Oppositionspartei ist bestrebt, die Ampel mit noch mehr Fremdenfeindlichkeit zu übertreffen.

Doch es gibt auch viele Menschen in Deutschland, denen diese ganze Entwicklung Sorge bereitet. Die die extreme soziale Ungleichheit ablehnen. Und die wissen: Nach Rüstung kommt Krieg, und die befürchten, dass Deutschland in einen eskalierenden Ukrainekrieg gezogen wird, die wissen, dass Klimaschutz unverzichtbar ist. Hunderttausende haben sich zu Beginn dieses Jahres den empörenden Plänen der AfD entgegengestellt und Tausende haben sich in den letzten 12 Monaten unserer Partei angeschlossen. Es braucht eine Partei, die all diesen Menschen im Parlament eine glaubwürdige Stimme gibt und sich mit ihnen gemeinsam und entschlossen diesen verhängnischwangeren Entwicklungen entgegenstellt.

Wir müssen selbstkritisch feststellen: Unsere Partei war zu viel mit sich selbst beschäftigt. Im Zuge der quälend langen Abspaltung eines Teils der Bundestagsfraktion haben wir an Profil verloren. Auch seither ist es noch nicht gelungen, das Profil der Partei wieder zu schärfen. Auf dem Erfurter Parteitag 2022 hatten wir beschlossen: „In dieser gefährlichen geopolitischen Situation stellt DIE LINKE den Erhalt des Friedens in den Vordergrund ihrer Politik. Eine friedenspolitische, soziale und ökologische Wende ist dringend erforderlich!“

Wir müssen feststellen, dass wir diesem Anspruch nicht gerecht geworden sind. Wir waren in der Kommunikation und Umsetzung unserer Parteitagsbeschlüsse nicht klar und mutig genug. Wir haben zugelassen, dass die zentralen linken Themen Ungleichheit und soziale Ungerechtigkeit, Frieden und Klimagerechtigkeit gegeneinander ausgespielt wurden.

In vielen der einzelnen Krisen haben wir keine gemeinsame Orientierung erarbeitet und vertreten. Wir haben oft zu viel appelliert und skandalisiert und zu wenig argumentiert. Wir waren selbst unsicher, ob es gelingt, an der fundamentalen Koppelung festzuhalten: Gesellschaftliche Modernisierung darf nicht ohne soziale Gerechtigkeit passieren – aber soziale Gerechtigkeit ist auf Dauer nur möglich, wenn äußere Herausforderungen mit zukunftsfähigen Reformen beantwortet werden. Die Versuchung, das eine vom anderen zu lösen: Reformen jetzt, Gerechtigkeit später, oder: lieber gar keine Reformen – diese Versuchung war auch bei uns

präsent. In letzter Konsequenz hat sie zur Abspaltung eines Teils unserer Partei geführt, der sich entschieden hat, vor dieser Herausforderung zu kapitulieren und sich an den Zeitgeist der Entsolidarisierung und Veränderungsabwehr anzupassen.

Wir waren nicht gut genug dabei, Skepsis und Verunsicherung genauso anzunehmen wie Ungeduld und Empörung. Dass uns die Abspaltung Teile unserer kommunalen Basis gekostet hat, ist außerordentlich bitter und steht dafür, dass diejenigen, die vor Ort praktische Politik machen, sich in bestimmten Diskussionen unserer Partei schon länger nicht wiederfinden konnten. Viele, die lange Zeit ihr Vertrauen in uns gesetzt hatten und uns dafür gewählt hatten, haben den Eindruck gewonnen: Ihr seid mit euch selbst beschäftigt, ihr seid nicht für uns da.

Vielen Menschen ist heute nicht mehr klar, wofür DIE LINKE steht. Dazu hat auch eine disziplinlose Vielstimmigkeit unserer Mandatsträger beigetragen. Das alles hat uns in eine Serie schwerer Wahniederlagen geführt.

Daher können wir unsere aktuelle Krise als Partei nicht nur auf den Rechtsruck schieben. Der Linken ist es nicht gelungen, die Verteilungsfrage zwischen oben und unten wirksam auf die öffentliche Agenda zu setzen und der zunehmenden Entsolidarisierung etwas entgegenzusetzen und den Unmut über die Ampel von links zu besetzen. Wir haben keine ausreichend wirksamen Strategien gegen den Rechtsruck gefunden. Es ist uns zu wenig gelungen, gegen die wachsenden Spaltungen zwischen den Beschäftigten, zwischen Ost und West, zwischen Migrant\*innen und Eingesessenen, in verschiedenen Milieus Perspektiven vorzustellen, die die Menschen zusammenbringen. Es ist uns nicht gelungen, als wirksame und überzeugende Alternative wahrgenommen zu werden. Dass wir immer wieder versucht haben, als Einzelne Signale an Teile unserer Zielgruppen zu senden, die auf Kosten anderer Zielgruppen gingen, hat es nicht besser gemacht.

Deshalb wollen wir unser Vorgehen ändern. Wir suchen die öffentlichkeitswirksame Konfrontation mit Ampel, Union und erst recht der AfD, um unsere Alternativen vielen Menschen nahe zu bringen. Den neuen Parteivorstand und die Bundestagsgruppe beauftragen wir, entsprechende Initiativen zu entwickeln. Auch in den Landes- und Kreisverbänden wollen wir den Mächtigen mit rebellischen Aktionen und konkreten Alternativen – mit Biss und Kompetenz – entgegentreten. Im Grundsatzprogramm der Partei heißt es: »Die strategische Kernaufgabe der Linken besteht darin, zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beizutragen, um eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft und eine linke demokratische, soziale, ökologische und friedliche Politik durchzusetzen.« Das gilt heute mehr denn je. Wir wollen unseren Platz im Parteienspektrum zurückgewinnen und neu ausfüllen. Wir sind DIE LINKE! Wir stehen für demokratische und fortschrittliche Lösungen der Zukunftsfragen. Und wir wollen den demokratischen Parteien, die heute der AfD hinterherlaufen, Konkurrenz von links machen.

Die Linke ist die Partei, die sich als einzige bedingungslos für die Menschen einsetzt. Als Partei der sozialen Gerechtigkeit, als Partei des Völkerrechts und des Friedens, als Partei des Antifaschismus, des Feminismus, der Klimagerechtigkeit und als Partei der internationalen Solidarität. Und die Linke ist die Partei, die sich vor Ort ganz konkret um die Alltagsorgen der Menschen kümmert, die gemeinsam mit ihnen für Verbesserungen kämpft und sich auch für radikale Reformen einsetzt, die einen Einstieg in den Ausstieg aus dem Kapitalismus ermöglichen. Das ist, was eine sozialistische Partei ausmacht.

Zwei Ziele werden im Zentrum aller Überlegungen für DIE LINKE stehen:

Wir wollen die Partei so profilieren und stärken, dass sie wieder gesellschaftliche Debatten zu den zentralen Zukunftsfragen entscheidend prägen kann, eine soziale Macht wird, die fest verankert und anerkannt ist bei all jenen, die mit uns für eine bessere Welt und gegen die rechte Bedrohung kämpfen wollen.

Erstes Etappenziel ist es, dass wir mit gefestigtem Profil 2025 wieder in den Bundestag einziehen. Beides ist möglich. Grundbedingung ist allerdings, dass die Partei wieder als klare oppositionelle Stimme vernommen wird, die den Herrschenden und den Regierenden Kontra gibt.

Dafür müssen wir als Team agieren, nicht als Ensemble von Solist:innen. Unsere Mandatsträger:innen müssen respektieren lernen, dass es nicht zu ihrem Auftrag gehört, ihre persönlichen Meinungen gegen die demokratisch beschlossenen Positionen der Partei ausspielen zu lassen.

Die Menschen zur Bundestagswahl wieder für uns gewinnen

Vier strategische Orientierungen bieten die Chance, die Partei wieder sichtbarer und attraktiver werden zu lassen:

#### 1. Mehr Zukunft wagen.

Wir bieten visionäre Ideen und Lösungen an, die die Menschen auch emotional abholen die realistisch und anschlussfähig sind und doch einen Schritt weitergehen. Die eine grundlegende solidarische, sozialistische Grundidee in sich tragen. Während andere Kapital aus der Angst schlagen, wollen wir Mut machen und konkrete Lösungen anbieten. Wir zeigen Wege in eine Welt, in der der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist. Das sind keine Parolen, sondern ganz konkrete Visionen zur Umverteilung und für einen starken Sozialstaat – und darüber hinaus. Das gilt für den Bereich des Wohnens wie für die Pflege, die Rente und die Bildung. Wir sind die Partei der Würde und der sozialen Absicherung in Zeiten von Kürzungshaushalt und Angriffen auf den Sozialstaat. Wir setzen uns im Bundestagswahlkampf dafür ein, die Schuldenbremse abzuschaffen, darüber hinaus für eine starke Rolle des Staates in der Wirtschafts- und Strukturpolitik.

#### 2. Klarheit schaffen.

Soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Friedenspolitik müssen zusammen gedacht, entwickelt und umgesetzt werden. Frieden in Europa und der Welt ist die Voraussetzung für eine wirksame Klimapolitik und einer Politik des sozialen Ausgleichs zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten; aber auch für soziale Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich in der EU. Wo die Logik von Krieg und Wettrüsten regiert, bleibt für Soziales, Bildung, Gesundheit und das Klima nichts übrig. Ausgerechnet diese Zusammenhänge haben uns in den letzten Jahren zerrissen.

Der Kampf für den Frieden liegt in unserer DNA. Als Partei treten wir bedingungslos für das Völkerrecht und den Schutz derjenigen ein, die unter den Kriegen dieser Welt leiden. Für uns gibt es keine doppelten Standards, wir verurteilen US-amerikanische oder türkische Angriffskriege genauso wie den russischen in der Ukraine. Keine Menschenrechtsverletzung darf jemals eine andere rechtfertigen, ob nun in Israel, Gaza oder anderswo. Unser Pazifismus heißt Primat des Zivilen: Diplomatische und andere nichtmilitärischen Mittel nutzen, um Kriege zu beenden und Konflikte zu deeskalieren. Worte statt Waffen!

Deshalb fordern wir:

- Waffenstillstand in der Ukraine! Verhandlungen unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen aller Beteiligten!
- Waffenstillstand in Gaza! So wie die Anerkennung Israels seit Jahrzehnten für uns selbstverständlich ist, muss Deutschland nun auch Palästina anerkennen, wie es andere europäische Länder (Schweden, Norwegen, Spanien, Irland und Slowenien) bereits getan haben.

Das Töten muss enden, ohne Vorbedingungen. Dafür soll sich die Bundesregierung einsetzen und die Konfliktparteien zu ernsthaften Verhandlungen drängen.

In der neuen Blockkonfrontation setzen wir auf internationale Solidarität und eine zu entwickelnde europäische Abrüstung und Friedensordnung. Rüstung gehört ins Mittelalter! Wirkliche Sicherheit gibt es in Europa nur noch gemeinsam. Entgegen der aktuellen Aufrüstung und innere Zeitenwende der Gesellschaft setzen wir uns für mehr Diplomatie und Abrüstung ein. Dabei können wir an die Erfahrungen einer erfolgreichen Entspannungs- und Abrüstungspolitik der 70er und 80er Jahre anknüpfen.

Die von den USA mit Zustimmung der Bundesregierung beabsichtigte Stationierung neuer,

weitreichender Raketen und Hyperschallwaffen in Deutschland lehnen wir entschieden ab. Diese gegen Russland gerichteten Waffen verkürzen die Vorwarnzeit auf der anderen Seite extrem; sie gelten als erstschlagfähig und können auch Atomwaffen tragen. Sie schaffen keine Sicherheit, sondern destabilisieren die ohnehin angespannte Situation in Europa weiter. Zugleich werden die in Deutschland vorgesehenen Stationierungsorte zu bevorzugten Zielen russischer Waffensysteme werden. Dies alles gilt es zu verhindern! Deutschland und Europa brauchen nicht mehr wechselseitige Bedrohung, nicht mehr Rüstungswettlauf, sondern eine Rückkehr zum 2019 von den USA gekündigten Mittelstrecken Nuklearstreitkräfte-Vertrag (INF) in Europa, der dieses Vorhaben ausgeschlossen hätte.

Wir sind eine ökosozialistische Partei. Der Kampf gegen die Klimakatastrophe ist eine entscheidende Menschheitsfrage unserer Zeit – für sie gilt es, sozial gerechte Antworten zu finden. Der Nutzen der Transformation - z.B. bei Strompreisen oder selbst erzeugtem Solarstrom muss Mietern und Verbrauchern zugänglich gemacht werden. Beim ökologischen Umbau der Wirtschaft müssen die Interessen der Belegschaften und lohnabhängigen Menschen im Mittelpunkt stehen. Es geht um eine nachhaltige Wirtschaft in den Händen derjenigen, die produzieren. Die Energieversorgung gehört in die öffentliche Hand und unter demokratische Kontrolle; wir streiten für massive Investitionen in Bahn und Wohnungsbau, in den Kernbereichen der Transformation sind die Beschäftigten und die Gewerkschaften die Expertinnen und Experten für uns. Mit ihnen gemeinsam erarbeiten wir Modelle wirtschaftlicher Kontrolle und nachhaltiger Produktion.

Ebenso braucht es Klarheit in der Frage der Migration. Wir stehen für ein humanes Asylrecht für jeden und jede Einzelne ebenso wie für einen menschlichen Umgang bei der Einwanderung und mit all jenen, die bereits hier sind und immer stärker unter dem Rechtsruck und der Fremdenfeindlichkeit leiden. Das bedeutet auch, ein realistisches, humanes Einwanderungskonzept zu erarbeiten, um dem rechten Kulturkampf die Stirn bieten zu können. Die Mutter aller Probleme ist die neoliberale Austrocknung unseres Sozialstaates und der Kommunen und die zutiefst ungerechte Verteilung von Reichtum in diesem Land. Wir stehen für die Bekämpfung von Fluchtursachen genauso wie für eine bessere Ausstattung der Kommunen und eine humane Versorgung aller hier lebenden Menschen. An diesen Grundsätzen festzuhalten, schließt nicht aus, die Angst vor dem Kontrollverlust in der Bevölkerung ernst zu nehmen. Deshalb streiten wir für eine bessere Wohnungsversorgung, gute Jobs und mehr Bildungsangebote für alle. Der neue Parteivorstand soll daher bei dem nächsten Parteirat einen entsprechenden Zeitplan vorlegen.

Der Kampf gegen rechts ist ein Kampf für Solidarität und Demokratie. Bei allen Mobilisierungen gegen Naziaufmärsche wird die Linke eine wichtige Rolle spielen. Sie wird den Spagat aushalten, auf der einen Seite die Ampelregierung dafür zu kritisieren, dass sie mit ihrer neoliberalen Politik den Boden für die Rechte bereitet haben, und auf der anderen Seite mit allen demokratischen Kräften an den Verbesserungen der sozialen Verhältnisse arbeiten, wo dies möglich ist. Wir werden die Demokratie verteidigen gegen alle Versuche, sie abzuschaffen oder auszuhöhlen. Gemeinsam mit allen demokratischen Kräften wollen wir uns gegen die massiven Angriffe auf demokratische Errungenschaften in Deutschland und Europa stellen.

Rassistische Positionen gibt es nicht erst seit der AfD und die eindimensionale Erklärung, dass eine unsichere wirtschaftliche Situation Personen sofort zu Rassist\*innen macht, ist verkürzt. Nichtsdestotrotz treibt eine unsichere wirtschaftliche Situation - und sei es nur eine empfundene Unsicherheit – der AfD die Wähler\*innen in die Arme. Deswegen wollen wir weiterhin aktiv, sowohl in den Parlamenten als auch in Initiativen und Bewegungen an einer guten Sozialpolitik arbeiten, mitgestalten und einfordern. Das ist für uns ein elementares Mittel im Kampf gegen die AfD. Anstatt uns von der AfD die Themen diktieren zu lassen, ist die beste Strategie, für die Menschen materiell relevante Politikfelder zu priorisieren. Insbesondere müssen wir in prekären Stadtteilen präsenter sein und unsere Forderungen bekannter machen. Trotzdem müssen wir rechte und neoliberale Positionen der anderen demokratischen Parteien auch im Hinblick auf ihre

Folgen für die Stärke der AfD kritisieren: Sei es unzureichender Mindestlohn und Bürgergeldhöhungen, Sanktionen, fehlende Maßnahmen gegen die Mietenexplosion, schlecht gemachte Gesetze für das Klima, wie z. B. das Heizungsgesetz, oder die Schuldenbremse. Nicht zuletzt die Übernahme von AfD Forderungen in der Migrationspolitik durch die Bundesregierung arbeitet der AfD in die Hände.

Wir sehen uns als einen Teil der Brandmauer gegen die AfD. Selbstverständlich unterstützen wir das Vorgehen der demokratischen Parteien im Bundestag sowie in den meisten Landtagen, Anträgen nicht zuzustimmen, keinen Vertreter der AfD zu wählen und die AfD zu isolieren. Wir betonen aber, dass eine inhaltliche Kritik an der AfD von verschiedenen Standpunkten aus erfolgen muss. Die FDP wird teilweise eine andere inhaltliche Kritik an der AfD haben als wir. Statt zu versuchen sich im Sinne eines Minimalkompromisses auf eine geteilte inhaltliche Kritik an der AfD zu verständigen, sollten wir eher eine dezidiert LINKE Kritik an der AfD schärfen. Darüber hinaus würde eine solche Strategie der AfD nur erlauben, sich in der Opferrolle "alle gegen uns" zu inszenieren.

Diese Themen leben wir, sie sind für uns in jeder Entscheidung Grundlage und Orientierung und Eckpfeiler jeder Kommunikation – auch dort, wo sie nicht im Fokus unserer Kern-Kampagnen stehen.

### 3. Fokus, Fokus, Fokus.

Um wieder ein erkennbares Profil entwickeln zu können, braucht es eine Fokussierung auf wenige Kernforderungen, die wir unablässig betonen, wie wir es zur Gründung der Partei bereits getan haben. Die Fokuspunkte werden auf drängenden Fragen unserer Zeit liegen. Dazu wird der Parteivorstand zwei konkrete Kampagnen zum Mietendeckel und den Mittelstreckenraketen entwickeln, die die Regierung vor sich hertreiben. Fokussieren heißt nicht, dass wir über nichts anderes mehr reden. Es bedeutet, konkrete Themen auszuwählen, die wir im Sinne von Kampagnen in den Mittelpunkt stellen und langfristig betreiben. Zu guten Kampagnen gehört ein klares Ziel und klar benannte Instrumente, wie es erreicht werden soll; eine hohe Plausibilität und angebbare Gegner und Widerstände, die wir mit der Kampagne überwinden wollen. Bei der Entwicklung von Kampagnen zu Themen der Daseinsvorsorge wird der Parteivorstand Landes- und Kreisverbände unterstützen. Diese Fokuskampagnen helfen uns, wieder öffentlich sichtbar zu werden und Räume zu schaffen, in denen wir dann die ganze Geschichte erzählen und unsere Ideen in die Breite der Gesellschaft tragen können.

#### Fokuspunkt Mietendeckel

Eine der drängendsten Fragen unserer Zeit ist die Wohnungsfrage. Wir beantworten sie ganz konkret mit einem bundesweiten Mietendeckel, der sofort den Druck für Millionen Mieterinnen und Mieter nehmen würde. Wir verbinden diese Forderung aber auch mit der Vision, dass kein Quadratmeter Grund und Boden in Deutschland mehr privatisiert wird. Kommunen, Bund und Länder verpachten Grundstücke nur noch an gemeinnützige Unternehmen, damit nie wieder jemand sich von unserer Miete einen Porsche kaufen kann. Das Ziel ist eine massive Ausdehnung der sozialen Infrastruktur mit einem wachsenden öffentlichen oder genossenschaftlichen Sektor, der nicht der Profitmaximierung, sondern dem besseren Leben der Mehrheit verpflichtet ist.

#### Fokuspunkt Mittelstreckenraketen

Wir initiieren eine Kampagne gegen die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland. Wir betonen dabei die Gefahr einer Eskalation zwischen den Atommächten Russland und den USA, lehnen Bestrebungen zur Herstellung von deutsch-europäischen Mittelstreckenraketen ab und stellen Forderungen nach Abrüstungsverträgen, Diplomatie und Entspannungspolitik dagegen. Wir rufen unsere Landes- und Kreisverbände auf, den Kontakt mit der örtlichen Friedensbewegung zu suchen und darauf hinzuwirken, lokale Initiativen gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen zu gründen und werden sie seitens der Bundespartei dabei unterstützen. In der Außenkommunikation der Partei wird das Thema eine wichtige Rolle spielen. Die Bundestagsgruppe unterstützt die Kampagne mit Anträgen, Anfragen

an die Regierung sowie mit eigener Öffentlichkeitsarbeit.

#### Fokuspunkt Öffentliche Daseinsvorsorge

Wir stehen für eine Gesellschaft, in der Wasser, Energie, Bildung, Gesundheitsversorgung und der öffentliche Nahverkehr in öffentlicher Hand bleiben und nicht dem Profitinteresse privater Unternehmen untergeordnet werden. Nur so können wir eine Zukunft gestalten, in der soziale Gerechtigkeit und Solidarität im Mittelpunkt stehen. Die öffentliche Daseinsvorsorge ist mehr als nur eine Dienstleistung; sie ist ein Grundrecht und ein Ausdruck solidarischer Gesellschaft. Nur durch eine umfassende und gut finanzierte Daseinsvorsorge können wir sicherstellen, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Einkommen oder Wohnort Zugang zu lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen haben. Wir setzen uns konsequent für den Erhalt und die Ausweitung der öffentlichen Daseinsvorsorge ein. Im Gegensatz zu anderen Parteien, die oft neoliberale Sparmaßnahmen fordern, erkennt Die Linke die zentrale Bedeutung der Daseinsvorsorge für ein gutes Leben für alle. Kampagnen zur öffentlichen Daseinsvorsorge müssen selbstverständlich vor Ort konkretisiert werden.

#### 4. Linke Volkspartei

Unser Platz im Parteienspektrum ist nicht bloß das Korrektiv anderer Parteien zu sein. Unsere Politik zielt auf die Verbesserung für die breite Mehrheit. Menschen, für die der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist und die eine tiefsitzende Sehnsucht nach einer solidarischen Welt haben, gibt es in allen Milieus der Lohnabhängigen, ob in Stadt oder auf dem Land. Wir werden sie alle brauchen, wenn wir als Partei eine Daseinsberechtigung haben wollen. Dennoch braucht es strategische Klarheit darüber, wie wir die Breite der Klasse ansprechen wollen, ohne beliebig zu werden. Sozialistische Klassenpolitik bedeutet, die Lage, die Sichtweisen, den Stolz auf die eigene Leistung, die Ansprüche auf Selbst- und Mitbestimmung der Lohnarbeitenden Klassen in ihrer ganzen alltäglichen Widersprüchlichkeit zum Ausgangspunkt zu nehmen.

Die Linke stellt die Erfahrungen der Menschen, ihren Alltag, ihre Sorgen und Befürchtungen sowie ihre Hoffnungen in den Mittelpunkt. Wir wollen sie ins Parlament und die Öffentlichkeit tragen. Wir verteidigen die Ansprüche an eine funktionierende Daseinsvorsorge und gerechte Teilhabe. Der Ideologie des individuellen Verzichts setzen wir ein neues Wohlstandsmodell entgegen, das ein gutes Leben für alle garantiert und das Überleben auf dem Planeten sichert. Wir zeigen, wie gerechte Übergänge in der Transformation aussehen können, so dass aus angstbesetzten Prozessen Hoffnung für eine bessere Zukunft und ein planbares Leben entstehen kann.

Wir wollen Kämpfe gegen die Besitzenden führen und für Reformen Mehrheiten gewinnen, die Alternativen zur Profitwirtschaft ermöglichen. In der Vergangenheit war die Linke immer dann stark, wenn sie diejenigen ganz unten in der Gesellschaft mit denen verbunden hat, die sich um ihre Zukunft sorgen und sich nach einer besseren und solidarischen Welt sehnen.

Linke ist immer für beide da: Für diejenigen, die fortschrittliche Antworten auf die Herausforderungen der Zeit suchen und durchsetzen wollen, und für diejenigen, die bei der gesellschaftlichen Verteilung von Macht, Eigentum, Einkommen und Einfluss strukturell benachteiligt sind: Egal ob sie Beschäftigte, Erwerbslose oder Kleinselbstständige sind, ob sie als Frauen oder als Männer unter fehlender Vereinbarkeit leiden, ob sie wegen ihres Namens oder ihrer angeblich veralteten Qualifikation diskriminiert sind. Diese Verbindung ist nicht ohne Spannungen und Widersprüche, aber sie ist der Kern von Solidarität und Klassenpolitik. Sie passiert nicht automatisch, sie kann nicht einfach vorausgesetzt und nicht einfach moralisch erzwungen werden. Aber nur wenn wir diese Verbindung erneuern und offensiv ins Zentrum stellen, kann es fortschrittliche und sozial gerechte Antworten auf die Krisen der Zeit geben, nur dann können wir dafür erfolgreich die Machtfrage stellen und konkrete Veränderungen für das Leben der Menschen bewirken. Verbinden wir wieder diese Menschen, die tagtäglich im kapitalistischen Wettbewerb voneinander getrennt werden! Wir wollen eine linke Volkspartei sein.



## Langfristige strategische Orientierung & Parteaufbau

Ein gutes Ergebnis bei der Bundestagswahl sichert unsere Existenz, doch wir richten unseren Neuanfang nicht nur an kurzfristigen Wahlerfolgen, sondern auch an einer langfristigen strategischen Perspektive aus, die die Linke wieder in der Gesellschaft verankert und von da aus wieder zu einer politischen Kraft werden lässt, die etwas zum Besseren verändern kann. Die Linke muss sich in die Lage versetzen gesellschaftliche Debatten entscheidend prägen zu können und ein wichtiger Kristallisationspunkt für progressive gesellschaftliche Mobilisierungen zu werden.

Gemeinsam wollen wir die Krise zu einem Wendepunkt hin zu einer erstarkten und wirkmächtigen linken Partei machen. Nicht indem alles über Bord geworfen wird, was die Menschen von der Linken erwarten. Sondern indem wir die gegenwärtige Situation zum Ausgangspunkt nehmen, um unsere Positionen zu schärfen und weiterzuentwickeln. Als besonders wichtig bis zur Bundestagswahl erscheinen uns:

- Initiative: Wir stellen die Regierenden, Verwaltungstechnokraten und die wirtschaftlich Mächtigen! Wir zeigen auf, wie sie sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichern und bieten konkrete Alternativen an. Alle Führungsorgane der Partei sind gefordert, sich in ihrem Wirkungskreis mit Aktionen und Initiativen öffentlich bemerkbar zu machen.
- Aktionsorientierung und Kampagnen: Wir gehen raus auf die Straße mit unseren Schwerpunktthemen und suchen auch das Gespräch an der Haustür. Unsere Idealvorstellung: Halb so viele Sitzungen, dafür doppelt so viele Aktivitäten auf der Straße. Das können wir im Wahlkampf, warum nicht auch außerhalb des Wahlkampfes?
- Wir suchen dabei Bündnisse mit Gewerkschaften, progressiven Kräften, Initiativen und Organisationen auf allen Ebenen, um für unsere Positionen und Initiativen gesellschaftliche Mehrheiten zu gewinnen. Unser Ziel muss sein, auch als Partei zentral in Bündnissen wahr- und ernstgenommen zu werden.
- Wir werden unsere Präsenz in den sozialen Medien massiv ausbauen. Die Bundespartei wird Schulungsangebote organisieren, um die Entwicklung von Videos und anderen Inhalten in den Landes- und Kreisverbänden zu fördern.

Die folgenden Eckpunkte unserer strategischen Orientierung spielen darüber hinaus eine wichtige Rolle:

- Programmprozess: Eine sozialistische Partei muss auf der Höhe der Zeit agieren. Die Partei Sie kann nur in Auseinandersetzung mit den Problemen der Gegenwart – mit der gegenwärtigen Regierung, den gegenwärtigen Herrschaftsstrategien, den gegenwärtigen Krisen, dem gegenwärtigen Kapitalismus, der gegenwärtigen weltpolitischen Kräfteverhältnisse – ihre Rolle und Funktion belegen. Deshalb brauchen wir in den kommenden Jahren einen Programmprozess zu den großen Umbrüchen unserer Zeit:
  - o Der konfliktvolle Übergang von einer unipolaren Weltordnung unter Vorherrschaft der USA zu einer multipolaren Weltordnung
  - o Die neuen Dimensionen der Kriegsführung - Drohnen, Künstliche Intelligenz, Cyberkrieg, irreguläre Kräfte u.a.m. – die die Grenzen zwischen Krieg und Frieden verwischen
  - o Die absehbaren Folgen des Klimawandels von Dürreperioden, Starkregen bis zum absehbaren Anstieg der Migration
  - o Der durch die Digitalisierung erzeugte Umbruch der Produktivkräfte in Industrie und Landwirtschaft
  - o Die ständig wachsenden digitalen Plattformen und Datenbestände („Big Data“) und die bisherige Monopolisierung des Nutzens durch privates Kapital
  - o Die beginnende Transformation der Energieversorgung und die Monopolisierung des Nutzens durch privates Kapital und zahlungsfähige Eigenheimbesitzer

Zu diesen und weiteren Entwicklungen benötigen wir analytische Klarheit, um im Interesse der arbeitenden Klassen eingreifen zu können. Dabei geht es nicht darum, das Programm über Bord zu werfen, sondern in seinem Sinne diese aktuellen Entwicklungen zu erfassen. In den gesellschaftlich polarisierten Themen (Krieg, Migration, Transformation) beziehen wir klar Position und entwickeln unsere Konzepte weiter. Unser gemeinsam erarbeitetes Programm für die Bundestagswahlen 2025 wird Antworten liefern und dem Bundesparteitag zur Abstimmung vorliegen. Daran wird sich eine weitere programmatische Vertiefung anschließen, die in eine Aktualisierung unseres Grundsatzprogramms mündet.

- Eine organisierende Partei: Die Linke ist eine aktive Mitgliederpartei, in der wir mit den Menschen für die Menschen kämpfen. Wir organisieren Gegenmacht und wir stellen Ressourcen und Strukturen für diejenigen bereit, die sich am Arbeitsplatz oder in ihrem Wohnort gegen Ungerechtigkeiten oder Sauereien wehren.
- Eine Partei, die praktisch gebraucht wird: Die Linke war immer dann stark, wenn sie im Leben der Menschen einen Unterschied machen konnte. Wir knüpfen an diese Tradition an und machen individuelle Unterstützung im Alltag und bei Rechtsfragen wieder zu einem wichtigen Baustein unserer täglichen Arbeit. Wir betreiben Nachbarschaftsarbeit, unsere Büros sind soziale Anlaufpunkte, wir wollen Feste feiern, Fußballturniere oder ein kostenloses Frühstück organisieren und bleiben dauerhaft durch Infostände und Haustürgespräche mit den Menschen in Kontakt. Viele von uns tun das bereits; lasst uns diese Erfahrungen nutzen und verallgemeinern.
- Herzstück Kreisverband: Der Parteiaufbau wird sich nicht auf einzelne Bundesländer oder Regionen konzentrieren, sondern auf alle Orte, in denen es aktive Strukturen gibt. Es gilt, kommunalpolitische Bastionen in Ost und West zu halten und diejenigen mit Potenzial bestmöglich bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Langfristig sollte unser Ziel sein, fehlende oder nicht mehr vorhandene Strukturen (wieder-) aufzubauen, um so Aktiven die Möglichkeit zu geben, sich einzubringen. Diejenigen, die in den Kommunen für die Linke aktiv sind, sind das Rückgrat unserer Partei. Stärken wir sie als Bundespartei, stärkt es uns alle.
- Wir werden unsere Erfahrungen in der Landes- und Kommunalpolitik stärker aufnehmen und gemeinsam weiterentwickeln.
- Politische (Aus-)Bildung: Die Erfahrungen unserer Genossinnen und Genossen sind unsere wichtigste Ressource. Für die kommenden Jahre wird es zentral sein, die Fähigkeiten und das Wissen unserer Mitglieder weiterzuentwickeln und auf ein höheres Niveau zu heben. Dafür brauchen wir Bildungsprogramme, Schulungen wie z.B. in Marxismus, dem Parteiprogramm, Konfliktmanagement, gewaltfreie Kommunikation oder Moderation von Versammlungen und Patenschaften zwischen Neuen und Erfahrenen. Dafür soll die Kommission für Politische Bildung wiedereingesetzt werden. Eine Partei hat nur eine Zukunft, wenn sie ihre Vergangenheit kennt. Dazu soll der Parteivorstand zu einem Parteirat ein Konzept vorlegen.

Mit diesen Schritten, so glauben wir, kann es uns gelingen, eine stolze und starke sozialistische Kraft zu sein. Alles, was diese Partei ausmacht und was sie einmal stark machte, steckt noch in ihr. Vor allem in ihren eigenen Mitgliedern. Unser Haus wiederaufzubauen, das meint in erster Linie aber nicht nur unsere Partei. Unser Haus, das ist die Welt, in der wir leben wollen. Die Welt zur Heimat machen, so nennt es Ernst Bloch im »Prinzip Hoffnung«. Wir folgen diesem Prinzip, nicht aus Naivität, sondern aus der Überzeugung heraus, dass eine andere Welt möglich ist, wenn wir wieder gemeinsam dafür streiten.

## **Begründung**

- Der ursprüngliche Leitantrag erscheint uns nicht geeignet, die Partei wieder stärker zu profilieren.
- Er spricht die Abspaltung und die notwendigen Konsequenzen nicht klar genug an

- Er benennt auch zahlreiche Themen, die konzeptionell neu durchdacht werden sollen, ohne eine intendierte Richtung zu signalisieren. Das wirkt nach allen Seiten verunsichernd und lässt unser Profil weiter verschwimmen.

Der Artikel von Ines und Jan im nd, der in diesen Text eingeflossen ist, hat viele Genossinnen und Genossen in Köln angesprochen. Er war für einen anderen Kontext geschrieben und wir waren so frei, ihn so zu ergänzen, dass daraus nach unserer Meinung der bessere Leitantrag geworden ist.

Liebe Ines, lieber Jan, nichts für Ungut, wir hoffen, dass ihr diese Art aktiver Unterstützung akzeptieren und mit unseren Ergänzungen etwas anfangen könnt.

## Antrag L01.001.6

<b>Antragsteller*in:</b>	Bezirksverband Hamburg-Nord
--------------------------	-----------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

**Zeilen 1 bis 148 ersetzen durch:**

### **Gegen den Strom: Veränderung beginnt mit Opposition**

Die Linke hat eine große Verantwortung. Die angekündigte Stationierung von US- (Hyperschall-)Mittelstreckenraketen in Deutschland ist die jüngste Zuspitzung des Versuchs, transatlantische Wirtschaftsinteressen mittels politischer Erpressung, ökonomischen Drucks und militärischer Drohung durchzusetzen. Die Folge dieser Politik sind Kriegseskalation mit Gefahr des Atomkriegs, rasantes Wachstum der sozialen Ungleichheit und fortgesetzte Verkehrung der produktiven Kräfte der Menschheit in zerstörerische Mittel zur Ausbeutung und Unterdrückung von Mensch und Natur. So werden die globalen Probleme wie die Verelendung ganzer Länder und Kontinente, eskalierende Konflikte und Naturzerstörung weiter verschärft und die Krise nicht gelöst, sondern weiter verschleppt und vertieft.

Die Konsequenz sind ein kaum noch sinnvoll regulierend eingreifender Staat, Schwächung der Massenkaufkraft, gebremste Produktivkraftentwicklung, beschleunigte Dominanz entkoppelter Finanzmärkte gegenüber der Realwirtschaft und rasantes Wachstum der sozialen Ungleichheit. Das geht einher mit einer Zustimmungskrise der Politik der Herrschenden in den westlichen kapitalistischen Zentren. Im Inneren wächst Unzufriedenheit in der Bevölkerung ebenso wie international die Länder des globalen Südens neu selbstbewusst gegen die imperialistische Politik aufbegehren. Wo jedoch überzeugende und erkennbare linke Perspektiven fehlten, konnte die Ideologie von Konkurrenz, Vorurteilen und Nationalismus verfangen und (extrem) rechte Parteien stärken. Umso mehr, je perspektivloser die soziale Lage erschien (insbesondere in ökonomisch strukturschwachen Regionen) und je zahmer die politische Linke agierte.

Es liegt an uns, dafür zu sorgen, dass sich die Zeiten ändern! Dieser Anforderung ist Die LINKE in der Vergangenheit nicht gerecht geworden. Auch in unserer Partei spiegelt sich die tiefe gesellschaftliche Krise. Uns fehlte bisweilen der Mut, unsere Stärke der grundlegenden Opposition zu den gegenwärtigen Verhältnissen freimütig zur Geltung zu bringen. Auch haben wir die Bedeutung der gemeinsamen Qualifizierung in solidarischer, streitbarer innerparteilicher Debatte gerade auch zu gesellschaftlich stark umstrittenen Fragen nicht ausreichend wahrgenommen. So konnten die Sorge um unser Image in den Medien, Wahlkampfmarketing und Parlamentsgeschehen ein zu großes Gewicht einnehmen bei unserer Positionierung in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen.

Daraus haben wir gelernt: Wir wollen wieder als Programmpartei mit den in der Mitgliedschaft vorhandenen unterschiedlichen fortschrittlichen Positionen und Erfahrungen analytisch klar und kämpferisch über die Ursachen von Kapitalismus und Krieg aufklären und initiativ für gesellschaftliche Veränderung wirken.

Um die Zeiten zu ändern, entscheidet sich Die LINKE neu: Nur gegen den Strom wird sie sich ihrer Aufgabe, initiativ und aktiv in den sozialen Kämpfen zu wirken, in neuer Klarheit stellen. Sie wird aufmerksam gegen Einschüchterungen und Anpassungsdruck darauf achten, dass sie konsequent Kurs auf ihre demokratisch-sozialistischen programmatischen Ziele hält und dabei den Entwicklungserfordernissen der Krise gerecht wird. Sie wird sich bei Entscheidungen für ihre politische Arbeit innerhalb der Partei sowie mit außerparlamentarischen und parlamentarischen Bündnispartnern neu auf ihr Parteiprogramm beziehen. So versetzt sie sich (wieder) in die Lage, selbstbewusste gesellschaftliche Opposition für radikale Reformen zu entfalten, unverbrüchlich für Diplomatie, Frieden und Abrüstung zu streiten und die Emanzipation aller von Ausbeutung und Unrecht ins Zentrum der Aktivitäten zu rücken. Die gemeinsame politische Qualifizierung und die Herausbildung gesellschaftlicher Konfliktfähigkeit durch produktive innerparteiliche Debatte sind dafür elementar.

Wir lehnen das Denken und Handeln in Abschreckungs-, Bedrohungs- und Kriegsführungskategorien ab und setzen uns als Teil der Friedensbewegung kompromisslos für Frieden, Abrüstung und internationale solidarische Zusammenarbeit ein – jeder Einsatz von Militär und jeder Export von Rüstungsgütern hat unsere eindeutige Gegnerschaft ebenso wie Wirtschaftssanktionen als Mittel imperialistischer Machtpolitik. Frieden kann dauerhaft nur gelingen, wenn das aggressive Militärbündnis NATO aufgelöst wird sowie UNO und Völkerrecht gestärkt werden.

Wir arbeiten verstärkt daran, zu politischem Engagement für Frieden und Solidarität zu ermutigen – ein Engagement für umfassende Abrüstung und die Freisetzung des unermesslichen Reichtums und der Kräfte, die aktuell in Rüstung und Krieg vergeudet werden. Das ist Voraussetzung für die humane Entwicklung aller Menschen. Hunger und Krieg können objektiv weltweit sofort beendet werden. Frieden ist der Ernstfall!

Eine offensive Linke gegen Militarismus und für soziale Progression wirkt immer auch gegen Rechts. Die LINKE wird darüber hinaus die AfD bei jeder politischen Gelegenheit angreifen und argumentativ stellen. Mit ihrem völkischen Gehetze gibt sie der kapitalistischen Krise eine restriktive Deutung: Antikommunismus, Rassismus und reaktionäres Menschenbild sollen die Privatisierung und Vereinzelnung des Subjekts durchsetzen. Dagegen wirkt Die LINKE mit ihrer emanzipatorischen Perspektive. Wir werden nicht nachlassen, bis der AfD und allen anderen Kräften der extrem Rechten das Handwerk gelegt ist. Wir führen den Kampf um die Köpfe und engagieren uns für die volle Wiederherstellung des Asylrechts.

Veränderung beginnt mit Opposition: Die Zeit ist reif für eine linke Offensive und einen gesellschaftlichen Richtungswechsel für Frieden, sozialen Fortschritt und eine ernsthafte Bewältigung der Klimakrise!

In diesem Sinne nehmen wir mit neuer Kraft Kurs auf folgende Vorhaben:

- Wir starten eine friedenspolitische Offensive und mobilisieren für bundes- und landesweite Friedensaktivitäten. Dabei bauen wir die Kooperation mit Friedensinitiativen aus. Wir wirken für die Wiederbelebung und den Ausbau von Städtepartnerschaften mit russischen und ukrainischen Städten und Gemeinden zur Völkerverständigung und Frieden von unten. DIE LINKE streitet offensiv und hörbar für einen sofortigen Waffenstillstand in Gaza, einen Stopp der Waffenlieferungen nach Israel und ein Ende der Besatzung Palästinas!
- Wir beginnen eine soziale Offensive für die Abschaffung der Schuldenbremse und die Rekommunalisierung aller Bereiche der Daseinsvorsorge. Dabei gilt: Jeder Euro, der in die soziale Infrastruktur und Daseinsvorsorge fließt, nützt der Friedensentwicklung, weil er nicht für Aufrüstung vergeudet wird! Wir unterstützen die Gewerkschaften dabei, die anstehenden Tarifauseinandersetzungen offensiv zu führen und für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich zu kämpfen. Wir streiten gegen die Sozialdarwinisten in FDP & Co. für die bedingungs- und sanktionslose soziale Absicherung aller Menschen.
- In einer antifaschistischen Offensive beteiligen wir uns an der Kampagne der „Vereinigung der

Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ für ein Verbotsverfahren gegen die AfD, um in diesem Rahmen die eigentlichen Ziele, Zwecke und Positionen der AfD (Stichwort „Remigration“) aufzudecken. Wir arbeiten verstärkt daran, bundesweit den 8. Mai zum offiziellen Feiertag zu machen, zum tätigen Erinnern und zur Verwirklichung der Konsequenzen aus der Befreiung vom Faschismus. Dafür werden Kontakte zu allen Akteuren der zivilgesellschaftlichen Bewegung für den 8. Mai als Feiertag ausgebaut.

- Die LINKE ist kein Wahlverein, sondern Mitglieder- und Programmpartei – gerade in Wahlkampfzeiten. Wir ermutigen im Wahlkampf andere dazu, nicht zu resignieren und vor allem (gemeinsam mit uns) selbst aktiv zu werden. Es kommt dabei auf überzeugende, weil überzeugte Genossinnen und Genossen an, die als Gleiche unter Gleichen in der Partei assoziiert sind, um gemeinsam für eine menschliche Gesellschaft zu kämpfen. Damit sich alle Genossinnen und Genossen aktiv an der Meinungsbildung und Positionierung der Partei beteiligen können, werden Veranstaltungen zu aktuellen Fragen der gesellschaftlichen und parteilichen Entwicklung in den Landes- und Kreisverbänden sowie auf Bundesebene ausgebaut.

„Die Linke als sozialistische Partei steht für Alternativen, für eine bessere Zukunft. [...] Wir verfolgen ein konkretes Ziel: Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Um dies zu erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den demokratischen Sozialismus.“

(Aus der Präambel des Parteiprogramms der LINKEN)

## **Begründung**

Gegen den Strom kann man nur schwimmen, wenn man weiß, wohin man möchte, wenn man die im Gewässer wirkenden Kräfte kritisch erkannt hat und wenn man sich die Techniken angeeignet hat, um gegen diese Kräfte vorwärtszukommen. Es sind andere Techniken als die des „Mit-dem-Strom-Schwimmens“.

## **Antrag L01.001.7: Ersetzungsantrag zum Leitantrag**

**Antragsteller\*in:** LV Bayern

Der Parteitag möge beschließen:

### **Zeilen 1 bis 613 ersetzen durch:**

Im Grundsatzprogramm der Partei heißt es: »Die strategische Kernaufgabe der Linken besteht darin, zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beizutragen, um eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft und eine linke demokratische, soziale, ökologische und friedliche Politik durchzusetzen.« Das gilt heute mehr denn je: Im Land wird eine zutiefst unsoziale Politik betrieben, die Klimakrise wird nicht ausreichend bekämpft und wir erleben eine Militarisierung der Gesellschaft.

Wir haben uns das Ziel gesetzt, dieses Land zu verbessern, gemeinsam mit allen, die sich engagieren in Gewerkschaften, Vereinen, Initiativen, Verbänden oder Bewegungen, im Betrieb oder im Stadtteil. Wir wollen Kraft und Hoffnung sein für all diejenigen, die in unserer Gesellschaft ausgestoßen werden, die den Laden am Laufen halten und trotzdem am Monatsende nicht genug übrig haben, die sich vor der Zukunft fürchten oder sich eine bessere Welt wünschen.

Die Linke wird gebraucht als Partei, die sich als einzige bedingungslos für die Menschen einsetzt. Als Partei der sozialen Gerechtigkeit, als Partei des Völkerrechts und des Friedens, als Partei des Antifaschismus, des Feminismus, der Klimagerechtigkeit und als Partei der internationalen Solidarität.

Die Linke wird gebraucht als Partei, die sich vor Ort ganz konkret um die Alltagsorgen der Menschen kümmert, die gemeinsam mit ihnen für Verbesserungen kämpft und sich auch für radikale Reformen einsetzt, die einen Einstieg in den Ausstieg aus dem Kapitalismus ermöglichen. Das ist, was eine sozialistische Partei ausmacht.

Zwei Ziele sollten im Zentrum aller Überlegungen für Die Linke stehen:

- Kurzfristig wollen wir bei der Bundestagswahl 2025 wieder in den Bundestag einziehen.
- Gleichzeitig wollen wir die Partei so stärken, dass sie wieder gesellschaftliche Debatten zu den zentralen Zukunftsfragen entscheidend prägen kann, eine soziale Macht wird, die fest verankert und anerkannt ist bei all jenen, die mit uns für eine bessere Welt und gegen die rechte Bedrohung kämpfen wollen.

Beides ist nicht nur möglich, sondern auch sehr realistisch. Grundbedingung ist allerdings, dass die Partei wieder als Kollektiv und Einheit funktioniert. Wenn wir Solidarität auch untereinander leben, können wir die starke linke Kraft werden, die es so dringend braucht in diesem Land. Als Team, nicht als Ensemble von Solist:innen. Wie schön wäre doch eine neue revolutionäre Freundlichkeit in den Debatten, nach innen wie nach außen! Erst wenn wir selbst einen solidarischen Umgang pflegen, können wir die Gesellschaft von einer anderen, besseren Welt überzeugen.

Wir müssen feststellen, dass wir unserem Anspruch nicht gerecht geworden sind. In den großen Krisen und Widersprüchen der letzten Jahre war die Linke nicht klar genug. In einer Zeit, in der Menschen sich Orientierung in Fragen von Krieg, Inflation, ökologischem Umbau und Migration wünschen, waren wir zu zaghaft. Wir haben uns zerreißen lassen von den Widersprüchen. In den letzten Monaten mussten wir erfahren, was es bedeutet, wenn das Haus brennt. Ein brennendes Haus lädt aber nicht zum Einzug ein. Jetzt geht es darum, den Brand zu löschen und einen Plan für die Sanierung zu erstellen.

Die Menschen zur Bundestagswahl wieder für uns gewinnen

Es ist ja richtig, dass sich ein kaputtes Image nicht in wenigen Monaten wieder reparieren lässt. Aber vier strategische Orientierungen bieten zumindest die Chance, die Partei wieder sichtbarer und attraktiver werden zu lassen:

1. Mehr Hoffnung wagen. Wir bieten visionäre Ideen und Lösungen an, die das Herz erwärmen, die realistisch und anschlussfähig sind und doch einen Schritt weitergehen. Die eine grundlegende solidarische, sozialistische Grundidee in sich tragen. Während andere Kapital aus der Angst schlagen, wollen wir Mut machen und konkrete Lösungen anbieten. Wir zeigen Wege in die Hoffnung auf, in eine Welt, in der der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist. Das sind keine Parolen, sondern ganz konkrete Visionen zur Umverteilung und für einen starken Sozialstaat – und darüber hinaus. Das gilt für den Bereich des Wohnens wie für die Pflege, die Rente und die Bildung. Wir sind die Partei der Würde und der sozialen Absicherung in Zeiten von Kürzungshaushalt und Angriffen auf den Sozialstaat. Wir setzen uns im Bundestagswahlkampf dafür ein, die Schuldenbremse abzuschaffen, darüber hinaus für eine starke Rolle des Staates in der Wirtschafts- und Strukturpolitik.

2. Klarheit schaffen. Die soziale Frage ist und bleibt unser Kern. Die anderen großen Fragen unserer Zeit sind ohne Frage Frieden, Demokratie und Klimagerechtigkeit. Ausgerechnet diese Themen haben uns in den letzten Jahren zerrissen. Der Kampf für den Frieden liegt in unserer DNA. Als Partei treten wir bedingungslos für das Völkerrecht und den Schutz derjenigen ein, die unter den Kriegen dieser Welt leiden. Für uns gibt es keine doppelten Standards, wir verurteilen US-amerikanische oder türkische Angriffskriege genauso wie den russischen in der Ukraine.

Keine Menschenrechtsverletzung darf jemals eine andere rechtfertigen, ob nun in Israel, Gaza oder anderswo. Unser Pazifismus heißt Primat des Zivilen: Diplomatische und andere nicht-militärische Mittel nutzen, um Kriege zu beenden und Konflikte zu deeskalieren. Worte statt Waffen! In der neuen Blockkonfrontation setzen auf eine strategische Autonomie der Europäischen Union. Und es darf keine weitere Aufrüstung und innere Zeitenwende der Gesellschaft geben, wir werden das Thema Abrüstung wieder auf die Tagesordnung setzen.

Ebenso braucht es Klarheit in der Frage der Migration. Wir stehen für ein humanes Asylrecht für jeden und jede Einzelne ebenso wie für einen menschlichen Umgang bei der Einwanderung und mit all jenen, die bereits hier sind und immer stärker unter dem Rechtsruck und der Fremdenfeindlichkeit leiden. Das bedeutet auch, ein realistisches, humanes Einwanderungskonzept zu erarbeiten und dem rechten Kulturkampf die Stirn bieten zu können. Die Mutter aller Probleme ist die neoliberale Austrocknung unseres Sozialstaates und der Kommunen und die zutiefst ungerechte Verteilung von Reichtum in diesem Land. Wir stehen für die Bekämpfung von Fluchtursachen genauso wie für eine bessere Ausstattung der Kommunen und eine humane Versorgung aller hier lebenden Menschen. An diesen Grundsätzen festzuhalten, schließt nicht aus, die Angst vor dem Kontrollverlust in der Bevölkerung ernst zu nehmen. Deshalb streiten wir für eine bessere Wohnungsversorgung, gute Jobs und mehr Bildungsangebote für alle.

Der Kampf gegen rechts ist ein Kampf für Solidarität und Demokratie. Bei allen Mobilisierungen gegen Naziaufmärsche wird die Linke eine wichtige Rolle spielen. Sie wird den Spagat aushalten, auf der einen Seite die Ampelregierung dafür zu kritisieren, dass sie mit ihrer neoliberalen Politik den Boden für die Rechte bereitet haben, und auf der anderen Seite mit allen demokratischen Kräften an den Verbesserungen der sozialen Verhältnisse arbeiten, wo dies möglich ist. Wir werden die Demokratie verteidigen gegen alle Versuche, sie abzuschaffen oder auszuhöhlen. Gemeinsam mit allen demokratischen Kräften wollen wir uns gegen die massiven Angriffe auf demokratische Errungenschaften in Deutschland und Europa stellen.

Und wir sind eine ökosozialistische Partei. Der Kampf gegen die Klimakatastrophe ist die große Menschheitsfrage unserer Zeit – für sie gilt es, sozial gerechte Antworten zu finden. Beim ökologischen Umbau der Wirtschaft müssen die Interessen der Belegschaften und lohnabhängigen Menschen im Mittelpunkt stehen. Es geht um eine nachhaltige Wirtschaft in den Händen derjenigen, die produzieren. Die Energieversorgung gehört in die öffentliche Hand und unter demokratische Kontrolle; wir streiten für massive Investitionen in Bahn und Wohnungsbau, in den Kernbereichen der Transformation sind die Beschäftigten und die Gewerkschaften die Expertinnen und Experten für uns. Mit ihnen gemeinsam erarbeiten wir Modelle wirtschaftlicher Kontrolle und nachhaltiger Produktion.

Diese Themen leben wir, sie sind für uns in jeder Entscheidung Grundlage und Orientierung und Eckpfeiler jeder Kommunikation – auch wenn sie nicht im Fokus unserer Kern-Kampagnen stehen.

3. Fokus, Fokus, Fokus. Um wieder ein erkennbares Profil entwickeln zu können, braucht es eine Fokussierung auf wenige Kernforderungen, die wir unablässig betonen, wie wir es zur Gründung der Partei bereits getan haben. Dieser Fokus wird auf einer der drängenden Fragen unserer Zeit liegen. Dazu werden wir eine oder maximal zwei sehr konkrete Kampagnen zur sozialen Frage entwickeln, die die Regierungspolitik vor sich hertreiben und der Linken einen Gebrauchswert und eine Praxis geben. Diese Fokuskampagnen helfen uns, wieder öffentlich sichtbar zu werden und Räume zu schaffen, in denen wir dann die ganze Geschichte erzählen und unsere Ideen in die Breite der Gesellschaft tragen können. Eine der drängendsten Fragen unserer Zeit ist die Wohnungsfrage. Wir beantworten sie ganz konkret mit einem bundesweiten Mietendeckel, der sofort den Druck für Millionen Mieterinnen und Mieter nehmen würde. Wir verbinden diese Forderung aber auch mit der Vision, dass kein Quadratmillimeter Grund und Boden in Deutschland mehr privatisiert wird. Kommunen, Bund und Länder verpachten Grundstücke nur noch an gemeinnützige Unternehmen, damit nie wieder jemand sich von unserer Miete einen

Porsche kaufen kann. Das Ziel ist eine massive Ausdehnung der sozialen Infrastruktur mit einem wachsenden öffentlichen oder genossenschaftlichen Sektor, der nicht der Profitmaximierung, sondern dem besseren Leben der Mehrheit verpflichtet ist.

4. Unser Platz im Parteienspektrum ist nicht bloß das Korrektiv anderer Parteien zu sein. Unsere Politik zielt auf die Verbesserung für die breite Mehrheit. Menschen, für die der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist und die eine tiefsitzende Sehnsucht nach einer solidarischen Welt haben, gibt es in allen Milieus der Lohnabhängigen, ob in Stadt oder auf dem Land. Wir werden sie alle brauchen, wenn wir als Partei eine Daseinsberechtigung haben wollen. Dennoch braucht es strategische Klarheit darüber, wie wir die Breite der Klasse ansprechen wollen, ohne beliebig zu werden. Sozialistische Klassenpolitik bedeutet, die Lage, die Sichtweisen, den Stolz auf die eigene Leistung, die Ansprüche auf Selbst- und Mitbestimmung der lohnarbeitenden Klassen in ihrer ganzen alltäglichen Widersprüchlichkeit zum Ausgangspunkt zu nehmen. Wir wollen Kämpfe gegen die Besitzenden führen und für Reformen Mehrheiten gewinnen, die Alternativen zur Profitwirtschaft ermöglichen. In der Vergangenheit war die Linke immer dann stark, wenn sie diejenigen ganz unten in der Gesellschaft mit denen verbunden hat, die sich um ihre Zukunft sorgen und sich nach einer besseren und solidarischen Welt sehnen. Verbinden wir wieder diese Menschen, die tagtäglich im kapitalistischen Wettbewerb voneinander getrennt werden! Wir wollen eine linke Volkspartei sein. Langfristige strategische Orientierung & Parteaufbau

Ein gutes Ergebnis bei der Bundestagswahl sichert unsere Existenz, doch wir richten unseren Neuanfang nicht nur an kurzfristigen Wahlerfolgen, sondern auch an einer langfristigen strategischen Perspektive aus, die die Linke wieder in der Gesellschaft verankert und von da aus wieder zu einer politischen Kraft werden lässt, die etwas zum Besseren verändern kann. Die Linke muss sich in die Lage versetzen, gesellschaftliche Debatten entscheidend prägen zu können und ein wichtiger Kristallisationspunkt für progressive gesellschaftliche Mobilisierungen zu werden.

Die folgenden Eckpunkte einer strategischen Orientierung werden dabei eine wichtige Rolle spielen:

- Programmprozess: Eine sozialistische Partei muss auf der Höhe der Zeit agieren. Deshalb brauchen wir in den kommenden Jahren einen Programmprozess zu allen zentralen Fragen unserer Zeit, der uns eine neue analytische Klarheit verschafft und wieder in diese Lage versetzt, sprechfähig zu sein. Dabei geht es nicht darum, das ganze Programm über Bord zu werfen, sondern an einigen Punkten zu konkretisieren und im Heute zu verankern.
- Eine organisierende Partei: Die Linke ist eine aktive Mitgliederpartei, in der wir mit den Menschen für die Menschen kämpfen. Wir organisieren Gegenmacht und wir stellen Ressourcen und Strukturen für diejenigen bereit, die sich am Arbeitsplatz oder in ihrem Wohnort gegen Ungerechtigkeiten oder Sauereien wehren.
- Eine Partei, die praktisch gebraucht wird: Die Linke war immer dann stark, wenn sie im Leben der Menschen einen Unterschied machen konnte. Wir knüpfen an diese Tradition an und machen individuelle Unterstützung im Alltag und bei Rechtsfragen wieder zum Zentrum unserer täglichen Arbeit. Wir betreiben Nachbarschaftsarbeit, unsere Büros sind soziale Anlaufpunkte, wir wollen Feste feiern, Fußballturniere oder ein kostenloses Frühstück organisieren und bleiben dauerhaft durch Infostände und Haustürgespräche mit den Menschen in Kontakt. Viele von uns tun das bereits; lasst uns diese Erfahrungen nutzen und verallgemeinern.
- Herzstück Kreisverband: Der Parteaufbau wird sich nicht auf einzelne Bundesländer oder Regionen konzentrieren, sondern auf alle Orte, in denen es aktive Strukturen gibt. Es gilt, kommunalpolitische Bastionen in Ost und West zu halten und diejenigen mit Potenzial bestmöglich bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Diejenigen, die in den Kommunen für die Linke aktiv sind, sind das Rückgrat unserer Partei. Stärken wir sie als Bundespartei, stärkt es uns alle.
- Wir werden unsere Erfahrungen in der Landes- und Kommunalpolitik stärker aufnehmen und



gemeinsam weiterentwickeln.

- Politische (Aus-)Bildung: Die Erfahrungen unserer Genossinnen und Genossen sind unser größter Schatz. Wir haben vernachlässigt, ihn zu heben und an folgende Generationen weiterzugeben. Für die kommenden Jahre wird es zentral sein, die Fähigkeiten und das Wissen unserer Mitglieder weiterzuentwickeln und auf ein höheres Niveau zu heben. Dafür brauchen wir Bildungsprogramme und Patenschaften zwischen Neuen und Erfahrenen. Eine Partei hat nur eine Zukunft, wenn sie ihre Vergangenheit kennt.

- Bündnisse mit Gewerkschaften, progressiven Kräften, Initiativen und Organisationen auf allen Ebenen. Unser Ziel muss sein, auch als Partei zentral in Bündnissen wahr- und ernstgenommen zu werden, im Bemühen, eine gemeinsame, weltverändernde Perspektive zu erarbeiten.

- Eine andere Partei: Die Linke steht für Glaubwürdigkeit. Wir sind hier, um mit Herzblut etwas in der Welt zu verändern und nicht, um Karriere zu machen. Da müssen wir noch viel deutlicher werden. Wir setzen uns im Bundestag deshalb für eine Mandatszeitbegrenzung von maximal drei Perioden ein. Alle Mitglieder des Bundestages werden mindestens die Hälfte ihrer Diät für einen Sozialfonds spenden. Das Mandat verpflichtet, sich am Parteaufbau zu beteiligen und in den Dienst der Partei zu stellen.

Mit diesen Schritten, so glauben wir, kann es uns gelingen, eine stolze und starke sozialistische Kraft zu sein. Alles, was diese Partei ausmacht und was sie einmal stark machte, steckt noch in ihr. Vor allem in ihren eigenen Mitgliedern. Unser Haus wieder aufzubauen, das meint in erster Linie aber nicht nur unsere Partei. Unser Haus, das ist die Welt, in der wir leben wollen. Die Welt zur Heimat machen, so nennt es Ernst Bloch im »Prinzip Hoffnung«. Wir folgen diesem Prinzip, nicht aus Naivität, sondern aus der Überzeugung heraus, dass eine andere Welt möglich ist, wenn wir wieder gemeinsam dafür streiten.

## **Begründung**

Der vorgelegte Leitantrag (Antrag L01) und die dazugehörigen Änderungsanträge werden als Beratungsmaterial an den Parteivorstand überwiesen.

Der Leitantrag selbst wird durch den beantragten Text ersetzt.

Am 12. September 2024 haben Ines Schwerdtner und Jan van Aken im ND den oben angeführten Text vorgelegt. Der Text ist in der Diskussion in unserer Partei flügelübergreifend überwiegend auf sehr positive Resonanz gestoßen.

Der vorgelegte Text beschreibt die wesentlichen Herausforderungen, vor denen unsere Partei steht, und skizziert zugleich einen klaren Handlungsrahmen, um wieder an gesellschaftlicher Relevanz zu gewinnen. Die Argumentation ist schlüssig und verbindet sozialistische Grundwerte mit aktuellen gesellschaftlichen Themen, die die Menschen bewegen.

Insgesamt zeigt der vorgelegte Text eine starke Vision für die Linke und die klare Absicht, die Herausforderungen, vor denen wir stehen, aktiv anzugehen. Er ermutigt uns, nicht nur für kurzfristige Erfolge zu kämpfen, sondern auch langfristige strategische Ziele zu verfolgen, die die Linke als relevante politische Kraft in der Gesellschaft verankern.

In diesem Sinne bitten wir um Zustimmung zu diesem Antrag, um die Diskussion über die Zukunft der Linken aktiv zu fördern und die notwendigen Schritte einzuleiten, die uns zu einer starken, glaubwürdigen und handlungsfähigen Partei machen.

# Antrag L01.001.8: Ersetzungsantrag zum Leitantrag

Antragsteller\*in:

Dieter Brendahl (ÖPF)

Der Parteitag möge beschließen:

## **Zeilen 1 bis 613 ersetzen durch:**

Die Linke schließt jegliche Kriegsbeteiligung aus und setzt sich für friedliche Kooperation der Völker ein. Kriegswaffenlieferungen und ausländische Militärstützpunkte ächten wir.

„Sicherheitspolitik“, die Kriege toleriert und Unsicherheit mehrt, ist Hauptbestandteil imperialistischer Herrschaftsverhältnisse. Propagierte Angriffsabschreckung soll Kriegsdienste für machtgierige Minderheiten erzwingen und die Menschen täuschen.

Mit Verweigerung von Kriegswaffenproduktion, Entwaffnung der Kriegstreiber und Enttarnen der Kriegsbefürworter können Kriege verhindert werden. Dazu muss das von Ausnahmeregelungen verletzte völkerrechtliche Gewaltverbot wieder in Kraft gesetzt werden.

Kapitalismus bedingt Ausbeutung und Kriege. Er ist Ursache von Verbrechen, Elend, Armut, sozialer Ausgrenzung und Zerstörung der Lebensgrundlagen. Er ist größter Beschleuniger der bereits fortgeschrittenen Klimakatastrophe. Nur mit Umsteuern auf solidarische und dauerhaft gemeinnützige Wirtschaft kann die Ausdehnung noch eingeschränkt und sozial gerechte ökologische Lebensweise ermöglicht werden.

Marktwirtschaftliche Konkurrenz verhindert Daseinsvorsorge als unverzichtbares Prinzip gegen Ausbeutung und globale Kriege.

Zur Intensivierung und Beschleunigung des Wirtschaftsumbaus benötigen wir 100% regenerative Energieversorgung. Energie muss vor Ort dezentral erzeugt und verbraucht werden. Dafür erforderliche Regeln wollen wir unter Beteiligung der Akteure in öffentlicher Transparenz entwickeln und als Gesetzentwürfe kommunizieren.

Wesentlich sind sozial- und leistungsgerechte Steuern für Eigentums- und Vermögenserwerb.

Das Beamtenwesen gehört abgeschafft.

Statt kontroverser klassengebundenem Bildungswesen, das die Abhängigkeit von herrschender Politik festigt und sozial Schwache ausgrenzt, setzen wir uns für profunde Universalbildung für alle ein.

## **Begründung**

Der Leitantrag muss sich auf wesentliches beschränken, um mit Interesse wahrgenommen zu werden. Sämtliche Zielstellungen müssen eigene Aktivitäten enthalten, für die mehrheitliche Beteiligung erforderlich ist.

Vergangenheitsanalysen und gegnerische Aktionen, wie Spaltaktionen und Einschleusung von Spaltern sollten, wenn erforderlich, in Kommentaren abgehandelt werden. Das Gleiche trifft für Umwandlungspropaganda von Verschwörungen gegen den Frieden in Verschwörungstheorien zu.

# Antrag L01.002.1

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller\*in:

KV Köln

## Zeile 2 - 9

- 2 Soziale Gerechtigkeit, Klimanachhaltigkeit und Friedenspolitik müssen zusammen gedacht, entwickelt und umgesetzt werden. Bewegungen für soziale Gerechtigkeit, Klima- und Friedensbewegung müssen daher gestärkt und ihre Vernetzung gefördert werden. Die Linke hat eine große Verantwortung. Viele Menschen erleben den Alltag als
- 3 unsicher und krisenhaft: Selbstverständlichkeiten für ein auskömmliches Leben, eine
- 4 gute Daseinsvorsorge und soziale Absicherung gibt es für viele nicht mehr. Die
- 5 Sicherheiten, in den kommenden Jahren ein bezahlbares Dach über dem Kopf, einen
- 6 Kitaplatz für die Kinder, gute Pflege für die Eltern zu finden, ein ausreichendes
- 7 Gehalt und eine sichere Rente zu haben, sind zerstört. Während die Schulen weiter
- 8 verfallen und Krankenhäuser schließen, steigen die Kosten für Lebensmittel.
- 9 Restaurantbesuche oder der Jahresurlaub werden für viele Menschen zum Luxus.

## Begründung

Dem Leitantrag fehlt die Klammer für die Themen. Der Überschrift „Gegen den Strom“ fehlt die Zielsetzung und den Kapiteln die Klammer. Es ist daher erforderlich, direkt zu Beginn in kurzer Form die Zielsetzung und Klammer zu beschreiben. Denn die zentrale Aufgabe unserer Zeit ist die Aufklärung über den realen Zusammenhang von Aufrüstung, Sozialabbau und drohender Klimakatastrophe. Diesen Zusammenhang müssen wir als Partei herausarbeiten und in die Bewegungen tragen.

# Antrag L01.002.2

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller\*in:

BAG Betrieb und Gewerkschaft

## Zeile 2 - 9

- 2 Die Linke hat eine große Verantwortung. ~~Viele Menschen erleben den~~Für viele Menschen ist der Alltag ~~als~~
- 3 unsicher und krisenhaft: Selbstverständlichkeiten für ein auskömmliches Leben, eine
- 4 gute Daseinsvorsorge und soziale Absicherung gibt es für viele nicht mehr. Die
- 5 Sicherheiten, in den kommenden Jahren ein bezahlbares Dach über dem Kopf, einen
- 6 Kitaplatz für die Kinder, gute Pflege für die Eltern zu finden, ein ausreichendes
- 7 Gehalt und eine sichere Rente zu haben, sind zerstört. Während die Schulen weiter
- 8 verfallen und Krankenhäuser schließen, steigen die Kosten für Lebensmittel.
- 9 Restaurantbesuche oder der Jahresurlaub werden für viele Menschen zum Luxus.

## Begründung

Zeile 2: Es geht nicht um ein Gefühl, es geht um die materielle Grundlage.

# Antrag L01.002.3

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller\*in: Linksjugend [\*solid]

## Zeile 2 - 14

- 2 ~~Die Linke hat eine große Verantwortung. Viele Menschen erleben den Alltag als~~  
3 ~~unsicher und krisenhaft: Selbstverständlichkeiten für ein auskömmliches Leben, eine~~  
4 ~~gute Daseinsvorsorge und soziale Absicherung gibt es für viele nicht mehr. Die~~  
5 ~~Sicherheiten, in den kommenden Jahren ein bezahlbares Dach über dem Kopf, einen~~  
6 ~~Kitaplatz für die Kinder, gute Pflege für die Eltern zu finden, ein ausreichendes~~  
7 ~~Gehalt und eine sichere Rente zu haben, sind zerstört. Während die Schulen weiter~~  
8 ~~verfallen und Krankenhäuser schließen, steigen die Kosten für Lebensmittel.~~  
9 ~~Restaurantbesuche oder der Jahresurlaub werden für viele Menschen zum Luxus.~~  
10 ~~Wir sind überzeugt, dass gesellschaftliche Veränderung mit der Idee eines~~  
11 ~~solidarischen Sozialstaats, mit mehr sozialer Gerechtigkeit, mit dem Abbau von~~  
12 ~~Diskriminierungen und einem Mehr~~Wir leben in einer offenen  
politischen Situation, Klassenkämpfe toben an demokratischer  
Teilhabe verbunden werden muss.  
13 ~~Einige haben diese Einigkeit aufgekündigt, was wesentlich~~allen Ecken und  
Enden. Hierdurch wird die Polarisierung zwischen rechten und linken  
Antworten deutlicher. Oft wird von herrschender Seite auf die Komplexität der  
Situation verwiesen, der dann eine Aufzählung von Krisen folgt, die  
zusammengenommen als unüberwindlich erscheinen sollen: Klimakrise,  
Corona-Krise, die Kriege in der Ukraine und in Nahost, Energiepreiskrise. Ein  
Blick hinter die Fassade macht aber klar, für die einen bedeutet Krise ein gutes  
Geschäft, für die anderen Elend, Tod und Unsicherheit. Wenn Nahrungs- und  
Energiepreise die einen in die Schulden treiben, sprudeln bei anderen die  
Börsengewinne. Während die einen in den Schützengräben sterben, fahren die  
anderen Rekordprofite ein und verteilen Landmassen höchstbietend. Wenn  
einen Extremwetterereignisse das Hab und Gut nehmen, erhöhen Versicherer  
ihre Prämien und verdienen noch besser. Gute Wohnungen, Bildung von der  
Krippe bis zur~~Abspaltung des BSW nach~~  
14 ~~rechts beigetragen hat. Die Linke ist für diejenigen da, die fortschrittliche~~Uni,  
flächendeckende Gesundheitsversorgung, Mobilität und Reisen werden in  
Deutschland zunehmend zum Luxus, weil in einem unterdrückerischen  
Profitsystem die Interessen der Mehrheit immer dem Profitstreben der  
Wenigen unterworfen werden. Wir sind davon überzeugt, dass ein  
demokratisches Aufbegehren die Spaltung der lohnarbeitenden Klasse  
überwinden kann und den Kampf um den Sozialismus auf die Tagesordnung  
setzt. Die Linke ist für diejenigen da, die fortschrittliche

## Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag L01.003.1

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller\*in: KV Bochum

### Zeile 3 - 4

2 Die Linke hat eine große Verantwortung. Viele Menschen erleben den Alltag als  
3 unsicher und ~~krisehaft: Selbstverständlichkeiten~~krisehaft. Die  
Grundbedingungen für ein auskömmliches Leben, ~~eine~~  
4 ~~gute Daseinsvorsorge und~~gesundheitliche Versorgung, soziale  
~~Absicherung~~Sicherheit und umfassende Teilhabe gibt es für viele nicht  
mehr.

## Antrag L01.004.1

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller\*in: KV Düsseldorf, BAG FIP, Antikapitalistische Linke und weitere

### Zeile 4

2 Die Linke hat eine große Verantwortung. Viele Menschen erleben den Alltag als  
3 unsicher und krisenhaft: Selbstverständlichkeiten für ein auskömmliches Leben, eine  
4 gute Daseinsvorsorge und soziale Absicherung gibt es für viele nicht mehr.  
~~Die~~ Gigantische finanzielle Ressourcen werden im Zuge der Zeitenwende für  
das größte Aufrüstungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik  
mobilisiert. Geld, das bei Gesundheit, im Sozialen, bei der Bildung und für  
Klimaschutz fehlt. Die  
5 Sicherheiten, in den kommenden Jahren ein bezahlbares Dach über dem Kopf, einen  
6 Kitaplatz für die Kinder, gute Pflege für die Eltern zu finden, ein ausreichendes  
7 Gehalt und eine sichere Rente zu haben, sind zerstört. Während die Schulen weiter  
8 verfallen und Krankenhäuser schließen, steigen die Kosten für Lebensmittel.  
9 Restaurantbesuche oder der Jahresurlaub werden für viele Menschen zum Luxus.

## Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag L01.006.1

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller\*in: OV Bad Cannstatt-Mühlhausen-Münster

### Zeile 6 - 14

2 Die Linke hat eine große Verantwortung. Viele Menschen erleben den Alltag als  
3 unsicher und krisenhaft: Selbstverständlichkeiten für ein auskömmliches Leben, eine  
4 gute Daseinsvorsorge und soziale Absicherung gibt es für viele nicht mehr. Die  
5 Sicherheiten, in den kommenden Jahren ein bezahlbares Dach über dem Kopf, einen  
6 ~~Kitaplatz für die Kinder, gute Pflege für die Eltern zu finden~~sicheren  
Arbeitsplatz, ein ausreichendes

- 7 Gehalt, einen Kitaplatz für die Kinder, gute Pflege für die Eltern zu finden  
und eine sichere Rente zu haben, sind zerstört. Während die Schulen  
weiter
- 8 verfallen und Krankenhäuser schließen, steigen die Kosten für Lebensmittel.  
9 Restaurantbesuche oder der Jahresurlaub werden für viele Menschen zum Luxus.
- 10 ~~Wir sind überzeugt, dass gesellschaftliche~~ Eine entscheidende Frage  
gesellschaftlicher Veränderung ~~mit der Idee eines~~
- 11 ~~solidarischen Sozialstaats, mit mehr sozialer Gerechtigkeit, mit dem Abbau von~~  
12 ~~Diskriminierungen und einem Mehr an demokratischer Teilhabe verbunden werden muss.~~
- 13 ~~Einige haben diese Einigkeit aufgekündigt, was wesentlich zur Abspaltung ist~~  
und bleibt die Eigentumsfrage. Wirtschaftliche Macht bedeutet auch  
politische Macht. Solange die Entscheidungen großer Unternehmen sich an  
den Renditewünschen statt am Wohl der Allgemeinheit orientieren, ist Politik  
erpressbar und Demokratie wird ausgehöhlt. Eine soziale, friedliche,  
umweltgerechte, demokratische Gesellschaft erfordert, dass die  
ökonomische Macht derer, die an Armut, Ausbeutung, Naturzerstörung,  
Rüstung und Kriegen verdienen, zurückgedrängt und überwunden wird.  
Strukturbestimmende Großbetriebe der Wirtschaft wollen wir in  
demokratische gesellschaftliche Eigentumsformen überführen und  
kapitalistisches Eigentum überwinden. Wir kämpfen für die Überwindung des  
~~BSW nach~~
- 14 ~~rechts beigetragen hat. Die Linke ist für diejenigen da, die fortschrittliche~~  
Kapitalismus und für eine sozialistische Demokratie. Sahra Wagenknecht  
und ihr Bündnis haben den sozialistischen Anspruch aufgegeben. Die Linke  
ist für diejenigen da, die antikapitalistische und sozialistische
- 15 Antworten auf die Herausforderungen der Zeit suchen und durchsetzen wollen, und für  
16 diejenigen, die bei der gesellschaftlichen Verteilung von Macht, Eigentum, Einkommen  
17 und Einfluss strukturell benachteiligt werden: Als Beschäftigte, Erwerbslose,  
18 Rentner\*innen oder Kleinselbständige.

## Antrag L01.006.2

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller\*in: KV Bochum

### Zeile 6

- 2 Die Linke hat eine große Verantwortung. Viele Menschen erleben den Alltag als  
3 unsicher und krisenhaft: Selbstverständlichkeiten für ein auskömmliches Leben, eine  
4 gute Daseinsvorsorge und soziale Absicherung gibt es für viele nicht mehr. Die  
5 Sicherheiten, in den kommenden Jahren ein bezahlbares Dach über dem Kopf, einen  
6 Kitaplatz für die Kinder, einen guten, sicheren Arbeitsplatz, gute Pflege  
für die Eltern zu finden, ein ausreichendes  
7 Gehalt und eine sichere Rente zu haben, sind zerstört. Während die Schulen weiter  
8 verfallen und Krankenhäuser schließen, steigen die Kosten für Lebensmittel.

# Antrag L01.009.1

Änderungsantrag zu L01-01

**Antragsteller\*in:**

KV Bautzen, KV Freiburg, BV Charlottenburg-Wilmersdorf  
und weitere

## **Zeile 8 - 18**

2 Die Linke hat eine große Verantwortung. Viele Menschen erleben den Alltag als  
3 unsicher und krisenhaft: Selbstverständlichkeiten für ein auskömmliches Leben, eine  
4 gute Daseinsvorsorge und soziale Absicherung gibt es für viele nicht mehr. Die  
5 Sicherheiten, in den kommenden Jahren ein bezahlbares Dach über dem Kopf, einen  
6 Kitaplatz für die Kinder, gute Pflege für die Eltern zu finden, ein ausreichendes  
7 Gehalt und eine sichere Rente zu haben, sind zerstört. Während die Schulen weiter  
8 verfallen und Krankenhäuser schließen, steigen die Kosten für Lebensmittel  
und für das Wohnen erheblich. Restaurantbesuche oder der Jahresurlaub  
werden für viele Menschen zum Luxus.  
10 Wir sind überzeugt, dass gesellschaftliche Veränderung mit der Idee eines  
11 solidarischen Sozialstaats, mit mehr sozialer Gerechtigkeit, mit dem Abbau von  
12 Diskriminierungen und einem Mehr an demokratischer Teilhabe verbunden werden muss.  
13 Einige haben diese Einigkeit aufgekündigt, was wesentlich zur Abspaltung des BSW nach  
14 rechts beigetragen hat. Die Linke ist für diejenigen da, die fortschrittliche  
15 Antworten auf die Herausforderungen der Zeit suchen und durchsetzen wollen, und für  
16 diejenigen, die bei der gesellschaftlichen Verteilung von Macht, Eigentum, Einkommen  
17 und Einfluss strukturell benachteiligt werden: Als Beschäftigte, Erwerbslose,  
18 Rentner\*innen oder Kleinselbständige und Mieter\*innen. Wir sind für  
diejenigen da, die als Frauen,

## **Zeile 55**

50 Die Deckelungen auf den Ausgaben der Kommunen sind im Alltag der Menschen deutlich zu  
51 spüren. Sie zersetzen das Lebensgefühl und den Optimismus im Alltag und schleifen die  
52 progressiven Veränderungsperspektiven der Menschen. Den wenig ambitionierten  
53 Klimaschutz der Bundesregierung haben viele Menschen als zusätzliche Belastung ohne  
54 sozialen Ausgleich erfahren. Klimagerechtigkeit, Transformation,  
55 Arbeitszeitverkürzung wird von vielen gewollt und gleichzeitig als Bedrohung  
erlebt. Spekulation mit Immobilien spaltet die Städte. Gerade Menschen mit  
niedrigen und mittleren Einkommen müssen immer mehr für das Wohnen  
bezahlen. Die Mietenkrise hat längst auch Kleinstädte erreicht. Auch die  
Explosion der Heizkosten betrifft das ganze Land und macht Wohnen immer  
unbezahlbarer.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

# Antrag L01.010.1

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller\*in:

BAG Ökologische Plattform

## Zeile 9 - 12

- 2 Die Linke hat eine große Verantwortung. Viele Menschen erleben den Alltag als  
3 unsicher und krisenhaft: Selbstverständlichkeiten für ein auskömmliches Leben, eine  
4 gute Daseinsvorsorge und soziale Absicherung gibt es für viele nicht mehr. Die  
5 Sicherheiten, in den kommenden Jahren ein bezahlbares Dach über dem Kopf, einen  
6 Kitaplatz für die Kinder, gute Pflege für die Eltern zu finden, ein ausreichendes  
7 Gehalt und eine sichere Rente zu haben, sind zerstört. Während die Schulen weiter  
8 verfallen und Krankenhäuser schließen, steigen die Kosten für Lebensmittel.  
9 Restaurantbesuche oder der Jahresurlaub werden für viele Menschen zum Luxus.  
10 Wir sind überzeugt, dass gesellschaftliche Veränderung mit dem  
konsequenten Eintritt für den Frieden und die Erhaltung der natürlichen  
Lebensgrundlagen der Menschheit, der Idee eines  
11 solidarischen Sozialstaats, mit mehr sozialer Gerechtigkeit, mit dem Abbau von  
12 Diskriminierungen und einem Mehr an demokratischer Teilhabe verbunden werden  
muss: , die zu einem grundlegenden Systemwechsel weg vom alleinigen Maßstab  
der Profitmacherei und Ausbeutung vieler auf Kosten weniger und insbesondere  
des globalen Südens führen muss.

## Begründung

Die Stelle am Anfang des Leitantrags ist geeignet, auch die grundlegenden Punkte der globalen Probleme sowie des erforderlichen Systemwechsels anzusprechen

# Antrag L01.010.2

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller\*in:

BAG Betrieb und Gewerkschaft

## Zeile 10 - 12

- 2 Die Linke hat eine große Verantwortung. Viele Menschen erleben den Alltag als  
3 unsicher und krisenhaft: Selbstverständlichkeiten für ein auskömmliches Leben, eine  
4 gute Daseinsvorsorge und soziale Absicherung gibt es für viele nicht mehr. Die  
5 Sicherheiten, in den kommenden Jahren ein bezahlbares Dach über dem Kopf, einen  
6 Kitaplatz für die Kinder, gute Pflege für die Eltern zu finden, ein ausreichendes  
7 Gehalt und eine sichere Rente zu haben, sind zerstört. Während die Schulen weiter  
8 verfallen und Krankenhäuser schließen, steigen die Kosten für Lebensmittel.  
9 Restaurantbesuche oder der Jahresurlaub werden für viele Menschen zum Luxus.  
10 Wir sind überzeugt, dass gesellschaftliche ~~Veränderung mit der Idee eines~~  
11 ~~solidarischen Sozialstaats, mit mehr sozialer Gerechtigkeit, mit dem Abbau von~~  
12 ~~Diskriminierungen und Veränderungen hin zu~~ einem Mehr an solidarischen  
Sozialstaat, ohne Diskriminierung und mit demokratischer Teilhabe  
~~verbunden werden muss:~~ in der Politik, in den Betrieben und in der  
Gesellschaft, für die Menschen in unserem Land nur möglich ist, wenn wir  
die Machtverhältnisse in der Wirtschaft und in der Politik in Frage stellen.



## Begründung

Mehr soziale Gerechtigkeit und weniger Diskriminierung haben sich viele Parteien auf die Fahne geschrieben. Da wir "Gegen den Strom" schwimmen wollen, sollten wir die Ursachen für soziale Ungerechtigkeit, daraus resultierende Konflikte und Diskriminierungen benennen. Und das sind die ungleichen Machtverhältnisse zu Gunsten der Kapitaleseite, die sich durch die Parlamente, durch die Betriebe und so ziemlich alle Lebensbereiche zieht.

## Antrag L01.013.1

Änderungsantrag zu L01-01

**Antragsteller\*in:** BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 13 - 15

2 Die Linke hat eine große Verantwortung. Viele Menschen erleben den Alltag als  
3 unsicher und krisenhaft: Selbstverständlichkeiten für ein auskömmliches Leben, eine  
4 gute Daseinsvorsorge und soziale Absicherung gibt es für viele nicht mehr. Die  
5 Sicherheiten, in den kommenden Jahren ein bezahlbares Dach über dem Kopf, einen  
6 Kitaplatz für die Kinder, gute Pflege für die Eltern zu finden, ein ausreichendes  
7 Gehalt und eine sichere Rente zu haben, sind zerstört. Während die Schulen weiter  
8 verfallen und Krankenhäuser schließen, steigen die Kosten für Lebensmittel.  
9 Restaurantbesuche oder der Jahresurlaub werden für viele Menschen zum Luxus.  
10 Wir sind überzeugt, dass gesellschaftliche Veränderung mit der Idee eines  
11 solidarischen Sozialstaats, mit mehr sozialer Gerechtigkeit, mit dem Abbau von  
12 Diskriminierungen und einem Mehr an demokratischer Teilhabe verbunden werden muss.  
13 ~~Einige haben diese Einigkeit aufgekündigt, was wesentlich zur Abspaltung des BSW nach~~  
14 ~~rechts beigetragen hat. Die Linke ist für diejenigen da, die~~  
15 ~~fortschrittliche~~ Die Linke macht Politik mit denjenigen, die  
16 fortschrittliche Antworten auf die Herausforderungen der Zeit  
17 suchen und durchsetzen wollen, und ~~für~~ mit  
18 diejenigen, die bei der gesellschaftlichen Verteilung von Macht, Eigentum, Einkommen  
19 und Einfluss strukturell benachteiligt werden: Als Beschäftigte, Erwerbslose,  
20 Rentner\*innen oder Kleinselbständige.

## Begründung

Es ist unglücklich, im ersten Absatz unseres Antrags BSW zu erwähnen.

## Antrag L01.018.1

Änderungsantrag zu L01-01

**Antragsteller\*in:** BAG Ökologische Plattform, Georg Kinder (KV Neuwied)

### Zeile 18

2 Die Linke hat eine große Verantwortung. Viele Menschen erleben den Alltag als  
3 unsicher und krisenhaft: Selbstverständlichkeiten für ein auskömmliches Leben, eine  
4 gute Daseinsvorsorge und soziale Absicherung gibt es für viele nicht mehr. Die  
5 Sicherheiten, in den kommenden Jahren ein bezahlbares Dach über dem Kopf, einen  
6 Kitaplatz für die Kinder, gute Pflege für die Eltern zu finden, ein ausreichendes

7 Gehalt und eine sichere Rente zu haben, sind zerstört. Während die Schulen weiter  
8 verfallen und Krankenhäuser schließen, steigen die Kosten für Lebensmittel.  
9 Restaurantbesuche oder der Jahresurlaub werden für viele Menschen zum Luxus.  
10 Wir sind überzeugt, dass gesellschaftliche Veränderung mit der Idee eines  
11 solidarischen Sozialstaats, mit mehr sozialer Gerechtigkeit, mit dem Abbau von  
12 Diskriminierungen und einem Mehr an demokratischer Teilhabe verbunden werden muss.  
13 Einige haben diese Einigkeit aufgekündigt, was wesentlich zur Abspaltung des BSW nach  
14 rechts beigetragen hat. Die Linke ist für diejenigen da, die fortschrittliche  
15 Antworten auf die Herausforderungen der Zeit suchen und durchsetzen wollen, und für  
16 diejenigen, die bei der gesellschaftlichen Verteilung von Macht, Eigentum, Einkommen  
17 und Einfluss strukturell benachteiligt werden: Als Beschäftigte, Erwerbslose,  
18 Rentner\*innen oder Kleinselbständige. Die gewaltigen Anstrengungen für den  
Aufbau eines ökologischen und sozialen Deutschlands ist DIE Chance für den  
Osten um endlich gleiche soziale und wirtschaftliche Bedingungen zu  
schaffen in den Fragen Löhne, Arbeitszeit, Tarifbindung und Renten. Hier  
kann, mit Unternehmensbeteiligungen der Staat neue Wege gehen, z.B. in  
der ökologische Produktion von Bahn und Schiene, Kreislaufwirtschaft und  
langlebige Produkte. Eine soziale Marktwirtschaft die Steuergeschenke  
verteilt, in der die Vermögensteuer abgeschafft wurde und  
Übergewinnsteuer nicht erhoben wird, ist keine soziale Marktwirtschaft  
sondern Neoliberalismus. Hingegen sind Unternehmensbeteiligungen vom  
Staat, mit und durch Kontrolle der Belegschaft, eine Investition in die Zukunft  
und darf nicht von der Schuldenbremse blockiert werden.

## Begründung

Es muss klar sein wie der Staat Einfluss nehmen muss und kann. Das ist im Osten wichtig.

Firmen dürfen nicht einfach Ge- und Verkauft werden. Der Staat Gewinnt als finanzieller Akteur gleich zweimal

1.) Eine Investition in die Zukunft bei der es um langfristige Ergebnisse geht und nicht um das schnelle Geld für den Quartals-Bericht oder den steilen Aktien-Kurs.

2.) Um eine Langfristige Investition die Geld bringt. Nicht nur direkt sondern auch über die Wertschöpfung der Belegschaft.

## Antrag L01.018.2

Änderungsantrag zu L01-01

**Antragsteller\*in:** BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 18 - 20

2 Die Linke hat eine große Verantwortung. Viele Menschen erleben den Alltag als  
3 unsicher und krisenhaft: Selbstverständlichkeiten für ein auskömmliches Leben, eine  
4 gute Daseinsvorsorge und soziale Absicherung gibt es für viele nicht mehr. Die  
5 Sicherheiten, in den kommenden Jahren ein bezahlbares Dach über dem Kopf, einen  
6 Kitaplatz für die Kinder, gute Pflege für die Eltern zu finden, ein ausreichendes  
7 Gehalt und eine sichere Rente zu haben, sind zerstört. Während die Schulen weiter  
8 verfallen und Krankenhäuser schließen, steigen die Kosten für Lebensmittel.  
9 Restaurantbesuche oder der Jahresurlaub werden für viele Menschen zum Luxus.

10 Wir sind überzeugt, dass gesellschaftliche Veränderung mit der Idee eines  
11 solidarischen Sozialstaats, mit mehr sozialer Gerechtigkeit, mit dem Abbau von  
12 Diskriminierungen und einem Mehr an demokratischer Teilhabe verbunden werden muss.  
13 Einige haben diese Einigkeit aufgekündigt, was wesentlich zur Abspaltung des BSW nach  
14 rechts beigetragen hat. Die Linke ist für diejenigen da, die fortschrittliche  
15 Antworten auf die Herausforderungen der Zeit suchen und durchsetzen wollen, und für  
16 diejenigen, die bei der gesellschaftlichen Verteilung von Macht, Eigentum, Einkommen  
17 und Einfluss strukturell benachteiligt werden: Als Beschäftigte, Erwerbslose,  
18 Rentner\*innen oder Kleinselbständige. Wir ~~sind für diejenigen da, die als Frauen,~~  
19 ~~Diverse oder als Männer~~ machen mit denjenigen Politik, die als  
Lohnabhängige unter fehlender Vereinbarkeit von Arbeit und Familie  
leiden;  
20 ~~für die~~ mit denen, die wegen ihres Namens, ihrer Herkunft oder  
ihrer Behinderung diskriminiert

## Begründung

Nicht Stellvertretung, sondern gemeinsam Partei sein

## Antrag L01.026.1

Änderungsantrag zu L01-01

**Antragsteller\*in:** OV Bad Cannstatt-Mühlhausen-Münster

### Zeile 26 - 28

2 Die Linke hat eine große Verantwortung. Viele Menschen erleben den Alltag als  
3 unsicher und krisenhaft: Selbstverständlichkeiten für ein auskömmliches Leben, eine  
4 gute Daseinsvorsorge und soziale Absicherung gibt es für viele nicht mehr. Die  
5 Sicherheiten, in den kommenden Jahren ein bezahlbares Dach über dem Kopf, einen  
6 Kitaplatz für die Kinder, gute Pflege für die Eltern zu finden, ein ausreichendes  
7 Gehalt und eine sichere Rente zu haben, sind zerstört. Während die Schulen weiter  
8 verfallen und Krankenhäuser schließen, steigen die Kosten für Lebensmittel.  
9 Restaurantbesuche oder der Jahresurlaub werden für viele Menschen zum Luxus.  
10 Wir sind überzeugt, dass gesellschaftliche Veränderung mit der Idee eines  
11 solidarischen Sozialstaats, mit mehr sozialer Gerechtigkeit, mit dem Abbau von  
12 Diskriminierungen und einem Mehr an demokratischer Teilhabe verbunden werden muss.  
13 Einige haben diese Einigkeit aufgekündigt, was wesentlich zur Abspaltung des BSW nach  
14 rechts beigetragen hat. Die Linke ist für diejenigen da, die fortschrittliche  
15 Antworten auf die Herausforderungen der Zeit suchen und durchsetzen wollen, und für  
16 diejenigen, die bei der gesellschaftlichen Verteilung von Macht, Eigentum, Einkommen  
17 und Einfluss strukturell benachteiligt werden: Als Beschäftigte, Erwerbslose,  
18 Rentner\*innen oder Kleinselbständige. Wir sind für diejenigen da, die als Frauen,  
19 Diverse oder als Männer unter fehlender Vereinbarkeit von Arbeit und Familie leiden;  
20 für die, die wegen ihres Namens, ihrer Herkunft oder ihrer Behinderung diskriminiert  
21 sind oder die aufgrund ihres Alters oder weil ihre Qualifikationen scheinbar nicht  
22 mehr gebraucht werden, aus dem Arbeitsmarkt ausgespuckt werden. Diese Verbindung ist  
23 nicht ohne Spannungen und Widersprüche, aber sie ist der Kern von Solidarität und  
24 Klassenpolitik. Sie passiert nicht automatisch, sie kann nicht vorausgesetzt und  
25 nicht erzwungen werden. Wenn wir die gemeinsamen Interessen offensiv ins Zentrum  
26 ~~stellen, kann es fortschrittliche und sozial gerechte Antworten auf die Krisen der~~

- 27 ~~Zeit geben,~~ und gemeinsame Kämpfe gegen Sozialabbau, Lohnraub, Arbeitsplatzvernichtung, Aufrüstung, gegen den Abbau von demokratischen Rechte unterstützen, initiieren und von den Gewerkschaften einfordern und wenn wir diesen Kampf mit Forderungen zur Umverteilung von oben nach unten und zur Entmachtung der Konzerne und Banken verbinden, kann sich DIE LINKE als starke Partei aufbauen. Die Ziele der Linken lassen sich nicht über Regierungsbeteiligung mit bürgerlichen Parteien, sondern nur gestützt auf außerparlamentarische Massenbewegungen, betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe durchsetzen. Unsere Fraktionen in den Parlamenten von Kommunen, Landtagen und Bundestag müssen die Parlamente als Tribüne für harte Kritik an den prokapitalistischen Parteien und den wirtschaftlich Mächtigen nutzen und den außerparlamentarischen Kampf aufbauen und ihm eine Stimme in den Parlamenten geben. Es darf auch keine Duldung einer prokapitalistischen Regierungskoalition geben. Wir stimmen Maßnahmen nur im Einzelfall zu und nur dann können wir wenn sie eine konkrete Veränderungen für das Leben der Menschen
- 28 ~~bewirken. Die linken Erfolge in Frankreich oder Skandinavien zeigen, dass das geht.~~ Verbesserung für die arbeitende Bevölkerung sind.
- 29 Wir geben keine Ruhe, bis die Bedürfnisse der Bevölkerung zum Maßstab für unsere
- 30 Gesellschaft werden.

## Antrag L01.028.1

Änderungsantrag zu L01-01

**Antragsteller\*in:** BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 28

28 ~~bewirken. Die linken Erfolge in Frankreich oder Skandinavien~~Europa zeigen, dass das geht.

## Antrag L01.030.1

Änderungsantrag zu L01-01

**Antragsteller\*in:** BAG Ökologische Plattform, Georg Kinder (KV Neuwied)

### Zeile 30

30 Als Partei in den Parlamenten und Kontrollgremien hat Die Linke auf korrekten Einsatz von Straf- und Ordnungsmaßnahmen von faschistoiden Taten und zivilem Ungehorsam zu achten. Ein Hakenkreuz an die Wand zu schmieren ist keine Bagatelle und eine ökologische Organisation die den Verkehr aufhält ist keine Rote Arme Fraktion.

## Begründung

Natürlich haben wir Verständnis für Menschen die zivilen Ungehorsam ausüben, wenn sie damit zB. auf Klima-Problem für alle hinweisen. Logischer Weise haben wir kein Verständnis für deutsch völkische Taten, denn diese grenzen alle anderen aus. Genau da ist aber bei der Gesetzgebung und Verordnungen der Hacken.

Faschisten aus Österreich sind für Bayern kein Problem aber linke Klimakleber erhalten Landesverbot. Gruppierungen die klar und deutlich Menschen mit ausländischen Wurzeln vertrieben wollen, werden als Demokraten der Meinungsfreiheit gnädig behandelt. Während linke Gruppen als kriminelle Vereinigung Abgeurteilt werden. Das hat Die Linke klar und deutlich zu benennen und öffentlich bekannt zu machen sowie zu verhindern.

## Antrag L01.031.1

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller\*in: BAG Ökologische Plattform

### Zeile 31 - 35

- 31 Gleichzeitig erleben wir schwere globale Krisen. ~~Kriege verändern das Gesicht der~~  
32 ~~Welt, vertreiben Menschen, zerstören Familien und sind für den Tod unzähliger~~  
33 ~~Menschen verantwortlich. Kriege bestimmen stärker die politischen Debatten — auch in~~  
34 ~~Deutschland. Viele Menschen sorgen sich. Die Klimakatastrophe~~Im  
Imperialismus gehört Krieg zum Alltag, aber gegenwärtig eskalieren die  
Konflikte in einem Ausmaß, das leider einen 3. Weltkrieg nicht mehr  
ausschließen kann. Menschen werden getötet und vertrieben und Natur und  
Infrastruktur nachhaltig zerstört. In Deutschland wird von den Herrschenden  
mit der Propagierung einer angeblichen Zeitenwende „Kriegstüchtigkeit“  
gefordert. Insbesondere die NATO als Kriegsbandnis tut alles, um ihre  
„wertebasierte“, sprich profitorientierte, unipolare Ordnung auf Kosten aller  
anderen Länder aufrechtzuerhalten, wobei auf der anderen Seite die anderen  
imperialen Kräfte ebenfalls aufrüsten. Gleichzeitig macht sich der  
Wachstumswahn des Kapitalismus immer negativer in der Umwelt  
bemerkbar. Die Biodiversität sinkt spürbar, die Abfallberge bilden sogar in den  
Ozeanen schon große Wirbel und die immer gewaltigeren Emissionen von  
Luftschadstoffen wie Kohlendioxid, Methan usw. führen zu einer Erhöhung  
der Lufttemperatur und damit zur Klimakatastrophe. In wenigen Jahrzehnten  
werden Teile des Planeten  
35 unbewohnbar ~~machesein~~. Hitzeperioden, Starkregen und Stürme  
gehören auch in Deutschland  
36 zur neuen Realität.

### Begründung

Die Schwere der Krisen sollte an dieser Stelle noch deutlicher zum Ausdruck gebracht werden. Nie war die Gefahr für einen neuen, weltumspannender Krieg seit dem 2. Weltkrieg größer als heute. Die treibenden Kräfte für diese Kriegsgefahr sollten benannt werden.

Auch die multiple Umweltkrise und die Tatsache, dass durch die ungehemmten Produktivkräfte des Kapitalismus die menschlichen Lebensgrundlagen gefährdet sind, muss an dieser Stelle aufgezeigt werden, die sich ja nicht nur auf das Klima beschränkt.

## Antrag L01.031.2

Änderungsantrag zu L01-01

**Antragsteller\*in:** LAG FIP Hamburg, Saskia Mestern (Hamburg)

### Zeile 31 - 33

29 ~~Gleichzeitig~~ Wir erleben ~~wir~~ eine schwere globale ~~Krisen. Kriege verändern das Gesicht der~~  
30 ~~Welt, Krise des Kapitalismus. Die Herrschenden versuchen, das System~~  
durch immer neue Kriege zu retten. Damit vertreiben sie Menschen,  
zerstören Familien und sind für den Tod unzähliger  
31 Menschen verantwortlich. ~~Kriege bestimmen~~ Ihre Kriegspropaganda  
verstimmt stärker die politischen Debatten - auch in  
32 Deutschland. Viele Menschen sorgen sich. Die Klimakatstrophe wird Teile des Planeten  
33 unbewohnbar machen. Hitzeperioden, Starkregen und Stürme gehören auch in Deutschland  
34 zur neuen Realität. Hierzulande und global leiden vor allem diejenigen, die nicht  
35 mehr wissen, ob sie die Kraft und das Geld haben, die aktuellen Krisen zu überstehen.  
36 Der Klimawandel verlangt dringend, dass Energiegewinnung, Mobilität und industrielle  
37 Produktion klimaneutral gestaltet werden. Dazu hat jedes Land weltweit einen  
38 gewichtigen Beitrag zu leisten. Deutschland als eines der wirtschaftlich stärksten  
39 Länder hat großen Nachholbedarf.

### Begründung

Wir haben es mit einer Systemkrise zu tun.

Kriege sind keine handelnden Subjekte, verantwortlich sein können nur Menschen.

## Antrag L01.038.1

Änderungsantrag zu L01-01

**Antragsteller\*in:** BAG Ökologische Plattform

### Zeile 38 - 39

31 Gleichzeitig erleben wir schwere globale Krisen. Kriege verändern das Gesicht der  
32 Welt, vertreiben Menschen, zerstören Familien und sind für den Tod unzähliger  
33 Menschen verantwortlich. Kriege bestimmen stärker die politischen Debatten - auch in  
34 Deutschland. Viele Menschen sorgen sich. Die Klimakatstrophe wird Teile des Planeten  
35 unbewohnbar machen. Hitzeperioden, Starkregen und Stürme gehören auch in Deutschland  
36 zur neuen Realität. Hierzulande und global leiden vor allem diejenigen, die nicht  
37 mehr wissen, ob sie die Kraft und das Geld haben, die aktuellen Krisen zu überstehen.  
38 ~~Der Klimawandel verlangt~~ Die Umweltprobleme verlangen dringend, dass  
Energiegewinnung, Mobilität, Bauwesen, Landwirtschaft und industrielle  
39 Produktion ~~klima~~ umweltneutral gestaltet werden.

### Begründung

Der Klimawandel, d. h. die Erderhitzung, ist nur ein Aspekt der multiplen Umweltkrise. Bei der Aufzählung dürfen Bauwesen und Landwirtschaft nicht unerwähnt bleiben, die ebenfalls wesentlich zur Veränderung der Umwelt beitragen und insbesondere auch starke Emittenten von Klimagasen sind.

## Antrag L01.038.2

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller\*in:

OV Bad Cannstatt-Mühlhausen-Münster

### Zeile 38 - 41

21 Gleichzeitig erleben wir schwere globale Krisen. Kriege verändern das Gesicht der  
22 Welt, vertreiben Menschen, zerstören Familien und sind für den Tod unzähliger  
23 Menschen verantwortlich. Kriege bestimmen stärker die politischen Debatten - auch in  
24 Deutschland. Viele Menschen sorgen sich. Die Klimakatastrophe wird Teile des Planeten  
25 unbewohnbar machen. Hitzeperioden, Starkregen und Stürme gehören auch in Deutschland  
26 zur neuen Realität. Hierzulande und global leiden vor allem diejenigen, die nicht  
27 mehr wissen, ob sie die Kraft und das Geld haben, die aktuellen Krisen zu überstehen.

28 ~~Der Klimawandel verlangt dringend, dass Energiegewinnung, Mobilität und industrielle~~  
29 ~~Produktion klimaneutral gestaltet werden. Dazu hat jedes Land weltweit einen~~  
30 ~~gewichtigen Beitrag zu leisten. Deutschland als eines der wirtschaftlich stärksten~~  
31 ~~Länder hat großen Nachholbedarf. Die Klimakatastrophe schreit nach~~  
Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, hin zu einer  
Konversion der Industrie und nachhaltiger sozialistischer Ökonomie nach  
den Bedürfnissen von Mensch, Umwelt und Klima.

## Antrag L01.039.1

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller\*in:

BAG Ökologische Plattform, Georg Kinder (Rheinland-Pfalz /  
KV Neuwied)

### Zeile 39

31 Gleichzeitig erleben wir schwere globale Krisen. Kriege verändern das Gesicht der  
32 Welt, vertreiben Menschen, zerstören Familien und sind für den Tod unzähliger  
33 Menschen verantwortlich. Kriege bestimmen stärker die politischen Debatten - auch in  
34 Deutschland. Viele Menschen sorgen sich. Die Klimakatastrophe wird Teile des Planeten  
35 unbewohnbar machen. Hitzeperioden, Starkregen und Stürme gehören auch in Deutschland  
36 zur neuen Realität. Hierzulande und global leiden vor allem diejenigen, die nicht  
37 mehr wissen, ob sie die Kraft und das Geld haben, die aktuellen Krisen zu überstehen.  
38 Der Klimawandel verlangt dringend, dass Energiegewinnung, Mobilität und industrielle

39 Produktion klimaneutral gestaltet werden. Fahrradstraßen werden die neuen  
ökologischen Straßen sein. Dabei sollten halbtransparente Photovoltaik-  
Überdachungen für Fahrrad- Autobahnen nicht vergessen werden. Sie  
schützen vor Sonne, Regen, Schnee und liefern Strom für die Beleuchtung.

Dazu hat jedes Land weltweit einen

40 gewichtigen Beitrag zu leisten. Deutschland als eines der wirtschaftlich stärksten  
41 Länder hat großen Nachholbedarf.

### Begründung

Das Fahrrad wird das neue individuelle Verkehrsmittel werden. Fahrräder sind schon heute oft die Alternative für den Weg zum Einkaufen statt der leidigen Parkplatz-Suche. In allen größeren Betrieben ist das Fahrrad der schnelle Weg

durch das Werksgelände. Die Linke will keine Ausrede - hin zum Auto – akzeptieren, zumal der Individualverkehr, ökologische und finanziell, bald sein Grenzen erreicht hat. 16 000 Brücken müssen in Deutschland saniert oder Abgerissen und neu Gebaut werden.

100 Millionen Tonnen Erdöl jedes Jahr alleine in Deutschland wächst nicht auf Bäumen sonder zerstört diese.

## Antrag L01.039.2

Änderungsantrag zu L01-01

<b>Antragsteller*in:</b>	BAG Ökologische Plattform, Georg Kinder (Rheinland-Pfalz / KV Neuwied)
--------------------------	--

### Zeile 39

19 Gleichzeitig erleben wir schwere globale Krisen. Kriege verändern das Gesicht der  
20 Welt, vertreiben Menschen, zerstören Familien und sind für den Tod unzähliger  
21 Menschen verantwortlich. Kriege bestimmen stärker die politischen Debatten - auch in  
22 Deutschland. Viele Menschen sorgen sich. Die Klimakatstrophe wird Teile des Planeten  
23 unbewohnbar machen. Hitzeperioden, Starkregen und Stürme gehören auch in Deutschland  
24 zur neuen Realität. Hierzulande und global leiden vor allem diejenigen, die nicht  
25 mehr wissen, ob sie die Kraft und das Geld haben, die aktuellen Krisen zu überstehen.  
26 Der Klimawandel verlangt dringend, dass Energiegewinnung, Mobilität und industrielle  
27 Produktion klimaneutral gestaltet werden. Der öffentlicher Verkehr ist unvereinbar mit der Privatisierung rentabler Bahnstrecken und gehört, wie Strom und Wasser in die öffentliche Hände. Ein ökologischer, kostenloser Nahverkehr, ohne lange auf Bus und Bahn zu warten, ist ein Muss um den Individualverkehr abzubauen. Bahnstrecken müssen wieder aktiviert werden. Wo keine Schiene möglich ist, sind elektrische Busse einzusetzen. In den Nachtstunden und bei Querfahrten schließt das Ruf-Sammel-Bus/Taxi die letzten Lücken. Fernverkehr muss bezahlbar sein. Die Schienen-Anbindung von Gewerbegebiete kann nur Pflicht sein, um eben nicht zwischen, LKW und Bahn umzuladen. Dazu hat jedes Land weltweit einen  
28 gewichtigen Beitrag zu leisten. Deutschland als eines der wirtschaftlich stärksten  
29 Länder hat großen Nachholbedarf.

### Begründung

Das wir „klimaneutral gestaltet werden“ muss konkret benannt werden und heißt weg vom Individualverkehr hin zur Schiene. Das benennt dieser eingeschobener Text mit einem klaren Bekenntnis hin zu Bus und Bahn.

Das Auto ist teuer. In der Anschaffung im Verbrauch und im Brücken- und Straßenverschleiß.

Vor allem aber teuer in den ökologischen Folgen von Ressourcen-Verbrauch, Umweltverschmutzung, Klimaerwärmung und Klimakatastrophen.

Es ist nicht die Frage ob die Ressourcen ein Ende finden es ist nur die Frage wann und ob wir es schaffen rechtzeitig einen umfangreiche Kreislaufwirtschaft aufzubauen.

Über 100 000 Tonnen Reifenabrieb jedes Jahr, alleine in Deutschland, verschwindet nicht ohne Folgen.



## Antrag L01.039.3

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller\*in:

BAG Ökologische Plattform

### Zeile 39

- 39 Produktion klimaneutral gestaltet werden. Die bisherige Wirtschaftsweise verursacht ein nie da gewesenes Artensterben, die Versauerung unserer Böden, die Verschmutzung des Wassers und basiert in vielen Fällen auf Tierquälerei. Der sozial-ökologische Umbau ist dringender denn je. Dazu hat jedes Land weltweit einen
- 40 gewichtigen Beitrag zu leisten. Deutschland als eines der wirtschaftlich stärksten
- 41 Länder hat großen Nachholbedarf.

### Begründung

Die Klimakatastrophe ist nur eine von vielen ökologischen Katastrophen. Sechs von neun planetaren Grenzen sind bereits überschritten. Das gilt neben der Klimakrise auch für die Überladung mit neuartigen Stoffen; die Veränderung der biogeochemischen Kreisläufe (Stickstoff- und Phosphorkreisläufe); die Veränderung von Süßwassersystemen; die Änderung der Landnutzung und der Zustand der Biosphäre. Ein Planet auf dem es zwar 0,3 Grad kälter, die Böden aber unfruchtbar sind ist insbesondere für die Ärmern der Welt nicht zukunftsfähig. Es besteht außerdem ein direkter Zusammenhang mit industrieller Tierhaltung. Das Quälen der Tiere dort ist auch unabhängig davon zu verurteilen.

## Antrag L01.041.1

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller\*in:

BAG Ökologische Plattform

### Zeile 41

- 31 Gleichzeitig erleben wir schwere globale Krisen. Kriege verändern das Gesicht der
- 32 Welt, vertreiben Menschen, zerstören Familien und sind für den Tod unzähliger
- 33 Menschen verantwortlich. Kriege bestimmen stärker die politischen Debatten - auch in
- 34 Deutschland. Viele Menschen sorgen sich. Die Klimakatastrophe wird Teile des Planeten
- 35 unbewohnbar machen. Hitzeperioden, Starkregen und Stürme gehören auch in Deutschland
- 36 zur neuen Realität. Hierzulande und global leiden vor allem diejenigen, die nicht
- 37 mehr wissen, ob sie die Kraft und das Geld haben, die aktuellen Krisen zu überstehen.
- 38 Der Klimawandel verlangt dringend, dass Energiegewinnung, Mobilität und industrielle
- 39 Produktion klimaneutral gestaltet werden. Dazu hat jedes Land weltweit einen
- 40 gewichtigen Beitrag zu leisten. Deutschland als eines der wirtschaftlich stärksten
- 41 ~~Länder hat großen Nachholbedarf~~Länder hat bereits in der Vergangenheit sein Verschmutzungsoll mehr als erfüllt und müsste wie andere wirtschaftsstarke Länder besonders auf diesem Gebiet investieren, statt das Geld für Aufrüstung zu verschleudern.

## Begründung

An dieser Stelle sollte ein kurzer Hinweis auf die historischen Emissionen gegeben, damit die besondere Verantwortung betont sowie der Blick darauf gerichtet werden, dass das Geld dafür vorhanden wäre.

## Antrag L01.042.1

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller\*in: BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 42

- 42 ~~Das Vertrauen vieler~~ Die Hoffnung der Menschen ~~in die Politik und die~~  
~~Demokratie sind~~, dass ihre Interessen im politischen Prozess berücksichtigt  
werden, ist erschüttert.
- 43 Vermögen, Ressourcen und die Macht, Entscheidungen zu treffen, sind so ungleich  
44 verteilt wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Die Kommunen werden noch immer mit  
45 der Finanzkrise und Herausforderungen der Unterbringung und Inklusion von  
46 Geflüchteten allein gelassen. Es war ein folgenschwerer Irrtum zu glauben, dass  
47 weltweite Fluchtbewegungen auf kurze Zeiträume begrenzt wären. Krieg, Klimawandel und  
48 globale Ungleichheit - und die Tatsache, dass die Industrieländer auf Zuwanderung  
49 angewiesen sind -, machen Migration zu einem Dauerthema.

## Antrag L01.044.1

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller\*in: BAG Ökologische Plattform

### Zeile 44

- 42 Das Vertrauen vieler Menschen in die Politik und die Demokratie sind erschüttert.  
43 Vermögen, Ressourcen und die Macht, Entscheidungen zu treffen, sind so ungleich  
44 verteilt wie noch nie seit ~~der Wiedervereinigung~~ dem Anschluss der DDR  
an die BRD. Die Kommunen werden noch immer mit  
45 der Finanzkrise und Herausforderungen der Unterbringung und Inklusion von  
46 Geflüchteten allein gelassen. Es war ein folgenschwerer Irrtum zu glauben, dass  
47 weltweite Fluchtbewegungen auf kurze Zeiträume begrenzt wären. Krieg, Klimawandel und  
48 globale Ungleichheit - und die Tatsache, dass die Industrieländer auf Zuwanderung  
49 angewiesen sind -, machen Migration zu einem Dauerthema.

## Begründung

Der Zusammenschluss zwischen West und Ost erfolgte 1990 nach dem damaligen [Artikel 23](#) des westdeutschen Grundgesetzes, Der in der Öffentlichkeit allgemein verwendete Begriff

„Wiedervereinigung“ entspricht nicht den Tatsachen. Im Übrigen ist die Angleichung zwischen Ost und West bis heute noch nicht vollständig vollzogen.

## Antrag L01.052.1

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller\*in: OV Bad Cannstatt-Mühlhausen-Münster

### Zeile 52 - 55

50 Die Deckelungen auf den Ausgaben der Kommunen sind im Alltag der Menschen deutlich zu  
51 spüren. Sie zersetzen das Lebensgefühl und den Optimismus im Alltag und schleifen die  
52 progressiven Veränderungsperspektiven der Menschen. ~~Den wenig-~~  
~~ambitionierten~~ Effizienter Klimaschutz ~~der Bundesregierung haben-~~  
~~viele Menschen als zusätzliche Belastung ohne~~  
54 ~~sozialen Ausgleich erfahren. Klimagerechtigkeit, Transformation,~~  
55 ~~Arbeitszeitverkürzung wird von vielen gewollt und gleichzeitig als Bedrohung-~~  
~~erlebt~~ verringert das Potenzial für Profitsteigerungen innerhalb des globalen  
immer härter werdenden Konkurrenzkampfes. Alle begrenzten Maßnahmen zur  
Reduktion der CO2-Emissionen werden der Arbeiterklasse in Rechnung  
gestellt, während es den Energie- und anderen Konzernen zur Profitsteigerung  
dient. Die Wärmewende für Wohnhäuser bedeutet, dass Energieversorger und  
Netzbetreiber die Kosten auf die Verbraucher:innen bzw. Mieter:innen  
abwälzen und Großvermieter und Energiekonzerne damit noch Profite machen.  
Zurecht lehnt die Arbeiterklasse und auch die Mittelschicht diese Politik ab.  
Das chaotische, auf Profit und Konkurrenz basierende System verhindert eine  
ökologische und auf Bedarf basierende wirtschaftliche Planung und eine  
dezentrale erneuerbare Energieversorgung. Einen „grünen Kapitalismus“ kann  
es nicht geben.

## Antrag L01.065.1

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller\*in: BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 65

65 von der Regierung nicht übersetzt in mehr ~~Tarifflicht, gewerkschaftliche~~  
Tariffbindung, betriebliche  
66 Mitbestimmung und berufliche Durchlässigkeit. ...

## Antrag L01.081.1

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller\*in: OV Bad Cannstatt-Mühlhausen-Münster

### Zeile 81

81 Die Massendemonstrationen gegen AfD und Rechtsextremismus zeigen, dass  
es nicht um einen Rechtsruck geht, sondern um eine Polarisierung. Dabei  
findet der linke Pol zu wenig organisatorischen und noch weniger  
parteipolitischen Ausdruck. Es ist Aufgabe von DEIE LINKE und der  
Gewerkschaften dies zu ändern. Dies ist umso dringlicher, weil die Wahlen  
gezeigt haben, dass diese Massenbewegungen nicht ausgereicht haben, um

den Höhenflug der AfD auf der Wahlebene zu beenden.

82 Viele folgen rechten Losungen, weil das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der  
82 aktuellen Regierung erschüttert ist. Große Teile der Bevölkerung fühlen sich nicht  
83 gehört. Wer profitiert und wer draufzahlt, ist eine Frage des Einkommens - es ist  
84 eine Klassenfrage. Das ist die Grundlage, auf der viele Menschen Veränderungen mit  
85 Skepsis und Ablehnung betrachten.

## Antrag L01.081.2

Änderungsantrag zu L01-01

**Antragsteller\*in:** BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 81 - 82

81 ~~Viele folgen rechten Losungen, weil das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der~~  
82 ~~aktuellen Regierung erschüttert ist.~~ Große Teile der Bevölkerung fühlen sich nicht  
83 gehört. Wer profitiert und wer draufzahlt, ist eine Frage des Einkommens - es ist  
84 eine Klassenfrage. Das ist die Grundlage, auf der viele Menschen Veränderungen mit  
85 Skepsis und Ablehnung betrachten.

### Begründung

Streichung des ersten Satzes. Es geht uns ja nicht darum, das Vertrauen in die aktuelle Regierung zu stärken. Im Fluss des Textes ist der Satz nicht notwendig.

## Antrag L01.082.1

Änderungsantrag zu L01-01

**Antragsteller\*in:** Linksjugend [!solid]

### Zeile 82

81 Viele folgen rechten Losungen, weil das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der  
82 aktuellen Regierung erschüttert ist und die politische Linke kein  
überzeugendes Angebot schaffen konnte. Große Teile der Bevölkerung  
fühlen sich nicht  
83 gehört.

### Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag L01.083.1

Änderungsantrag zu L01-01

**Antragsteller\*in:** Kommunistische Plattform, Thomas Hecker (Berlin), Ellen Brombacher (Berlin Mitte, Delegierte) und weitere

### Zeile 83 - 85

81 Viele folgen rechten Losungen, weil das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der

82 aktuellen Regierung erschüttert ist. Große Teile der Bevölkerung fühlen sich nicht  
83 gehört. Wer profitiert und wer draufzahlt, ist nicht nur eine Frage des Einkommens - es ist  
84 eine Klassenfrage. ~~Das ist die Grundlage, auf der viele Menschen Veränderungen mit~~  
85 ~~Skepsis und Ablehnung betrachten, diktiert durch die~~  
Eigentumsverhältnisse. Wir müssen wieder die Eigentumsfrage stellen.

## Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag L01.083.2

Änderungsantrag zu L01-01

**Antragsteller\*in:** OV Bad Cannstatt-Mühlhausen-Münster

### Zeile 83

81 Viele folgen rechten Losungen, weil das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der  
82 aktuellen Regierung erschüttert ist. Große Teile der Bevölkerung fühlen sich nicht  
83 gehört. Wer profitiert und wer draufzahlt, ist eine Frage ~~des-~~  
Einkommensder Eigentumsverhältnisse - es ist  
84 eine Klassenfrage. Das ist die Grundlage, auf der viele Menschen Veränderungen mit  
85 Skepsis und Ablehnung betrachten.

## Antrag L01.086.1

Änderungsantrag zu L01-01

**Antragsteller\*in:** OV Bad Cannstatt-Mühlhausen-Münster

### Zeile 86

86 Aufgabe von DIE LINKE ist es das kapitalistische System, seine Profitlogik, der  
sich verschärfende Konkurrenzkampf, die immer größere Schere zwischen  
arm und reich als Ursache zu erklären und damit Klassenbewusstsein zu  
schärfen. Es ist dringend notwendig, zu erklären, dass die Grenzen nicht  
zwischen Nationalitäten, Ethnien, Hautfarben oder Religionen verlaufen,  
sondern zwischen oben und unten, zwischen reich und arm, zwischen  
Ausbeutern und Ausgebeuteten. DIE LINKE muss den Kampf gegen  
Verschlechterungen und für Verbesserungen mit dem Ziel der Überwindung  
des Kapitalismus führen und dies auch in allen Kampagnen deutlich machen  
und ein sozialistisches Programm anbieten.

87 Es genügt nicht, vor dem Rechtsruck zu warnen und ihn zu skandalisieren.

## Antrag L01.086.2

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller\*in: BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 86

86 Aufgabe von DIE LINKE ist es das kapitalistische System, seine Profitlogik, der sich verschärfende Konkurrenzkampf, die immer größere Schere zwischen arm und reich als Ursache zu erklären und damit Klassenbewusstsein zu schärfen. Es ist dringend notwendig, zu erklären, dass die Grenzen nicht zwischen Nationalitäten, Ethnien, Hautfarben oder Religionen verlaufen, sondern zwischen oben und unten, zwischen reich und arm, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. DIE LINKE muss den Kampf gegen Verschlechterungen und für Verbesserungen mit dem Ziel der Überwindung des Kapitalismus führen und dies auch in allen Kampagnen deutlich machen und ein sozialistisches Programm anbieten.

87 Es genügt nicht, vor dem Rechtsruck zu warnen und ihn zu skandalisieren.

## Antrag L01.093.1

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller\*in: BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 93 - 94

84 Es genügt nicht, vor dem Rechtsruck zu warnen und ihn zu skandalisieren. Dass  
85 Veränderungen fortschrittlich gestaltet werden können, dass Zukunftsfähigkeit mit  
86 gerechter Verteilung, sozialer Sicherheit und mehr Gleichheit zusammengehen kann,  
87 kann weder vorausgesetzt noch einfach behauptet werden. Dafür muss argumentiert,  
88 mobilisiert, gekämpft werden; dafür müssen Perspektiven aufgezeigt werden. Dafür  
89 müssen auch Probleme und Widersprüche zugelassen und bearbeitet werden und die  
90 Interessen und Bedarfe derer in den Mittelpunkt gestellt werden, die nicht über  
91 Kapital und Einfluss verfügen. Die Leute, die ~~die Arbeit wegtragenden~~  
Laden am Laufen halten, die unsere Busse  
92 fahren, in den Krankenhäusern Doppelschichten schieben oder unsere Kinder ~~erziehbilden~~.

## Antrag L01.096.1

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller\*in: BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 96 - 98

93 Das ist die Aufgabe der politischen und gesellschaftlichen Linken, und das ist die  
94 besondere Aufgabe einer linken Partei. ~~Dieser Verantwortung sind wir in der~~  
95 ~~Vergangenheit nicht ausreichend gerecht geworden, das ging anderen linken~~  
96 ~~Akteur\*innen und Bewegungen ebenfalls so.~~

## Begründung

Streichung der Sätze In einen Leitantrag gehört Orientierung und nicht jammern.

## Antrag L01.099.1

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller\*in: BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 99 - 111

97 ~~Wir waren nicht gut genug dabei, Skepsis und Verunsicherung genauso anzunehmen wie~~  
98 ~~Ungeduld und Empörung. Viele, die lange Zeit ihr Vertrauen in uns gesetzt und uns~~  
99 ~~dafür gewählt hatten, haben den Eindruck: Ihr seid mit euch selbst beschäftigt, ihr~~  
100 ~~seid nicht für uns da. Diese Kritik nehmen wir an. Der Linken ist es nicht gelungen,~~  
101 ~~die Verteilungsfrage zwischen oben und unten wirksam auf die öffentliche Agenda zu~~  
102 ~~setzen und den Unmut über die Ampel von links zu besetzen: Soziale Fragen wurden in~~  
103 ~~Fragen der Migration übersetzt, andere Themen wie Außenpolitik waren~~  
104 ~~wahlentscheidend. Wir haben keine ausreichend wirksamen Strategien gegen den~~  
105 ~~Rechtsruck gefunden. Es ist uns zu wenig gelungen, gegen die wachsenden Spaltungen~~  
106 ~~innerhalb der Beschäftigten, zwischen Ost und West, zwischen Migrant\*innen und~~  
107 ~~Eingesessenen, in verschiedenen Milieus Perspektiven vorzustellen, die die Menschen~~  
108 ~~zusammenbringen. Es ist uns nicht gelungen, als wirksame und überzeugende Alternative~~  
109 ~~wahrgenommen zu werden.~~

## Begründung

In einen Leitantrag gehört Orientierung und nicht jammern.

## Antrag L01.105.1

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller\*in: KV Düsseldorf, BAG FIP, Antikapitalistische Linke und weitere

### Zeile 105 - 106

99 Wir waren nicht gut genug dabei, Skepsis und Verunsicherung genauso anzunehmen wie  
100 Ungeduld und Empörung. Viele, die lange Zeit ihr Vertrauen in uns gesetzt und uns  
101 dafür gewählt hatten, haben den Eindruck: Ihr seid mit euch selbst beschäftigt, ihr  
102 seid nicht für uns da. Diese Kritik nehmen wir an. Der Linken ist es nicht gelungen,  
103 die Verteilungsfrage zwischen oben und unten wirksam auf die öffentliche Agenda zu  
104 setzen und den Unmut über die Ampel von links zu besetzen: Soziale Fragen wurden in  
105 Fragen der Migration ~~übersetzt~~übersetzt, andere Themen wie  
Außenpolitik ~~waren~~ und Krieg und Frieden waren wahlentscheidend.  
Anstatt den Charakter der Kriege als  
imperialistische Kriege um Macht und Einflussphären zu benennen, waren  
wir defensiv, sendeten widersprüchliche Signale aus und haben die  
Deutungshoheit anderen überlassen. Wir haben keine ausreichend wirksamen  
Strategien gegen den  
107 Rechtsruck gefunden.

## Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag L01.111.1

Änderungsantrag zu L01-01

**Antragsteller\*in:** LV Bremen, Christoph Spehr, Elke Breitenbach und weitere

### Zeile 111

99 Wir waren nicht gut genug dabei, Skepsis und Verunsicherung genauso anzunehmen wie  
100 Ungeduld und Empörung. Viele, die lange Zeit ihr Vertrauen in uns gesetzt und uns  
101 dafür gewählt hatten, haben den Eindruck: Ihr seid mit euch selbst beschäftigt, ihr  
102 seid nicht für uns da. Diese Kritik nehmen wir an. Der Linken ist es nicht gelungen,  
103 die Verteilungsfrage zwischen oben und unten wirksam auf die öffentliche Agenda zu  
104 setzen und den Unmut über die Ampel von links zu besetzen: Soziale Fragen wurden in  
105 Fragen der Migration übersetzt, andere Themen wie Außenpolitik waren  
106 wahlentscheidend. Wir haben keine ausreichend wirksamen Strategien gegen den  
107 Rechtsruck gefunden. Es ist uns zu wenig gelungen, gegen die wachsenden Spaltungen  
108 innerhalb der Beschäftigten, zwischen Ost und West, zwischen Migrant\*innen und  
109 Eingesessenen, in verschiedenen Milieus Perspektiven vorzustellen, die die Menschen  
110 zusammenbringen. Es ist uns nicht gelungen, als wirksame und überzeugende Alternative  
111 wahrgenommen zu werden. Das werden wir ändern. Wir werden die Gründe  
angehen, die Menschen von einer Wahl abhalten, indem wir unsere  
Positionen weiterentwickeln, klären und ausarbeiten, namentlich in der  
Friedens- und Außenpolitik und in der Wirtschaftspolitik.

## Begründung

Es besteht ein breiter Konsens in den Auswertungen zur Europawahl, dass es nicht funktioniert hat, die Themen hintanzustellen über die sich die Gesellschaft gerade leidenschaftlich streitet: Friedenspolitik, Migration, Klimapolitik, wirtschaftliche Perspektiven. Aus den Potentialbefragungen wissen wir, dass insbesondere die Positionierung in der Friedens-, Außen- und Wirtschaftspolitik von hoher Bedeutung dafür ist, ob wir Wähler\*innen halten, gewinnen, oder an SPD, Grüne oder BSW verlieren. Daher sollte die Analyse hier ergänzt werden um diese Konkretisierung und um die Festlegung, dass wir uns darum kümmern werden.

## Antrag L01.112.1

Änderungsantrag zu L01-01

**Antragsteller\*in:** BAG Ökologische Plattform

### Zeile 112 - 114

112 ~~Wir sind überzeugt, dass gesellschaftliche Veränderung mit der Idee eines~~  
113 ~~solidarischen Sozialstaats, mit mehr sozialer Gerechtigkeit, mit dem Abbau von~~  
114 ~~Diskriminierungen und einem Mehr an demokratischer Teilhabe verbunden werden muss.~~



## **Zeile 115 - 116**

115 ~~Einige haben diese Einheit aufgekündigt, was wesentlich zur Abspaltung des BSW nach~~  
116 ~~rechts beigetragen hat.~~

## **Zeile 117 - 132**

117 ~~Die Linke ist für diejenigen da, die fortschrittliche Antworten auf die~~  
118 ~~Herausforderungen der Zeit suchen und durchsetzen wollen, und für diejenigen, die bei~~  
119 ~~der gesellschaftlichen Verteilung von Macht, Eigentum, Einkommen und Einfluss~~  
120 ~~strukturell benachteiligt werden: Als Beschäftigte, Erwerbslose, Rentner\*innen oder~~  
121 ~~Kleinselbständige. Wir wollen für und mit denen kämpfen, die unter der frauen- und~~  
122 ~~kinderfeindlichen Politik leiden, die eine Vereinbarkeit von Familie und~~  
123 ~~Berufstätigkeit vor allem für Alleinerziehende kaum zulässt. Für die, die wegen ihres~~  
124 ~~Namens, ihrer Herkunft oder ihrer Behinderung diskriminiert sind oder die aufgrund~~  
125 ~~ihres Alters oder weil ihre Qualifikationen scheinbar nicht mehr gebraucht werden,~~  
126 ~~aus dem Arbeitsmarkt ausgespuckt werden. Diese Verbindung ist nicht ohne Spannungen~~  
127 ~~und Widersprüche, aber sie ist der Kern von Solidarität und Klassenpolitik. Sie~~  
128 ~~passiert nicht automatisch, sie kann nicht vorausgesetzt und nicht erzwungen werden.~~  
129 ~~Wenn wir die gemeinsamen Interessen offensiv ins Zentrum stellen, kann es~~  
130 ~~fortschrittliche und sozial gerechte Antworten auf die Krisen der Zeit geben, dann~~  
131 ~~können wir konkrete Veränderungen für das Leben der Menschen bewirken. Die linken~~  
132 ~~Erfolge in Frankreich oder Skandinavien zeigen, dass das geht.~~

## **Begründung**

Die Zeilen 112-121 ist identisch mit den Zeilen 10-18, die Zeilen 121-132 stimmen bis auf geringfügige Umformulierungen mit den Zeilen 18-28 überein.

## **Antrag L01.112.2**

Änderungsantrag zu L01-01

<b>Antragsteller*in:</b>	Christoph Spehr (Bremen)
--------------------------	--------------------------

## **Zeile 112 - 114**

108 ~~Wir sind überzeugt, dass gesellschaftliche Veränderung mit der Idee eines~~  
109 ~~solidarischen Sozialstaats, mit mehr sozialer Gerechtigkeit, mit dem Abbau von~~  
110 ~~Diskriminierungen und einem Mehr an demokratischer Teilhabe verbunden werden muss.~~

## **Zeile 115 - 116**

111 ~~Einige haben diese Einheit aufgekündigt, was wesentlich zur Abspaltung des BSW nach~~  
112 ~~rechts beigetragen hat.~~

## **Zeile 117 - 132**

113 ~~Die Linke ist für diejenigen da, die fortschrittliche Antworten auf die~~  
114 ~~Herausforderungen der Zeit suchen und durchsetzen wollen, und für diejenigen, die bei~~  
115 ~~der gesellschaftlichen Verteilung von Macht, Eigentum, Einkommen und Einfluss~~  
116 ~~strukturell benachteiligt werden: Als Beschäftigte, Erwerbslose, Rentner\*innen oder~~

117 ~~Kleinselbständige. Wir wollen für und mit denen kämpfen, die unter der frauen- und~~  
118 ~~kinderfeindlichen Politik leiden, die eine Vereinbarkeit von Familie und~~  
119 ~~Berufstätigkeit vor allem für Alleinerziehende kaum zulässt. Für die, die wegen ihres~~  
120 ~~Namens, ihrer Herkunft oder ihrer Behinderung diskriminiert sind oder die aufgrund~~  
121 ~~ihres Alters oder weil ihre Qualifikationen scheinbar nicht mehr gebraucht werden,~~  
122 ~~aus dem Arbeitsmarkt ausgespuckt werden. Diese Verbindung ist nicht ohne Spannungen~~  
123 ~~und Widersprüche, aber sie ist der Kern von Solidarität und Klassenpolitik. Sie~~  
124 ~~passiert nicht automatisch, sie kann nicht vorausgesetzt und nicht erzwungen werden.~~  
125 ~~Wenn wir die gemeinsamen Interessen offensiv ins Zentrum stellen, kann es~~  
126 ~~fortschrittliche und sozial gerechte Antworten auf die Krisen der Zeit geben, dann~~  
127 ~~können wir konkrete Veränderungen für das Leben der Menschen bewirken. Die linken~~  
128 ~~Erfolge in Frankreich oder Skandinavien zeigen, dass das geht.~~

## Begründung

Rein redaktionell. Die Zeilen 112-132 sind eine exakte textliche Doppelung der Zeilen 10-28. Sollten daher hier gestrichen werden.

## Antrag L01.114.1

Änderungsantrag zu L01-01

<b>Antragsteller*in:</b>	BV Charlottenburg-Wilmersdorf, Frederike-Sophie Gronde-Brunner, Lilli Mlynarczyk und weitere
--------------------------	--

### Zeile 114

110 Wir sind überzeugt, dass gesellschaftliche Veränderung mit der Idee eines  
111 solidarischen Sozialstaats, mit mehr sozialer Gerechtigkeit, mit dem Abbau von  
112 Diskriminierungen und einem Mehr an demokratischer Teilhabe verbunden werden muss.

Die Alltagsorgen der Menschen lösen wir nur, wenn wir die kapitalistische Verwertungslogik überwinden und für einen demokratischen Sozialismus streiten. Mietenkrise, Energiekrise, oder Klimakrise können nur bekämpft werden, indem wir konsequent vergesellschaften und öffentliche Daseinsfürsorge endlich wieder im Sinne der Menschen gestalten. Profite dürfen nicht in den Händen weniger liegen, sondern müssen von und für die Menschen erwirtschaftet werden. Statt nach unten zu treten und in das rechte Horn zu blasen, setzen wir uns für eine knallharte Umverteilung von oben nach unten ein.

## Antrag L01.114.2

Änderungsantrag zu L01-01

<b>Antragsteller*in:</b>	KV Bochum
--------------------------	-----------

### Zeile 114

112 Wir sind überzeugt, dass gesellschaftliche Veränderung mit der Idee eines  
113 solidarischen Sozialstaats, mit mehr sozialer Gerechtigkeit, mit dem Abbau von  
114 Diskriminierungen und einem Mehr an demokratischer Teilhabe verbunden werden muss.

Die sozialen Garantien des Lebens sollen für alle gelten: das Recht auf ein

Leben ohne Angst, das Recht auf gute und planbare Erwerbsarbeit, die sicher ist und zum Leben passt, gesellschaftliche Teilhabe, Zugang zur öffentlichen Infrastruktur und sozialen Dienstleistungen (Bildung, Kultur, Mobilität, Gesundheit, Pflege, Wohnen etc.).

## Antrag L01.115.1

Änderungsantrag zu L01-01

**Antragsteller\*in:** BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 115 - 116

115 ~~Einige haben diese Einheit aufgekündigt, was wesentlich zur Abspaltung des BSW nach~~  
116 ~~rechts beigetragen hat.~~

### Begründung

Streichen, weil Dopplung.

## Antrag L01.117.1

Änderungsantrag zu L01-01

**Antragsteller\*in:** BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 117 - 132

117 ~~Die Linke ist für diejenigen da, die fortschrittliche Antworten auf die~~  
118 ~~Herausforderungen der Zeit suchen und durchsetzen wollen, und für diejenigen, die bei~~  
119 ~~der gesellschaftlichen Verteilung von Macht, Eigentum, Einkommen und Einfluss~~  
120 ~~strukturell benachteiligt werden: Als Beschäftigte, Erwerbslose, Rentner\*innen oder~~  
121 ~~Kleinselbständige. Wir wollen für und mit denen kämpfen, die unter der frauen- und~~  
122 ~~kinderfeindlichen Politik leiden, die eine Vereinbarkeit von Familie und~~  
123 ~~Berufstätigkeit vor allem für Alleinerziehende kaum zulässt. Für die, die wegen ihres~~  
124 ~~Namens, ihrer Herkunft oder ihrer Behinderung diskriminiert sind oder die aufgrund~~  
125 ~~ihres Alters oder weil ihre Qualifikationen scheinbar nicht mehr gebraucht werden,~~  
126 ~~aus dem Arbeitsmarkt ausgespuckt werden. Diese Verbindung ist nicht ohne Spannungen~~  
127 ~~und Widersprüche, aber sie ist der Kern von Solidarität und Klassenpolitik. Sie~~  
128 ~~passiert nicht automatisch, sie kann nicht vorausgesetzt und nicht erzwungen werden.~~  
129 ~~Wenn wir die gemeinsamen Interessen offensiv ins Zentrum stellen, kann es~~  
130 ~~fortschrittliche und sozial gerechte Antworten auf die Krisen der Zeit geben, dann~~  
131 ~~können wir konkrete Veränderungen für das Leben der Menschen bewirken. Die linken~~  
132 ~~Erfolge in Frankreich oder Skandinavien zeigen, dass das geht.~~

### Begründung

Streichen, weil Dopplung Zeile 10-30 wortwörtlich gleich

## Antrag L01.117.2

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller\*in: Linksjugend [\*solid]

### Zeile 117 - 118

117 Die Linke ist für diejenigen da, die ~~fortschrittliche Antworten auf die~~  
118 ~~Herausforderungen der Zeit suchen und durchsetzen wollen, und für diejenigen, die~~ bei  
119 der gesellschaftlichen Verteilung von Macht, Eigentum, Einkommen und Einfluss  
120 strukturell benachteiligt werden: Als Beschäftigte, Erwerbslose, Rentner\*innen oder  
121 Kleinselbständige. Wir wollen für und mit denen kämpfen, die unter der frauen- und  
122 kinderfeindlichen Politik leiden, die eine Vereinbarkeit von Familie und  
123 Berufstätigkeit vor allem für Alleinerziehende kaum zulässt.

### Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag L01.146.1

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller\*in: BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 146 - 147

141 Gemeinsam wollen wir die Krise zu einem Wendepunkt hin zu einer erstarkten und  
142 wirkmächtigen linken Partei machen. Dafür muss Die Linke sich strategisch neu  
143 aufstellen: Nicht indem alles über Bord geworfen wird, sondern indem wir die  
144 gegenwärtige Situation zum Ausgangspunkt nehmen, um unsere Positionen zu schärfen und  
145 weiterzuentwickeln. Die Partei kann nur in Auseinandersetzung mit den Problemen der  
146 Gegenwart ~~—mit der gegenwärtigen Regierung, den gegenwärtigen Krisen, dem~~  
147 ~~gegenwärtigen Kapitalismus, der gegenwärtigen weltpolitischen Kräfteverhältnisse—~~  
148 ihre Rolle und Funktion belegen.

### Begründung

Streichung Einschub, weil verschwurbelt. Kurzer Satz klarer.

## Antrag L01.149.1

Änderungsantrag zu L01-02

Antragsteller\*in: BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 149

149 ~~Warum eine starke~~ Eine Linke dringend nötig ist auf der Höhe der Zeit

### Begründung

Zusammenziehen der nächsten beiden größeren Absätze unter einer Überschrift.  
Andere Möglichkeit: Wir haben starke linke Antworten.

## Antrag L01.152.1

Änderungsantrag zu L01-02

**Antragsteller\*in:** KV Bautzen, KV Freiburg, BV Charlottenburg-Wilmersdorf und weitere

### Zeile 152 - 180

150 Die Ampel-Regierung hat alle sozialen Wahlversprechen und Pläne des  
151 Koalitionsvertrags gebrochen: Kindergrundsicherung, Wohnungsbau, ein Mindestlohn, der  
152 den Vorschriften der EU entspricht, den Pflegenotstand beseitigen,  
Klimaschutz, ~~der~~ Mieter\*innenschutz, der wirksam ist, aber nicht auf  
Kosten der breiten Mehrheit geht. Wichtige Reformprojekte  
154 werden verschleppt: Das Tariftrueugesetz, das Klimageld oder die Senkung der  
155 Kappungsgrenze für Mieterhöhungen. Ganz zu schweigen von den  
Wahlversprechen von SPD  
156 und Grünen, die gar nicht in die Koalitionsverhandlungen eingebracht wurden:  
157 allgemeinverbindliche Tarifverträge, gerechte Besteuerung von Reichtum, eine  
158 gesetzliche Gesundheits- und Pflegeversicherung, in die alle einzahlen. Auch die  
159 Versprechungen des Kanzlers, dass die Gelder für die Aufrüstung nicht auf Kosten von  
160 Sozialpolitik gehen, sind schon gebrochen. Die Bilanz der Haushaltsplanungen:  
161 Kürzungen im Sozialen, aber zusätzliche Aufstockung des Verteidigungshaushaltes. Die  
162 Ampel sagt: „Der Haushalt stärkt Familien, Klima, Wirtschaft und Sicherheit“. Die  
163 Wahrheit ist, dass der Haushalt Unternehmen, Reiche und Waffenkonzerne stärkt.  
164 Kinder, Familien, Rentner\*innen, Geringverdienende und Bürgergeld-Empfänger\*innen  
165 werden mit den gestiegenen Preisen im Stich gelassen. Die unzureichenden Reformen von  
166 Hartz IV zum Bürgergeld werden zurückgedreht. Sanktionen, die das  
167 Bundesverfassungsgericht schon für unzulässig erklärt hat, werden neu aufgelegt.  
168 Spitzenpolitiker\*innen der Regierung greifen Forderungen von Beschäftigten und  
169 Gewerkschaften in den Tarifauseinandersetzungen an, sie stellen Bürgergeld-  
170 Berechtigte als Verantwortliche für ihre verfehlte Politik dar. Wie zu Zeiten der  
171 Agenda 2010 wird versucht, eine Spaltung zwischen Beschäftigten, besonders denen im  
172 Niedriglohn, und Erwerbslosen und Migrant\*innen zu befördern. Die tatsächliche  
173 Spaltung der Gesellschaft zwischen oben und unten, zwischen den Superreichen und dem  
174 unteren Zweidrittel der Gesellschaft werden aus dem Blickfeld gedrängt. Die  
175 selbstverständlichen Erwartungen der Menschen an einen funktionierenden Sozialstaat  
176 werden enttäuscht. Es sollte selbstverständlich sein, dass wer ein Kind bekommt, eine  
177 Geburtsstation in der Nähe findet, dass ein Recht auf Kita-Platz bedeutet, dass es  
178 auch Plätze gibt, dass man im Krankenhaus nicht an vermeidbaren Infektionen stirbt,  
179 weil es zu wenig Personal gibt. Die Regierung sagt: „Dafür ist kein Geld da“. Statt  
180 die Leistungen zu verbessern, sollen die Erwartungen abgesenkt werden. Es  
muss selbstverständlich sein, dass jeder Mensch ein Dach über dem Kopf hat  
und dass die Miete bezahlbar ist.

## Antrag L01.154.1

Änderungsantrag zu L01-02

**Antragsteller\*in:** BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 154

150 Die Ampel-Regierung hat alle sozialen Wahlversprechen und Pläne des  
151 Koalitionsvertrags gebrochen: Kindergrundsicherung, Wohnungsbau, ein Mindestlohn, der  
152 den Vorschriften der EU entspricht, den Pflegenotstand beseitigen, Klimaschutz, der  
153 wirksam ist, aber nicht auf Kosten der breiten Mehrheit geht. Wichtige Reformprojekte  
154 werden verschleppt: Das Tariftrueugesetzt, das Klimageld oder die Senkung der  
155 Kappungsgrenze für Mieterhöhungen.

## Antrag L01.158.1

Änderungsantrag zu L01-02

**Antragsteller\*in:** LAG FIP Hamburg, Saskia Mestern (Hamburg)

### Zeile 158 - 160

150 Die Ampel-Regierung hat alle sozialen Wahlversprechen und Pläne des  
151 Koalitionsvertrags gebrochen: Kindergrundsicherung, Wohnungsbau, ein Mindestlohn, der  
152 den Vorschriften der EU entspricht, den Pflegenotstand beseitigen, Klimaschutz, der  
153 wirksam ist, aber nicht auf Kosten der breiten Mehrheit geht. Wichtige Reformprojekte  
154 werden verschleppt: Das Tariftrueugesetzt, das Klimageld oder die Senkung der  
155 Kappungsgrenze für Mieterhöhungen. Ganz zu schweigen von den  
Wahlversprechen von SPD  
156 und Grünen, die gar nicht in die Koalitionsverhandlungen eingebracht wurden:  
157 allgemeinverbindliche Tarifverträge, gerechte Besteuerung von Reichtum, eine  
158 gesetzliche Gesundheits- und Pflegeversicherung, in die alle einzahlen. ~~Auch die~~  
An die Versprechungen des Kanzlers, dass die Gelder für die Aufrüstung nicht  
auf Kosten von  
160 Sozialpolitik gehen, ~~sind schon gebrochen~~ haben wir nie geglaubt, sie waren  
vom Anfang an verlogen. Militarisierung geht immer auf Kosten des  
Sozialstaats und der Bevölkerung. Die Bilanz der Haushaltsplanungen:

### Begründung

Butter *und* Kanonen sind auch keine Lösung.

## Antrag L01.171.1

Änderungsantrag zu L01-02

**Antragsteller\*in:** BV Charlottenburg-Wilmersdorf, Frederike-Sophie Gronde-  
Brunner, Lilli Mlynarczyk und weitere

### Zeile 171

170 Berechtigte als Verantwortliche für ihre verfehlte Politik dar. Wie zu Zeiten der

- 171 Agenda 2010 wird nicht nur durch die regierenden Parteien SPD, Grüne und FDP, sondern auch massiv von rechts durch CDU, AfD und BSWversucht, eine Spaltung zwischen Beschäftigten, besonders denen im
- 172 Niedriglohn, und Erwerbslosen und Migrant\*innen zu befördern.

## Antrag L01.191.1

Änderungsantrag zu L01-02

Antragsteller\*in: Linksjugend [solid]

### Zeile 191

- 173 Wo ist das Geld? Es liegt auf den Konten der Superreichen, es steckt in ihren  
174 Unternehmensbeteiligungen, es fließt in die Dividenden der Großaktionäre, es geht in  
175 die Taschen der Rüstungskonzerne. Die Prioritäten der Regierung sind: Die  
176 Schuldenbremse einhalten; Superreiche nicht belasten, das würde die Klientel des  
177 Finanzministers treffen. So schafft die Regierung ihre eigenen Sachzwänge. Aufrüsten  
178 statt Sozialpolitik, „Kanonen oder Butter“ - das sind die Entscheidungen, die die  
179 Regierung erzwingt. Besonders dringend fehlt das Geld in den Kommunen. Sie sind für  
180 viele Bereiche konkret zuständig, in denen sich die großen Veränderungen - Klima-  
181 Umbau, Zuwanderung, demografische Entwicklung, Umbrüche auf dem Arbeitsmarkt -  
182 niederschlagen. Wenn sie finanziell nicht handeln können, gehen diese Veränderungen  
183 auf Kosten der Menschen und finden keine Akzeptanz. Repräsentative Demokratie ist dort nur noch Fassade! Es werden zwar Wahlen abgehalten, aber in Wirklichkeit schränkt die Sparpolitik den Handlungsspielraum vieler Kommunen so weit ein, dass abseits von Pflichtausgaben politisch vielerorts nur noch über einstellige Prozentanteile des Haushalts entschieden wird. Diese Verhältnisse verstärken den Nährboden rechter Parteien und entwerten Wahlen. Sparpolitik, Aufrüstung und antidemokratische Verhältnisse sind uns aus der Weimarer Republik bekannt. Wir treten deshalb für einen geschichtsbewussten Antifaschismus ein, der Frieden, Soziales und Antifaschismus miteinander verzahnt und Transformationskosten gerecht verteilt. Die Regierung hat die Kosten für  
184 den Klimaschutz nicht an Reiche und Konzerne, sondern an die Leute weitergereicht,  
185 die schon jetzt kaum über den Monat kommen. Was dem Klima nützt und die Menschen  
186 entlastet, geschieht nicht: Ausbau von Bus und Bahn mit für alle bezahlbaren Tickets  
187 im Nah- und Fernverkehr; Wärme und Energie aus Bürgerhand zu sozial gestaffelten  
188 Preisen. Das versprochene Klimageld für sozialen Ausgleich wurde einfach gestrichen.

### Begründung

Erfolgt mündlich.

# Antrag L01.197.1

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller\*in: BAG Betrieb und Gewerkschaft

Zeile 197

189 ~~Eine Linke auf der Höhe der Zeit...~~

## Begründung

Zusammenziehen mit dem Absatz davor unter einer Überschrift

# Antrag L01.198.1

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller\*in: BV Berlin Steglitz-Zehlendorf

Zeile 198 - 200

190 ~~...muss Antworten auf die Sorgen der Menschen finden und auf der Höhe der~~  
191 ~~gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse sein. In folgenden~~  
192 ~~Feldern werden wir uns auf dem Weg zur Bundestagswahl weiterentwickeln:~~

... muss nicht nur in der Lage sein, die Folgen von Ausbeutung, Unterdrückung und Ungleichheit zu bekämpfen, sondern auch deren Ursprung zu analysieren: den Kapitalismus. Ein System, das Menschen und Natur bis zur Gefährdung des Lebens auf dem Planeten ausplündert, das Imperialismus und Kriege fördert, das Patriarchat und Neokolonialismus braucht, um die Privilegien der Wenigen zu erhalten. Eine Linke auf der Höhe der Zeit muss eine Vision für die Zukunft entwickeln, die das kapitalistische System überwindet.

Allerdings erkennen wir die dringendsten Bedürfnisse, die kurzfristig angesprochen werden müssen. Deshalb werden wir uns in folgenden Feldern auf dem Weg zur Bundestagswahl weiterentwickeln

## Begründung

Eine Linke, die auf der Höhe der Zeit ist, kann nicht damit zufrieden sein, zu wissen, wie man den Kapitalismus ein wenig besser verwalten kann, sondern muss eine Alternative zu ihm vorschlagen, denn der Kapitalismus überlebt nur dank der Ausbeutung der Menschen und des Planeten, dank der Ungleichheit und der Unterdrückung. Dennoch will die Gesellschaft auch, dass Die Linke kurzfristig konkrete Verbesserungen anbietet, und es ist richtig, darauf einzugehen. Das eine widerspricht dem anderen nicht: Eine Linke, die auf der Höhe der Zeit ist, muss in der Lage sein, langfristig zu denken und auch kurzfristige Lösungen anzubieten.



## Antrag L01.198.2

Änderungsantrag zu L01-03

**Antragsteller\*in:** BAG Senior\*innenpolitik

### Zeile 198

198 ...muss Antworten auf die Sorgen der Menschen finden, jegliche  
199 Diskriminierung bekämpfen und auf der Höhe der  
200 gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse sein. In folgenden  
200 Feldern werden wir uns auf dem Weg zur Bundestagswahl weiterentwickeln:

## Antrag L01.198.3

Änderungsantrag zu L01-03

**Antragsteller\*in:** BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 198 - 200

198 ~~...muss Antworten auf die Sorgen der Menschen finden und auf der Höhe der~~  
199 ~~gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse sein. In folgenden~~  
200 ~~Feldern werden wir uns auf dem Weg zur Bundestagswahl weiterentwickeln:~~

### Begründung

Durch das Zusammenziehen braucht man die Einleitung nicht.

## Antrag L01.201.1

Änderungsantrag zu L01-03

**Antragsteller\*in:** KV Düsseldorf, BAG FIP, Antikapitalistische Linke und weitere

### Zeile 201

201 Wir werden das Thema Krieg und Frieden in Verbindung mit den Themen  
201 Soziales und sozial-ökologischer Umbau in das Zentrum unserer Politik  
201 rücken. Wir werden zeigen, wie mehr soziale Sicherheit, gerechte  
201 Verteilung, mehr Teilhabe  
202 und gleichwertige Lebensverhältnisse gewährleistet werden können. Wir werden unsere  
203 Forderungen und Reformkonzepte weiterentwickeln, aktualisieren und in die Debatte  
204 bringen: Zu Rente, Gesundheitsversorgung und Pflegeversicherung; zu Tarifbindung,  
205 Mitbestimmung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf; zum Anspruch auf gute  
206 (soziale) Infrastruktur im Verkehr, Kita und Schule, Pflege und Gesundheit,  
207 bezahlbares Wohnen und Energie.

### Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag L01.202.1

Änderungsantrag zu L01-03

**Antragsteller\*in:** BAG Senior\*innenpolitik

### Zeile 202

201 Wir werden zeigen, wie mehr soziale Sicherheit, gerechte Verteilung, mehr Teilhabe  
202 und gleichwertige und generationengerechte Lebensverhältnisse  
gewährleistet werden können. Wir werden unsere  
203 Forderungen und Reformkonzepte weiterentwickeln, aktualisieren und in die Debatte  
204 bringen: Zu Rente, Gesundheitsversorgung und Pflegeversicherung; zu Tarifbindung,  
205 Mitbestimmung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf; zum Anspruch auf gute  
206 (soziale) Infrastruktur im Verkehr, Kita und Schule, Pflege und Gesundheit,  
207 bezahlbares Wohnen und Energie.

## Antrag L01.202.2

Änderungsantrag zu L01-03

**Antragsteller\*in:** BV Charlottenburg-Wilmersdorf, Frederike-Sophie Gronde-  
Brunner, Lilli Mlynarczyk und weitere

### Zeile 202 - 203

201 Wir werden zeigen, wie mehr soziale Sicherheit, gerechte Verteilung, mehr Teilhabe  
202 und gleichwertige Lebensverhältnisse gewährleistet werden können.  
Öffentliche Daseinsfürsorge gehört in öffentliche Hand, muss  
vergesellschaftet und unter Berücksichtigung klar definierter ökologischer  
Ziele ausgerichtet werden. Wir werden unsere  
203 Forderungen und Reformkonzepte unter diesem Gesichtspunkt  
weiterentwickeln, aktualisieren und in die Debatte  
204 bringen: Zu Rente, Gesundheitsversorgung und Pflegeversicherung; zu Tarifbindung,  
205 Mitbestimmung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf; zum Anspruch auf gute  
206 (soziale) Infrastruktur im Verkehr, Kita und Schule, Pflege und Gesundheit,  
207 bezahlbares Wohnen und Energie.

## Antrag L01.207.1

Änderungsantrag zu L01-03

**Antragsteller\*in:** Ökologische Plattform, Kevin Kreis

### Zeile 207

201 Wir werden zeigen, wie mehr soziale Sicherheit, gerechte Verteilung, mehr Teilhabe  
202 und gleichwertige Lebensverhältnisse gewährleistet werden können. Wir werden unsere  
203 Forderungen und Reformkonzepte weiterentwickeln, aktualisieren und in die Debatte  
204 bringen: Zu Rente, Gesundheitsversorgung und Pflegeversicherung; zu Tarifbindung,  
205 Mitbestimmung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf; zum Anspruch auf gute  
206 (soziale) Infrastruktur im Verkehr, Kita und Schule, Pflege und Gesundheit,  
207 bezahlbares Wohnen und Energie und bei der Bekämpfung der ökologischen  
Katastrophen. Wir werden Konzepte gegen den Fachkräftemangel und  
208 für Job- und Einkommensgarantien in der Transformation vorstellen, zur Sicherung von  
209 Lebensstandards und beruflicher Weiterentwicklung.

## Begründung

Die ökologischen Katastrophen unserer Zeit sind eng mit Fragen sozialer Gerechtigkeit verknüpft. Diese Katastrophen betreffen besonders stark Menschen in prekären Lebenslagen, sowohl im Globalen Süden als auch in den Industrieländern. Sie verschärfen soziale Ungleichheiten, indem sie diejenigen, die bereits unter Armut und fehlender sozialer Absicherung leiden, unverhältnismäßig stark treffen. Es sind die Menschen mit geringem Einkommen und wenig Zugang zu Ressourcen, die am meisten unter den Folgen von Extremwetterereignissen, Umweltzerstörung und steigenden Lebenshaltungskosten leiden. In diesem Sinne ist die Bekämpfung der ökologischen Katastrophen nicht nur eine ökologische, sondern vor allem auch eine soziale Frage. Für DIE LINKE, die sich traditionell für die Schwächsten in der Gesellschaft einsetzt, ist der ökologische Kampf daher eine logische Fortführung ihrer Kernanliegen.

Die ökologischen Katastrophen verschärfen globale Ungleichheiten. Insbesondere die Länder des Globalen Südens, die historisch am wenigsten zur Entstehung dieser Katastrophen beigetragen haben, sind von den Folgen des Klimawandels am härtesten betroffen. Um soziale Gerechtigkeit weltweit zu fördern, muss DIE LINKE sich daher verstärkt für eine globale Klimapolitik einsetzen, die die Verantwortung der Industrieländer anerkennt und eine gerechte Umverteilung von Ressourcen in ärmere Länder ermöglicht. Dabei dürfen die anderen ökologischen Katastrophen aber nicht außer Acht gelassen werden.

## Antrag L01.207.2

Änderungsantrag zu L01-03

<b>Antragsteller*in:</b>	BAG Ökologische Plattform, Kevin Kreis (Berlin, Steglitz-Zehlendorf)
--------------------------	--

### Zeile 207

201 Wir werden zeigen, wie mehr soziale Sicherheit, gerechte Verteilung, mehr Teilhabe  
202 und gleichwertige Lebensverhältnisse gewährleistet werden können. Wir werden unsere  
203 Forderungen und Reformkonzepte weiterentwickeln, aktualisieren und in die Debatte  
204 bringen: Zu Rente, Gesundheitsversorgung und Pflegeversicherung; zu Tarifbindung,  
205 Mitbestimmung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf; zum Anspruch auf gute  
206 (soziale) Infrastruktur im Verkehr, Kita und Schule, Pflege und Gesundheit,  
207 bezahlbares Wohnen und Energie. Die Partei Die Linke steht seit ihrer Gründung für soziale Gerechtigkeit, Frieden und sozialökologischen Umbau. In Anbetracht der drängendsten Herausforderungen unserer Zeit, insbesondere der globalen ökologischen Krisen, wie dem Klimawandel, dem Biodiversitätsverlust, der Ressourcenerschöpfung und der Umweltverschmutzung, wird es immer offensichtlicher, dass der Kampf gegen diese Krisen untrennbar mit dem Streben nach sozialer Gerechtigkeit verbunden ist. Es ist an der Zeit, dass wir uns als Partei klar auf diese existenziellen Themen ausrichten und unsere politische Arbeit stärker darauf fokussieren, die ökologischen Krisen als Kernfrage sozialer und globaler Gerechtigkeit zu verstehen und anzugehen. Die Auswirkungen des Klimawandels und der Zerstörung natürlicher Ökosysteme treffen weltweit die Schwächsten am härtesten. Sowohl innerhalb unserer Gesellschaft als auch

international sind es vor allem Menschen mit geringem Einkommen, marginalisierte Gruppen, sowie Menschen in den Ländern des Globalen Südens, die am wenigsten zur Zerstörung der Umwelt beigetragen haben, aber am meisten unter ihren Folgen leiden. Gleichzeitig sind diese Gruppen oft am wenigsten in der Lage, sich gegen die Folgen von Umweltkatastrophen, Nahrungsmittelknappheit, steigenden Energiepreisen oder extremen Wetterereignissen zu wehren. Diese Zusammenhänge machen deutlich, dass eine sozial gerechte Politik nur dann wirklich erfolgreich sein kann, wenn sie die ökologischen Krisen ins Zentrum ihrer Bemühungen stellt. Um den Anforderungen der Zukunft gerecht zu werden, nimmt DIE LINKE eine Vorreiterrolle als Partei ein, die den Zusammenhang von ökologischer und sozialer Gerechtigkeit klar benennt. Dies bedeutet: Klare Priorisierung der Bekämpfung des Klimawandels: Wir müssen entschieden für einen sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Umbau der Gesellschaft eintreten. Dies umfasst den Übergang zu erneuerbaren Energien, eine drastische Reduzierung der Treibhausgasemissionen und die Förderung umweltfreundlicher Mobilitäts- und Produktionssysteme, die allen zugänglich sind. Artensterben und Biodiversitätskrise bekämpfen: Der Schutz der Biodiversität und der natürlichen Lebensgrundlagen muss in allen Politikbereichen verankert werden. Die Förderung von Agrarökologie, nachhaltiger Landnutzung und die Stärkung naturnaher Ökosysteme sind zentrale Elemente dieser Politik. Ökologische Transformation als sozialste Politik: Jede ökologische Maßnahme muss darauf abzielen, soziale Ungleichheiten zu verringern. Durch einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft, eine gerechte Verteilung von Ressourcen und ein starkes öffentliches Gemeinwesen, das die sozial Schwächsten schützt, stellen wir sicher, dass der notwendige Wandel niemanden zurücklässt. Internationale Solidarität im Kampf gegen ökologische Krisen: Die globalen ökologischen Herausforderungen erfordern globale Lösungen. Wir fordern eine gerechte Klimapolitik, die die historischen Verantwortungslinien anerkennt und eine Umverteilung der Ressourcen von reichen zu armen Ländern ermöglicht, um die Auswirkungen des Klimawandels zu bewältigen. Die Bekämpfung der ökologischen Krisen ist nicht nur eine ökologische Notwendigkeit, sondern auch die sozialste Politik, die wir verfolgen können. Wenn wir es ernst meinen mit sozialer Gerechtigkeit und Solidarität, dann müssen wir den ökologischen Umbau der Gesellschaft aktiv gestalten und als Partei Die Linke diesen Wandel anführen. Wir, Die Linke, müssen die Bekämpfung der ökologischen Krisen als weiteren zentralen Pfeiler ihrer politischen Arbeit verankern und uns thematisch stärker auf die sozialen Folgen des Klimawandels, der Biodiversitätskrise und anderer Umweltzerstörungen zu fokussieren. Die Umsetzung dieser Neuausrichtung erfolgt durch konkrete Maßnahmen und wird in allen Bereichen der Parteiarbeit verankert. Wir werden Konzepte gegen den Fachkräftemangel und

208 für Job- und Einkommensgarantien in der Transformation vorstellen, zur Sicherung von  
209 Lebensstandards und beruflicher Weiterentwicklung.

## **Begründung**

Die ökologischen Katastrophen unserer Zeit sind eng mit Fragen sozialer Gerechtigkeit verknüpft. Diese Katastrophen betreffen besonders stark Menschen

in prekären Lebenslagen, sowohl im Globalen Süden als auch in den Industrieländern. Sie verschärfen soziale Ungleichheiten, indem sie diejenigen, die bereits unter Armut und fehlender sozialer Absicherung leiden, unverhältnismäßig stark treffen. Es sind die Menschen mit geringem Einkommen und wenig Zugang zu Ressourcen, die am meisten unter den Folgen von Extremwetterereignissen, Umweltzerstörung und steigenden Lebenshaltungskosten leiden. In diesem Sinne ist die Bekämpfung der ökologischen Katastrophen nicht nur eine ökologische, sondern vor allem auch eine soziale Frage. Für Die Linke, die sich traditionell für die Schwächsten in der Gesellschaft einsetzt, ist der ökologische Kampf daher eine logische Fortführung ihrer Kernanliegen.

## Antrag L01.209.1

Änderungsantrag zu L01-03

**Antragsteller\*in:** BAG Senior\*innenpolitik

### Zeile 209

201 Wir werden zeigen, wie mehr soziale Sicherheit, gerechte Verteilung, mehr Teilhabe  
202 und gleichwertige Lebensverhältnisse gewährleistet werden können. Wir werden unsere  
203 Forderungen und Reformkonzepte weiterentwickeln, aktualisieren und in die Debatte  
204 bringen: Zu Rente, Gesundheitsversorgung und Pflegeversicherung; zu Tarifbindung,  
205 Mitbestimmung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf; zum Anspruch auf gute  
206 (soziale) Infrastruktur im Verkehr, Kita und Schule, Pflege und Gesundheit,  
207 bezahlbares Wohnen und Energie. Wir werden Konzepte gegen den Fachkräftemangel und  
208 für Job- und Einkommensgarantien in der Transformation vorstellen, zur Sicherung von  
209 Lebensstandards und beruflicher Weiterentwicklung.

Wir haben alle Generationen im Blick, auch die älteren Menschen. In Deutschland leben 21 Millionen Senior\*innen, deren Angst vor der Zukunft wächst: viele Renten sind niedrig und werden durch die Preiserhöhungen entwertet; Pflegekräfte und bezahlbare Pflegeangebote fehlen, das an ökonomischen Interessen ausgerichtete Pflegesystem versagt immer mehr. Die Altersarmut nimmt zu.

Wir wollen ein Verbot der Altersdiskriminierung im Grundgesetz. Wir wollen ein Gesetz und verbindliche Konzepte für ein gutes Leben im Alter: Barrierefreiheit, altersgerechtes Wohnen, wohnortnahe Gesundheits- und Pflegeangebote in öffentlicher Hand, an deren Aufbau Betroffene und Angehörige beteiligt werden, gut bezahlte Pflegekräfte und eine solidarische Pflegeversicherung.

Für eine sichere und auskömmliche Rente brauchen die Menschen eine Rentenversicherung,

in die alle - auch Selbständige, Hochverdiener, Politiker und Beamte - einzahlen. Mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, Selbstorganisationen von Senior\*innen und natürlich auch mit jungen Menschen werden wir dafür Bündnisse aufbauen. Die Massenproteste in Frankreich gegen die Erhöhung des Rentenalters zeigen, wie man weiteren Zumutungen für ältere Menschen entgegenzutreten kann.

## **Begründung**

Antidiskriminierung und Generationengerechtigkeit sind übergreifende Fragen, die in die Leitgedanken für ein Wahlprogramm gehören. Aus unserer Sicht wäre es auch wichtig, den Kampf gegen Kinder- und Jugendarmut prominent in den Antrag aufzunehmen.

Obwohl die Altersdiskriminierung zunimmt, hat DIE LINKE in allen aktuellen Wahlen überdurchschnittliche Stimmenverluste unter älteren Wähler\*innen hinnehmen müssen. Das zeigt, dass vor allem Senior\*innen Vertrauen in die sozialpolitische Kompetenz der Partei verloren haben. Die Gründe dafür müssen aufgedeckt und diskutiert werden.

Leben im Alter wurde in der Partei als Politikfeld seit längerem vernachlässigt oder auf das Thema Rente verkürzt. Dass es um Lebensbedingungen im weitesten Sinne – Wohnen, Verkehr, Preise, ein Recht auf analoge Kommunikation, ärztliche und pflegerische Versorgung bis hin zur Selbstbestimmung am Lebensende – geht, ist programmatisch neu zu diskutieren. Angesichts der verlorenen Zustimmung für die Partei unter älteren Menschen sollte deshalb der Parteitag ein Signal senden, dass dieses Defizit erkannt wurde und bearbeitet wird. Denn die Menschen Ü60 sind nicht nur ein großes Wählerpotenzial, sondern vor allem jene Generation, die den Reichtum dieser Gesellschaft geschaffen hat.

## **Antrag L01.213.1**

Änderungsantrag zu L01-03

**Antragsteller\*in:** BV Berlin Steglitz-Zehlendorf

### **Zeile 213**

210 Wir treten der falschen Erzählung entgegen, die Migrant\*innen zu Sündenböcken für  
211 Sozialabbau und soziale Unsicherheit macht. Wir weisen stattdessen auf die zutiefst  
212 ungerechte Verteilung zwischen oben und unten und die wahren Gründe für die

213 Unsicherheit des Alltags, der Aushöhlung der Daseinsvorsorge hin. Die Linke kritisiert die derzeitige Debatte über Migration und Abschiebung. „Abschiebung im großen Stil“, was von den anderen Parteien mittlerweile durchweg gefordert wird schadet dem Zusammenhalt und dem Vertrauen in der Gesellschaft. Es bedeutet auch, dass die sehr gut integrierten Menschen, die hier teilweise seit Jahren leben, aus Deutschland abgeschoben werden. Es bedeutet, dass die Debatte das gesellschaftliche Klima vergiftet, Menschen generalisierend diskriminiert und verletzt. Die Linke stellt sich dem entgegen und fordert ein Stopp dieser Abschiebungen und dieser Debatte an sich. Die derzeitige Asyl- und Migrationsdebatte vergiftet den Diskurs, stigmatisiert, diskriminiert und stigmatisiert einen Großteil der Gesellschaft. Sie ist Gift für

die Gesellschaft und stärkt niemand anderen als die AfD, die von dieser Debatte als einzige profitiert.

## Begründung

Die derzeitige Asyl- und Migrationsdebatte vergiftet den Diskurs, stigmatisiert, diskriminiert und stigmatisiert einen Großteil der Gesellschaft. Sie ist Gift für die Gesellschaft und stärkt niemand anderen als die AfD, die von dieser Debatte als einzige profitiert.

## Antrag L01.213.2

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller\*in: BAG Die Linke queer

### Zeile 213

210 Wir treten der falschen Erzählung entgegen, die Migrant\*innen zu Sündenböcken für  
211 Sozialabbau und soziale Unsicherheit macht. Wir weisen stattdessen auf die zutiefst  
212 ungerechte Verteilung zwischen oben und unten und die wahren Gründe für die  
213 Unsicherheit des Alltags, der Aushöhlung der Daseinsvorsorge hin.

Wir verteidigen offensiv das Recht auf geschlechtliche Selbstbestimmung. Das „Selbstbestimmungsgesetz“ muss sozial weiterentwickelt werden und den materiellen Grundlagen geschlechtlicher Selbstbestimmung Rechnung tragen. Der Schutz queeren Lebens - sei es vor deutschnationalen, islamistischen oder anderen menschenverachtenden Kräften - ist für uns selbstverständlich Teil antifaschistischer Praxis.

## Begründung

Die Linke ist seit jeher eine zuverlässige Partnerin queerer Emanzipationsbewegungen. Janine Wissler hat in ihrem Beitrag „Für eine neue Idee der Solidarität“ (LINKS BEWEGT, 17.08.2024) treffend herausgestellt, dass geschlechtliche Identität zu den zentralen Feldern der Auseinandersetzungen in von der AfD und Co. gezielt genährten Kulturkämpfen ist. Die ohne prekäre Situation von nicht-cisgeschlechtlichen Menschen und die latente Transfeindlichkeit in Deutschland wird dadurch weiter verschlimmert. Die Linke ist solidarisch mit allen Menschen, die (oftmals tagtäglich) Opfer von transfeindlicher Diskriminierung und Gewalt werden. In Bautzen, Leipzig oder Magdeburg hat sich während der diesjährigen Pride-Saison gezeigt, dass faschistische Parteien und Gruppen zunehmend dort mobilisieren, wo queeres Leben insgesamt sichtbar wird. Erst im vergangenen Jahr konnte ein islamistischer Anschlag auf die Wiener Regenbogenparade vereitelt werden. Der Schutz von CSDs oder vergleichbaren Pride- Veranstaltungen muss so weit wie möglich aus Communities und Gesellschaft heraus organisiert werden und ist eine Facette antifaschistischer Praxis, an der sich viele Mitglieder von Die Linke beteiligen. Gleichzeitig muss der Staat dazu gedrängt werden, sein Sicherheitsversprechen einzulösen. Es gehört zu den Grundansprüchen der demokratisch-sozialistischen Bewegung, dass Menschen ihre Persönlichkeit frei entfalten und angstfrei leben können.

# Antrag L01.215.1

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller\*in: BAG Kommunalpolitik

## Zeile 215

214 Wir entwickeln Konzepte, wie das Leben in den Kommunen für alle sinnvoll gestaltet  
215 werden kann ~~und die Kommunen ausreichend finanziert werden~~. Unser  
216 Einwanderungskonzept muss sichere und legale Einwanderungswege eröffnen, die das  
217 Sterben an den europäischen Grenzen beenden - und einen schnellen Weg zum Einstieg in  
218 die Arbeitswelt und zu voller Teilhabe in der Gesellschaft eröffnen.

## Zeile 248

242 Wir legen Konzepte für gerechte Übergänge aus der fossilen Gesellschaft vor, die das  
243 Leben der Mehrheit der Menschen besser statt schwerer machen. Wir kritisieren die  
244 Klimapolitik der Regierung, weil sie die Klimaziele verfehlt und die Zukunft  
245 verspielt und weil sie die Kosten für den ökologischen Umbau den Menschen mit kleinen  
246 und mittleren Einkommen aufbürdet. Wir zeigen, wie mit gerechter Steuerpolitik und  
247 einer anderen Finanzpolitik eine gute Daseinsvorsorge und Klimaschutz gerecht  
248 finanziert werden kann. Wir setzen uns für die Stärkung der Kommunen und  
ihre stärkere Einbindung in politische Entscheidungen ein, die sie betreffen.  
Wir entwickeln Vorschläge für eine ausreichende Finanzierung der Kommunen,  
denen von Bund und Land immer mehr Aufgaben aufgebürdet wurden.  
Veränderung beginnt von unten und in den Kommunen sind politische  
Entscheidungen unmittelbar „erlebbar“. Die Kommunalpolitik hat für Die Linke  
eine wachsende Bedeutung.

## Begründung

Streichung des Halbsatzes in Zeile 215, dafür Ergänzung in Zeile 248.

Für Die Linke war und ist Kommunalpolitik schon immer Herzstück und wichtiges Standbein. Deren Bedeutung wird künftig weiter zunehmen, um die demokratische Verankerung der Partei vor Ort zu stärken und gemeinsam mit Strukturen wie "Die Linke hilft" vor Ort präsent zu sein und linke Politik für die Menschen mit konkret erlebbarem Gebrauchswert zu machen. Eine entscheidende Voraussetzung für Gestaltungsmöglichkeiten in der Kommune bleibt die auskömmliche Finanzierung durch Bund und Länder, wofür wir für diese Ebenen entsprechende Vorschläge erarbeiten.

# Antrag L01.219.1

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller\*in: BV Berlin Steglitz-Zehlendorf

## Zeile 219 - 222

219 Der neue Parteivorstand wird unsere Konzepte zu Migration ~~weiterentwickeln, wie sie~~  
220 ~~unter anderem in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz und~~  
~~von gemeinsam mit~~ unseren Abgeordneten im  
221 Bundestag ~~erarbeitet wurden, und im Bundestagswahlprogramm Grundlinien für eine~~



222 solidarische Einwanderungsgesellschaft vorlegen, sowie mit der Basis der Partei und mit selbstorganisierten migrantischen Organisationen entwickeln. Die Konzepte der Partei Die Linke zum Thema Migration werden auch auf dem nächsten Kongress der Partei der Europäischen Linken diskutiert werden, denn Migration ist ein Thema, das wir international und mit einer internationalistischen Vision behandeln müssen.

## Begründung

Die Konzepte der Partei Die Linke zur Migration können nicht nur durch Gespräche zwischen Parteifunktionären gelöst werden. Der Dialog mit Migrant\*innenselbstorganisationen ist notwendig, um diese Konzepte zu entwickeln. Zudem ist es illusorisch zu glauben, dass ein Konzept zur Migration in der heutigen globalisierten Welt und innerhalb der Europäischen Union nur von der Linken in Deutschland entwickelt werden kann. Die Debatte muss international geführt werden, um glaubwürdige Lösungen anbieten zu können und um einen möglichst eindeutigen Diskurs in verschiedenen Ländern zu führen, der dem migrationsfeindlichen Hassdiskurs der internationalen Rechtsextremen entgegensteht.

## Antrag L01.222.1

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller\*in: KV Düsseldorf

### Zeile 222

219 Der neue Parteivorstand wird unsere Konzepte zu Migration weiterentwickeln, wie sie  
220 unter anderem in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz und von unseren Abgeordneten im  
221 Bundestag erarbeitet wurden, und im Bundestagswahlprogramm Grundlinien für eine  
222 solidarische Einwanderungsgesellschaft vorlegen.

Neben kultureller Vielfalt und Weltoffenheit verpflichtet sich DIE LINKE der sexuellen Orientierung und selbstbestimmter Geschlechtsidentität. Queere Menschen erleben zunehmend, dass sie in der Öffentlichkeit und auch von verschiedenen Gruppen aus Politik und Gesellschaft wieder mehr angefeindet, ihre Lebensweise in Frage gestellt werden, auch durch die Diskursverschiebung besonders konservativer und rechter Kreise und Politik. DIE LINKE wird sich diesem auch in Zukunft mit ihrer Politik entschieden entgegenstellen und Gruppen und Verbände, die sich für queere Anliegen engagieren, unterstützen und stärken. Aus diesen Gründen bedeutet für DIE LINKE antifaschistische Arbeit ebenso der Schutz von queeren Leben. Hierfür ist es u. a. Notwendig, queeres Leben in Art. 3 GG aufzunehmen.

## Begründung

Erfolgt mündlich.

# Antrag L01.223.1

Änderungsantrag zu L01-03

**Antragsteller\*in:** KV Düsseldorf, BAG FIP, Antikapitalistische Linke und weitere

## Zeile 223 - 230

223 ~~Wir werden die Militarisierung und die Verengung von —europäischer und globaler—~~  
224 ~~Sicherheitspolitik auf Kriegslogik zurückweisen und die Kosten der Aufrüstungsspirale~~  
225 ~~aufdecken. Wir werden tragfähige Konzepte entwickeln, wie eine weltweite~~  
226 ~~Abrüstungsinitiative aussehen kann; wie Schritte für einen Frieden in der Ukraine und~~  
227 ~~im Nahen Osten gegangen werden können; wie ein System der kollektiven Sicherheit in~~  
228 ~~einer multipolaren Welt aussehen kann; wie wir Sicherheit und Frieden mit friedlichen~~  
229 ~~Mitteln erreichen. Hierauf wird unser Bundestagswahlprogramm 2025 konkrete Antworten~~  
230 ~~liefern.~~

Dazu werden wir gegen die fortschreitende Militarisierung in die Zivilgesellschaft hinein mobilisieren. Ein erster Schritt dafür wird eine Kampagne gegen die Stationierung der US- Mittelstreckenraketen sein. Wir wissen, dass nur eine breite und starke Friedensbewegung in Deutschland, die fortschreitende Aufrüstung stoppen kann und damit auch friedensbewegte Menschen in anderen Ländern stärken kann. Damit machen wir DIE LINKE bis zur Bundestagswahl wieder zu einem wichtigen Faktor im Kampf gegen Krieg und Aufrüstung.

## Begründung

Erfolgt mündlich.

# Antrag L01.223.2

Änderungsantrag zu L01-03

**Antragsteller\*in:** BAG Betrieb und Gewerkschaft

## Zeile 223 - 230

223 Wir werden die Militarisierung ~~und die Verengung von —europäischer und globaler—~~  
224 ~~Sicherheitspolitik auf Kriegslogik~~ zurückweisen und die Kosten der Aufrüstungsspirale  
225 aufdecken. ~~Wir werden tragfähige Konzepte entwickeln, wie eine weltweite~~  
226 ~~Abrüstungsinitiative aussehen kann; wie Schritte für einen Frieden in der Ukraine und~~  
227 ~~im Nahen Osten gegangen werden können; wie ein System der kollektiven Sicherheit in~~  
228 ~~einer multipolaren Welt aussehen kann; wie wir Sicherheit und Frieden mit friedlichen~~  
229 ~~Mitteln erreichen. Hierauf~~Dazu werden wir in die Zivilgesellschaft hinein mobilisieren. Ein erster Schritt dafür wird unser  
230 ~~liefern.~~eine Kampagne gegen die Stationierung der US- Mittelstreckenraketen sein. Wir wissen, dass nur eine breite und starke Friedensbewegung in Deutschland die fortschreitende Aufrüstung stoppen kann und damit auch friedensbewegte Menschen in anderen Ländern stärkt. Damit machen wir Die Linke bis zur Bundestagswahl wieder zu einem wichtigen Faktor im Kampf gegen Krieg und Aufrüstung

## Begründung

Es geht nicht nur um die Kritik einer Verengung der Sicherheitspolitik auf Kriegslogik, sondern um das System der Sicherheitspolitik wie es ist selbst. Daher lieber weglassen, weil sonst ergänzt werden müsste.

Textersetzung Zeilen 225 bis 230: Die Entwicklung von Konzepten ist zu wenig und sehr vom Parlament aus gedacht. Wir müssen aktiver Part im Aufbau einer Friedensbewegung sein.

## Antrag L01.231.1

Änderungsantrag zu L01-03

**Antragsteller\*in:** BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 231 - 232

231 ~~Wir wollen die Verbindungen in~~ Wir wollen die  
Gewerkschaften ~~und die linke Gewerkschaftspolitik~~  
232 stärken und uns in der Arbeitswelt besser verankern. Mit der  
Ergänzung der gewerkschaftlichen Ratschläge um den  
Gewerkschaftsrat  
233 sind wir einen wichtigen Schritt schon gegangen.

## Antrag L01.240.1

Änderungsantrag zu L01-03

**Antragsteller\*in:** BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 240

231 Wir wollen die Verbindungen in die Gewerkschaften und die linke Gewerkschaftspolitik  
232 stärken. Mit der Ergänzung der gewerkschaftlichen Ratschläge um den Gewerkschaftsrat  
233 sind wir einen wichtigen Schritt schon gegangen. Wir wollen Vernetzungen,  
234 Gesprächsformate und Strategieberatungen zu gewerkschaftlichen Fragen ausbauen. Wir  
235 unterstützen Streiks und Gegenwehr der Beschäftigten und zeigen, dass Die Linke ein  
236 verlässlicher(er) Partner bei den Forderungen nach gerechten Übergängen in der  
237 Industrie, angemessener Personalbemessung und gerechter Finanzierung der  
238 Daseinsvorsorge, Arbeitszeitverkürzung, Tarifbindung und Entlohnung ist. Auch  
239 innerparteilich wollen wir die Vernetzungen und Verankerungen in der Klasse stärken:  
240 Was wir mit den ~~Gesundheitsarbeiter\*innen~~ Beschäftigten im  
Gesundheitswesen begonnen haben, sollte nach und nach mit  
241 allen größeren Branchen passieren.

## Begründung

Die Gesundheitsarbeiter\*innen fremdeln mit dem Begriff:).

## Antrag L01.241.1

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller\*in: BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 241

231 Wir wollen die Verbindungen in die Gewerkschaften und die linke Gewerkschaftspolitik  
232 stärken. Mit der Ergänzung der gewerkschaftlichen Ratschläge um den Gewerkschaftsrat  
233 sind wir einen wichtigen Schritt schon gegangen. Wir wollen Vernetzungen,  
234 Gesprächsformate und Strategieberatungen zu gewerkschaftlichen Fragen ausbauen. Wir  
235 unterstützen Streiks und Gegenwehr der Beschäftigten und zeigen, dass Die Linke ein  
236 verlässlicher(er) Partner bei den Forderungen nach gerechten Übergängen in der  
237 Industrie, angemessener Personalbemessung und gerechter Finanzierung der  
238 Daseinsvorsorge, Arbeitszeitverkürzung, Tarifbindung und Entlohnung ist. Auch  
239 innerparteilich wollen wir die Vernetzungen und Verankerungen in der Klasse stärken:  
240 Was wir mit den Gesundheitsarbeiter\*innen begonnen haben, sollte nach und nach mit  
241 ~~allen~~ Beschäftigten aller größeren Branchen passieren.

## Antrag L01.258.1

Änderungsantrag zu L01-04

Antragsteller\*in: BV Charlottenburg-Wilmersdorf, Frederike-Sophie Gronde-  
Brunner, Lilli Mlynarczyk und weitere

### Zeile 258 - 259

~~258 Wir nehmen die gesellschaftlichen Herausforderungen an und  
entwickeln unsere Positionen weiter~~

Wir nehmen die aktuellen globalen Herausforderungen an und entwickeln  
konkrete Konzepte für eine solidarische und integrative Gesellschaft

## Antrag L01.260.1

Änderungsantrag zu L01-04

Antragsteller\*in: BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 260 - 265

~~260 Viele Menschen erleben, dass der Alltag (so) nicht funktioniert. Unsicherheit und  
261 Ungerechtigkeit fressen sich ins Lebensgefühl. Die Unsicherheitsgefühle sind  
262 politisch umkämpft. Sie überlagern die gesellschaftlichen Debatten um Migration und  
263 globale Sicherheit. Die Linke muss sowohl die gesellschaftlichen Ursachen der  
264 Unsicherheiten wie die politischen Antworten in den Bereichen Migration und globale  
265 Sicherheit angemessen in ihren Konzepten beantworten.~~

Viele Menschen wissen nicht, wie sie ihren Alltag finanzieren sollen.

### Begründung

Es geht nicht um Erleben, es geht um Realität. Streichung der 3 Zeilen, weil sehr verkopft.

## Antrag L01.260.2

Änderungsantrag zu L01-04

**Antragsteller\*in:** BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 260 - 265

260 Viele Menschen ~~erleben, dass der Alltag (so) wissen nicht funktioniert. Unsicherheit und~~  
261 ~~Ungerechtigkeit fressen sich ins Lebensgefühl. Die Unsicherheitsgefühle sind~~  
262 ~~politisch umkämpft. Sie überlagern, wie sie ihren Alltag finanzieren sollen.~~  
Unsicherheit überlagert die gesellschaftlichen Debatten um Migration und  
263 globale Sicherheit. Die Linke muss sowohl die gesellschaftlichen Ursachen der  
264 Unsicherheiten ~~en~~ wie die politischen Antworten in den Bereichen Migration und globale  
265 Sicherheit angemessen in ihren Konzepten und ihrer Praxis beantworten.

## Antrag L01.270.1

Änderungsantrag zu L01-04

**Antragsteller\*in:** BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 270

267 Migration gab es schon immer. Menschen setzen sich in Bewegung. Sie überwinden  
268 Grenzen und ganze Kontinente. Die aktuellen öffentlichen Debatten sind darauf  
269 angelegt, Menschen, die zu uns kommen, zu Sündenböcken zu machen.  
270 Abschottungsp~~hantasi~~enaxis und -debatten dominieren und verstellen  
den Blick darauf, dass  
271 Deutschland längst ein Einwanderungsland ist. Die Ampelregierung hat mit der  
272 Zustimmung zur Gemeinsamen Europäischen Asylpolitik das individuelle Asylrecht  
273 faktisch abgeschafft. Illegale und tödliche Praktiken an den europäischen Grenzen  
274 kosten das Leben von tausenden Menschen. Die Linke stellt sich dem entgegen

## Antrag L01.303.1

Änderungsantrag zu L01-04

**Antragsteller\*in:** BV Berlin Steglitz-Zehlendorf

### Zeile 303 - 304

300 Deshalb schlägt Die Linke ein eng mit dem europäischen und internationalen  
301 Menschenrechtsschutz verzahntes Einwanderungskonzept vor. Es umfasst unterschiedliche  
302 Elemente: 1) legale Wege zur Einwanderung jenseits des Asyl- und Flüchtlingsrechts 2)  
303 rechtliche Gleichstellung, Aufenthaltsrecht und Staatsbürgerschaft, 3) ~~Zugänge zum~~  
304 ~~Arbeitsmarkt und ein erleichterter Familiennachzug für Geflüchtete,~~ 4)  
Zugänge zum Arbeitsmarkt und 5) die sozialen Rahmenbedingungen  
und notwendigen Investitionen,  
305 mehr Angebote und Personal für Sprachkurse und für Schulen und Kitas, Wohnen sowie  
306 einen Fonds für Willkommenskommunen.

## Begründung

Das soziale Umfeld der Familie schützt und stärkt geflüchtete Menschen. Zusammen lassen sich traumatische Erlebnisse besser verarbeiten und die Menschen sind dadurch in einem sicheren sozialen Umfeld in Deutschland. Die derzeitige Asyl- und Migrationsdebatte vergiftet den Diskurs, stigmatisiert, diskriminiert und stigmatisiert einen Großteil der Gesellschaft. Sie ist Gift für die Gesellschaft und stärkt niemand anderen als die AfD, die von dieser Debatte als einzige profitiert.

## Antrag L01.306.1

Änderungsantrag zu L01-04

Antragsteller\*in: KV Bochum

### Zeile 306

300 Deshalb schlägt Die Linke ein eng mit dem europäischen und internationalen  
301 Menschenrechtsschutz verzahntes Einwanderungskonzept vor. Es umfasst unterschiedliche  
302 Elemente: 1) legale Wege zur Einwanderung jenseits des Asyl- und Flüchtlingsrechts 2)  
303 rechtliche Gleichstellung, Aufenthaltsrecht und Staatsbürgerschaft, 3) Zugänge zum  
304 Arbeitsmarkt und 4) die sozialen Rahmenbedingungen und notwendigen Investitionen,  
305 mehr Angebote und Personal für Sprachkurse und für Schulen und Kitas, Wohnen sowie  
306 einen Fonds für Willkommenskommunen.

Die Arbeit der psychosozialen Zentren, welche eine solidarische sozialarbeiterische und psychotherapeutische Versorgung von Geflüchteten unabhängig vom Versichertenstatus gewährleisten, ist auch in Zukunft finanziell abzusichern.

## Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag L01.319.1

Änderungsantrag zu L01-04

Antragsteller\*in: BV Berlin Steglitz-Zehlendorf

### Zeile 319 - 321

311 Die wesentlichen Kosten und Arbeit beim Ankommen werden von den Kommunen geleistet -  
312 die in vielen Fällen schon durch Altschulden und leere Kassen ihre Pflichtaufgaben  
313 kaum erfüllen können. Willkommen braucht Strukturen und Ressourcen zum Ausbau der  
314 sozialen Infrastruktur. Die Kosten dafür müssen durch den Bund übernommen werden. Wir  
315 fordern einen bundesweiten Partizipationsrat, in dem die Integrationsbeauftragten von  
316 Kommunen und Ländern und die migrantischen Selbstorganisationen vertreten sind. Wir  
317 wollen die Hürden beim Arbeitsmarktzugang senken und die Anerkennung ausländischer  
318 Abschlüsse erleichtern, damit jeder Mensch von seiner eigenen Hände  
319 Arbeit sein / ihr Leben gestalten kann. Das ~~deutsche System „Sprache, Ausbildung,~~  
320 ~~dann erst Arbeit“ ist an vielen Stellen für eine moderne Einwanderungsgesellschaft zu~~  
321 ~~starr~~Ziel soll es sein Geflüchtete und Migranten so schnell und bürokratiearm

wie möglich in den Arbeitsmarkt zu integrieren und ihre Familien nachholen zu können. Auf diese Weise werden sie leichter ein integraler Teil der Gesellschaft, der hier lebt, arbeitet und Steuern zahlt, ohne von staatlichen Leistungen leben und abhängig sein zu müssen.

## Begründung

Auf der einen Seite hilft der schnelle Zugang zum Arbeitsmarkt den Menschen, dass sie in ihrer neuen Heimat ankommen können. Auf der anderen Seite ist das Argument, dass Geflüchtete dem Staat nur Geld kosten entkräftet, wenn weitere Maßnahmen dahingehend erleichtert werden, dass man überhaupt erstmal die Chance hat für sich selbst zu sorgen.

## Antrag L01.321.1

Änderungsantrag zu L01-04

Antragsteller\*in: KV Bochum

### Zeile 321

311 Die wesentlichen Kosten und Arbeit beim Ankommen werden von den Kommunen geleistet -  
312 die in vielen Fällen schon durch Altschulden und leere Kassen ihre Pflichtaufgaben  
313 kaum erfüllen können. Willkommen braucht Strukturen und Ressourcen zum Ausbau der  
314 sozialen Infrastruktur. Die Kosten dafür müssen durch den Bund übernommen werden. Wir  
315 fordern einen bundesweiten Partizipationsrat, in dem die Integrationsbeauftragten von  
316 Kommunen und Ländern und die migrantischen Selbstorganisationen vertreten sind. Wir  
317 wollen die Hürden beim Arbeitsmarktzugang senken und die Anerkennung ausländischer  
318 Abschlüsse erleichtern, damit jeder Mensch von seiner eigenen Hände Arbeit sein / ihr  
319 Leben gestalten kann. Das deutsche System „Sprache, Ausbildung, dann erst Arbeit“ ist  
320 an vielen Stellen für eine moderne Einwanderungsgesellschaft zu  
321 starr. Wir fordern den sofortigen Stopp von Abschiebungen.

## Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag L01.333.1

Änderungsantrag zu L01-05

Antragsteller\*in: BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 333 - 337

333 Der ~~politische und ökonomische Zusammenhang von Kapitalismus-~~  
~~und~~ Kapitalismus trägt den Krieg ~~entsteht aus~~  
334 ~~seiner kapitalistischen Verwertungslogik~~ in sich, wie die Wolke den Regen.  
Nicht nur der Globale Westen, sondern auch  
335 Staaten, wie Russland, Iran oder China, sowie in einer Doppelrolle die Türkei,  
336 kämpfen um regionalen oder globalen Einfluss. Die Überwindung ~~der kapitalistischen~~  
337 ~~Verwertungslogik~~ des Kapitalismus ist daher nicht nur eine Frage der  
Gerechtigkeit, sondern auch des

## Antrag L01.338.1

Änderungsantrag zu L01-05

**Antragsteller\*in:**

OV Bad Cannstatt-Mühlhausen-Münster

### Zeile 338

333 Der politische und ökonomische Zusammenhang von Kapitalismus und Krieg entsteht aus  
334 seiner kapitalistischen Verwertungslogik. Nicht nur der Globale Westen, sondern auch  
335 Staaten, wie Russland, Iran oder China, sowie in einer Doppelrolle die Türkei,  
336 kämpfen um regionalen oder globalen Einfluss. Die Überwindung der kapitalistischen  
337 Verwertungslogik ist daher nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch des

338 Friedens. Deshalb können immer mehr regionale Konflikte nicht im Rahmen  
des Kapitalismus gelöst werden, sondern in diesem Rahmen nur Atempausen  
erreicht werden, die für den Kampf für eine wirkliche Lösung dieser Konflikte  
durch die Überwindung des Kapitalismus genutzt werden müssen. Eine der  
Aufgaben der Linken in der Friedensbewegung und in der Gesellschaft  
insgesamt besteht darin, den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und  
Krieg zu erklären.“

## Antrag L01.343.1

Änderungsantrag zu L01-05

**Antragsteller\*in:**

KV Düsseldorf, BAG FIP, Antikapitalistische Linke und weitere

### Zeile 343

339 Geopolitische und geostrategische Auseinandersetzungen, Handelskonflikte und Kriege  
340 haben dramatisch zugenommen und die Koordinaten der internationalen Politik  
341 verschoben. Insbesondere der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die  
342 Ukraine hat Die Linke vor neue Herausforderungen als Partei für Frieden, Entspannung

343 und Abrüstung gestellt. Der Krieg um die Ukraine ist ein Konflikt zwischen  
dem mächtigsten kapitalistisch-imperialistischen Block auf der Welt, den  
Vereinigten Staaten mit seinen europäischen Verbündeten, darunter  
auch Deutschland, einerseits, und Russland, einer ökonomisch und  
militärisch weitaus schwächeren, schon geschwächten und deshalb  
umso aggressiveren kapitalistischen imperialistischen Macht  
andererseits. Die USA und die NATO verfolgen im Ukraine-Konflikt  
eigene

344 geopolitische und strategische Interessen zur Schwächung Russlands und um Stärke  
345 gegenüber der aufsteigenden Macht China zu demonstrieren. Doch es wäre ein Fehler,  
346 den Ukrainekrieg auf seine - unbestreitbare - geopolitische Dimension und damit auf  
347 eine rein innerimperiale Auseinandersetzung zwischen den USA/NATO und Russland zu  
348 reduzieren.

## Begründung

Erfolgt mündlich.



# Antrag L01.345.1

Änderungsantrag zu L01-05

**Antragsteller\*in:** Kommunistische Plattform, Ellen Brombacher (Berlin Mitte, Delegierte) , Rim Farha (Kommunistische Plattform, Delegierte) und weitere

## Zeile 345 - 348

339 Geopolitische und geostrategische Auseinandersetzungen, Handelskonflikte und Kriege  
340 haben dramatisch zugenommen und die Koordinaten der internationalen Politik  
341 verschoben. Insbesondere der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die  
342 Ukraine hat Die Linke vor neue Herausforderungen als Partei für Frieden, Entspannung  
343 und Abrüstung gestellt. Die USA und die NATO verfolgen im Ukraine-Konflikt eigene  
344 geopolitische und strategische Interessen zur Schwächung Russlands und um Stärke  
345 gegenüber der aufsteigenden Macht China zu demonstrieren. ~~Doch es wäre ein Fehler,~~  
346 ~~den Ukrainekrieg auf seine unbestreitbare geopolitische Dimension und damit auf~~  
347 ~~eine rein innerimperiale Auseinandersetzung~~Zbigniew Brzeziński hatte bereits 1997  
»Amerikas Strategie der Vorherrschaft« entworfen und die geplante  
Realisierung dieser Strategie, »Die einzige Weltmacht« zu bleiben, detailliert  
beschrieben. An der Realisierung dieses Entwurfs wird seitdem gearbeitet. Der  
systematische Kampf des US-Imperiums mit der NATO im Schlepptau um die  
Sicherung der Vorherrschaft macht - trotz des völkerrechtswidrigen Krieges  
Russlands in der Ukraine, über dessen Vorgeschichte nicht geredet werden  
soll - das aggressive westliche Militärbündnis nicht zu einer  
Verteidigungskraft. Ohne den Krieg in der Ukraine gutzuheißen, müssen wir  
auch weiterhin mit einer klaren Haltung gegen die Politik der NATO und für das  
in der UN-Charta verankerte Prinzip des Friedens zwischen den ~~USA/NATO-~~  
~~und Russland zu~~  
348 ~~reduzieren~~Staaten gesellschaftlich wirksam bleiben, ja wirksamer  
werden. Wir fordern Verhandlungen zur Beendigung des Ukraine-  
Krieges ohne Vorbedingungen.

## Zeile 349 - 354

349 ~~In der Vergangenheit konnten Linke und Friedensbewegte mit einer klaren Haltung gegen~~  
350 ~~die Politik der NATO und der militärischen Konfrontation des Westens gesellschaftlich~~  
351 ~~wirksam sein. Heute gilt es jedoch darüber hinaus glaubwürdige Antworten auf~~  
352 ~~Aggressionen und imperiale Bestrebungen nicht-westlicher Akteure zu finden, die das~~  
353 ~~in der Charta der UN verankerte Prinzip des Friedens zwischen den Staaten~~  
354 ~~herausfordern.~~

## Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag L01.345.2

Änderungsantrag zu L01-05

**Antragsteller\*in:** KV Düsseldorf, BAG Frieden und Internationale Politik, Antikapitalistische Linke und weitere

### Zeile 345 - 348

339 Geopolitische und geostrategische Auseinandersetzungen, Handelskonflikte und Kriege  
340 haben dramatisch zugenommen und die Koordinaten der internationalen Politik  
341 verschoben. Insbesondere der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die  
342 Ukraine hat Die Linke vor neue Herausforderungen als Partei für Frieden, Entspannung  
343 und Abrüstung gestellt. Die USA und die NATO verfolgen im Ukraine-Konflikt eigene  
344 geopolitische und strategische Interessen zur Schwächung Russlands und um Stärke  
345 gegenüber der aufsteigenden Macht China zu demonstrieren. ~~Doeh~~ Bereits  
jetzt herrscht unter westlichen Unternehmen eine „Goldgräberstimmung“  
(Handelsblatt 21.06.2023) bezüglich der Ukraine. Der Wiederaufbau soll  
über die Investmentriesen BlackRock und JP Morgan laufen. Die westlichen  
Staaten wollen deren Investitionen mit hohen Milliardensummen durch  
staatliche Garantien absichern. Die finanzielle und militärische Abhängigkeit  
der Ukraine vom Westen soll dauerhaft zementiert werden. Um eine wirkliche  
Unabhängigkeit der Ukraine zu erreichen, braucht es ~~wäre ein Fehler,~~  
346 ~~den Ukrainekrieg auf seine unbestreitbare geopolitische Dimension und damit auf~~  
347 ~~eine rein innerimperiale Auseinandersetzung zwischen den USA/NATO und Russland zu~~  
348 ~~reduzieren~~ als ersten Schritt einen vollständigen Schuldenschnitt für das Land.

### Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag L01.345.3

Änderungsantrag zu L01-05

**Antragsteller\*in:** BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 345 - 348

339 Geopolitische und geostrategische Auseinandersetzungen, Handelskonflikte und Kriege  
340 haben dramatisch zugenommen und die Koordinaten der internationalen Politik  
341 verschoben. Insbesondere der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die  
342 Ukraine hat Die Linke vor neue Herausforderungen als Partei für Frieden, Entspannung  
343 und Abrüstung gestellt. Die USA und die NATO verfolgen im Ukraine-Konflikt eigene  
344 geopolitische und strategische Interessen zur Schwächung Russlands und um Stärke  
345 gegenüber der aufsteigenden Macht China zu demonstrieren. ~~Doeh es wäre ein Fehler,~~  
346 ~~den Ukrainekrieg auf seine unbestreitbare geopolitische Dimension und damit auf~~  
347 ~~eine rein innerimperiale Auseinandersetzung zwischen den USA/NATO und Russland zu~~

## Antrag L01.349.1

Änderungsantrag zu L01-05

**Antragsteller\*in:** BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 349 - 351

349 ~~In der Vergangenheit konnten Linke und Friedensbewegte mit einer klaren Haltung gegen~~  
350 ~~die Politik der NATO und der militärischen Konfrontation des Westens gesellschaftlich~~  
351 ~~wirksam sein.~~ Heute gilt es ~~jedoch darüber hinaus,~~ glaubwürdige Antworten auf  
352 Aggressionen und imperiale Bestrebungen nicht-westlicher Akteure zu finden, die das  
353 in der Charta der UN verankerte Prinzip des Friedens zwischen den Staaten  
354 herausfordern. Nur so werden wir überzeugend der wachsenden Militarisierung der  
355 gesamten Gesellschaft und ihrer Ausrichtung auf das Ziel einer neuen  
356 Kriegstüchtigkeit entgegentreten können.

## Antrag L01.351.1

Änderungsantrag zu L01-05

**Antragsteller\*in:** BAG Frieden und Internationale Politik, Saskia Mestern  
(Hamburg)

### Zeile 351 - 356

349 In der Vergangenheit konnten Linke und Friedensbewegte mit einer klaren Haltung gegen  
350 die Politik der NATO und der militärischen Konfrontation des Westens gesellschaftlich  
351 wirksam sein. Heute gilt es ~~jedoch darüber hinaus glaubwürdige Antworten auf~~  
erst recht. Die Antwort auf Aggressionen und imperiale Bestrebungen ~~nicht westlicher~~  
~~Akteure zu finden, die das~~  
, die das in der Charta der UN verankerte Prinzip des Friedens zwischen den Staaten  
354 herausfordern, ist der Kampf für die Verwirklichung des Völkerrechts von allen, für alle. Nur  
so ~~werd~~treten wir ~~überzeugend~~ der wachsenden Militarisierung der  
355 gesamten Gesellschaft und ihrer Ausrichtung auf das Ziel einer neuen  
356 Kriegstüchtigkeit ~~entgegentreten können~~entgegen.

### Begründung

Es gibt keinen (guten) Grund, dem Pazifismus abzuschwören.

## Antrag L01.356.1

Änderungsantrag zu L01-05

**Antragsteller\*in:** KV Köln

### Zeile 356

349 In der Vergangenheit konnten Linke und Friedensbewegte mit einer klaren Haltung gegen  
350 die Politik der NATO und der militärischen Konfrontation des Westens gesellschaftlich  
351 wirksam sein. Heute gilt es jedoch darüber hinaus glaubwürdige Antworten auf

352 Aggressionen und imperiale Bestrebungen nicht-westlicher Akteure zu finden, die das  
353 in der Charta der UN verankerte Prinzip des Friedens zwischen den Staaten  
354 herausfordern. Nur so werden wir überzeugend der wachsenden Militarisierung der  
355 gesamten Gesellschaft und ihrer Ausrichtung auf das Ziel einer neuen  
356 Kriegstüchtigkeit entgegentreten können. Zu einer solchen glaubwürdigen  
Friedenspolitik gehört insbesondere: Die Ausgaben für eine angemessene  
Sozial- und Klimapolitik insbesondere auf europäischer Ebene drastisch zu  
erhöhen. Denn die größte Bedrohung der Sicherheit aller Völker ist die Gefahr,  
dass weite Teile des Planeten unbewohnbar werden. Es ist jetzt allerhöchste  
Zeit, mit allen verfügbaren Ressourcen gegenzusteuern. Dagegen lehnen wir  
die von der NATO geforderte Zielsetzung der Anbindung von Militärausgaben  
am Bruttoinlandprodukt (BIP, derzeit 2%) ab. Stärkung der Vereinten Nationen  
und Orientierung der europäischen Politik an den Zielen und Regeln der UN-  
Charta und der globalen UN- Entwicklungsziele (SDGs). Unterstützung und  
Ausgestaltung der „Neuen Agenda für den Frieden“ (Guterres).  
Neuausrichtung der EU-Interessen in der Weltpolitik durch mehr  
Unabhängigkeit von den USA und eigenständige Positionsbestimmung in  
einer multipolaren Welt, die einen friedlichen Ausgleich mit und zwischen den  
Interessen der großen Atommächte USA, China und Russland, aber auch z.B.  
den weiteren BRICS-Staaten fördert. Der Grundsatz der Gleichberechtigung  
und Selbstbestimmung der Völker muss Leitschnur einer solchen Außenpolitik  
sein. Verzicht der NATO und ihrer Mitglieder auf globale Militärinterventionen  
und Marineeinsätze. Entwicklung einer eigenen Friedens- und Klimapolitik  
europäischer Staaten über eine Neuauflage der Organisation für Sicherheit  
und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und die Förderung von zivilen  
Friedensdiensten / Konfliktlösungen. Sofortiger Beitritt Deutschlands zum  
Atomwaffenverbotsvertrag. Ein solcher Schritt würde auch ein wichtiges  
Signal zur Deeskalation der Bedrohung in Europa darstellen!

## Begründung

Zur Glaubwürdigkeit einer Friedenspolitik gehört schon die Benennung konkreter Zielsetzungen, die auch im Lichte eines Krieges in Mitten in Europa eine wichtige Grundlage behalten müssen.

## Antrag L01.357.1

Änderungsantrag zu L01-05

Antragsteller\*in: BV Berlin Steglitz-Zehlendorf

### Zeile 357 - 361

357 ~~Die ukrainische Bevölkerung~~Die Ukraine kämpft um ihr  
Recht auf ~~nationale Selbstbestimmung und~~  
358 ~~nimmt das in der UN-Charta verbriefte Recht auf~~  
~~Selbstverteidigung wahr. Die~~Selbstbestimmung. Als Linke  
359 ~~verteidigt dieses Recht. Gleichzeitig~~unterstützen wir generell die  
Selbstbestimmung der Völker. Als sozialistische Friedenspartei stehen wir  
dabei nicht auf der Seite irgendeiner Kriegspartei. Wir stehen auf Seite  
der vom Krieg und vom Sterben für das „Vaterland“ betroffenen

## Bevölkerung.

Wir treten ~~wir für das Recht auf~~

für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ein und fordern die

Bundesregierung auf, ~~russischen wie~~

allen ukrainischen ~~Kriegsdienstverweigerern~~ und russischen Menschen die  
den Kriegsdienst verweigern oder desertieren politisches Asyl zu gewähren.

## **Begründung**

Für die redaktionellen Änderungen: Auch bei Kriegsdienstverweigerung und Desertation sollte gegendert werden.

Für die Inhaltlichen Änderungen:

-Es ist nicht süß und ehrenvoll für das Vaterland zu sterben! Das ist unsere Grundmaxime. Dass sich massenhaft Menschen der Einberufung entziehen, zeigt, dass schon lange nicht mehr alle Menschen diesen Krieg für die Rückeroberung sämtlicher Gebiete fortsetzen wollen. Wir teilen die nationalistische Logik nicht, nach der die Bevölkerung die Interessen der jeweiligen Staaten mit ihrem Leben bezahlt. Deshalb sollte auch das „**nationale**“ bei Selbstbestimmung gestrichen werden. Ebenso sehen wird nicht **die ukrainische** Bevölkerung. Es gibt auch russische Bevölkerung in der Ukraine, oder Sinti und Roma. Deshalb unser Vorschlag von der Ukraine im Sinne eines Staates zu sprechen.

-Leider ist es aktuell kaum möglich beim Recht auf Selbstverteidigung zivilgesellschaftliche Formen des Widerstandes zu diskutieren. Aber uns erscheint etwa das Mittel des Generalstreiks (wie etwa in Amsterdam während der deutschen Besatzung) oder der passive Widerstand (wie etwa gegen die französische Besatzung des Rheinlandes in den 20 er Jahren) weniger absurd, als das Sterben für das jeweilige Vaterland immer weiter fortzusetzen.

## **Antrag L01.357.2**

Änderungsantrag zu L01-05

**Antragsteller\*in:**

BAG Frieden und Internationale Politik, Saskia Mestern  
(Hamburg)

### **Zeile 357 - 359**

357 Die ukrainische Bevölkerung ~~kämpft um ihr Recht auf nationale Selbstbestimmung und~~  
358 ~~nimmt das~~ braucht Frieden, ebenso wie die russische. Keiner soll gezwungen  
sein, mit der Waffe in der Hand gegen Seinesgleichen zu kämpfen. Das in der  
UN-Charta verbriefte Recht ~~auf zur~~ Selbstverteidigung ~~wahr. Die Linke~~  
359 ~~verteidigt dieses Recht~~ verpflichtet zugleich alle Beteiligten, schnellstmöglich  
auf Maßnahmen zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen  
Sicherheit hinzuarbeiten. Gleichzeitig treten wir für das Recht auf  
360 Kriegsdienstverweigerung ein und fordern die Bundesregierung auf, russischen wie  
361 ukrainischen Kriegsdienstverweigerern politisches Asyl zu gewähren.

## **Begründung**

Das Selbstverteidigungsrecht legitimiert nicht einen jahrelangen Krieg und Eskalation bis zum Atomkrieg. Im Zweifel gelten das Recht auf Leben und das Wohlergehen der Menschen.

## Antrag L01.359.1

Änderungsantrag zu L01-05

Antragsteller\*in:

OV Bad Cannstatt-Mühlhausen-Münster

### Zeile 359

355 Die ukrainische Bevölkerung kämpft um ihr Recht auf nationale Selbstbestimmung und  
356 nimmt das in der UN-Charta verbrieftete Recht auf Selbstverteidigung wahr. Die  
Linke verteidigt dieses Recht. Dieses Recht gilt aber nicht absolut, sondern  
wird durch andere demokratische und soziale Rechte begrenzt, insbesondere  
durch die Rechte der russischsprachigen Minderheit in der Ostukraine, durch  
demokratische und Gewerkschaftsrechte in der Ukraine oder durch das Recht  
der europäischen und Weltbevölkerung, nicht in einen eskalierenden Konflikt  
hineingezogen zu werden. Wirtschaftssanktionen und das Energieembargo  
gegen Russland lehnen wir ab, weil es hauptsächlich die Masse der  
Bevölkerung in Russland, Europa und anderswo trifft und wie sich längst  
gezeigt hat, dass sie kein Mittel sind den Krieg zu beenden. Wir können der  
ukrainischen Regierung überhaupt nicht vertrauen, dass sie ein Recht aus  
Selbstverteidigung auf akzeptable Weise wahrnehmen. Deshalb lehnen wir  
Waffenlieferungen an die Ukraine kompromisslos ab. Wir begrüßen dagegen  
die Bestrebungen, die es z.B. in Belarus, in Griechenland und Italien gegeben  
hat, den Waffennachschub für die eine oder die andere Seite durch Streiks  
und andere Aktionen zu behindern. Unser Beitrag zum Kampf gegen den Krieg  
liegt in der Unterstützung von Kriegsgegner\*innen und fortschrittlichen  
Regierungsgegner\*innen in Russland und anderen Ländern. Wir erinnern  
daran, dass in der Geschichte schon reaktionäre Kriege durch  
Massenbewegungen beendet wurden (der erste Weltkrieg durch die russische  
Revolution 1917 und die deutsche, österreichische etc. Revolution 1918, die  
portugiesischen Kolonialkriege durch die Nelkenrevolution 1974)

357 Gleichzeitig treten wir für das Recht auf  
360 Kriegsdienstverweigerung ein und fordern die Bundesregierung auf, russischen wie  
361 ukrainischen Kriegsdienstverweigerern politisches Asyl zu gewähren.

## Antrag L01.360.1

Änderungsantrag zu L01-05

Antragsteller\*in:

KV Bochum

### Zeile 360 - 361

357 Die ukrainische Bevölkerung kämpft um ihr Recht auf nationale Selbstbestimmung und  
358 nimmt das in der UN-Charta verbrieftete Recht auf Selbstverteidigung wahr. Die Linke  
359 verteidigt dieses Recht. Gleichzeitig treten wir für das Recht auf  
360 Kriegsdienstverweigerung ein und fordern die Bundesregierung auf, u.a. russischen wie  
361 ukrainischen Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren politisches Asyl -  
unabhängig ihres Passhintergrundes - zu gewähren.

### Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag L01.363.1

Änderungsantrag zu L01-05

**Antragsteller\*in:** OV Bad Cannstatt-Mühlhausen-Münster

### Zeile 363

362 Der bisherige Verlauf des Krieges zeigt: Militärisch wird es keine Lösung des

363 Konfliktes geben; nicht einmal eine Atempause. Diese wird nur in einem größeren Rahmen möglich sein und erfordert

## Antrag L01.370.1

Änderungsantrag zu L01-05

**Antragsteller\*in:** Kommunistische Plattform, Ellen Brombacher (Berlin Mitte, Delegierte), Rim Farha (Kommunistische Plattform, Delegierte) und weitere

### Zeile 370 - 372

370 mit China und verstärken ihre militärische Präsenz im südpazifischen Raum. ~~Diese~~

371 ~~Politik der Konfrontation führt zu einer Stärkung der Kooperation Chinas mit~~

372 ~~Russland, statt einer Friedenslösung näherzukommen.~~

### Begründung

Diese Formulierung impliziert zwei Unterstellungen zugleich: Zum einen, dass die Kooperation zwischen China und Russland per se negativ zu bewerten ist, und zum anderen, dass diese eine Friedenslösung erschwert.

## Antrag L01.373.1

Änderungsantrag zu L01-05

**Antragsteller\*in:** BV Berlin Steglitz-Zehlendorf

### Zeile 373 - 375

373 ~~Ein Friede kann nur ein gerechter Friede sein. Wir treten deshalb dafür ein, dass am~~

374 ~~Ende eines Friedensprozesses der Rückzug der russischen Truppen stehen muss. Ein~~

Ein Friedensprozess ~~aber~~ muss mit einem sofortigen Waffenstillstand und einem Einfrieren des Konfliktes beginnen, der Raum für weitere

### Begründung

Ein „gerechter,“ Friede, was soll das sein? Das klingt nach einem Frieden mit Vorbedingungen.

Wir lehnen es ab, den Rückzug der russischen Truppen als Ergebnis des Friedensprozesses vorauszusetzen. Bei einem von uns geforderten, sofortigen Waffenstillstand kann es auch zu einem Einfrieren des Konfliktes mit einer Demarkationslinie kommen (wie etwa in Korea oder auf Zypern). Dieser Krieg wird nicht mit einem völligen Rückzug der russischen Truppen enden, es wird

Kompromisse und Gebietsverluste (z.B. die Krim) geben werden. Wer erklärt dann später, wieviel Quadratmeter Ukraine wieviel Tote wert gewesen sind?

## Antrag L01.374.1

Änderungsantrag zu L01-05

**Antragsteller\*in:** LV Bremen, Christoph Spehr, Elke Breitenbach und weitere

### Zeile 374

364 Ein Friede kann nur ein gerechter Friede sein. Wir treten deshalb dafür ein, dass am  
365 Ende eines Friedensprozesses der Rückzug der russischen Truppen stehen  
muss. ~~Ein~~ Bis dahin sind Sanktionen gegen Russland weiterhin  
gerechtfertigt und notwendig. Ein  
366 Friedensprozess aber muss mit einem Waffenstillstand beginnen, der Raum für weitere  
367 Schritte eröffnet und gleichzeitig sicherstellt, dass er keiner Partei militärische  
368 Vorteile für eine Wiederaufnahme der Kampfhandlungen verschafft.

### Begründung

Das Bekenntnis zu zielgerichteten Sanktionen war Bestandteil des Beschlusses auf dem Augsburger Parteitag und sollte in diesem Leitantrag auch aufgegriffen werden.

## Antrag L01.374.2

Änderungsantrag zu L01-05

**Antragsteller\*in:** BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 374 - 378

373 Ein Friede kann nur ein gerechter Friede sein. Wir treten deshalb dafür ein, dass am  
374 Ende eines Friedensprozesses der Rückzug ~~der russischen~~ russischer  
und ukrainischer Truppen stehen muss. Ein  
375 Friedensprozess aber muss mit einem Waffenstillstand beginnen, der Raum für weitere  
376 Schritte eröffnet und gleichzeitig sicherstellt, dass er keiner Partei militärische  
377 Vorteile für eine Wiederaufnahme der Kampfhandlungen verschafft. Der  
~~russische~~ Abzug fremder Truppen  
378 sollte Ergebnis, nicht Vorbedingungen für Verhandlungen sein.

## Antrag L01.378.1

Änderungsantrag zu L01-05

**Antragsteller\*in:** OV Bad Cannstatt-Mühlhausen-Münster

### Zeile 378

373 Ein Friede kann nur ein gerechter Friede sein. Wir treten deshalb dafür ein, dass am  
374 Ende eines Friedensprozesses der Rückzug der russischen Truppen stehen muss. Ein  
375 Friedensprozess aber muss mit einem Waffenstillstand beginnen, der Raum für weitere  
376 Schritte eröffnet und gleichzeitig sicherstellt, dass er keiner Partei militärische  
377 Vorteile für eine Wiederaufnahme der Kampfhandlungen verschafft. Der russische Abzug



378 sollte Ergebnis, nicht Vorbedingungen für Verhandlungen sein.

Weder ist Kritik an der ultrarechten Netanjahu-Regierung Antisemitismus noch Kritik an der erzreaktionären, arbeiter\*innen und frauenfeindlichen Hamas Entsolidarisierung mit dem palästinensischen Befreiungskampf. Die Linke fordert einen sofortigen Rückzug der israelischen Armee aus Gaza und einen Stopp der Besetzung des Westjordanlandes und ein Ende des Baus und Ausbaus von Siedlungen. Wir sprechen uns für die nationalen und demokratischen Recht aller Bevölkerungsgruppen im Nahen Osten aus und unterstützen den Kampf der Palästinenser\*innen für ihre Befreiung und die linke Opposition in Israel gegen die Netanjahu-Regierung. Schluss mit der Repression gegenüber pro-palästinensischen Parolen, Demonstrationen und Veranstaltungen unter dem Vorwand des Antisemitismus. Schluss mit Waffenlieferungen und Wirtschaftshilfe an die Netanjahu-Regierung

## Antrag L01.378.2

Änderungsantrag zu L01-05

**Antragsteller\*in:**

KV Düsseldorf, BAG Frieden und Internationale Politik, Antikapitalistische Linke und weitere

### Zeile 378

373 Ein Friede kann nur ein gerechter Friede sein. Wir treten deshalb dafür ein, dass am  
374 Ende eines Friedensprozesses der Rückzug der russischen Truppen stehen muss. Ein  
375 Friedensprozess aber muss mit einem Waffenstillstand beginnen, der Raum für weitere  
376 Schritte eröffnet und gleichzeitig sicherstellt, dass er keiner Partei militärische  
377 Vorteile für eine Wiederaufnahme der Kampfhandlungen verschafft. Der russische Abzug  
378 sollte Ergebnis, nicht Vorbedingungen für Verhandlungen sein.

Der genozidale Krieg Israels in Gaza hat über 40.000 Menschen das Leben gekostet, die Zerstörung der zivilen Infrastruktur geht weiter, elementare Lebensmittel und Hygieneprodukten fehlen, die medizinische Versorgung ist weitgehend zusammengebrochen. Seit dem 7. Oktober haben israelische Regierungsmitglieder keinen Zweifel daran gelassen, dass die Armee gegen „menschliche Tiere“ (Verteidigungsminister Galant) vorginge und dementsprechend handeln würde. Die faschistischen Teile der Regierung haben deutlich gemacht, dass es ihnen um die Vertreibung der Palästinenser\*innen geht.

Dementsprechend geht die Armee mit äußerster Brutalität auch in der Westbank vor. 650 Personen sind dort seit letztem Herbst getötet worden.

Die Linke betont, dass die Beendigung der Besetzung und die Durchsetzung vollständiger Gleichberechtigung zwischen Israelis und Palästinenser\*innen eine Voraussetzung für einen nachhaltigen Frieden ist.

Angesichts der anhaltenden Repression gegen palästinensolidarische Demonstrationen und Gruppen, verteidigt Die Linke das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit und trägt aktiv zur Mobilisierung dieser Antikriegsdemonstrationen bei.

Sie weist die Gleichsetzung von Antizionismus mit Antisemitismus zurück und beruft sich in ihrer politischen Praxis gegen Antisemitismus nicht auf die IHRA-Definition, sondern auf die Jerusalem Declaration on Antisemitism.

## Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag L01.378.3

Änderungsantrag zu L01-05

Antragsteller\*in: KV Kassel-Stadt

### Zeile 378

373 Ein Friede kann nur ein gerechter Friede sein. Wir treten deshalb dafür ein, dass am  
374 Ende eines Friedensprozesses der Rückzug der russischen Truppen stehen muss. Ein  
375 Friedensprozess aber muss mit einem Waffenstillstand beginnen, der Raum für weitere  
376 Schritte eröffnet und gleichzeitig sicherstellt, dass er keiner Partei militärische  
377 Vorteile für eine Wiederaufnahme der Kampfhandlungen verschafft. Der russische Abzug  
378 sollte Ergebnis, nicht Vorbedingungen für Verhandlungen sein.

Die genozidale Kriegsführung Israels in Gaza hat über 40.000 Menschen das Leben gekostet, die Zerstörung der zivilen Infrastruktur geht weiter, elementare Lebensmittel und Hygieneprodukten fehlen, die medizinische Versorgung ist weitgehend zusammengebrochen. Seit dem 7. Oktober haben israelische Regierungsmitglieder keinen Zweifel daran gelassen, dass die Armee gegen „menschliche Tiere“ (Verteidigungsminister Galant) vorgeht und dementsprechend handeln würde. Die faschistischen Teile der Regierung haben deutlich gemacht, dass es ihnen um die Vertreibung der Palästinenser\*innen geht. Dementsprechend geht die Armee mit äußerster Brutalität auch in der Westbank vor. Über 700 Personen sind dort seit letztem Herbst getötet worden.

Die Linke betont, dass die Beendigung der Besatzung und die Durchsetzung vollständiger Gleichberechtigung zwischen Israelis und Palästinenser\*innen eine Voraussetzung für einen nachhaltigen Frieden ist. Angesichts der anhaltenden Repression gegen palästinensolidarische Demonstrationen und Gruppen, verteidigt Die Linke das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit und trägt aktiv zur Mobilisierung dieser Antikriegsdemonstrationen bei. Sie weist die Gleichsetzung von Antizionismus mit Antisemitismus zurück und beruft sich in ihrer politischen Praxis gegen Antisemitismus nicht auf die IHRA Definition, sondern auf die Jerusalem Declaration on Antisemitism.

## Begründung

Erfolgt mündlich.

# Antrag L01.380.1

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller\*in:

LV Bremen, Christoph Spehr, Elke Breitenbach und weitere

## Zeile 380 - 390

~~380 Die global um sich greifende Kriegslogik befördert die Aufrüstung und die  
381 Militarisierung der Gesellschaften, auch in Deutschland. „Kriegstüchtigkeit“ wird als  
382 gesellschaftliches Ziel, als Maxime für die Verwendung von Steuergeldern und als  
383 Anforderung an die junge Generation formuliert. Von der gesellschaftlichen Rechten  
384 bis zu Teilen der SPD und dem Verteidigungsminister Pistorius sollen Wehrpflicht und  
385 Pflichtdienste wieder eingeführt werden. Die Linke stellt sich der Normalisierung von  
386 Aufrüstung, Militarisierung und Krieg entgegen. Wir lehnen Einsätze der Bundeswehr im  
387 Ausland ab. Wir stellen uns der Aufrüstungspolitik entgegen. Von deutschem Boden  
388 gingen zwei Weltkriege aus. Das werden wir nicht vergessen. Wir zeigen, wie viel Geld  
389 für Soziales und Gesundheit fehlt, weil Steuergelder in Raketen und Kampfjets  
390 gesteckt werden.~~

Die global um sich greifende Kriegslogik befördert die Aufrüstung und die Militarisierung der Gesellschaften, auch in Deutschland. „Kriegstüchtigkeit“ wird als gesellschaftliches Ziel, als Maxime für die Verwendung von Steuergeldern und als Anforderung an die junge Generation formuliert. Von der gesellschaftlichen Rechten bis zu Teilen der SPD und dem Verteidigungsminister Pistorius sollen Wehrpflicht und Pflichtdienste wieder eingeführt werden. Die Linke stellt sich der Normalisierung von Aufrüstung, Militarisierung und Krieg entgegen. Die Ordnung des Kalten Krieges gehört der Vergangenheit an. Das gilt ebenso für die einfache Teilung der Welt in einen industriell und militärisch dominanten Globalen Norden und einen agrarisch ausgerichteten, militärisch schwachen Globalen Süden. Es gibt immer noch einen Globalen Westen, der durch militärische Allianzen und durch ein widersprüchliches, aber im Kern gemeinsames Bemühen um ökonomische und politische Dominanz verbunden ist. Daneben existieren eine Reihe von neuen Großmächten, allen voran China, das ökonomisch und militärisch zu den USA aufschließen will, aber auch Länder wie Indien, Brasilien, Südafrika, Iran oder Saudi-Arabien, die in unterschiedlicher Weise um regionale, kontinentale oder globale Einflusssphären konkurrieren. Die große Mehrheit der Staatengemeinschaft besteht dagegen aus kleinen und mittleren Staaten mit begrenzten militärischen und ökonomischen Ressourcen, die sich gegen unterschiedliche Vormachtansprüche mächtigerer Staaten abgrenzen.

Der Globale Westen ist einerseits Realität, dient andererseits aber häufig als Projektionsfläche, mit denen andere Staaten und Kräfte die eigene autoritäre Politik und das eigene Dominanzstreben, bis hin zu militärischer Aggression und Vernichtungswünschen, als „postkoloniale“ Emanzipation zu legitimieren versuchen. Viele große und kleinere Mächte suchen Anschluss an unterschiedliche Lager, weil sie das für ihre ökonomische Entwicklung und politische Unabhängigkeit als vorteilhaft ansehen. Russland nimmt eine Sonderrolle ein, aufgrund des enormen Widerspruchs zwischen seinem militärischen und ökonomischen Status.

Eine „kollektive Sicherheitsarchitektur“ lässt sich vor diesem Hintergrund

zunehmend nur noch global denken. Bei aller Unvollkommenheit stellen die UN und die Prinzipien der UNCharta die Vorform einer solchen kollektiven Sicherheitsarchitektur dar, in der auch die kleinen und mittleren Staaten mit gleicher Stimme vertreten sind.

Völkerrecht und Menschenrecht sind unteilbar. Wir treten ein für Abrüstung und Entspannung, für das Verbot des Angriffskriegs und der militärischen Erpressung. Wir fordern den Umbau der militärischen Potenziale in Richtung auf Verteidigungsfähigkeit und Nichtangriffsfähigkeit. Das Geschäft mit dem Krieg wollen wir beenden und die Rüstungsindustrie verstaatlichen. Wir stellen uns Aggression und Dominanzansprüchen entgegen, egal ob sie vom Westen ausgehen oder von anderen Staaten oder Kräften. Wir wollen die UN und die Einhaltung des Völkerrechts stärken.

### **Zeile 391 - 396**

~~391 Die deutsche Regierung und die internationale Gemeinschaft müssen mutige Schritte  
392 unternehmen, um den Krieg zu beenden. Das gilt auch für den Nahost Konflikt, der  
393 tausende Menschen das Leben kostet. Die Internationale Gemeinschaft muss sich mit  
394 aller Kraft für Deeskalation in der gesamten Region, einen Waffenstillstand, die  
395 Freilassung der Geiseln und Friedensverhandlungen einsetzen statt weiter  
396 Rüstungsgüter in den Nahen Osten zu liefern.~~

### **Zeile 397 - 400**

~~397 Es wird für Deutschland und die EU entscheidend sein, nicht Teil einer globalen  
398 Auseinandersetzung zwischen West und Ost zu werden. Dazu ist es dringend notwendig,  
399 die außenpolitische Dominanz der USA gegenüber der EU in Frage zu stellen und eine  
400 klare Position gegen den sich verschärfenden Konflikt USA China einzunehmen.~~

### **Zeile 401 - 404**

~~401 Ziel muss es sein, die EU mit strategischer Unabhängigkeit und damit diplomatischer  
402 Glaubwürdigkeit zu einem Vermittler zwischen Konfliktpartnern werden zu lassen, statt  
403 selbst imperiale Ziele zu verfolgen oder Teil einer neuen Blockkonfrontation zu  
404 werden.~~

## **Begründung**

Es gibt im Leitantrag bereits ein vorhergehendes Kapitel zu Außen- und Friedenspolitik, das gut ist. Während der Leitantrag ansonsten auf die Notwendigkeit einer klärenden weiteren Debatte verweist, werden in diesem zweiten Kapitel zur Außen- und Friedenspolitik Festlegungen vorgenommen, die der weiteren Diskussion bedürfen und in der vorgeschlagenen Form abzulehnen sind:

Der Satz zu Auslandseinsätzen unterscheidet nicht zwischen friedens erzwingenden UN- Mandaten ("Chapter VII") und friedenssichernden UN- Mandaten. Letztere werden nur mit Zustimmung des betreffenden Landes oder auf Anforderung der Konfliktparteien vorgenommen (z.B. zur Sicherung von Waffenstillständen). Wir fordern derzeit Waffenstillstandsabkommen sowohl für den Ukraine-Krieg als auch für den Nahen Osten; es ist nicht sinnvoll, die internationale Absicherung solcher Abkommen auszuschließen. Ob ferner die

Partei wirklich die Position vertreten soll, dass Deutschland im Falle eines Angriffs auf die baltischen Staaten seiner Bündnisverpflichtung nicht nachkommen soll (auch die EU ist Ausland), ist mehr als fraglich.

Der Satz zu Waffenlieferungen der internationalen Staatengemeinschaft in den Nahen Osten läuft in dieser Pauschalität darauf hinaus, Israel einseitig von entsprechenden Lieferungen abzuschneiden, die auch für die Selbstverteidigung und für den Schutz gegen Raketenangriffe von hoher Bedeutung sind. Das ist mit dem Bekenntnis zum Existenzrecht Israels nicht vereinbar.

Die Deutung der globalpolitischen Konfliktlage als "globale Auseinandersetzung zwischen West und Ost" bleibt in den Kategorien des Kalten Krieges stecken. Richtig ist, dass es zwar immer noch einen "globalen Westen" gibt, dem aber kein festes Bündnis eines neuen "Osten" gegenübersteht. Das ist im ersetzenden Text etwas genauer ausgeführt, der vor allem die Perspektive der kleinen und mittleren Staaten stark macht und auf die UN als einzige Option für ein kollektives und gerechtes Sicherheitssystem orientiert.

Die Orientierung auf "strategische Autonomie" (im Text: "strategische Unabhängigkeit") der EU von der NATO ist problematisch und unklar. Als militärische Eigenständigkeit würde sie eine enorme Aufrüstungswelle in Europa in Gang setzen. Als außenpolitische Eigenständigkeit würde sie eine vertiefte Integration der EU auf diesem Feld voraussetzen, mit Mehrheitsentscheidungen und Kompromissen, von denen zumindest geklärt werden muss, ob die Partei das auch will.

Dagegen fehlen im Text bislang zwei wichtige friedenspolitische Elemente. Die Orientierung auf strukturelle Nichtangriffsfähigkeit war ein wichtiger Ansatz der Friedensbewegung, der im Lichte der heutigen militärtechnologischen Entwicklungen zu aktualisieren und zu schärfen ist. Die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie in der EU ist ein logischer Schritt, um diese Orientierung auch technologisch durchzusetzen, und um Verteidigungsfähigkeit ohne exzessive private Profite herzustellen.

## Antrag L01.380.2

Änderungsantrag zu L01-06

**Antragsteller\*in:** BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 380 - 381

380 ~~Die global um sich greifende Kriegslogik befördert die Aufrüstung und die~~

381 ~~Militarisierung der Gesellschaften, auch in~~ In Deutschland gibt es eine  
neue Qualität von Aufrüstung und die Militarisierung. „Kriegstüchtigkeit“  
wird als

382 gesellschaftliches Ziel, als Maxime für die Verwendung von Steuergeldern und als

## Antrag L01.381.1

Änderungsantrag zu L01-06

**Antragsteller\*in:** KV Düsseldorf, BAG Frieden und Internationale Politik, Antikapitalistische Linke und weitere

### Zeile 381

380 Die global um sich greifende Kriegslogik befördert die Aufrüstung und die

381 Militarisierung der Gesellschaften, auch in Deutschland. Das hässliche Gesicht des deutschen Militarismus ist zurück und bedroht demokratische Errungenschaften. Ein Befehl- und Gehorsam-Prinzip hält Einzug in den öffentlichen Diskurs. Abweichende Meinungen werden als „Feindagenten“ gebrandmarkt. Wer gegen Waffenlieferungen an die Ukraine ist, gilt als Putinverstehler. Wer den Krieg der israelischen Armee im Gazastreifen kritisiert, wird schnell als Hamas-Sympathisant und Antisemit abgestempelt. In den öffentlich-rechtlichen Kindernachrichten werden Waffensysteme als Lösung für Konflikte präsentiert. Der Sport wird zunehmend zur Werbefläche für Rüstungskonzerne wie Rheinmetall. Durch die Hufeisentheorie werden rechte Friedensdemagog\*innen und linke Kriegsgegner\*innen gleichgesetzt, wodurch die rechte Gefahr verharmlost wird. Geschichtsrevisionisten gewinnen an Boden: Die hart erkämpfte Erinnerungskultur an den deutschen Vernichtungskrieg im Osten wird offen infrage gestellt. Demonstrationen werden mit polizeistaatlichen Methoden eingeschränkt und Anti-Kriegs-Kongresse verhindert. Diese Militarisierung macht auch vor ziviler Infrastruktur wie dem Gesundheits- oder Bildungssystem nicht halt. „Kriegstüchtigkeit“ wird als

382 gesellschaftliches Ziel, als Maxime für die Verwendung von Steuergeldern und als

### Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag L01.383.1

Änderungsantrag zu L01-06

**Antragsteller\*in:** Linksjugend [!solid]

### Zeile 383

380 Die global um sich greifende Kriegslogik befördert die Aufrüstung und die

381 Militarisierung der Gesellschaften, auch in Deutschland. „Kriegstüchtigkeit“ wird als

382 gesellschaftliches Ziel, als Maxime für die Verwendung von Steuergeldern und als

383 Anforderung an die junge Generation formuliert. Jugendliche werden in den Schulen, die aufgrund der Sparpolitik auseinanderfallen, über die Bundeswehr „informiert“. Während der Mangel an Lehrkräften sich immer weiter zuspitzt, unterrichtet die Bundeswehr über Außenkonflikte. Die Präsenz der Bundeswehr an Schulen, (Berufs-) Messen und im öffentlichen Raum nimmt zu. Bildungsministerin Stark-Watzinger fordert die Öffnung der Hochschulen und Universitäten für die Bundeswehr. Zivilklauseln werden

bereits in Bayern durch das „Gesetz zur Förderung der Bundeswehr“ gestützt und militärische Forschung im Zweifel erzwungen. Von der gesellschaftlichen Rechten

384 bis zu Teilen der SPD und dem Verteidigungsminister Pistorius sollen Wehrpflicht und  
385 Pflichtdienste wieder eingeführt werden.

## Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag L01.385.1

Änderungsantrag zu L01-06

**Antragsteller\*in:** Linksjugend [!solid]

### Zeile 385

380 Die global um sich greifende Kriegslogik befördert die Aufrüstung und die  
381 Militarisierung der Gesellschaften, auch in Deutschland. „Kriegstüchtigkeit“ wird als  
382 gesellschaftliches Ziel, als Maxime für die Verwendung von Steuergeldern und als  
383 Anforderung an die junge Generation formuliert. Von der gesellschaftlichen Rechten  
384 bis zu Teilen der SPD und dem Verteidigungsminister Pistorius sollen Wehrpflicht und  
385 Pflichtdienste wieder eingeführt werden.

Zwangsrekrutierungen werden nicht ausgeschlossen. Die Linke stellt sich der Normalisierung von

386 Aufrüstung, Militarisierung und Krieg entgegen. Wir lehnen Einsätze der Bundeswehr im  
387 Ausland ab. Wir stellen uns der Aufrüstungspolitik entgegen. Von deutschem Boden  
388 gingen zwei Weltkriege aus. Das werden wir nicht vergessen. Wir zeigen, wie viel Geld  
389 für Soziales und Gesundheit fehlt, weil Steuergelder in Raketen und Kampfjets  
390 gesteckt werden.

## Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag L01.386.1

Änderungsantrag zu L01-06

**Antragsteller\*in:** OV Bad Cannstatt-Mühlhausen-Münster

### Zeile 386

380 Die global um sich greifende Kriegslogik befördert die Aufrüstung und die  
381 Militarisierung der Gesellschaften, auch in Deutschland. „Kriegstüchtigkeit“ wird als  
382 gesellschaftliches Ziel, als Maxime für die Verwendung von Steuergeldern und als  
383 Anforderung an die junge Generation formuliert. Von der gesellschaftlichen Rechten  
384 bis zu Teilen der SPD und dem Verteidigungsminister Pistorius sollen Wehrpflicht und  
385 Pflichtdienste wieder eingeführt werden. Die Linke stellt sich der Normalisierung von

386 Aufrüstung, Militarisierung und Krieg entgegen. Wir fordern den Austritt aus der NATO und die Schließung aller NATO-Einrichtungen in Deutschland. Wir fordern die Überführung der Rüstungskonzerne in Gemeineigentum und

Konversion in gesellschaftliche Produktion bei Erhalt aller Arbeitsplätze und Tarifverträge. Wir lehnen Einsätze der Bundeswehr im

387 Ausland ab. Wir stellen uns der Aufrüstungspolitik entgegen. Von deutschem Boden  
388 gingen zwei Weltkriege aus. Das werden wir nicht vergessen. Wir zeigen, wie viel Geld  
389 für Soziales und Gesundheit fehlt, weil Steuergelder in Raketen und Kampffjets  
390 gesteckt werden.

## Antrag L01.386.2

Änderungsantrag zu L01-06

**Antragsteller\*in:** Linksjugend [\*solid]

### Zeile 386

380 Die global um sich greifende Kriegslogik befördert die Aufrüstung und die  
381 Militarisierung der Gesellschaften, auch in Deutschland. „Kriegstüchtigkeit“ wird als  
382 gesellschaftliches Ziel, als Maxime für die Verwendung von Steuergeldern und als  
383 Anforderung an die junge Generation formuliert. Von der gesellschaftlichen Rechten  
384 bis zu Teilen der SPD und dem Verteidigungsminister Pistorius sollen Wehrpflicht und  
385 Pflichtdienste wieder eingeführt werden. Die Linke stellt sich der Normalisierung von  
386 Aufrüstung, Militarisierung und Krieg entgegen. Es braucht Brot  
und Butter statt Butterbrotpapier von der Bundeswehr. Wir  
lehnen Einsätze der Bundeswehr im

387 Ausland ab. Wir stellen uns der Aufrüstungspolitik entgegen. Von deutschem Boden  
388 gingen zwei Weltkriege aus. Das werden wir nicht vergessen. Wir zeigen, wie viel Geld  
389 für Soziales und Gesundheit fehlt, weil Steuergelder in Raketen und Kampffjets  
390 gesteckt werden.

### Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag L01.390.1

Änderungsantrag zu L01-06

**Antragsteller\*in:** Linksjugend [\*solid]

### Zeile 390

380 Die global um sich greifende Kriegslogik befördert die Aufrüstung und die  
381 Militarisierung der Gesellschaften, auch in Deutschland. „Kriegstüchtigkeit“ wird als  
382 gesellschaftliches Ziel, als Maxime für die Verwendung von Steuergeldern und als  
383 Anforderung an die junge Generation formuliert. Von der gesellschaftlichen Rechten  
384 bis zu Teilen der SPD und dem Verteidigungsminister Pistorius sollen Wehrpflicht und  
385 Pflichtdienste wieder eingeführt werden. Die Linke stellt sich der Normalisierung von  
386 Aufrüstung, Militarisierung und Krieg entgegen. Wir lehnen Einsätze der Bundeswehr im  
387 Ausland ab. Wir stellen uns der Aufrüstungspolitik entgegen. Von deutschem Boden  
388 gingen zwei Weltkriege aus. Das werden wir nicht vergessen. Wir zeigen, wie viel Geld  
389 für Soziales und Gesundheit fehlt, weil Steuergelder in Raketen und Kampffjets  
390 gesteckt werden. Die Bundeswehr wird nicht zuletzt attraktiver als  
Arbeitgeber, weil Ausbildungsgarantie und vernünftige Arbeitsrechte fehlen.



Ausbildungsvergütungen reichen nicht zum Leben und die übergroße Mehrheit der Studierenden lebt aufgrund eines desolaten BAföG-Systems während ihres Studiums in Armut.

## Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag L01.391.1

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller\*in: OV Bad Cannstatt-Mühlhausen-Münster

### Zeile 391 - 396

391 Die deutsche Regierung ~~und die internationale Gemeinschaft müssen mutige Schritte~~  
392 ~~unternehmen, um den Krieg zu beenden. Das gilt, die EU und nahezu alle~~  
Regierungen weltweit vertreten kapitalistische Interessen und werden weder  
durch kluge Argumente noch durch leidenschaftliche Rhetorik allein auch ~~für-~~  
~~den Nahost-Konflikt, der~~  
393 ~~tausende Menschen das Leben kostet. Die Internationale Gemeinschaft~~  
~~muss~~ nur ansatzweise zu einer konsequenten Friedenspolitik zu gewinnen  
sein, nicht einmal dort, wo sie selbst kein Interesse an einer Eskalation von  
Konflikten haben. Notwendig ist vielmehr massiver gesellschaftlicher Druck  
durch die große Mehrheit der Bevölkerung, die kein Interesse an  
Aufrüstung und Krieg hat. Daher beteiligt sich mit  
394 ~~aller Kraft für Deeskalation in der~~ Die Linke am (Wieder-)Aufbau der  
Friedensbewegung und stellt in ihrer gesamten Region, einen  
~~Waffenstillstand, die~~  
395 ~~Freilassung der Geiseln und Friedensverhandlungen einsetzen~~ Tätigkeit den  
Zusammenhang zwischen Aufrüstung und Krieg einerseits und  
gesellschaftlichen Problemen andererseits heraus (Sozialabbau,  
Flüchtlingsströme, Klimakatastrophe etc.). Eine wichtige Auseinandersetzung  
findet dabei in den Gewerkschaften statt-weiter  
396 ~~Rüstungsgüter in den Nahen Osten zu liefern., in denen Mitglieder der Linken~~  
gemeinsam mit anderen Antikriegspositionen verteidigen, festigen und wenn  
nötig wieder etablieren. Wir setzen uns für den Ausbau von internationaler  
Zusammenarbeit von unten ein (von linken Parteien, von Gewerkschaften, von  
Mieter\*innenbewegungen etc.)

## Antrag L01.396.1

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 396

391 Die deutsche Regierung und die internationale Gemeinschaft müssen mutige Schritte  
392 unternehmen, um den Krieg zu beenden. Das gilt auch für den Nahost-Konflikt, der  
393 tausende Menschen das Leben kostet. Die Internationale Gemeinschaft muss sich mit  
394 aller Kraft für Deeskalation in der gesamten Region, einen Waffenstillstand, die

395 Freilassung der Geiseln und Friedensverhandlungen einsetzen statt weiter

396 Rüstungsgüter in den Nahen Osten zu liefern. So wie die Anerkennung Israels seit Jahrzehnten für uns selbstverständlich ist, muss Deutschland nun auch Palästina anerkennen, wie es andere europäische Länder (Schweden, Norwegen, Spanien, Irland und Slowenien) bereits getan haben.

## Begründung

Die Anerkennung Palästinas durch europäische Staaten, wie es andere europäische Länder bereits vorgemacht haben, macht Druck für eine Friedenslösung im Nahen Osten. Es braucht endlich eine politische und gerechte Lösung dieses Konflikts für Sicherheit und Frieden in Israel, Palästina und für alle Menschen, die in der Region leben.

## Antrag L01.396.2

Änderungsantrag zu L01-06

<b>Antragsteller*in:</b>	BV Berlin Neukölln, BV Berlin Steglitz-Zehlendorf, Berlin Mitte und weitere
--------------------------	---

### Zeile 396

391 Die deutsche Regierung und die internationale Gemeinschaft müssen mutige Schritte  
392 unternehmen, um den Krieg zu beenden. Das gilt auch für den Nahost-Konflikt, der  
393 tausende Menschen das Leben kostet. Die Internationale Gemeinschaft muss sich mit  
394 aller Kraft für Deeskalation in der gesamten Region, einen Waffenstillstand, die  
395 Freilassung der Geiseln und Friedensverhandlungen einsetzen statt weiter

396 Rüstungsgüter in den Nahen Osten zu liefern.

Die Linke lehnt die Praxis ab, die "Arbeitsdefinition-Antisemitismus" der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) in Kommunen, Behörden und Bundestagsbeschlüssen als Definition vorzuschreiben, um Zugänge zu Räumen und Fördermitteln zu kontrollieren. Damit verbundene Geheimdienstkontrollen, Personenüberprüfungen und Bekenntniszwänge werden ebenfalls abgelehnt.

Die Linke kritisiert den zunehmenden Gebrauch der IHRA-Definition als juristisches Mittel, weil dies ein massives Einfallstor für autoritäres staatliches Handeln ist. Damit hat sich die Definition auch zu einem repressiven Instrument entwickelt, um unliebsame Kritik und politischen Protest zu verhindern. Diese Praxis unterläuft den Kampf gegen Antisemitismus als komplexe, gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Linke verweist darauf, dass Antizionismus nicht gleich Antisemitismus ist.

## Begründung

Die Schwächen der «Arbeitsdefinition» sind das Einfallstor für ihre politische Instrumentalisierung, etwa um gegnerische Positionen im Nahostkonflikt durch den Vorwurf des Antisemitismus moralisch zu diskreditieren.

Papers. Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung.

<https://www.rosalux.de/publikation/id/41168/gutachten-zur-arbeitsdefinition-antisemitismus-der-international-holocaust-remembrance-alliance/>.

Im Oktober 2019 verfasste Peter Ullrich, Dr. phil. Dr. rer. med., Technische Universität Berlin und Fellow am Zentrum für Antisemitismusforschung, im Auftrag von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und medico international e. V ein Gutachten zur "Arbeitsdefinition-Antisemitismus" der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) in dem er der Definition gravierende Mängel nachweist. Viele Beispiele, welche die IHRA als Antisemitismus definiert, lassen einen breiten Interpretationsspielraum zu und sind nicht in jedem Fall antisemitisch, sondern aus den Konfliktodynamiken des Nahost-Konflikts verstehbar. Er kommt zu dem Schluss, dass `der Versuch, Probleme allgemeiner begrifflicher Klärung und universeller praktischer Einsetzbarkeit mithilfe der «Arbeitsdefinition Antisemitismus» zu lösen, insgesamt als gescheitert angesehen werden muss´.

Ungehindert dessen entwickelt sich die Praxis in der Benutzung dieser Definition als behördliches und juristisches Regulierungsinstrument ungehindert weiter. Dies führt zu immer mehr Repressionen und Einschränkungen von Grundrechten und verunmöglicht einen offenen, gesellschaftlichen Diskurs über diese äußerst widersprüchliche und hochkomplexe Materie.

Selbst Kenneth S. Stern, federführender Verfasser der Arbeitsdefinition, wendet sich entschieden gegen ihren Einsatz als `Waffe, um politische Äußerungen zu unterdrücken, zu zensieren oder zu unterbinden´.

<https://blogs.timesofisrael.com/we-disagree-about-the-working-definition-thats-ok-heres- whats-not/>

Oft sind auch Jüdinnen und Juden von Zensur, Ausladungen, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Strafbefehlen, Kündigungen, Entfinanzierungen und Demonstrations- und Sprechverboten betroffen, die mit der IHRA Definition begründet werden. Knapp 100 jüdische Intellektuelle reagierten in einem offenen Brief auf die geplante Antisemitismus-Resolution des Bundestags, der sie vorwerfen, dass sie "die Vielfalt des jüdischen Lebens in Deutschland eher schwächen als stärken" wird: "Zu unseren Bedenken gehört, dass der Entwurf die Behörden anweist, sich ausschließlich auf die Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) für Antisemitismus zu beziehen, um diese Beurteilungen zu treffen. Die IHRA- Arbeitsdefinition ist dafür breit kritisiert worden, dass sie berechnete Kritik an der israelischen Regierung mit Antisemitismus gleichsetzt."

<https://taz.de/Dokumentation-Protestbrief/!6032239/>

Auch weisen zahlreiche deutsche Völkerrechtler\*innen und andere Jurist\*innen auf mehrere Probleme bei der Implementierung der IHRA ins deutsche Recht hin, beispielsweise, dass die Definition nie als rechtsverbindlich gedacht war. Das kann teilweise weitreichende verfassungsrechtliche Verwerfungen erzeugen, die nicht überblickt werden können.

Insbesondere "ist eine darauf gestützte Behördenpraxis ganz unvorhersehbar".

<https://verfassungsblog.de/die-implementation-der-ihra-arbeitsdefinition-antisemitismus-ins- deutsche-recht-eine-rechtliche-beurteilung/>

Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang auch, wie die IHRA von der Bundesregierung für ihre eigene Politik modifiziert wurde. Sie übernahm die Kerndefinition zuzüglich einer erweiterten Fassung aus den Erläuterungen des Originals: "Er lautet: »Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.« Nicht mit übernommen wurde hingegen die im Original auf diesen Satz folgende Einschränkung:

»Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden.«  
(S. 72 ff., Ullrich, Peter. 2024 in "Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft, Zentrum für Antisemitismusforschung (HG))

## Antrag L01.396.3

Änderungsantrag zu L01-06

**Antragsteller\*in:** Cuba Si

### Zeile 396

391 Die deutsche Regierung und die internationale Gemeinschaft müssen mutige Schritte  
392 unternehmen, um den Krieg zu beenden. Das gilt auch für den Nahost-Konflikt, der  
393 tausende Menschen das Leben kostet. Die Internationale Gemeinschaft muss sich mit  
394 aller Kraft für Deeskalation in der gesamten Region, einen Waffenstillstand, die  
395 Freilassung der Geiseln und Friedensverhandlungen einsetzen statt weiter  
396 Rüstungsgüter in den Nahen Osten zu liefern.

Die Linke wird auch künftig ihre praktische Politik an den Prinzipien des Internationalismus, der antiimperialistischen Solidarität, des Friedens und der Völkerverständigung ausrichten.

## Antrag L01.397.1

Änderungsantrag zu L01-06

**Antragsteller\*in:** KV Düsseldorf, BAG Frieden und Internationale Politik, Antikapitalistische Linke und weitere

### Zeile 397 - 400

397 ~~Es wird für Deutschland und die EU entscheidend sein, nicht Teil einer globalen~~  
398 ~~Auseinandersetzung zwischen West und Ost zu werden. Dazu ist es dringend notwendig,~~  
399 ~~die außenpolitische Dominanz der USA gegenüber der EU~~Die EU strebt  
bereits seit Jahren an zu einem wichtigen Akteur in Frage zu stellen und  
eine  
400 ~~klare Position gegen~~der globalen Auseinandersetzung großer Mächte zu  
werden. Durch den Aufbau einer Militärunion will man eigenständiger  
Einflusssphären und Marktzugänge sichern. In dieser Legislaturperiode wurde  
erstmalig ein Kommissar für Verteidigung vorgestellt. DIE LINKE stellt sich  
~~verschärfenden Konflikt USA-China einzunehmen~~allen Bestrebungen  
entgegen, die EU militärisch weiter auszubauen.

### Zeile 401 - 404

401 ~~Ziel muss es sein, die EU mit strategischer Unabhängigkeit und damit diplomatischer~~  
402 ~~Glaubwürdigkeit zu einem Vermittler zwischen Konfliktpartnern werden zu lassen, statt~~  
403 ~~selbst imperiale Ziele zu verfolgen oder Teil einer neuen Blockkonfrontation zu~~  
404 ~~werden.~~

## Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag L01.397.2

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller\*in: BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 397 - 400

397 ~~Es wird für Deutschland und die EU entscheidend sein, nicht Teil einer globalen~~  
398 ~~Auseinandersetzung zwischen West und Ost zu werden. Dazu ist es dringend notwendig,~~  
399 ~~die außenpolitische Dominanz der USA gegenüber der EU in Frage zu stellen und eine~~  
400 ~~klare Position gegen den sich verschärfenden Konflikt USA-China einzunehmen.~~

## Antrag L01.401.1

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller\*in: BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 401 - 404

401 ~~Ziel muss es sein, die EU mit strategischer Unabhängigkeit und damit diplomatischer~~  
402 ~~Glaubwürdigkeit zu einem Vermittler zwischen Konfliktpartnern werden zu lassen, statt~~  
403 ~~selbst imperiale Ziele zu verfolgen oder Teil einer neuen Blockkonfrontation zu~~  
404 ~~werden.~~

## Antrag L01.401.2

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller\*in: Linksjugend ['solid]

### Zeile 401 - 404

401 ~~Ziel muss es sein, die EU mit strategischer Unabhängigkeit und damit diplomatischer~~  
402 ~~Glaubwürdigkeit zu einem Vermittler zwischen Konfliktpartnern werden zu~~  
~~lassen, statt~~ Wir setzen der zunehmenden geopolitischen Konfrontation  
internationale Solidarität von unten entgegen. Kein geopolitischer Block steht  
für Freiheit, Demokratie und Emanzipation. Diese können nur von den  
Bevölkerungen erkämpft werden, wenn sie sich der Blocklogik verweigern.  
Diplomatie, Souveränität und Abrüstung müssen sie dafür  
403 selbst ~~imperiale Ziele zu verfolgen oder Teil einer neuen Blockkonfrontation zu~~  
404 ~~werden~~ in die Hand nehmen.

## Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag L01.416.1

Änderungsantrag zu L01-06

**Antragsteller\*in:** Cuba Si

### Zeile 416

405 Wir sagen Nein zur geplanten Stationierung von US-Mittelstreckenraketen. Diese  
406 Raketen erhöhen nicht unsere Sicherheit, sondern schaffen neue Risiken und erhöhen  
407 die Kriegsgefahr. Anders als die Stationierung von Mittelstreckenraketen im Rahmen  
408 des NATO-Doppelbeschlusses der 80er Jahre ist der aktuelle Beschluss noch nicht  
409 einmal mit einem Angebot zu Rüstungskontrollverhandlungen verbunden. Mehr Aufrüstung,  
410 mehr atomwaffenfähige Raketen schaffen keinen Frieden, sondern treiben eine weitere  
411 Spirale der Aufrüstung an. Die weltweite Aufrüstung blockiert die Ressourcen, die wir  
412 dringend im Kampf gegen den Klimawandel und gegen Armut brauchen. Wir greifen die  
413 Initiative von über 50 Nobelpreisträger\*innen auf, die 2021 vorgeschlagen hatten,  
414 dass alle Mitgliedsstaaten der UN ihre Rüstungsetat jedes Jahr um 2% senken, und die  
415 so frei werdenden Mittel für die Bekämpfung der größten Menschheitsprobleme  
416 wie Klimawandel, Armut und Pandemien zu bekämpfen.

Trotz der US-Blockade hat Kuba die Corona-Pandemie besser überstanden als jedes andere Land Lateinamerikas. Dies war möglich durch die Entwicklung eigener Impfstoffe und durch ein staatliches, an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtetes Gesundheitssystem. Kuba hat nicht nur seine eigene Bevölkerung geschützt, sondern auch weltweit internationalistische Hilfe geleistet. Darüber hinaus zeigt sich exemplarisch an Kuba, wie die Länder des globalen Südens vom Klimawandel weitestgehend unverschuldet betroffen sind. Die sozialistische Regierung unternimmt große Anstrengungen um diesen Herausforderungen zu begegnen. Auch auf diesem Wege müssen wir sie unterstützen. An erster Stelle steht allerdings unser Engagement zur Beendigung der völkerrechtswidrigen US-Blockade sowie zur Streichung Kubas von der willkürlichen US-Terrorliste.

## Antrag L01.417.1

Änderungsantrag zu L01-06

**Antragsteller\*in:** BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 417 - 418

417 ~~Vielstimmigkeit und Unklarheit schaden der Wahrnehmung der Linken auf dem Feld der~~  
418 ~~Außenpolitik.~~

## Antrag L01.417.2

Änderungsantrag zu L01-06

**Antragsteller\*in:** BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 417 - 426

417 ~~Vielstimmigkeit und Unklarheit schaden der Wahrnehmung der Linken auf dem Feld der~~

418 ~~Außenpolitik~~. Wir wollen die ungelösten und zum Teil strittigen Fragen zu  
419 gemeinsamen, breit getragenen Positionen weiterentwickeln: Wie eine  
420 starke breite Friedensbewegung aufgebaut werden kann und wie eine  
Sicherheitsarchitektur aussehen kann, die nicht Konfrontation befördert. Wie  
internationale Institutionen gestärkt und gestaltet werden können,  
421 so dass Verhandlungen und Völkerrecht im Zentrum von Konfliktlösungsstrategien  
422 stehen. Wie wir das Selbstverteidigungsrecht und den Ausstieg aus der militärischen  
423 Eskalation zusammenbringen. Wir werden Alternativen zur scheinbaren Ausweglosigkeit  
424 des Wettrüstens entwickeln. Deutschland braucht eine starke Stimme für den  
Frieden. Dafür ~~suchen wir den Dialog auch~~ nehmen wir eine aktive Rolle beim  
Aufbau der Friedensbewegung gemeinsam mit Gewerkschaften, den  
425 Kirchen, ~~Friedensbewegungen~~ und Nichtregierungsorganisationen ein.

## Antrag L01.418.1

Änderungsantrag zu L01-06

<b>Antragsteller*in:</b>	BAG Frieden und Internationale Politik, Saskia Mestern (Hamburg)
--------------------------	---

### Zeile 418 - 424

417 Vielstimmigkeit und Unklarheit schaden der Wahrnehmung der Linken auf dem Feld der  
418 Außenpolitik. Wir wollen die ungelösten und zum Teil strittigen Fragen auf der  
Basis unseres Erfurter Parteiprogramms zu  
419 gemeinsamen, breit getragenen Positionen weiterentwickeln: Wie eine  
420 Sicherheitsarchitektur aussehen kann, die ~~nicht Konfrontation~~ Kooperation befördert. Wie  
421 internationale Institutionen gestärkt und gestaltet werden können, so dass  
422 Verhandlungen und Völkerrecht im Zentrum von Konfliktlösungsstrategien stehen. Wie  
423 ~~wir das Selbstverteidigungsrecht und wir~~ den Ausstieg aus der militärischen Eskalation  
424 mit einer grundlegenden Überwindung aller Gewalt  
zusammenbringen. Wir werden Alternativen zur scheinbaren  
Ausweglosigkeit des  
425 Wettrüstens entwickeln. Dafür suchen wir den Dialog auch mit Gewerkschaften, den  
426 Kirchen, Friedensbewegungen und Nichtregierungsorganisationen.

### Begründung

Die „Vielstimmigkeit“ kommt daher, dass einige prominente Linke sich ständig gegen das Parteiprogramm stellen.

Bei der Klärung der strittigen Fragen (und überhaupt) sollten wir uns nicht von der herrschenden Hegemonie treiben, sondern von der Notwendigkeit einer grundsätzlichen Systemalternative leiten lassen.

## Antrag L01.426.1

Änderungsantrag zu L01-06

<b>Antragsteller*in:</b>	Cuba Si
--------------------------	---------

### Zeile 426

425 Wettrüstens entwickeln. Dafür suchen wir den Dialog auch mit Gewerkschaften, den

426 Kirchen, Friedensbewegungen und Nichtregierungsorganisationen.

Grundlage unserer Außenpolitik ist der Internationalismus: Solidarität mit den Menschen, Bewegungen, Organisationen, Parteien und Regierungen, die sich für einen eigenständigen Entwicklungsweg jenseits kapitalistischer Profitlogik und gegen imperialistisches Hegemoniestreben einsetzen. Die Linke als internationalistische Partei ist Teil der weltweiten Bewegung für eine friedliche und gerechte Welt, gegen Imperialismus und Krieg, gegen Faschismus und Rassismus, gegen Ausbeutung, Unterdrückung, Armut und Umweltzerstörung.

## Antrag L01.447.1

Änderungsantrag zu L01-07

**Antragsteller\*in:**

Christian Suhr (Niedersachsen)

### Zeile 447

447 Menschen verlassen die schrumpfenden Regionen. Gleichzeitig sind Betriebsstandorte in Ostdeutschland nicht selten nur verlängerte Werkbank für Unternehmen im Westen. Auch der Klimawandel stellt aufgrund der kontinentalen Lage die östlichen Bundesländer, deren Land- und Forstwirtschaft sowie die Wasserversorgung vor größere Herausforderungen, denen man schon heute aktiv begegnen muss. Darüber hinaus wäre es gerade im ländlichen Raum durch den Wegzug von Einwohner\*innen häufig nicht wirtschaftlich, die Infrastruktur zu bewahren bzw. auszubauen, was die Landflucht noch weiter befeuert.

### Begründung

*Weitere Konkretisierung einiger regionaler Probleme und Herausforderungen. Auch um eine Brücke zu anderen bedeutenden Themen zu schlagen wie dem Klimawandel, der Landflucht, wegbrechende Angebote (in der Folge Vereinsamung und Radikalisierung) etc.*

Zum Klimawandel (kontinentalere Lage in Ost und Süd etc.):

<https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/duerre-trockenheit-weniger-niederschlag-osten-100.html>

<https://www.deutschlandfunk.de/im-osten-trocken-im-westen-regen-128.html>

<https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2023/09/duerre-brandenburg-schwerpunkt-wetter-regen-niederschlag-boden-wald.html>

<https://www.geo.de/natur/oekologie/die-duerre-in-deutschland-hat-sich-aufgeloest---nur-im-osten-nicht-33813520.html>

Dürremonitor: <https://www.ufz.de/index.php?de=37937>

Einwohnerzahl Ostdeutschland in toto kleiner als z.B. von Bayern oder NRW :-( Zahlreiche Menschen aus Ostdeutschland leben jetzt im Westen.

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/ostdeutschland-einwohnerzahl-auf-stand-von-1905-zurueckgefallen-a-1271986.html>

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-05/ost-west-wanderung-abwanderung-ostdeutschland-umzug>



Das mit der Infrastruktur sieht man auch in Städten, Stichwort Clubsterben.

## Antrag L01.462.1

Änderungsantrag zu L01-07

Antragsteller\*in:

Christian Suhr (Niedersachsen)

### Zeile 462

458 Die Linke weiß, dass viele Menschen im Osten unsere Werte der Solidarität, der  
459 Gleichheit und der Würde jedes Menschen teilen. Diesen solidarischen und  
460 widerständigen Osten wollen wir vertreten. Wir suchen den Austausch mit den Menschen,  
461 die unsere Visionen teilen, aber nicht mehr überzeugt sind, dass sie auch realisiert  
462 werden können. Die Linke stellt dabei als gesamtdeutsche Partei das Verbindende in den  
Vordergrund, und das mit klarer Haltung gegen Rechts.

### Begründung

*Wir sind nicht nur eine Ost-Partei, der Eindruck entsteht bei der „linken Oststrategie“ ein Stück weit ... und auch in der Vergangenheit war DIE LINKE sehr bemüht, immer von „Anwalt des Ostens“ o.ä. zu sprechen. Wie bei Black Lives Matter (vgl. All Lives Matter Diskussion von rechtsaußen) ist es hier gerade der Osten, der am meisten Probleme erlebt durch die wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen und deswegen herausgestellt werden muß. Doch es muß immer auch klar formuliert sein, daß wir eine gesamtdeutsche Partei sind. Das Lernen voneinander, der Austausch von Erfahrungen ist das, was Deutschland bereichern kann. Gleichzeitig sollten wir auch immer wieder klarstellen, daß das Schüren von Ängsten, Mißgunst und Haß nicht die Menschen nach vorn bringt, sondern nur die demagogischen Parteien, die es politisch mißbrauchen. Meine persönliche Meinung: Ich würde sogar den Tag der Deutschen Einheit abschaffen - hat was von denk nicht an rosarote Elefanten, die Einheit erinnert an die Trennung, sondern einen anderen Feiertag wie Kriegsende oder Weltfrauentag bevorzugen ... doch das ist eine andere Diskussion. Das klare Statement gegen Rechts in der Form fehlte mir an dieser Stelle bisher, zumal wir uns hierin auch klar von den Autoritären um BSW unterscheiden als nur ein Beispiel. Auch wir hatten Ausreißer, siehe Brandenburg - Forst. Klare Kante gegen Rechts!*

## Antrag L01.467.1

Änderungsantrag zu L01-08

Antragsteller\*in:

BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 467 - 468

464 Erstens muss die Frage der sozialen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeit und deren  
465 Überwindung in den Fragen Löhne, Arbeitszeit, Tarifbindung und Renten im Zentrum  
466 stehen. Jede\*r vierte, der oder die im Osten in Vollzeit arbeitet, erhält nur  
467 Niedriglohn, ganz zu schweigen von den Beschäftigten in Teilzeit. Wir ~~wollen den~~  
werden den Niedriglohnsektor ~~trockenlegen~~trocken legen, indem wir den  
Mindestlohn auf 15 Euro anheben. Der Mindestlohn ist nur die zweitbeste  
Lösung, denn er sieht keine Mitbestimmungsmöglichkeiten der Beschäftigten

bei Löhnen, Arbeitszeit und weiteren Arbeitsbedingungen vor. Deswegen setzen wir uns für eine höhere Tarifbindung ein, indem wir Gewerkschaften stärken und die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen. Wir werden die Angleichung der Renten im Osten an das Westniveau mit unseren guten Konzepten weiter voranzutreiben.

## Antrag L01.471.1

Änderungsantrag zu L01-08

**Antragsteller\*in:** BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 471

469 Zweitens werden wir einen eigenen Entwicklungspfad für den Osten aufzeigen. Wir  
470 können die Energiewende zu einem wirtschaftlichen Erfolgsprojekt im Osten machen:  
471 ~~Wohnortnahe~~Regional erzeugte, nachhaltige Energie, in kommunaler Hand  
sichert soziale Preisgestaltung

## Antrag L01.475.1

Änderungsantrag zu L01-08

**Antragsteller\*in:** BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 475

469 Zweitens werden wir einen eigenen Entwicklungspfad für den Osten aufzeigen. Wir können  
die Energiewende zu einem wirtschaftlichen Erfolgsprojekt im Osten machen:  
470 Wohnortnahe, nachhaltige Energie, in kommunaler Hand sichert soziale Preisgestaltung  
471 und macht Industriestandorte zukunftssicher. Bei der Produktion von Schienen, Bus und  
472 Bahn liegen ostdeutsche Unternehmen vorn. Sie brauchen Zukunftssicherheit durch die  
473 Bundespolitik: Mehr Investitionen in die Schiene, Bus und Bahn bedeutet mehr und  
474 Verlässliche Produktion und einen Aufwuchs an Kapazitäten und  
Beschäftigung.  
475 Wir wollen den Beschäftigten der Fahrzeugindustrie Perspektiven eröffnen,  
wie ihre Arbeitsplätze erhalten werden können, wenn der bisherige  
Arbeitgeber ihren Betrieb schließen oder ins Ausland verlagern möchte. Durch  
Vergesellschaftung, Enteignung oder der Unterstützung bei der Gründung von  
Produktionsgenossenschaften und damit verbundener Umstellung der  
Produktion im Sinne der Mobilitätswende, kann eine langfristige Perspektive  
für die Beschäftigten und ihre Betriebe geschaffen werden. Dabei wirken wir  
in den Parlamenten darauf hin, dass Landes-, bzw. Bundesregierungen  
wissenschaftliche, finanzielle, technische und strategische Unterstützung  
organisieren. Die  
476 Investitionen in Daseinsvorsorge und Verkehrs- und Energiewende können ein Jobmotor  
477 werden, der gegen schrumpfende Zukunftsperspektiven und schrumpfende Landstriche  
478 wirkt.

## Begründung

Begründung: Wenn sich, wie bei GKN in Zwickau, ein Investor entschließt den

Standort ins Ausland zu verlagern, bleibt der Gewerkschaft nichts anderes übrig, als einen Sozialtarifvertrag samt Abfindungen zu verhandeln. Die Suche der sächsischen Landesregierung nach einem neuen Investor blieb bis dato erfolglos. 800 Menschen werden ihre tarifgebundenen Arbeitsplätze verlieren. Beim Waggonbau von Alstom in Görlitz werden u.a. Straßenbahnen für Leipzig gebaut. Alstom möchten den Standort im nächsten Jahr nach Kattowitz verlagern. 700 Menschen mit tarifgebundene Arbeitsplätze stehen vor dem aus. Hier könnte die Suche nach einem neuen Investor auf Rheinmetall hinaus laufen. Die Umstellung der Produktion von Schienenfahrzeugen hin zu Kriegsgerät scheint problemlos möglich. Dann wird die Umstellung der Produktion von einem Zulieferer für die Automobilindustrie hin zu einem Zulieferer zum Beispiel für den Schienenfahrzeugbau, wohl auch kein Problem sein. Von der automobilbasierten Privatwirtschaft ist kein Handeln im Sinne einer, aus sozialen und ökologischen Gesichtspunkten notwendigen Mobilitätswende, zu erwarten. Deswegen wollen wir das Heft des Handelns selbst in die Hand nehmen und von Schließung oder Verlagerung betroffene Betriebe sowie Betriebe die von der Rüstungsindustrie übernommen werden sollen, in öffentlichen Besitz oder in den Besitz der Belegschaften überführen. Dies, sowie der Umbau der Produktion im Sinne der Industriestrategie zur Mobilitätswende (<https://www.die-linke.de/start/presse/detail/autoindustrie-umbau-starten-jobs-retten/>) passiert in Abstimmung mit den Belegschaften und mit wissenschaftlicher, finanzieller, technischer sowie strategischer Unterstützung durch Bundes- bzw. Landesregierungen.

## Antrag L01.500.1

Änderungsantrag zu L01-09

**Antragsteller\*in:** LV Sachsen

### Zeile 500

499 Nach der Bundestagswahl 25 treten wir wie verabredet in eine programmatische Debatte  
500 ein, die bis 2027 abgeschlossen sein soll.Zu diesem Zweck wird der Parteivorstand noch dieses Jahr eine Programmkommission berufen.

### Begründung

Eine Programmdebatte braucht Vorlauf und Planung. Um Zuständigkeiten nicht im Vagen zu lassen, sollte klar genannt werden, wer diesen Prozess ab wann vorbereitet, organisiert und durchführt.

## Antrag L01.501.1

Änderungsantrag zu L01-10

**Antragsteller\*in:** Christoph Spehr, Elke Breitenbach, Klaus Lederer und weitere

### Zeile 501

501 ~~Auf dem Weg zur Bundestagswahl: Fokussieren~~

**Zeile 502 - 513**

502 ~~Unser Ziel ist es, bei der Bundestagswahl 2025 wieder in Fraktionsstärke in den~~  
503 ~~Bundestag einzuziehen. Darauf bereiten wir uns vor und wollen aus Fehlern lernen. Zu~~  
504 ~~oft haben wir in entscheidenden gesellschaftlichen Fragen nicht mit einer Stimme~~  
505 ~~gesprochen. Strittige Fragen haben wir zum Teil nicht klar entschieden, um~~  
506 ~~Gemeinsamkeiten zu ermöglichen. Und zu oft wurden die Beschlüsse der Partei nicht in~~  
507 ~~der Öffentlichkeit vertreten. Das hat es schwieriger gemacht, die Kernprojekte der~~  
508 ~~Partei zu erkennen. In Vorbereitung auf die Bundestagswahl ist es daher wichtig~~  
509 ~~– neben der Klärung strittiger Fragen –, zentrale Felder und Projekte zu bestimmen~~  
510 ~~und eine Fokussierung zu erreichen. Für die Fokussierung braucht es wenige Themen, um~~  
511 ~~öffentlich durchzudringen: Mit den Themen muss vermittelt werden, was für eine~~  
512 ~~Erzählung, was für ein größeres Ganzes mit einer Linken des 21. Jahrhunderts~~  
513 ~~verbunden wird.~~

Die Gesellschaft kann ihre Probleme nicht zukunftsorientiert lösen, wenn sie sozial immer stärker auseinandergetrieben und erreichter Wohlstand immer stärker entsichert wird. Wir treten für eine unverzügliche Offensive für soziale Sicherheit und sozialen Zusammenhalt ein:

Mieten und Energiekosten gehören zu den stärksten und am schnellsten steigenden Belastungen, die vor allem die untere Einkommenshälfte trifft, die Städte spaltet und den sozialen Zusammenhalt gefährdet. Wir fordern einen bundesweiten Mietendeckel und staatlich gestaltete Energiepreise. Der bundesweite Mietendeckel unterscheidet zwischen Gebieten in Wohnungsnotlage, angespannten und nicht angespannten Wohnungsmärkten. Wir fordern einen sofortigen Mietenstopp für die nächsten sechs Jahre sowie die Abschaffung der Modernisierungumlage. Wir fordern die Einführung eines Sozialtarifs für Energiekosten, der bundesweit festgesetzt wird, und eine sozial progressive Ausgestaltung der Energiekosten. Den Wildwuchs an Energieanbietern wollen wir wieder zurückdrängen, die Grundversorger stärken und in öffentliche Hand überführen. Wir wollen eine staatliche Preisaufsicht für Strompreise und Fernwärme. Wir wollen einen Heizkostenfond für Haushalte mit geringem Einkommen. Strom- und Gassperren wollen wir drastisch reduzieren und perspektivisch überwinden.

Das System der Sozialversicherungen beruht im Wesentlichen auf der Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung, die Otto von Bismarck Ende des 19. Jahrhunderts einführte, und auf der Arbeitslosenversicherung, die 1927 geschaffen wurde. Das ist heute nicht mehr ausreichend. Wir wollen, dass die Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung ausgebaut wird, die alle Kosten der Pflegebedürftigkeit abdeckt. Die Arbeitslosenversicherung wollen wir zu einer Arbeitsversicherung ausbauen, die ein verbindliches Recht auf bezahlte Weiterqualifikation oder berufliche Umorientierung schafft. Für Kranken- und Rentenversicherung treten wir für die einheitliche Bürgerversicherung ein, in die alle einzahlen. Als erste Schritte müssen die Kürzungen bei der Arbeitsmarktpolitik zurückgenommen werden, private Krankenversicherungen zur Finanzierung von Krankenhausinvestitionen in gleichem Maße herangezogen werden und der Eigenanteil bei den Pflegeleistungen gedeckelt werden.

Ob es in der Nähe eine Kita, eine Schule, einen Bankschalter und einen Bäcker

gibt, wie oft der Bus kommt und ob der Netzanschluss funktioniert, darf nicht dem Markt überlassen werden. Wir treten für bundesweite Infrastrukturgarantien ein, die nach Größe der Kommune (bzw. in Städten der Stadtteile) gestaffelt sind und durch Zuschüsse aus einem Bundesprogramm realisiert werden – egal, ob die betreffenden Infrastrukturen durch Unternehmen abgesichert werden, durch die Kommunen oder durch die Selbstorganisation von Bürger\*innen. Die Bahn braucht Finanzierungszusagen, die eine schnellere Sanierung des Streckennetzes ermöglichen, und eine Revolution bei der Vereinbarkeit von Arbeit und Leben für die Beschäftigten, um wieder genügend Arbeitskräfte gewinnen zu können.

Die untere Einkommenshälfte muss von den Kosten der Klima-Transformation konsequent freigestellt werden. Ein wichtiges Instrument dafür ist das Klimageld, für das endlich die strukturellen Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Ebenso fordern wir, dass klimapolitische Gesetze immer mit entsprechenden sozialen Ausgleichsmaßnahmen für Menschen und Haushalte mit geringeren Einkommen verbunden werden.

Wie gut es Familien geht, ob sie armutsgefährdet sind, wie stark die Partner sich beruflich engagieren können, welche Teilhabemöglichkeiten sie haben: Das darf nicht davon abhängen, ob sie Kinder haben. Wir treten für die unverzügliche Umsetzung der Kindergrundsicherung nach dem Modell des Bündnisses „Kindergrundsicherung“ ein. Das Recht auf Kinderbetreuung von 1 bis 14 Jahren wird nur realisiert werden können, wenn sich der Bund angemessen an den Kosten beteiligt.

Tarifbindung und Entgeltgerechtigkeit sind der Schlüssel für soziale Gerechtigkeit. Wir treten für eine Reform des Tarifgesetzes ein, die es Landes- und Bundesregierungen ohne Einschränkung ermöglicht, bestehende Tarife für allgemeingültig zu erklären. Die ungleiche Bezahlung von Berufen „mit Maschinen“ und „mit Menschen“, sowie die zunehmende Entwertung von Berufserfahrung zugunsten formaler Qualifikationen, wollen wir durch ein Entgeltgleichheitsgesetz überwinden, das Unternehmen zu einer schrittweisen Reduzierung dieser Unterschiede verpflichtet.

#### **Zeile 514 - 519**

~~514 Fokussieren heißt nicht, dass wir über nichts anderes mehr reden. Es bedeutet,  
515 konkrete Themen auszuwählen, die wir im Sinne von Kampagnen in den Mittelpunkt  
516 stellen. Zu guten Kampagnen gehört ein klares Ziel und klar benannte Instrumente, wie  
517 es erreicht werden soll. Mit solchen Kampagnenthemen haben wir erfolgreich Politik  
518 gemacht. Wir werden gemeinsam entwickeln, welche Zuspitzungen wir bis zur  
519 Bundestagswahl und darüber hinaus in den Vordergrund stellen.~~

#### **Zeile 520 - 536**

~~520 Zentral ist dabei der Kampf um die sozialen Grundlagen der Gesellschaft: Um ein Leben  
521 in Würde und Sicherheit führen zu können, sind wir alle auf staatliche und kommunale  
522 Einrichtungen angewiesen. Wir wollen, dass diese „Ökonomie des Alltags“ wieder  
523 funktioniert und am Gemeinwohl und nicht am Profit orientiert ist. Wir wollen da, wo  
524 in der Vergangenheit die notwendigen öffentlichen Investitionen unterblieben sind,  
525 wieder investieren und die Kommunen stärken. Unternehmen und Institutionen dieser  
526 „Ökonomie des Alltags“ müssen der öffentlichen Kontrolle unterliegen und  
527 demokratisiert werden. Diese grundlegenden Dienste und Angebote müssen für alle~~

528 bedingungslos und für alle gleich zugänglich sein. Die „Ökonomie des Alltags“ muss  
529 auf dem Prinzip der Solidarität beruhen. Mit einer solchen gemeinwohlorientierten  
530 „Ökonomie des Alltags“ entziehen wir Teilbereiche der Ökonomie der Profitlogik und  
531 bringen sie unter demokratische, öffentliche Kontrolle. Wir machen damit unsere  
532 Alternative zu einer Gesellschaft deutlich, in der wir zunehmend mit unserem  
533 individuellen Einkommen versuchen müssen, unsere Bedürfnisse auf dem Markt zu  
534 befriedigen: Einen demokratischen Sozialismus, der ein Leben in Würde und Sicherheit  
535 ermöglicht, und wo alle einen gleichen und bedingungslosen Zugang zu öffentlichen  
536 Leistungen haben.

#### **Zeile 537 - 550**

537 Bei Mieten und Wohnen wird es um den Kampf für einen Mietendeckel, gegen hohe  
538 Heizkosten und für ausreichend bezahlbaren Wohnraum gehen. In der  
539 Gesundheitsversorgung um ausreichend Personal, eine solidarische Gesundheits- und  
540 Pflegevollversicherung und die Wiedergewinnung von 200.000 Pflegekräften. Ausbau des  
541 Nahverkehrs, auch als Teil der Industrietransformation – kostenfrei für die  
542 Nutzer\*innen. Ausreichend Kitaplätze, mehr Erzieher\*innen und angemessene Bezahlung.  
543 Kindergrundsicherung, höhere Rente und Soziale Sicherung ohne Erpressung und  
544 Sanktionen. Für solche entlastenden Maßnahmen für die Mehrheit der Bevölkerung  
545 braucht es eine Umverteilung: Vermögensteuer, Übergewinnsteuer eine solidarische  
546 Gesundheits- und Pflegevollversicherung und öffentliche Investitionen zur Sicherung  
547 öffentlicher Infrastruktur. Ebenso unverzichtbar sind soziale Sicherungssysteme, die  
548 uns gegen Risiken des Lebens absichern. Aber diese Systeme sind zunehmend brüchig  
549 geworden, funktionieren immer weniger oder schließen ganze Gruppen aus während andere  
550 sich der Solidargemeinschaft entziehen können.

#### **Zeile 551 - 554**

551 Wir treten ein für Arbeit die zum Leben passt. Arbeit – Arbeitszeitverkürzung mit  
552 Lohnausgleich und Job-Offensive gegen Druck und Erschöpfung und eine Job- und  
553 Einkommensgarantie in der Transformation. Das geht nur mit breiter, flächendeckender  
554 Tarifbindung.

#### **Zeile 555 - 579**

555 Wir machen Politik für die Beschäftigten, ob in Gesundheit, Erziehung, Handel und  
556 Logistik oder in der Industrie. Gute Arbeit und gute Versorgung in der öffentlichen  
557 Daseinsvorsorge betrifft die größten Gruppen der Beschäftigten – und alle Menschen,  
558 die auf die öffentliche Daseinsvorsorge angewiesen sind. Gerade die  
559 Gewerkschafterinnen wissen, wo sie die SPD-geführte Regierung im Stich gelassen hat:  
560 Es gibt nicht mehr Pflegekräfte und Erzieher\*innen. Tarifbindung ist rückläufig und  
561 Tarifverträge sind nicht allgemeinverbindlich. Die Sorgen der Menschen in den  
562 Transformations-Industrien beantworten wir mit Konzepten für gerechte Übergänge in  
563 eine klimagerechte und demokratisierte Wirtschaft. Wir kämpfen für die Menschen, die  
564 zu niedrigen Löhnen arbeiten, viele von ihnen leben im Osten. Gute Daseinsvorsorge  
565 mit den entsprechenden Arbeitsverhältnissen, gute Industrie-Jobs in nachhaltiger  
566 Industrie und Löhne, die zum guten Leben reichen: Das würde das Lebensgefühl (nicht

567 ~~nur) im Osten massiv verändern. Wir klagen den europäischen Mindestlohn durch und~~  
568 ~~streiten mit ihnen dafür, den Niedriglohnsektor trocken zu legen. Wir stellen uns der~~  
569 ~~Spaltung in Menschen, die ein Recht auf Transfers haben, und Beschäftigte entgegen~~  
570 ~~und zeigen, dass die soziale Sicherheit auszuhöhlen den Niedriglohn stärkt. Wir~~  
571 ~~stehen an der Seite der Menschen, die von Armut betroffen sind, viele von ihnen~~  
572 ~~Alleinerziehende, Kinder, Rentner\*innen. Viele junge Menschen haben nicht aufgegeben,~~  
573 ~~sie glauben — noch, manchmal verzweifelt — daran, dass die Welt zum Besseren~~  
574 ~~verändert werden kann. Wir sind für sie eine wichtige Adresse: Wir lassen uns nicht~~  
575 ~~korrumpieren. Wir verteidigen die Lebensansprüche aller Menschen. Wir sagen, wo wir~~  
576 ~~auf eine Katastrophe zu schlittern und was passieren muss, um das zu verhindern. Wir~~  
577 ~~geben niemanden auf und kämpfen um jede Stimme. Mit beschränkten Ressourcen nehmen~~  
578 ~~wir Stärken als Ausgangspunkte und verbreitern in die Nachbarschaften und Orte, an~~  
579 ~~denen wir Stärke zurückgewinnen können.~~

## Begründung

Das vorliegende Kapitel ist sehr "meta". Es spricht davon, was wir tun müssten und werden, dass wir uns auf noch zu entwickelnde Themen fokussieren wollen, dass wir für die "Ökonomie des Alltags", für die Beschäftigten und bei den Menschen sein wollen. Aber es macht das nicht konkret. Einige konkrete Forderungen sind eingestreut, zu denen aber häufig keine Instrumente genannt werden. Insgesamt ist das Kapitel so ein Platzhalter für ein akutes Sozialprogramm, das später nachgeliefert werden soll. Das schwächt den Leitantrag.

Wir schlagen stattdessen vor, an dieser Stelle tatsächlich eine "Offensive für soziale Sicherheit und sozialen Zusammenhalt" zu skizzieren, mit der wir ab sofort arbeiten können, und die wir mit diesem Parteitag auch bereits kommunizieren können. Die einzelnen Punkte enthalten sowohl mittelfristige Reformperspektiven als auch sofort umsetzbare erste Schritte. All das greift der Diskussion nicht vor, welche 2-3 Forderungen wir im Vorfeld der Bundestagswahl auf "heavy rotation" legen, aber es vermeidet den Eindruck, wir wären zum Thema sozialer Sicherheit quasi blank. Das sind wir nicht.

## Antrag L01.502.1

Änderungsantrag zu L01-10

**Antragsteller\*in:** OV Bad Cannstatt-Mühlhausen-Münster

### Zeile 502

502 ~~Unser Ziel ist es, bei der Bundestagswahl 2025 wieder in Fraktionsstärke in~~  
~~den~~ Unser Ziel ist es, bei der Bundestagswahl 2025 wieder in Fraktionsstärke  
in den Bundestag einzuziehen. Darauf bereiten wir uns vor und wollen aus den  
Fehlern lernen. In einer linken Partei müssen Meinungsverschiedenheiten und  
Streit ihren Platz haben. Formelkompromisse mit Interpretationsspielräume  
müssen aufhören, weil sie keine klare Positionierung ermöglichen,  
Parteifunktionär\*innen unterschiedliche Positionen nach außen vertreten und  
dann niemand mehr weiß wofür die Linke steht. Bei unterschiedlichen  
Positionen muss es nach einer ausführlichen demokratischen Debatte eine  
Mehrheitsentscheidung geben, die die Parteiführung dann nach außen tragen  
muss. Selbstverständlich muss es möglich sein, dass durch weitere Diskussion  
und spätere erneute Abstimmung Positionen geändert werden können. Weil

der Beschluss gegen Waffenlieferungen an die Ukraine nach dem Erfurter Parteitag von der Parteiführung weder im Bundestag noch sonst in der Öffentlichkeit offensiv vertreten wurde und sich führende Linke-Politiker\*innen sogar für Waffenlieferungen an die Ukraine ausgesprochen haben (darunter auch die Spitzenkandidatin Carola Rackete) konnten BSW und AfD von der Linken auch wegen der Kriegsfrage Stimmen gewinnen

503 Unser Ziel ist es, bei der Bundestagswahl 2025 wieder in Fraktionsstärke in den  
503 Bundestag einzuziehen. Darauf bereiten wir uns vor und wollen aus Fehlern lernen. Zu

## Antrag L01.511.1

Änderungsantrag zu L01-10

Antragsteller\*in: BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 511 - 513

502 Unser Ziel ist es, bei der Bundestagswahl 2025 wieder in Fraktionsstärke in den  
503 Bundestag einzuziehen. Darauf bereiten wir uns vor und wollen aus Fehlern lernen. Zu  
504 oft haben wir in entscheidenden gesellschaftlichen Fragen nicht mit einer Stimme  
505 gesprochen. Strittige Fragen haben wir zum Teil nicht klar entschieden, um  
506 Gemeinsamkeiten zu ermöglichen. Und zu oft wurden die Beschlüsse der Partei nicht in  
507 der Öffentlichkeit vertreten. Das hat es schwieriger gemacht, die Kernprojekte der  
508 Partei zu erkennen. In Vorbereitung auf die Bundestagswahl ist es daher wichtig -  
509 neben der Klärung strittiger Fragen -, zentrale Felder und Projekte zu bestimmen und  
510 eine Fokussierung zu erreichen. Für die Fokussierung braucht es wenige Themen, um  
511 öffentlich ~~durchzudringen: Mit den Themen muss vermittelt werden, was für eine~~  
512 ~~Erzählung, was für ein größeres Ganzes mit einer Linken~~durchzudringen  
und dennoch müssen die Themen Teil einer Gesamtstrategie für eine  
Linke des 21. Jahrhunderts  
513 ~~verbunden wird~~sein.

## Antrag L01.520.1

Änderungsantrag zu L01-10

Antragsteller\*in: BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 520 - 536

520 ~~Zentral ist dabei der Kampf um die sozialen Grundlagen der Gesellschaft: Um ein Leben~~  
521 ~~in Würde und Sicherheit führen zu können, sind wir alle auf staatliche und kommunale~~  
522 ~~Einrichtungen angewiesen. Wir wollen, dass diese „Ökonomie des Alltags“ wieder~~  
523 ~~funktioniert und am Gemeinwohl und nicht am Profit orientiert ist. Wir wollen da, wo~~  
524 ~~in der Vergangenheit die notwendigen öffentlichen Investitionen unterblieben sind,~~  
525 ~~wieder investieren und die Kommunen stärken. Unternehmen und Institutionen dieser~~  
526 ~~„Ökonomie des Alltags“ müssen der öffentlichen Kontrolle unterliegen und~~  
527 ~~demokratisiert werden. Diese grundlegenden Dienste und Angebote müssen für alle~~



528 ~~bedingungslos und für alle gleich zugänglich sein. Die „Ökonomie des Alltags“ muss~~  
529 ~~auf dem Prinzip der Solidarität beruhen. Mit einer solchen gemeinwohlorientierten~~  
530 ~~„Ökonomie des Alltags“ entziehen wir Teilbereiche der Ökonomie der Profitlogik und~~  
531 ~~bringen sie unter demokratische, öffentliche Kontrolle. Wir machen damit unsere~~  
532 ~~Alternative zu einer Gesellschaft deutlich, in der wir zunehmend mit unserem~~  
533 ~~individuellen Einkommen versuchen müssen, unsere Bedürfnisse auf dem Markt zu~~  
534 ~~befriedigen: Einen demokratischen Sozialismus, der ein Leben in Würde und Sicherheit~~  
535 ~~ermöglicht, und wo alle einen gleichen und bedingungslosen Zugang zu öffentlichen~~  
536 ~~Leistungen haben.~~

## Begründung

Streichung beider Absätze, da die Aufgabe der Auswahl der Themen die Aufgabe des neuen PV ist und damit Zukunftsaufgabe. Die Erzählung wird zu entwickeln sein und sollte nicht vorweggenommen werden

## Antrag L01.537.1

Änderungsantrag zu L01-10

Antragsteller\*in:

BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 537 - 550

537 ~~Bei Mieten und Wohnen wird es um den Kampf für einen Mietendeckel, gegen hohe~~  
538 ~~Heizkosten und für ausreichend bezahlbaren Wohnraum gehen. In der~~  
539 ~~Gesundheitsversorgung um ausreichend Personal, eine solidarische Gesundheits- und~~  
540 ~~Pflegevollversicherung und die Wiedergewinnung von 200 000 Pflegekräften. Ausbau des~~  
541 ~~Nahverkehrs, auch als Teil der Industrietransformation – kostenfrei für die~~  
542 ~~Nutzer\*innen. Ausreichend Kitaplätze, mehr Erzieher\*innen und angemessene Bezahlung.~~  
543 ~~Kindergrundsicherung, höhere Rente und Soziale Sicherung ohne Erpressung und~~  
544 ~~Sanktionen. Für solche entlastenden Maßnahmen für die Mehrheit der Bevölkerung~~  
545 ~~braucht es eine Umverteilung: Vermögensteuer, Übergewinnsteuer eine solidarische~~  
546 ~~Gesundheits- und Pflegevollversicherung und öffentliche Investitionen zur Sicherung~~  
547 ~~öffentlicher Infrastruktur. Ebenso unverzichtbar sind soziale Sicherungssysteme, die~~  
548 ~~uns gegen Risiken des Lebens absichern. Aber diese Systeme sind zunehmend brüchig~~  
549 ~~geworden, funktionieren immer weniger oder schließen ganze Gruppen aus während andere~~  
550 ~~sich der Solidargemeinschaft entziehen können.~~

## Begründung

Streichung beider Absätze, da die Aufgabe der Auswahl der Themen die Aufgabe des neuen PV ist und damit Zukunftsaufgabe. Die Erzählung wird zu entwickeln sein und sollte nicht vorweggenommen werden.

# Antrag L01.537.2

Änderungsantrag zu L01-10

**Antragsteller\*in:** KV Bautzen, KV Freiburg, BV Charlottenburg-Wilmersdorf und weitere

## Zeile 537 - 550

~~537 Bei Mieten und Wohnen wird es um den Kampf für einen Mietendeckel, gegen hohe  
538 Heizkosten und für ausreichend bezahlbaren Wohnraum gehen. In der  
539 Gesundheitsversorgung um ausreichend Personal, eine solidarische Gesundheits- und  
540 Pflegevollversicherung und die Wiedergewinnung von 200 000 Pflegekräften. Ausbau des  
541 Nahverkehrs, auch als Teil der Industrietransformation – kostenfrei für die  
542 Nutzer\*innen. Ausreichend Kitaplätze, mehr Erzieher\*innen und angemessene Bezahlung.  
543 Kindergrundsicherung, höhere Rente und Soziale Sicherung ohne Erpressung und  
544 Sanktionen. Für solche entlastenden Maßnahmen für die Mehrheit der Bevölkerung  
545 braucht es eine Umverteilung: Vermögensteuer, Übergewinnsteuer eine solidarische  
546 Gesundheits- und Pflegevollversicherung und öffentliche Investitionen zur Sicherung  
547 öffentlicher Infrastruktur. Ebenso unverzichtbar sind soziale Sicherungssysteme, die  
548 uns gegen Risiken des Lebens absichern. Aber diese Systeme sind zunehmend brüchig  
549 geworden, funktionieren immer weniger oder schließen ganze Gruppen aus während andere  
550 sich der Solidargemeinschaft entziehen können.~~

Bezahlbares Wohnen muss ein zentrales Handlungsfeld für Die Linke werden.  
Wesentlich für uns ist die Einführung eines bundesweiten Mietendeckels,  
bezahlbare Heizkosten, das Verbot von Eigenbedarfskündigungen, massive  
Investitionen für ein öffentliches, soziales und gemeinnütziges  
Wohnungsbauprogramm sowie die Beschränkung der Marktmacht und  
Vergesellschaftung der Immobilienkonzerne. Wohnungen sind zum Wohnen da  
und gehören nicht an die Börse. Wir schärfen unser mietenpolitisches Profil  
durch Druck im Parlament, mit einer Kampagne und Aktionen sowie direkter  
Hilfe für Mieter\*innen. In der Gesundheitsversorgung um ausreichend  
Personal, eine solidarische Gesundheits- und Pflegevollversicherung und die  
Wiedergewinnung von 200 000 Pflegekräften. Ausbau des Nahverkehrs, auch  
als Teil der Industrietransformation – kostenfrei für die Nutzer\*innen.  
Ausreichend Kitaplätze, mehr Erzieher\*innen und angemessene Bezahlung.  
Kindergrundsicherung, höhere Rente und Soziale Sicherung ohne Erpressung  
und Sanktionen. Für solche entlastenden Maßnahmen für die Mehrheit der  
Bevölkerung braucht es eine Umverteilung: Vermögensteuer,  
Übergewinnsteuer eine solidarische Gesundheits- und  
Pflegevollversicherung und öffentliche Investitionen zur Sicherung  
öffentlicher Infrastruktur. Ebenso unverzichtbar sind soziale  
Sicherungssysteme, die uns gegen Risiken des Lebens absichern. Aber diese  
Systeme sind zunehmend brüchig geworden, funktionieren immer weniger  
oder schließen ganze Gruppen aus während andere sich der  
Solidargemeinschaft entziehen können.

## Begründung

Erfolgt mündlich.

# Antrag L01.538.1

Änderungsantrag zu L01-10

Antragsteller\*in:

OV Bad Cannstatt-Mühlhausen-Münster

## Zeile 538

537 Bei Mieten und Wohnen wird es um den Kampf für einen Mietendeckel, gegen hohe  
538 Heizkosten und für ausreichend bezahlbaren Wohnraum gehen. Wir machen  
deutlich, dass der kapitalistische Markt unfähig ist, die breite Mehrheit der  
Bevölkerung mit ausreichend und bezahlbaren Wohnungen und bezahlbarer  
Energie zu versorgen und durch Mieten eine gigantische Umverteilung aus den  
Taschen der Mieter:innen auf die Konten der Wohnungskonzerne und Miethaie  
stattfindet. Wir kämpfen dafür, dass Wohnungskonzerne wie VONOVIA und die  
Energiekonzerne mit dem Ziel der drastischen Absenkung der Mieten und Energiepreise  
durch Enteignung in Gemeineigentum überführt werden. Entschädigung darf es nur für  
Kleinaktionäre und bei nachgewiesener Bedürftigkeit geben. Wir fordern, dass die  
Kommunen jährlich mindestens 300.000 Wohnungen durch Nutzung des immensen  
Leerstands bei Wohnungen und Büros und gegebenenfalls Neubau schaffen. Dafür  
müssen die Gewinne der Immobilienkonzerne und die Vermögen derjenigen, die durch  
Immobilienbesitz extremen Reichtum angehäuft haben, herangezogen werden. Wir  
fordern, dass das Mietniveau durch Einführung einer reglementierten und kontrollierten  
Kostenmiete stark reduziert wird.

539 In der

539 Gesundheitsversorgung um ausreichend Personal, eine solidarische Gesundheits- und  
540 Pflegevollversicherung und die Wiedergewinnung von 200 000 Pflegekräften. Ausbau des  
541 Nahverkehrs, auch als Teil der Industrietransformation - kostenfrei für die  
542 Nutzer\*innen. Ausreichend Kitaplätze, mehr Erzieher\*innen und angemessene Bezahlung.  
543 Kindergrundsicherung, höhere Rente und Soziale Sicherung ohne Erpressung und  
544 Sanktionen. Für solche entlastenden Maßnahmen für die Mehrheit der Bevölkerung  
545 braucht es eine Umverteilung: Vermögensteuer, Übergewinnsteuer eine solidarische  
546 Gesundheits- und Pflegevollversicherung und öffentliche Investitionen zur Sicherung  
547 öffentlicher Infrastruktur. Ebenso unverzichtbar sind soziale Sicherungssysteme, die  
548 uns gegen Risiken des Lebens absichern. Aber diese Systeme sind zunehmend brüchig  
549 geworden, funktionieren immer weniger oder schließen ganze Gruppen aus während andere  
550 sich der Solidargemeinschaft entziehen können.

# Antrag L01.551.1

Änderungsantrag zu L01-10

Antragsteller\*in:

BAG Betrieb und Gewerkschaft

## Zeile 551 - 554

551 ~~Wir treten ein für Arbeit die zum Leben passt. Arbeit – Arbeitszeitverkürzung mit~~  
552 ~~Lohnausgleich und Job- Offensive gegen Druck und Erschöpfung und eine Job- und~~  
553 ~~Einkommensgarantie in der Transformation. Das geht nur mit breiter, flächendeckender~~  
554 ~~Tariffbindung.~~

## Begründung

Streichung beider Absätze, da die Aufgabe der Auswahl der Themen die Aufgabe des neuen PV ist und damit Zukunftsaufgabe. Die Erzählung wird zu entwickeln sein und sollte nicht vorweggenommen werden

## Antrag L01.555.1

Änderungsantrag zu L01-10

Antragsteller\*in: BAG Betrieb und Gewerkschaft

### Zeile 555 - 579

~~555 Wir machen Politik für die Beschäftigten, ob in Gesundheit, Erziehung, Handel und  
556 Logistik oder in der Industrie. Gute Arbeit und gute Versorgung in der öffentlichen  
557 Daseinsvorsorge betrifft die größten Gruppen der Beschäftigten – und alle Menschen,  
558 die auf die öffentliche Daseinsvorsorge angewiesen sind. Gerade die  
559 Gewerkschafterinnen wissen, wo sie die SPD geführte Regierung im Stich gelassen hat:  
560 Es gibt nicht mehr Pflegekräfte und Erzieher\*innen. Tarifbindung ist rückläufig und  
561 Tarifverträge sind nicht allgemeinverbindlich. Die Sorgen der Menschen in den  
562 Transformations-Industrien beantworten wir mit Konzepten für gerechte Übergänge in  
563 eine klimagerechte und demokratisierte Wirtschaft. Wir kämpfen für die Menschen, die  
564 zu niedrigen Löhnen arbeiten, viele von ihnen leben im Osten. Gute Daseinsvorsorge  
565 mit den entsprechenden Arbeitsverhältnissen, gute Industrie Jobs in nachhaltiger  
566 Industrie und Löhne, die zum guten Leben reichen: Das würde das Lebensgefühl (nicht  
567 nur) im Osten massiv verändern. Wir klagen den europäischen Mindestlohn durch und  
568 streiten mit ihnen dafür, den Niedriglohnsektor trocken zu legen. Wir stellen uns der  
569 Spaltung in Menschen, die ein Recht auf Transfers haben, und Beschäftigte entgegen  
570 und zeigen, dass die soziale Sicherheit auszuhöhlen den Niedriglohn stärkt. Wir  
571 stehen an der Seite der Menschen, die von Armut betroffen sind, viele von ihnen  
572 Alleinerziehende, Kinder, Rentner\*innen. Viele junge Menschen haben nicht aufgegeben,  
573 sie glauben – noch, manchmal verzweifelt – daran, dass die Welt zum Besseren  
574 verändert werden kann. Wir sind für sie eine wichtige Adresse: Wir lassen uns nicht  
575 korrumpieren. Wir verteidigen die Lebensansprüche aller Menschen. Wir sagen, wo wir  
576 auf eine Katastrophe zu schlittern und was passieren muss, um das zu verhindern. Wir  
577 geben niemanden auf und kämpfen um jede Stimme. Mit beschränkten Ressourcen nehmen  
578 wir Stärken als Ausgangspunkte und verbreitern in die Nachbarschaften und Orte, an  
579 denen wir Stärke zurückgewinnen können.~~

## Begründung

Streichung der Absätze, da die Aufgabe der Auswahl der Themen die Aufgabe des neuen PV ist und damit Zukunftsaufgabe. Die Erzählung wird zu entwickeln sein und sollte nicht vorweggenommen werden.

## Antrag L01.579.1

Änderungsantrag zu L01-10

**Antragsteller\*in:** Kommunistische Plattform, Ellen Brombacher (Berlin Mitte, Delegierte), Rim Farha (Kommunistische Plattform, Delegierte) und weitere

### Zeile 579

579 denen wir Stärke zurückgewinnen können. Zentral ist dabei nicht minder der Kampf um die Erhaltung des Weltfriedens sowie gegen die in rasantem Tempo fortschreitende Militarisierung, die alle Bereiche der deutschen Gesellschaft durchdringt. Wir kämpfen gegen die Stationierung modernster US-amerikanischer Waffensysteme auf deutschem Boden, die in Minuten Moskau erreichen können. Deutschland würde im Fall der Fälle zum Ziel russischer Atomraketen werden. Wir sind, gerade in unserer Zeit, für die im Parteiprogramm geforderte Auflösung der NATO. Wir sind ohne Wenn und Aber gegen Waffenlieferungen in die Ukraine und nach Israel. Wir sind ohne Wenn und Aber für diplomatische Lösungen überall in der Welt, wo Kriege Menschenleben kosten und Länder zerstören. Von deutschem Boden darf kein Krieg ausgehen und darf kein Völkerhass verbreitet werden: Kein Antisemitismus, kein Rassismus und keine Russophobie. Deutschland trägt die entscheidende Verantwortung für zwei Weltkriege und millionenfachen Völkermord. Das verpflichtet in besonderer Weise zur Friedensliebe und zur Völkerfreundschaft.

### Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag L01.580.1

Änderungsantrag zu L01-11

**Antragsteller\*in:** Antikapitalistische Linke

### Zeile 580

580 ~~Auf dem Weg zur Bundestagswahl: Die Partei~~  
~~einen und stärken~~ NEUE PARTEIKULTUR UND –  
DISKURSE

### Begründung

Zur Überwindung der Krise der Partei ist eine neue Parteikultur notwendig.

## Antrag L01.597.1

Änderungsantrag zu L01-11

Antragsteller\*in: LV Sachsen

### Zeile 597

593 Wir **stärken unsere Arbeit vor Ort**: Mit Sozialsprechstunden, Initiativen gegen  
594 Mieterhöhungen; mit lokalen Kampagnen, die sich an den realen Problemen der Menschen  
595 orientieren, kämpfen wir für Veränderungen vor Ort. Wir laden in offene Strukturen  
596 ein und schaffen Verbindungen zu Kommunalvertretungen der Linken. Wir arbeiten dafür,  
597 dass Die Linke als eine kommunalpolitische Gestaltungskraft stärker wird.

#### Wir stellen unsere Strukturen auf den Prüfstand und machen sie zukunftsfest

Um unsere politische Arbeit leisten und ausbauen zu können, überarbeiten wir unsere Strukturen. Wir werden eine grundlegende Parteireform organisatorisch vorbereiten und nach der Bundestagswahl ins Werk setzen. Diese muss gemeinsam durch Vorstände, Parteiapparat und die regionale Basis organisiert und gestaltet werden. Zu diesem Zweck wird vom Parteivorstand eine Reformkommission berufen.

## Antrag L01.599.1

Änderungsantrag zu L01-12

Antragsteller\*in: BAG Ökologische Plattform

### Zeile 599

599 Wir versprechen, uns konsequent für Frieden und Abrüstung, gegen Kriege und Militarisierung der Gesellschaft einzusetzen. Wir versprechen, uns für den sozialökologischen Umbau einzusetzen, für konsequenten Umwelt- und Klimaschutz. Wir versprechen, dass wir verlässlich gegen die unsoziale Politik der Regierung  
600 stehen werden. Wir nehmen unsere Aufgaben ernst, denen eine Stimme zu geben, die  
601 sonst nicht gehört werden.

### Begründung

Am Anfang sollten Versprechen zu den zwei globalen Hautproblemen stehen. Denn was nützen alle sozialen Bemühungen, wenn kein Frieden herrscht und auch die Umweltänderungen die grundlegende Existenz der Menschheit gefährden?

## Antrag L01.600.1

Änderungsantrag zu L01-12

**Antragsteller\*in:** BAG Betrieb & Gewerkschaft

### Zeile 600

599 Wir versprechen, dass wir verlässlich gegen die unsoziale Politik der Regierung  
600 stehen werden. Wir nehmen unsere Aufgaben ernst, ~~denen eine Stimme~~ mit  
denjenigen Politik zu ~~geben, die~~ machen, die  
601 sonst nicht gehört werden.

## Antrag L01.601.1

Änderungsantrag zu L01-12

**Antragsteller\*in:** LV Bremen, Christoph Spehr, Elke Breitenbach und weitere

### Zeile 601

599 Wir versprechen, dass wir verlässlich gegen die unsoziale Politik der Regierung  
600 stehen werden. Wir nehmen unsere Aufgaben ernst, denen eine Stimme zu geben, die  
601 sonst nicht gehört werden. Wir kritisieren die Politik der Ampel von links -  
aus sozialen und ökologischen Gründen und weil sie eine zukunftsorientierte  
Finanz- und Investitionspolitik verhindert. Am Kulturkampf von rechts  
werden wir uns nicht beteiligen.

### Begründung

Eine wichtige Abgrenzung vom BSW.

## Antrag L01.605.1

Änderungsantrag zu L01-12

**Antragsteller\*in:** LV Bremen, Christoph Spehr, Elke Breitenbach und weitere

### Zeile 605

602 Wir zeigen, wie gerechte Alternativen aussehen werden und mit aller Kraft für ihre  
603 Umsetzung streiten, mit allen Bündnispartner\*innen, die es in Zivilgesellschaft und  
604 Parlamenten gibt. Wir kämpfen für einen Politikwechsel und Mehrheiten für einen  
605 Kurswechsel innerhalb und außerhalb der Parlamente. Mit unseren linken  
Fraktionen und in unseren linken Regierungsbeteiligungen setzen wir uns  
täglich dafür ein, die Lebensbedingungen von Menschen konkret zu  
verbessern. Wir kämpfen bei der Bundestagswahl 2025 für einen sozialen  
Politikwechsel auf Bundesebene. Wir sind bereit, dieses Land mitzugestalten,  
unsere Demokratie zu verteidigen und gemeinsam mit allen fortschrittlichen  
Kräften eine soziale und zukunftsorientierte Alternative zu Ampel und GroKo  
durchzusetzen - auf der Straße und im Parlament.

## Begründung

An irgendeiner Stelle im Leitantrag sollte (im Sinne des strategischen Dreiecks) auch mal erwähnt werden, dass unsere linken Fraktionen und unsere linken Regierungsbeteiligungen auf Landesebene einen konkreten Beitrag dazu leisten, Verbesserungen durchzusetzen und unsere Vorstellungen von einem sozialen Politikwechsel greifbar zu machen. Ebenso sollten wir schon mal deutlich machen, dass die erwartbare Ablösung der Ampel durch eine GroKo 2025-2029 die Dinge nicht besser machen wird und nicht die Art von Alternative ist, für die wir uns einsetzen.

## Antrag L01.607.1

Änderungsantrag zu L01-12

Antragsteller\*in:

OV Bad Cannstatt-Mühlhausen-Münster

### Zeile 607 - 609

606 Wir sind und bleiben anders als andere Parteien. Wir nehmen keine Spenden von  
607 Unternehmen an. ~~Unsere~~Die Gehälter von Abgeordneten ~~nutzen ihre~~  
~~Ressourcen auch dafür, Strukturen vor~~  
608 ~~Ort zu stärken und soziale Projekte zu fördern. Wir halten Widersprüche aus und sagen~~  
609 ~~keine Halb- und Unwahrheiten, nur weil sie gerade weit verbreitet sind~~und  
Hauptamtlichen von DIE LINKE werden auf ein durchschnittliches  
Facharbeiterinnengehalt begrenzt. Alle  
Genossinnen und Genossen, die für Die LINKE für Parlamente kandidieren,  
müssen sich verbindlich verpflichten, alles was über über ein  
Facharbeiterinnengehalt hinaus geht an die Partei Die LINKE und/oder soziale  
Bewegungen und für soziale Hilfen abzuführen.





